



67/2013 Historischer Verein für Stadt und Kreis Ludwigsburg e.V.

# LUDWIGSBURGER GESCHICHTSBLÄTTER

HISTORISCHER VEREIN FÜR STADT UND KREIS  
LUDWIGSBURG e.V.

# Ludwigsburger Geschichtsblätter

Heft 67

Mit 85 Abbildungen

2013

Kommissionsverlag J. Aigner, Buchhandlung, Ludwigsburg

ISSN 0179-1842

Herausgegeben vom Historischen Verein  
für Stadt und Kreis Ludwigsburg e.V.

Redaktion: Dr. Thomas Schulz, Remseck  
unter Mitarbeit von Wolfgang Läßle, Asperg

Produktion und Layout: Karl-Heinz Zimmerstädt, Steinheim/Murr  
Alle Rechte beim Historischen Verein für Stadt und Kreis Ludwigsburg e.V.

Für den Inhalt der Beiträge zeichnen die Verfasser verantwortlich  
Gesamtherstellung: WALTER Medien GmbH, Brackenheim-Hausen  
Geschäftsstelle des Historischen Vereins:

Stadtarchiv Ludwigsburg, Mathildenstr. 21, 71638 Ludwigsburg

# Inhalt

Mitarbeiter an diesem Band	4
Vorwort ( <i>Elfriede Krüger</i> )	5
Die Aldinger Biblia latina von <i>Carsten Kottmann</i>	7
»Versicht sein officium in der Kürchen und Schul mit guttem Vleiß«. Die Rielingshäuser Schulgeschichte bis 1945 von <i>Albrecht Gühring</i>	15
Auf den Spuren des fränkischen Adelsgeschlechts Thüngen in der Residenzstadt Ludwigsburg und im früheren Land Württemberg von <i>Liselotte Geib</i>	33
Die medizinische Fakultät der Hohen Karlsschule zu Stuttgart und Schillers dort verfasste medizinische Schriften von <i>Beate Hirt</i>	53
»Auf die Vestung Hohen-Asperg condemnirt«. Leben und Alltag der Gefangenen in der Regierungszeit Friedrichs von Württemberg (1797–1816) von <i>Eberhard Fritz</i>	67
Am Brunnen vor dem Tore. Historische Brunnen und Teuchellagen in Ludwigsburg. Eine Bestandsaufnahme von <i>Günther Bergan</i>	93
Das Besigheimer Lied. Von der Tat zur Moritat. Ein Beispiel volkstümlicher Überlieferung von <i>Brigitte Popper</i>	143
Aus dem Leben des Artillerieoffiziers und Heldenlenors Anton Schott von <i>Wolfgang Bollacher</i>	151
Die Geschichte der Marbacher Sitzmöbelfabrik Feil KG von <i>Wolfram Berner</i>	171
60 Jahre Baden-Württemberg. Bemerkungen zur Gründung unseres Bundeslandes von <i>Karl Moersch</i>	189

»Das Bottwartal den Bottwartälern«. Bemerkungen zu lokalen Aspekten in der Diskussion um die Kreisreform von 1973 von <i>Thomas Schulz</i>	201
Berichte und Notizen Die Veranstaltungen des Historischen Vereins 2012/2013 ( <i>Wolfgang Läßle</i> )	213
Rückblick auf das Jahr 2012 ( <i>Thomas Schulz</i> )	218
Buchbesprechungen	222
Bildnachweis	227
Ludwigsburger Geschichtsblätter 1900–2013	228

## Mitarbeiter an diesem Band

Günther Bergan, Diplom-Ingenieur, Ludwigsburg  
 Wolfram Berner, M. A., Archivar, Marbach a. N.  
 Dr. Wolfgang Bollacher, Rechtsanwalt, Ludwigsburg  
 Dr. Eberhard Fritz, Archivar des Hauses Württemberg, Altshausen  
 Liselotte Geib, Ludwigsburg  
 Albrecht Gühring, Stadtarchivamtsrat, Möglingen  
 Dr. Beate Hirt, Ärztin, Ludwigsburg  
 Dr. Carsten Kottmann, wiss. Bibliotheksangestellter, Hildrizhausen  
 Elfriede Krüger, Rektorin, Ludwigsburg  
 Wolfgang Läßle, Stadtoberarchivrat, Asperg  
 Prof. Karl Moersch, Staatsminister a. D., Ludwigsburg  
 Brigitte Popper, M. A., Kulturwissenschaftlerin, Ludwigsburg  
 Dr. Thomas Schulz, Kreisarchivoberrat, Remseck a. N.  
 Dr. Erich Viehöfer, Leiter des Strafvollzugsmuseums Ludwigsburg, Marbach a. N.  
 Karl-Heinz Zimmerstädt, Kundenberater i. R., Steinheim a. d. Murr

# Vorwort

Schon wieder ist ein Jahr wie im Fluge vorbei gezogen und der nächste Band der Ludwigsburger Geschichtsblätter soll Sie zum Jahresende wieder erfreuen, in gewohnt guter Qualität, mit interessanten Beiträgen aus Stadt und Kreis Ludwigsburg. Vielleicht bringt er Anregungen, sich mit der Geschichte des Heimatraumes näher zu beschäftigen und daraus Ideen und Impulse für die anstehenden Aufgaben in unserem Umfeld zu gewinnen.

Ein besonderes Ereignis innerhalb der letzten Vortragsreihe bildete im März eine Sonderveranstaltung zum Jubiläum »60 Jahre Baden-Württemberg«. Mit einem Podiumsgespräch warf der Historische Verein einen Blick zurück auf die Entwicklung der Stadt Ludwigsburg in dieser Zeit. In einem kurzen Einführungsvortrag, begleitet von eindrucksvollen Fotos und Karten, zeigte der ehemalige Stadtplaner Dieter Hornig prägnant und in Themenbereichen zusammengefasst die städtebauliche Entwicklung von Ludwigsburg auf.

Ulrike Trampus, die Chefredakteurin der Ludwigsburger Kreiszeitung, moderierte die brillant besetzte Runde. Oberbürgermeister Werner Spec, Bürgermeister Konrad Seigfried, Wiebke Richert (Fachbereichsleiterin für Kunst und Kultur), Reinhardt Weiss (Stadtrat und Vorsitzender des Stadtverbands für Sport), Jochen Haller (Hauptgeschäftsführer der IHK) und Dr. Volker Gantner (Buchautor und ehemaliger Oberbürgermeister von Herrenberg) schilderten ihre Sichtweisen der jüngsten Stadtgeschichte. Trotz einiger Kritikpunkte zur Entwicklung der Stadt stimmten alle Gesprächsteilnehmer überein, dass entscheidende Weichenstellungen in den zurückliegenden sechs Jahrzehnten richtig waren und die Entwicklung zu einer lebenswerten Stadt mit vielfältigen Angeboten in allen Altersbereichen gelungen ist. Die Gesprächsrunde war sich aber auch einig, dass bei der Weiterentwicklung der Stadt mit der noch vorhandenen wertvollen historischen Bausubstanz noch sensibler umgegangen werden muss. Dieser Spagat zwischen Historie und Moderne wird uns auch in Zukunft beschäftigen.

Ein freudiges Ereignis war im Mai die Eröffnung des MIK Museum – Information – Kunst in der Eberhardstraße. Bürger und Bürgerinnen und auch der Historische Verein mussten noch vor einigen Jahren fürchten, dass das Städtische Museum auf Antrag von einigen Stadträten aufgelöst werden sollte. Damit wären die ehemaligen Sammlungen des Historischen Vereins, die die Grundlage für das Städtische Museum bildeten, in der Versenkung verschwunden. Durch Bürgerengagement und die Vereinsgründung »Freunde des Städtischen Museums e.V.« konnte die Schließung verhindert werden. Nach mehrjähriger Suche und Planung konnte nun eine neue, zeitgemäße und sehr qualitätsvolle Präsentation der Museumsschätze erreicht werden.

Das historische Gebäude aus der Zeit des Stadtgründers Eberhard Ludwig an der Ecke Wilhelmstraße/Eberhardstraße wurde für das MIK aufwändig saniert und erweitert. Das Ludwigsburg Museum, die Tourist Information und der Kunstverein

Kreis Ludwigsburg e.V. sind dort nun unter einem Dach vereint und strahlen mit ihren neuen Angebotsmöglichkeiten schon jetzt weit über Ludwigsburg hinaus. Ein weiterer Meilenstein in der Stadtgeschichte. Herzlichen Dank und Gratulation allen Beteiligten.

Auch in Stadt und Kreis Ludwigsburg sorgt die Bildungspolitik der grün-roten Landesregierung für Diskussionsstoff. Die Wiederzulassung von G9-Zügen an Gymnasien und die Einführung von weiteren Gemeinschaftsschulen sorgt für große Veränderungen und führt auch zu manchen Unsicherheiten. So sehr auch Veränderungen im Bildungswesen notwendig sind, um sich den veränderten Bedingungen anzupassen, so sollten in Baden-Württemberg doch auch bisher anerkannt erfolgreiche Modelle nicht aus dem Blick fallen. Nicht alles Neue ist zwangsläufig erfolgversprechend und nicht alles Alte überholt und falsch. Die Schullandschaft in Stadt und Kreis Ludwigsburg wird sich in den nächsten Jahren auf jeden Fall weiter verändern und wir hoffen auf positive Ergebnisse für jeden einzelnen Schüler.

Viel diskutiert wurde auch über die individuell gestalteten Kunstwerke auf den Kreisverkehren im Kreis, nachdem aus Gründen der Verkehrssicherheit 18 Kunstwerke entfernt werden sollten. Nach heftigen Bürgerprotesten zeichnen sich nun Alternativlösungen ab.

Für das Schloss Kaltenstein in Vaihingen wurde im August eine schmerzliche Entscheidung getroffen. Das Christliche Jugenddorfwerk Deutschland wird zum Jahresende nach über fünfzig Jahren sein Stammdomizil aus wirtschaftlichen Gründen aufgeben müssen. Das Land muss sich einen neuen Mieter suchen.

Neue Attraktivität erhielt der Hohenasperg. Nach längerer Schließung wurde die Gaststätte Schubartstube wieder eröffnet und ein Informationsstand, initiiert vom Förderverein Hohenasperg, eingeweiht.

Herzlichen Dank an Dr. Thomas Schulz für die bewährte Redaktion des 67. Bandes der Ludwigsburger Geschichtsblätter und an die Autoren und Mitarbeiter. Besonderer Dank gilt auch den Mitgliedern, Spendern und Förderern des Vereins und seiner Arbeit und hier vor allem der Stadt Ludwigsburg, dem Landkreis Ludwigsburg und der Wüstenrot-Stiftung. Allen Lesern wünschen wir ein glückliches Jahr 2014.

Im November 2013

*Elfriede Krüger*

# Die Aldinger Biblia latina

von Carsten Kottmann

Die Aldinger Kirchengeschichte ist noch zu schreiben. Neben den veralteten Angaben der Oberamtsbeschreibung Ludwigsburg<sup>1</sup> bietet der Blick in die politische Ortsgeschichte wertvolle Hinweise.<sup>2</sup> Zur spezifischen Geschichte der Aldinger Kirche St. Margareta jedoch gibt es bisher ausschließlich bau- und kunsthistorische Veröffentlichungen.<sup>3</sup> Nähere Angaben zur Kirchengeschichte bzw. weitergehend zur Aldinger Kulturgeschichte liegen nicht vor bzw. sind mir nicht bekannt.

Im Zuge der wissenschaftlichen Katalogisierung der biblischen Handschriften in Folio (Großformat) der Württembergischen Landesbibliothek Stuttgart im Rahmen des Handschriftenkatalogisierungsprogramms der Deutschen Forschungsgemeinschaft ist nun eine Handschrift aufgetaucht, die Aldingen direkt betrifft und die für die Kirchengeschichte Aldingens von größtem Interesse sein dürfte. Dieser Codex, eine lateinische Bibelhandschrift (Cod. bibl. 2<sup>o</sup> 9)<sup>4</sup>, beinhaltet die Schriften des Alten und Neues Testaments inklusive der Apokryphen nach der Vulgata samt den Vorreden des Hieronymus – also alles in allem eine von zahlreichen überlieferten mittelalterlichen Handschriften mit der lateinischen Vulgata-Textfassung.<sup>5</sup> Daran schließt sich das »Summarium biblicum«, also die Inhaltsübersicht über die biblischen Bücher, des Alexander de Villa Dei (Alexander Gallus, \*1170) an, die aber hier fälschlicherweise Albertus Magnus (um 1200–1280) zugeschrieben wird (fol. 456<sup>r</sup>: »Explicit glosarium Magistri Alberchti Ratisbonensis Episcopi«).

Die Handschrift ist datiert und wurde 1452 (mit datierten Nachträgen bis zum Jahr 1460) geschrieben; die im Papier enthaltenen Wasserzeichen bestätigen diese Datierung. Am oberen Rand finden sich Seitentitel, am unteren Rand stichwortartige Inhaltsangaben. Die Handschrift trägt für Bibelhandschriften nicht unüblichen Initialschmuck mit floralen Verzierungs-elementen; illuminiert ist sie jedoch nicht. Eingebunden ist die Handschrift in einen ehemals hellen Lederband mit Streichenlinien. Auf den Deckeln sind noch Spuren von je fünf runden Buckeln erkennbar, ebenso liegen Reste von zwei Schließen vor. Als Einbandmaterial wurde auch eine deutschsprachige Urkunde aus dem 14. oder 15. Jahrhundert verwendet, was an einem Fragment unter dem hinteren Spiegel zu erkennen ist.

Der Schreiber dieser Biblia latina gibt sich auf fol. 447<sup>r</sup> bekannt: »Explicit liber apockalipsis beati Johannis apostoli et pars finalis biblie per Johannem Winckelmess plebanum in Aldingen Anno 1452 statim post festum Martini sanctissimi episcopi.« Johannes Winckelmess, Pleban in Aldingen, hat also nach eigenen Angaben die Niederschrift des Buchs der Offenbarung des Johannes am 12. November 1452 vollendet. Die gesamte Handschrift wurde – abgesehen von späteren marginalen Nachträgen – von einer einzigen Hand, nämlich der des Johannes Winckelmess, in einer für das späte Mittelalter typischen Bastarda-Schrift geschrieben. Mit dem datierten Eintrag des »Summarium biblicum« des Alexander de Villa Dei ist die Handschrift am 8. Februar 1460 komplett (fol. 456<sup>r</sup>: »Anno [14]LX<sup>o</sup> 6<sup>ta</sup> feria post purificatio Marie«).





Winkelmess nennt sich selbst »Pleban« (»plebanus«), also Leutpriester. Dieser war der Pfarrer vor Ort, also Gemeindepfarrer, der die Pflichten an einer örtlichen Kirche versah – es ist die Bezeichnung »für den die Seelsorge des Volkes ausübenden Vorsteher an Kirchen mit pfarrlichen Rechten«. <sup>6</sup> Einen weiteren biographischen Hinweis gibt die Handschrift selbst. Auf fol. 100<sup>r</sup> am unteren Rand notiert Winkelmess die Geburtsdaten von Kindern: »Anno 1452 genitus Johannes hodie scilicet vigilia Georii« (22. April 1452), sowie als Nachtrag: »Item Thomas anno 1456 dominica 3<sup>a</sup> adventus domini de mane ante diluculum« (12. Dezember 1456). Dass es sich dabei um die eigenen Kinder des Plebans Johannes Winkelmess handeln könnte, ist höchst wahrscheinlich. <sup>7</sup> Klerikerkinder sind im Mittelalter zwar nicht an der Tagesordnung, aber auch keine Außergewöhnlichkeit. Sowohl bei Klerikern niederer als auch höherer Weihe kam dies immer wieder vor: »Der Kleriker [...] durfte keine unwürdigen Gewerbe ausüben und stand unter dem Zölibatsgebot. Letzteres galt für die niederen Weihegrade nicht und war bei den Inhabern der höheren Weihen im ganzen Mittelalter nicht vollständig durchzusetzen. [...] Wegen der seit dem 12. Jahrhundert wesentlich verschärften Vorschriften über den Zölibat verbreitete sich im Spätmittelalter unter den Priestern das Konkubinats.« <sup>8</sup> Die dörfliche Pfarrei war dabei oft das Betätigungsfeld des niederen Klerus, also der Weltgeistlichen, die dort Pfründen entweder besaßen oder – wie oft bei Plebanen – die Pfarrrechte in Vertretung wahrnahmen. <sup>9</sup>

Weder der 1452 geborene Sohn Johannes noch der 1456, morgens vor Sonnenaufgang (»de mane ante diluculum«), geborene Thomas ist außerhalb der Stuttgarter Handschrift nachweisbar. Der Vater Johannes Winkelmess taucht in der einschlägigen Literatur durchaus auf, aber in Kombination mit den neuen Erkenntnissen aus der Stuttgarter Handschrift scheinen sich die Biographien von zwei voneinander zu unterscheidenden Johannes Winkelmess zu überschneiden. An dieser Stelle folgt daher der Versuch, die Lebensdaten zu differenzieren: Zum einen Johannes Winkelmess aus Mühlhausen, und zum anderen Johannes Winkelmess aus Neuhausen. <sup>10</sup>

Johannes Winkelmess aus Mühlhausen <sup>11</sup> muss ca. 1425–1430 geboren sein. Als er 1452 die hier vorgestellte lateinische Bibel schreibt, ist er Pleban in Aldingen. Dafür wird er zuvor auf einer Latein- oder Klosterschule ausgebildet worden sein; ein Universitätsstudium ist für eine solche Tätigkeit im Mittelalter noch nicht erforderlich, ja noch nicht einmal üblich: Beim Pfarrerberuf handelt es sich vorreformatorisch »im Wesentlichen um einen »Anlernberuf«. <sup>12</sup> In Aldingen wurden auch 1452 und 1456 seine beiden, uns bekannten Kinder geboren. Zwischen 1462 und 1465 ist Winkelmess als Pfarrektor in Waiblingen nachgewiesen, ab 1465 ist er Kanoniker im Heilig-Kreuz-Stift in Stuttgart. Dort wird er 1471 als Keller und ab 1477 als Kustos genannt. Schon 1469 vertieft er seine akademischen Studien und wird an der Universität Freiburg immatrikuliert <sup>13</sup>, 1470 dann an der Universität Heidelberg, wo er ein Jahr später »Baccalaureus artium« wird. 1471 erfolgt die Priesterweihe, bis mindestens 1474 war er Frühmesser in Mühlhausen, seinem Heimatort. Ab 1477 ist er württembergischer Rat und kaiserlicher Notar. 1483 schließlich knüpft er an Aldinger Belange an, als er Johannes Volland <sup>14</sup> als neuen Kirchherrn zu Aldingen präsentiert. Bis 1488 ist er Kanoniker im Stuttgarter Stift; wahrscheinlich ist er auch 1488 gestorben.

Zur Abgrenzung nun ein paar biographische Notizen zum anderen Johannes Winkelmess <sup>15</sup>: Er stammte aus Neuhausen (wahrscheinlich auf den Fildern; als Magister wird er als »de Stukgardia« <sup>16</sup> ausgewiesen), sein Geburtsjahr ist unbekannt. Er wird 1482 an der Universität Tübingen immatrikuliert <sup>17</sup> und ist 1488 unter dem





*Aldingen um 1680.  
Ansicht aus dem Leonberger Forstlagerbuch von Andreas Kieser.*

Namen Johannes Loy alias Winckelmess als Frühmesser zu Altenburg greifbar. 1493 erhält er die zweite Augsburger Pfarrpfünde zu Lorch.<sup>18</sup> Es ist anzunehmen, dass er vor dem 3. Dezember 1527 als Inhaber des Allerheiligen-Altars in Oßweil gestorben ist.<sup>19</sup>

Johannes Winckelmess, der Schreiber der Aldinger Biblia latina, stammte also aus Mühlhausen.<sup>20</sup> Die Herren von Kaltental, denen das Dorf Aldingen 1278 von Pfalzgraf Ulrich von Tübingen verliehen worden war<sup>21</sup>, besaßen zudem das Schloss von Mühlhausen als Lehen des Bischofs von Konstanz<sup>22</sup>, und somit ist es wahrscheinlich, dass Winckelmess von den Kaltentalern auf die Stelle des Plebans nach Aldingen empfohlen wurde.

Die Aldinger Kirche war seit 1380 im Besitz des Stifts Stuttgart, nachdem Hans von Kaltental unter Einverständnis seines Bruders Reinhart in diesem Jahr »den Widdumhof mit der dazugehörigen Kirche und dem Kirchsatz, also das gesamte, ihren Ahnen im Jahr 1278 verliehene Pfarrlehen, an das Stift zu Stuttgart« verkauft hatte<sup>23</sup>; die Inkorporation erfolgte daraufhin im Jahr 1398.<sup>24</sup> Johannes Winckelmess kam damit über die Verbindung der Aldinger Kirche zum Stift Stuttgart in dessen Konvent.

Die Angabe der Geburtsdaten der Kinder in der Aldinger Biblia latina des Johannes Winckelmess macht aus einem repräsentativen, für den gottesdienstlichen Vollzug vorgesehenen Buch ein privates Stück. Die Biblia latina scheint keine Auftragsarbeit für die Aldinger Kirche gewesen zu sein, sondern ein für den privaten Gebrauch von Johannes Winckelmess geschriebener Codex.<sup>25</sup> Darauf deutet auch der Nachtrag auf fol. 448<sup>r</sup>–456<sup>r</sup> hin, der eine Benutzung von Winckelmess bis mindestens 1460 belegt. Dass die Abschrift der Bibel auf private Initiative zurückgeht, schließt aber nicht aus, dass sie nicht auch in liturgischen Gebrauch genommen wurde.

Im Jahr 1515 erhielt ein Thomas Has die Handschrift von einem Michael Satler in Stuttgart als Geschenk (fol. 1<sup>v</sup> und 456<sup>v</sup>). Beide Personen sind anderweitig bisher nicht nachgewiesen, aber der Wirkungsort Stuttgart legt – vor dem Hintergrund der Entstehungsgeschichte der Handschrift – eine Verbindung zum Stift Stuttgart nahe. Auf fol. 2<sup>r</sup> schließlich findet sich ein Kaufvermerk aus der Mitte des 16. Jahrhunderts, der sich dem »pio et religioso viro Domino Syfrido N. parochus in Viechberg« (wohl Fichtenberg im Landkreis Schwäbisch Hall, Pfarrei von Murrhardt) widmet. Zwar ist in Fichtenberg der Pfarrer Siegfried Meurer, wenn man die Variante M für N unterstellen möchte, belegt, der aber spätestens 1451, und damit für eine Identifizierung ca. 100 Jahre zu früh, gestorben ist.<sup>26</sup> Im Murrhardter Lagerbuch von 1576 findet sich kein Siegfried N.<sup>27</sup> Dieser Fichtenberger Pfarrer Siegfried N. hatte die Handschrift bei Caspar Kesselmeyer aus Landau gekauft, der am 21. Januar 1540 an der Universität Heidelberg immatrikuliert wurde.<sup>28</sup> Mehr ist zu ihm aber auch nicht bekannt. Im 17. Jahrhundert gehörte die Handschrift laut Besitzvermerk auf fol. 3<sup>r</sup> am oberen Rand dem Kloster Schöntal, von wo sie Anfang des 19. Jahrhunderts als Säkularisationsgut in die Öffentliche Bibliothek, später Königliche und dann Württembergische Landesbibliothek gelangte.

Vor dem Hintergrund einer fehlenden Aldinger Kirchengeschichte ist die Entdeckung der lateinischen Bibelhandschrift ein Schritt nach vorn. Sie vermittelt nicht nur neue Erkenntnisse zur Bildungsgeschichte, sondern auch zur personellen Besetzung und zu den Bedingungen, unter denen priesterliches und kirchliches Leben im 15. Jahrhundert stattfand. Dass ein Dorfgeistlicher eine lateinische Bibel herstellt, sie ausschmückt und repräsentativ gestaltet, ist bemerkenswert – und die Vermutung liegt nahe, dass er diese Handschrift eben nicht nur zur privaten Frömmigkeit, sondern auch für den liturgischen Vollzug im Gottesdienst genutzt hat.

### Anmerkungen

- 1 Beschreibung des Oberamts Ludwigsburg, Stuttgart 1859, S. 156–164.
- 2 Norbert Stein, Eduard Theiner, Heinz Pfizenmayer: Die Herren von Kaltental und die Reichsfreien Nothaft von Hohenberg, Remseck 1989 (Heimatkundliche Schriftenreihe der Stadt Remseck am Neckar 9).
- 3 Als Überblick (mit weiteren Literaturangaben) Jochen Tolck: Die Margaretenkirche in Aldingen. Baugeschichte und Ausstattung, Remseck 1996 (Heimatkundliche Schriftenreihe der Stadt Remseck am Neckar 15).
- 4 Zur Handschrift vgl. die Beschreibung in: *Codices biblici in folio* (Cod. bibl. 2° 1-90), beschrieben von Regina Hausmann, unter Mitarbeit von Carsten Kottmann und Kerstin Losert, Wiesbaden 2013 [im Druck].
- 5 Vgl. Friedrich Stummer: Einführung in die lateinische Bibel. Ein Handbuch für Vorlesungen und Selbstunterricht, Paderborn 1928.
- 6 Karl-Heinz Selge: Artikel Leutpriester, in: *Lexikon für Theologie und Kirche*, Bd. 6, Freiburg i. Br. 1997, Sp. 862.
- 7 Dass es sich bei dem hier eingetragenen Johannes Winkelmess um den Sohn des Schreibers der *Biblia latina* handelt, liegt insofern auf der Hand, da der Name Winkelmess in Aldingen sonst nicht vorkommt, so z.B. nicht in der Erneuerung des Zehnten des Stifts und der geistlichen Verwaltung Stuttgart aus dem Jahr 1494, mit ausführlichen Angaben zu Aldingen (Hauptstaatsarchiv Stuttgart H 102/72 Bd. 10).

- 8 Wilhelm Volkert: Kleines Lexikon des Mittelalters. Von Adel bis Zunft, München 2004, S. 201. Vgl. Ulrich Stutz: Eigenkirche, Eigenkloster, in: Realenzyklopädie für protestantische Theologie und Kirche, Bd. 23, Leipzig 1913, S. 364–377, hier S. 372; Dieter Glöckle: Die Pfarrkirche von Weil der Stadt bis zur Mitte des 16. Jahrhunderts. Ein Beitrag zur fränkisch-schwäbischen Rechtsgeschichte, Diss. masch. Tübingen 1956.
- 9 Selge (wie Anm. 6). – Vgl. auch Dietrich Kurze: Der niedere Klerus in der sozialen Welt des späteren Mittelalters, in: Beiträge zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte des Mittelalters. Festschrift für Herbert Helbig zum 65. Geburtstag, Köln/Wien 1976, S. 273–305; Eberhard Isenmann: Die deutsche Stadt im Spätmittelalter 1250–1500. Stadtgestalt, Recht, Stadregiment, Kirche, Gesellschaft, Wirtschaft, Stuttgart 1988, S. 218; Peter Johaneck: Was weiter wirkt ... Recht und Geschichte in Überlieferung und Schriftkultur des Mittelalters, Münster 1997, S. 69, 102.
- 10 Diese Differenzierung der Biographie wird durch die zeitliche und örtliche Nähe der beiden Winckelmess erschwert.
- 11 Zu ihm weitestgehend Oliver Auge: Stiftsbiographien. Die Kleriker des Stuttgarter Heilig-Kreuz-Stifts (1250–1552), Leinfelden-Echterdingen 2002, S. 500–502.
- 12 Hermann Ehmer: Von Andreae bis Zeller. Genealogie und Sozialgeschichte württembergischer Pfarrersfamilien, in: Genealogische Quellen jenseits der Kirchenbücher, hrsg. von Volker Trugenberg, Stuttgart 2005, S. 15–41, hier S. 16.
- 13 Die Matrikel der Universität Freiburg i.Br. von 1460 bis 1656, Bd. 1, Freiburg i.Br. 1907, S. 42. Diese Angabe fehlt bei Auge (wie Anm. 11).
- 14 Werner Kuhn: Die Studenten der Universität Tübingen zwischen 1477 und 1534. Ihr Studium und ihre spätere Lebensstellung, Göppingen 1971, S. 262; Die Matrikel der Magister und Bakkalare der Artistenfakultät (1477–1535), bearb. von Miriam Eberlein und Stefan Lang, Tübingen/Ostfildern 2006 (Tübinger Professorenkatalog 1,1), S. 134 Nr. 195.
- 15 Zu ihm weitestgehend Kuhn (wie Anm. 14) S. 553 und Eberlein/Lang (wie Anm. 14) S. 61 Nr. 119 und S. 143 Nr. 313.
- 16 Die Matrikeln der Universität Tübingen, Bd. 1: 1477–1600, Stuttgart 1906, S. 39.
- 17 Die Zuweisung der Tübinger Immatrikulation zu Johannes Winckelmess aus Neuhausen schon bei Auge (wie Anm. 11) S. 501 Anm. 2986.
- 18 Auge (wie Anm. 11, S. 501 Anm. 2991) vermutet dies als Teil der Biographie des Mühlhausener Johannes Winckelmess.
- 19 Auge (wie Anm. 11, S. 500 Anm. 2983 sowie S. 501) sieht hierin, wenn auch mit Fragezeichen, den Johannes Winckelmess aus Mühlhausen.
- 20 Zusätzlich zum Freiburger Matrikeleintrag (vgl. Anm. 13) auch in: Die Matrikel der Universität Heidelberg von 1386–1553, Heidelberg 1884, S. 332.
- 21 Vgl. Norbert Stein, Die Herren von Kaltental zu Aldingen, in: Stein/Theiner/Pfizenmayer (wie Anm. 2) S. 7–23, hier S. 8.
- 22 Ebd. S. 13. – Vgl. zu den Herren von Kaltental auch Heinz Martin Murr: »Komm auf mein Schloß mit mir...«, in: Hie gut Württemberg 42 (1991) S. 28–30; Hans-Jürgen Pauli: Die Herren von Kaltental zu Aldingen, in: Südwestdeutsche Blätter für Familien- und Wappenkunde 20 (1991/93) S. 10–12.
- 23 Stein (wie Anm. 21) S. 8.
- 24 Auge (wie Anm. 11) S. 84.
- 25 Ein ähnliches, zeitgleiches Beispiel eines deutschen Perikopenbuchs findet sich in der Handschrift Stuttgart, WLB, Cod. bibl. 2° 35 des Esslinger Bürgers und Kaufmanns Diepolt Zeller. Diese Handschrift dürfte für Zeller »eine Art ›Prestigehandschrift‹, ja eine ›Hausbibel‹ dargestellt haben«; vgl. Carsten Kottmann: Das Buch der ewangelii und epistel. Untersuchungen zur Überlieferung und Gebrauchsfunktion südwestdeutscher Perikopenhandschriften, Münster 2009, S. 78. Zur Handschrift vgl. auch Hausmann (wie Anm. 4).
- 26 Gerhard Fritz: Stadt und Kloster Murrhardt im Spätmittelalter und in der Reformationszeit, Sigmaringen 1990, S. 379 (Nr. 65).
- 27 Das Murrhardter Lagerbuch von 1576. Edition des Klosterlagerbuchs betreffend die Stadt Murrhardt (Hauptstaatsarchiv Stuttgart H 102/54, Bd. 8), bearb. und hrsg. von Gerhard Fritz, Schwäbisch Gmünd 2010.
- 28 Matrikel Heidelberg (wie Anm. 20) S. 574.



# »Versicht sein officium in der Kürchen und Schul mit guttem Vleiß«

## Die Rielingshäuser Schulgeschichte bis 1945

von Albrecht Gühring

### *Die Anfänge der Schule im 16. und 17. Jahrhundert*

Unter Herzog Christoph wurden seit 1550 die bestehenden Stadtschulen des Amtes in Marbach und Großbottwar als Lateinschulen verbessert. Sogenannte »Teutsche Schulen« bestanden im Amt Marbach vor 1559 in Affalterbach, Beilstein, Kleinspach, Marbach, Murr und Oberstenfeld. Den Unterricht hielt der Mesner. Ein besonderer Lehrer war nur in Marbach und Oberstenfeld angestellt.<sup>1</sup> Die Einrichtung Deutscher Schulen wurde durch die Kirchenordnung 1559 zur Pflicht, wobei die Mesner das Schulmeisteramt übernehmen sollten. Die Schüler waren in drei Gruppen zu unterteilen, von denen die erste Buchstabieren, die zweite das Zusammenfügen der Silben und die dritte zusammenhängendes Lesen und Schreiben lernte.<sup>2</sup>

Über die Anfänge der Schule in Rielingshausen ist wenig bekannt. Wahrscheinlich wurde ein geregelter Schulbetrieb erst nach Verabschiedung der eben genannten Kirchenordnung aufgenommen. In den ersten Jahrzehnten war es vielerorts üblich, dass die Schulmeister aus dem Kreis der Dorfeinwohner durch Schultheiß, Gericht und Rat im Beisein und mit Vorwissen des Pfarrers gewählt wurden. Die Bestätigung erfolgte durch den herzoglichen Kirchenrat in Stuttgart.<sup>3</sup>

Das Amt des Schulmeisters war auch in Rielingshausen anfangs ein Nebenamt des Mesners. 1600 erhielt der Mesner, da er auch Schule hielt, von jedem Schulkind zehn Schilling Schulgeld oder Naturalien. Unterricht fand nur im Winter statt und war anfangs ausschließlich den Knaben vorbehalten. Schulmeister Gall Martin Lempp unterrichtete um 1600 25 Schüler.<sup>4</sup> Statt des üblichen Mesnerlaibs pro Kind als Schulmeisterlohn reichten die Eltern im Regelfall die sog. Mesnergarbe. Den Großzehnten erhielt der Mesner und Schulmeister aus insgesamt 57 Morgen vom Ballreichshof, dem Söldenlehen und den Pfaffenäckern.<sup>5</sup>

Der erste bekannte Rielingshäuser Schulmeister ist Thomas Weber, der von 1565 bis 1585 den Schuldienst versah. Er entstammte einer der begüterten Rielingshäuser Familien und wurde um das Jahr 1526 geboren. Sein Nachfolger Gall Martin Lempp wurde um 1552 geboren. Seine Familie stellte auch zwei Schultheißen. 1590 wurde bei der Kirchenvisitation festgestellt: Er »versicht sein officium in der Kürchen und Schul mit guttem Vleiß, verhelt sich auch sonsten unklagbar«. <sup>6</sup> Obwohl er 1604 in den Ruhestand trat, starb er erst zwischen 1621 und 1625.<sup>7</sup>

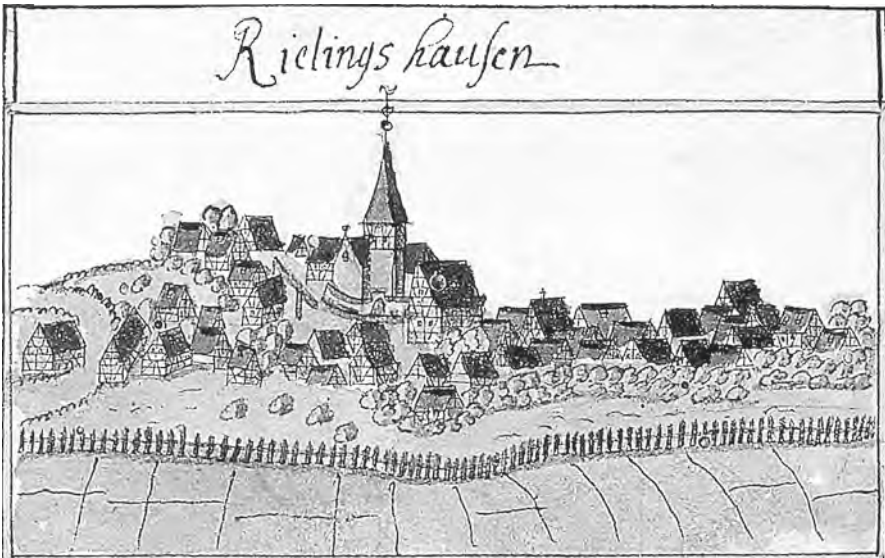
Sein Nachfolger war der um 1576 geborene und seit Weihnachten 1604 unterrichtende Küfer Kaspar Bomm, ebenfalls aus einem alteingesessenen Geschlecht.<sup>8</sup> Ihm folgte der nur 1621 und 1622 genannte Jakob Frauenpreiß, der wahrscheinlich der erste auswärtige Rielingshäuser Schulmeister war. 1621 hatte er »ein gutt Lob, das er sich wol anlaße«. Vermutlich fiel er der Pest bei deren erstem Auftreten 1626 zum



Opfer. Dasselbe Schicksal ereilte wohl auch seinen Nachfolger Alexander Bentz, der nur im Jahr 1626 genannt wird. Vielleicht war er ein Sohn des Steinheimers Georg Bentz, der sich 1598 nach Rielingshausen verheiratet hatte.<sup>9</sup> Von 1627 bis 1634 wird als Rielingshäuser Schulmeister Jakob Lauterwasser genannt, dessen Nachfahren fast ohne Unterbrechung 127 Jahre dieses Amt innehatten. Nur 1641 war Georg Kleilin Schulmeister, der sich in diesem Jahr verheiratete.<sup>10</sup>

### *Die Zeit nach dem Dreißigjährigen Krieg*

Die Anfänge des Schulunterrichts nach dem Dreißigjährigen Krieg waren schwierig, zumal die Bevölkerung in ihrer Zusammensetzung stark verändert und dezimiert war. Eine gewisse Kontinuität garantierte der von 1644 bis 1676 in Rielingshausen amtierende Jakob Lauterwasser (1619–1676), Sohn des alten Schulmeisters und Bruder des späteren Schultheißen Augustin Lauterwasser. Er unterrichtete 1655 nur zwölf Knaben und zwei Mädchen und scheint die Schule vernachlässigt zu haben, denn 1653 war er »unfleißig und trotzig, aber zur Besserung ermahnet worden«. Obwohl 1654 nach neuerlicher Mahnung eine Besserung eintrat, heißt es 1658 über ihn: »Ist nit gern bey der Schul und wegen viler Gütter unfleissig. Er gibt für, man schickt ihm die Kinder nicht, habe auch weder Schulhaus noch Bestallung.« Die Bestallung war die Besoldung, die anteilig aus Schulgeld bestand. Dieses wurde in der Tat von den Eltern meist spät und erst nach Mahnung bezahlt. Die Stelle war nicht sehr lukrativ, denn 1659 heißt es, wegen des geringen Schulmeisterlohns könne kein unbegüterter Fremder diese Stelle antreten. Daher war Lauterwasser auf seine Landwirtschaft angewiesen. Die Besoldung des Schulmeisters stützte sich, so 1670, haupt-



*Rielingshausen um 1685.  
Ansicht aus dem Reichenberger Forstlagerbuch von Andreas Kieser.*

sächlich auf die Tätigkeit als Mesner, denn als solcher hatte er das Anrecht auf den Kleinzehnten einiger Güter, u.a. des sog. Kleinen Höflins. Außerdem musste jedes Kind im Vierteljahr elf Kreuzer Schulgeld bezahlen.<sup>11</sup>

1661 war die Schülerzahl auf 16 Knaben und sechs Mädchen gestiegen, die mangels Schulhaus im Haus des Schulmeisters unterrichtet wurden. 1663 klagte dieser über mangelnden Schulbesuch, besonders im Sommer, worauf »den Eltern scharf zugesprochen« wurde.<sup>12</sup>

Seit mindestens 1674 wurde Jakob Lauterwasser durch seinen Sohn Johannes (1654–1710) unterstützt, der damals ebenfalls als Schulmeister bezeichnet wurde.<sup>13</sup> Nach Jakobs Tod im Jahr 1676 wurde Johannes von der Gemeinde als Nachfolger gewählt. Schon jetzt wurde ihm bescheinigt, dass er sich »gar fein und fleißig bei der Jugend anlasse«. 1677 legte er in Stuttgart sein Examen ab.<sup>14</sup> 1680 unterrichtete er die stattliche Anzahl von 20 Knaben und 14 Mädchen, also 34 Schüler, in seinem Haus.<sup>15</sup> Besonders nachlässig wurde die Sommerschule besucht, die 1684 »wegen der Feldgeschäfte nit erzwungen werden« konnte und deshalb an Sonn- und Feiertagen gehalten wurde.<sup>16</sup> 1687 wurden die Eltern ermahnt, ihre Kinder im Sommer wenigstens am Dienstag und Freitag vormittags in die Schule zu schicken. Das Schulgeld, so wurde deutlich gemacht, müsse in jedem Fall bezahlt werden.<sup>17</sup> 1692 fand gar keine Sommerschule mehr statt, obwohl im Winter noch 53 Schüler unterrichtet worden waren. 1695 besuchten, wohl bedingt durch den Franzoseneinfall 1693, nur 29 Schüler den Unterricht. Die Sommerschule sollte daher wieder an Sonn- und Feiertagen eingeführt werden. Der Schulmeister klagte 1695 über mangelndes Schulgeld, das er zur Anstellung eines Tagelöhners dringend benötige. So musste er nach der Schule seiner Haus- und Feldarbeit nachgehen. 1702 wurde die Sommerschule ständig gehalten und im Winter wurden 37 und im Sommer 25 Kinder unterrichtet.<sup>18</sup>

1710 starb Johannes Lauterwasser, worauf sein Sohn Johann Ulrich (1683–1737) zum Schulmeister gewählt wurde.<sup>19</sup> Er heiratete noch im selben Jahr eine Tochter des Rielingshäuser Pfarrers Cannstetter.<sup>20</sup> 1714 unterrichtete Lauterwasser im Winter 43 und im Sommer 33 Schüler in seinem Wohnhaus.<sup>21</sup>

### *Die Schule im 18. Jahrhundert*

1721 gingen in Rielingshausen im Winter 43 und im Sommer 25 Schüler zur Schule. Für den mangelhaften Besuch der Sommerschule, die nur zwei halbe Tage wöchentlich stattfand, entschuldigte sich die Bevölkerung 1724 »mit ihren vielen Feldgeschäften«, bei denen auch die Kinder benötigt würden. 1726 fand die Sommerschule schon vier halbe Tage wöchentlich statt und 1730 wurden im Sommer 45 und im Winter 65 Schüler unterrichtet. 1731 erging eine herzogliche Instruktion, nach der die Sommerschule wie im Winter täglich abgehalten werden musste, aber 1744 wurde in Rielingshausen die Winterschule zwar täglich von acht bis elf und von zwölf bis zwei Uhr, hingegen die Sommerschule nur vier Tage wöchentlich von acht bis elf Uhr gehalten. 1740 betrug die Schülerzahl im Winter 73 und im Sommer 66 Kinder.<sup>22</sup> Erst 1760 war eine Angleichung erfolgt, denn winters wie sommers wurden 86 Schüler unterrichtet.<sup>23</sup>

Der Schulmeister wurde nach einer Ordnung von 1687 von der Gemeinde gewählt und durch die Herrschaft eingesetzt. Weiterhin war mit dem Schulmeisteramt die Mesnerei und das Organistenamt sowie bei Bedarf die Leitung eines Chores verbun-

den. Die Besoldung bestand hauptsächlich aus Teilen des Frucht-, Wein- und Kleinzehnten sowie 17 Korn- und 18 Hafergarben der Bürgerschaft aus gewissen Lehengütern. Diese Abgabe wurde allerdings nach Streitigkeiten durch ein Simri (22,153 Liter) Korn pro Bürger ersetzt. Außerdem genoss der Schulmeister das Obst von zwei Bäumen auf dem Kirchhof. Eine Holzgabe der Gemeinde zur Heizung der Schulstube wurde in Fronarbeit gesammelt und ins Schulhaus gebracht. Das Schulgeld betrug im Winter 22 Kreuzer und im Sommer acht Kreuzer pro Kind, dazu kamen besondere Gebühren, z.B. bei Beerdigungen und Hochzeiten. Für das Läuten der Betglocke oder sog. Türkglocke erhielt der Schulmeister von der Heiligenpflege jährlich einen Gulden. 1722 betrug das jährliche Einkommen des Schulmeisters in Geld umgerechnet rund 76 Gulden.<sup>24</sup>

1684 wurde erstmals der Bau eines eigenen Schulhauses geplant.<sup>25</sup> Eine Realisierung im Winter 1687 scheiterte, obwohl, wie es heißt, »des Schulmeisters Wohnstüblein« zu eng zum Unterrichten war. Johannes Lauterwasser versprach damals, sein Haus zu erweitern. Da er dieses Vorhaben wegen zahlreicher Geschäfte unterlassen musste, wurde zunächst die Ratsstube im Rathaus ab 1687 für die Winterschule zur Verfügung gestellt. Die Franzoseneinfälle verhinderten weitere Baupläne und das Projekt wurde erst 1711 weiterverfolgt.<sup>26</sup>



*Der Rathausplatz im Jahr 1911 mit dem Rathaus (vorne),  
dem 1720 erbauten ersten Schulhaus und der Kirche*

Nach mehreren vergeblichen Anläufen beschloss die Gemeinde 1720 endlich den Bau eines Schulhauses, da der Schulmeister in seinem eigenen Haus für die wachsende Schülerzahl, die in diesem Jahr ca. 50 betrug, längst nicht mehr genügend Platz hatte. Nachdem ein Bauplatz zwischen Rathaus und Kirche ausgewählt war, wurde im Sommer 1720 trotz des hohen Kostenvoranschlags von 703 Gulden mit dem Bau begonnen. Das Vorhaben wurde durch eine Verarmung der Gemeinde erschwert, die auf noch nicht behobene Kriegsschäden sowie Frostschäden an der Hälfte der Weinberge zurückgeführt wurde. Auf ein herzogliches Reskript hin wurde das Schulhaus daher durch die bürgerliche Gemeinde und die Heiligenpflege gemeinsam erbaut.<sup>27</sup>

Das neue Schulhaus bot dem Schulmeister eine Dienstwohnung mit zwei Stuben, zwei Kammern, einer Küche und einem Keller. Sogar einen Stall durfte er nutzen. Das Haus befand sich im Gemeindebesitz und war steuerfrei.<sup>28</sup> Schon 1742 wies es Mängel auf, die auf den Schulmeister zurückgeführt wurden. Man drohte ihm, »man wolls hinwegbrechen und zum Rathauß ziehen«.<sup>29</sup>

1762 beschloss die Gemeinde, das Schulhaus um sieben Schuh (etwa zwei Meter) in Richtung Kirche zu vergrößern, weil es zu eng geworden war.<sup>30</sup> 1775 erfolgte eine größere Reparatur, die über 84 Gulden kostete.<sup>31</sup> 1788 war das Schulhaus erneut »in schlechtem Stand, solle deswegen diesen Sommer soviel als neu gebaut werden. [...] Holz und Stein seyen würrlich beygeführt worden.« Wieviel Bausubstanz des alten Gebäudes dabei erhalten blieb, ist unbekannt. 1789 ist nur von einem Anbau vom vorigen Jahr die Rede, durch den »die Schulstube verbreitert und Schulmeisters Wohnung hinlänglich bequem« geworden sei.<sup>32</sup>

Schulmeister Johann Ulrich Lauterwasser wird 1721 als »still, fromm und erbar« bezeichnet. Im Winter 1720/21 war er krank und auch 1723 wird der kränkliche Leib des erst 39 Jahre alten Lehrers erwähnt. Er musste, da er längere Zeit bettlägerig war, auf eigene Kosten als Provisor Johann Christoph Trefz, den Sohn des Affalterbacher Schulmeisters, beschäftigen. Weitere Provisoren folgten, da sich Lauterwassers Gesundheitszustand zunehmend verschlechterte. 1731 war er »wegen seines contracten Leibs nimmer im stand, sein Ampt bey der Schul und Kirch selbst zu versehen«.<sup>33</sup>

Als er 1737 starb, wurde sein Sohn, ebenfalls mit Namen Johann Ulrich (1718–1754), aus drei Kandidaten zum Nachfolger gewählt. Wahlberechtigt waren der Kirchenkonvent, also Pfarrer, Schultheiß und drei Beisitzer, dazu je vier Richter und Ratspersonen und acht Gemeindedeputierte.<sup>34</sup> 1743 heißt es, der Schulmeister »hat Fleiß und Gedult zum Informiren, [sei] im Gesang mittelmäßig, im Schlagen der Orgel auch also, im Schreiben passabel, kann auch rechnen«. Als Lauterwasser 1745 einige Schulversäumnisse bestrafte, wurde ihm, angeblich aus Rache, ein Stück Hanfland abgemäht.<sup>35</sup>

1752 bemängelt man, Lauterwasser vernachlässige die Schule und lasse »sein weitläufiges Feldgeschäft vorgehen«. Außerdem gebe »die sehr elende Beschaffenheit des Gesangs Anlaß zu Klagen«. Noch im selben Jahr gab es Beschwerden, weil er einige ältere Schüler heftig geschlagen hatte und auch keine Ehrfurcht vor dem Gericht habe. Auch eine herzogliche Ermahnung half nicht, so dass der Marbacher Spezial Hochstetter nach Stuttgart berichtete, Lauterwasser sei »der fleissigste Mann im ganzen Flecken, aber nur im Feld und hernach desto träger in der Schul«. Morgens um drei Uhr sei er »schon auf seinen Güthern und arbeithe mit solchem Ernst, daß ihm der Schweiß überall ablauffe«; um acht Uhr gehe er wieder nach Hause und in die Schule,

lasse die Kinder »ihre lectiones aufsagen, schlummere aber in der ersten halben Stunde dabey ein«. Er wurde als unersättlich charakterisiert: Obwohl er viel vom Vater geerbt und erheiratet habe, müsse er ein gutes Stück, wenn es zum Verkauf stünde, unbedingt haben. Sogar die Uhr lasse er um elf statt um zwölf Uhr schlagen, damit er seine Tagelöhner nachmittags selbst beaufsichtigen könne. Lauterwasser bekannte sich zu seinen »menschlichen Schwachheiten, Fehlern und Gebrechen«, bezeichnete aber seine Kritiker als Lügner und Betrüger und brachte seinerseits vor, dass er als Bürger Feldgüter haben dürfe, das Uhrwerk sehr schlecht gehe und in der Schule fast nicht zu wohnen sei.<sup>36</sup>

Da sich keine Besserung einstellte, sollte Lauterwasser auf seine Kosten einen Provisor einstellen.<sup>37</sup> Er starb jedoch schon 1754 im Alter von nur 36 Jahren und hinterließ eine schwangere Frau sowie sechs Kinder zwischen ein und zwölf Jahren. Laut Erbteilung bestanden seine Liegenschaften aus einem Haus mit Scheuer und zwei Hofstätten in der Langen Gasse im Wert von 350 Gulden sowie aus zahlreichen Grundstücken. Von seiner Wohlhabenheit zeugten vier Kühe, zwei Schweine, fünf Gänse und fünf Hühner sowie elf Eimer Wein der Jahrgänge 1751 bis 1754. Sein gesamtes Vermögen wurde auf fast 2500 Gulden geschätzt, so dass seine jährliche Besoldung im Wert von rund 76 Gulden kaum ins Gewicht gefallen war.<sup>38</sup>

Als Nachfolger bewarben sich 1754 zehn Kandidaten, die schon damals ihren Bewerbungen Lebensläufe und Zeugnisse beilegten. Nachdem alle Orgel gespielt und ein Lied gesungen hatten, waren nur noch vier Kandidaten übrig. Gewählt wurde der aus Kleinheppach stammende Küfersohn Johannes Schwarz (1726–1764). Die Wahl focht Kaspar Schelle an, der verlangte, ihm als Bürgersohn vom Ort die Stelle zu übertragen. Die Klage wurde jedoch abgewiesen.<sup>39</sup>

Das Vermögen des neuen Schulmeisters, der 1755 eine Bürgerstochter vom Ort heiratet, wurde auf lediglich rund 210 Gulden beziffert. Er besaß aber 19 Bücher, darunter ein Deutsch-Italienisch-Französisches Wörterbuch und ein »Schlag-, Gesang- und Notenbuch«. Offenbar war Schwarz musikalisch, denn in seinem Besitz befand sich ein »clavicordium« zu sechseinhalb Gulden, eine »Cithar« und eine Violine im Wert von einem Gulden. Beachtlich ist, dass ein Hut mit einem Gulden denselben Wert wie die Violine hatte.<sup>40</sup>

Schwarz starb 1764 nach zehnjähriger Amtszeit. Sein Nachfolger, der bisherige Provisor Johann Matthias Benignus (1742–1786) aus Oppelsbohm<sup>41</sup>, heiratete noch im selben Jahr die Witwe seines Vorgängers.<sup>42</sup> Allerdings hatte die Gemeinde mit der Wahl von Benignus keinen glücklichen Griff getan: Bereits 1767 wurde er wegen seiner schlechten Ehe und wegen Zechens in Wirtshäusern ermahnt. Nachdem er sich eine Weile »des Zechens« enthalten hatte, wurde 1769 erneut seine schlechte Ehe sowie das Spielen und Trinken mit schlechten Bürgern in den Wirtshäusern beklagt. Eine damals umgehende Krankheit warf ihn und danach seine Frau sowie seine Kinder lange auf das Krankenlager, wodurch er »mürbe geworden« war. 1773 war man mit der »Schulinformation und Zucht zufrieden«, doch sollte Benignus beim Richten der Uhr und Läuten der morgendliche Betglocke fleißiger sein, seine Frau »nicht mehr mit Schlägen tractieren und sich der Wirthshäuser, um darin zu zechen, gänzlich bemüßigen«. 1775 wurde er Witwer. Seine zweite Ehe wird als »friedlich« bezeichnet.<sup>43</sup>

Aber die Besserung währte nicht lange: 1781 wurde dem Alkoholkranken durch ein herzogliches Reskript eine Gefängnisstrafe angedroht, wenn sich seine durch Trunksucht bedingten Exzesse wiederholen sollten. Aber auch weitere Warnungen in den darauf folgenden Jahren blieben erfolglos und so wurde Benignus zum gemein-

schaftlichen Oberamtstag am 12. März 1784 nach Marbach »citirt«. Da »er die Excesse nicht läugnen konnte«, verurteilte man ihn zu zweimal 24 Stunden Gefängnis. Die Strafe sollte aber wegen seines todkranken Kindes erst Anfang Juni »in einem gelinden carcere exequirt« werden.<sup>44</sup>

Seit 1783 durfte Benignus einen Provisor halten, da in der Winterschule inzwischen mehr als hundert Kinder unterrichtet wurden. Dieser erhielt 21 Gulden als feste Besoldung, von denen je 7 Gulden von der bürgerlichen und der kirchlichen Gemeinde übernommen wurden. Das restliche Drittel in Höhe von 7 Gulden musste Benignus selbst aufbringen. Provisor wurde Johann Georg Föll aus Happenbach, der jedoch schon 1784 wegen »Verdrüßlichkeiten« mit dem Schulmeister Rielingshausen verließ. Auch der aus Asperg stammende Christian Gottlieb Hopff blieb bezeichnenderweise nur ein Jahr im Ort.<sup>45</sup>

Benignus starb 1786 im Alter von 44 Jahren und wurde nach der damaligen Trauerordnung ohne Gesang und Predigt begraben.<sup>46</sup> Sein auf rund 500 Gulden geschätztes Vermögen bestand hauptsächlich aus Immobilien im Wert von rund 336 Gulden. In seinem Nachlass fanden sich unter anderem auch ein »Begeleisen mit Sohl«, vier Gemälde mit den vier Jahreszeiten zu je 15 Kreuzer, eine »Feld-Apothek von Pappendeckel« zu zwei Kreuzer, ein »Spring-Stok zum Aderlaßen« und ein »Rasier-Meßer mit Leederpeilen«.<sup>47</sup>

### *Die Schule in der napoleonischen Zeit*

1786 bewarben sich auf die freie Schulmeisterstelle 23 Kandidaten, von denen neun in die engere Auswahl kamen. Sie mussten in der Kirche singen und die Orgel spielen sowie auf dem Rathaus »auswendig und gedruckt buchstabieren, lesen, schreiben, rechnen, examinieren und catechetische Wahrheiten« aufsagen. Die Bürgerschaft hatte acht Gemeindepriester ohne Magistratsamt als Wahlmänner gewählt, so dass der neue Schulmeister von insgesamt 23 Wählern ausgesucht wurde. Davon entfielen 13 Stimmen auf den Winnender Stadtprovisor Wilhelm Benignus (1755–1829).<sup>48</sup>

Er unterrichtete 1796 125 Schüler.<sup>49</sup> Bis 1815 stieg die Schülerzahl auf 142, von denen der Provisor 67 unterrichtete.<sup>50</sup> Für die Besoldung des Provisors erhielt der Schulmeister 1799 fast 15 Gulden von bürgerlicher und kirchlicher Seite.<sup>51</sup>

Seit 1791 stand Benignus eine zusätzliche Entlohnung für die Gestaltung des Weihnachtsgesangs und das »Schlagen der Orgel« zu. Als 1792 beim Tode Kaiser Leopolds II. ein vierzehntägiges Trauergeläute angeordnet wurde, musste dies der Schulmeister »gegen billige Belohnung übernehmen«.<sup>52</sup> 1799 erfahren wir, dass das übliche große »Pfingstkinderexamen« für die vier Klassen an vier Sonntagen durchgeführt wurde, wobei jedes Kind einen Kreuzerwecken erhielt.<sup>53</sup>

1809 nahm Benignus das Schulgeld von 112 Schülern ein. Von jedem Kind erhielt er 33 Kreuzer (ab 1812 erhöht auf 40 Kreuzer). Dazu kamen zusätzliche Einkünfte für die Leitung des Weihnachtsgesangs und der Sonntagsschule sowie aus öffentlichen Kassen anlässlich von Visitationen und Ämterersetzungen. Bei Taufen, Hochzeiten und Beerdigungen durfte der Schulmeister ebenfalls eine Gebühr verlangen. Abzüglich des dem Provisor zu entrichtenden Lohns blieben ihm fast 120 Gulden jährlich. Dazu kamen für den Mesnerdienst ca. 155 Gulden, also zusammen fast 275 Gulden, sowie Naturalien im Wert von fast 40 Gulden, die alle zum Mesnerinkommen gehörten. Dies waren z.B. die Mesnerfrucht (Dinkel), der Mesnerlaib

(inzwischen als Hafer gegeben) sowie vier kleine Eichen und 200 Büschel Reisig. Der Mesnerzehnt bestand aus 14 Scheffel (fast 25 Hektoliter) Dinkel und sieben Scheffel (rund 12,5 Hektoliter) Hafer, einem Anteil am Kleinzehnten sowie dem Weinzehnt von zweieinhalb Morgen Weinbergen.<sup>54</sup>

1815 erhielt Schulmeister Wilhelm Benignus zusätzlich zur Besoldung 45 Kreuzer für die Sonntagsschule sowie fast drei Gulden als Entschädigung für den inzwischen abgeschafften Weihnachtsgesang. Dazu kamen die seit 1783 bezahlten Provisorfelder.<sup>55</sup> Außer der finanziellen Entlohnung hatte Benignus freies Wohnrecht im Schulhaus und nutzte er drei Gärten der kirchlichen Gemeinde.<sup>56</sup>

### *Ein neues Schulhaus und die Industrieschule*

1815 wurden in Württemberg statt der Zeugnisse an Georgii (23. April) und Martini (11. November) die sog. Schultabellen eingeführt, in denen alle Schüler mit Namen der Väter, Alter und Leistungsstand eingetragen wurden. Jedes Kind erhielt eine Note im Auswendiglernen, Buchstabieren, Lesen, Schreiben, Sitten, Rechnen und Gesang sowie im Vorsagen von Sprüchen. Auch Versäumnisse wurden dokumentiert.<sup>57</sup>

1816 unterrichtete Schulmeister Benignus ca. 100 Schüler und sein Provisor 70 Schüler.<sup>58</sup> 1827 wurden im Sommer wöchentlich 24 Stunden (täglich, außer sonntags, von 7 bis 11 Uhr) und im Winter 30 Stunden (8 bis 11 Uhr und 12 bis 15 Uhr) gehalten. Das Gehalt des Schulmeisters betrug außer dem Schulgeld und Holz zur Heizung des Schulhauses rund 285 Gulden, davon rund 183 Gulden für die Mesnerlei.<sup>59</sup>

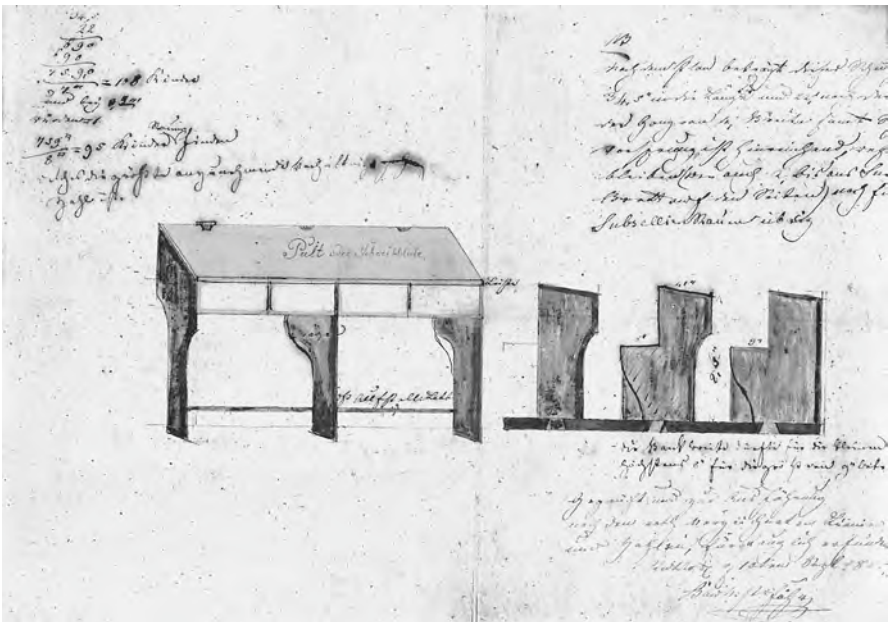
Obwohl 1812 in die Schulstube ein Fenster in die Bretterwand auf der Seite gegen die Kirche eingebaut wurde<sup>60</sup>, war es immer noch zu dunkel und vor allem zu eng.<sup>61</sup> Noch im selben Jahr verlegte der Marbacher Zimmermeister Thumm nach einer neuen Verordnung sog. Luftschläuche über der Schulstube zur Belüftung derselben. Ein Schulhausneubau wurde wegen des damals stattfindenden Kirchenbaus verschoben. Stattdessen erhielt man durch Herausbrechen einer Täferung und der Verlegung des Schulmeisterschlafzimmers ins Obergeschoss einen gewissen Raumgewinn.<sup>62</sup>

Seit 1. Mai 1828 wurde das Sonntagsopfer für den Schulhausneubau gesammelt. Die gemeinsame Baulast hatten bisher kirchliche und bürgerliche Gemeinde, jedoch sollte künftig die bürgerliche Gemeinde »mehr belästigt werden«. Wegen der großen Schuldenlast der Gemeinde wollte man aber für den Bau bessere Zeiten abwarten.<sup>63</sup> Erst 1835 beschloss der Gemeinderat nach ernstlicher Mahnung durch das Oberamt, den Schulhausbau in Angriff zu nehmen. Der Plan, die Schulmeisterwohnung aus Kostengründen im alten Schulhaus zu belassen, wurde verworfen. Um Geld für den Bauplatz zu sparen, brach man 1836 die Fleckenscheuer am Weidenbach ab. Im Frühjahr 1837 wurde dort mit den Bauarbeiten begonnen. Sie mussten aber schon bald eingestellt werden, da sich der Platz beim Ausgraben als zu »sumpfigt« erwies. Einen passenden Bauplatz fand man am südlichen Ortsende in Richtung Kirchberg auf einem zum Kieleisenhof gehörigen Garten.<sup>64</sup>

Am 22. November 1837 wurde das neue Schulhaus eingeweiht. Morgens um 8 Uhr nahmen Pfarrer, Schultheiß, Gemeinderat, ein Großteil der Gemeinde und alle Schulkinder Abschied vom alten Schulhaus. Die Prozession zog nach dem Einweihungsgottesdienst unter Glockengeläut und Gesang zum neuen Schulhaus, das die Kinder



Das Schulhaus von 1837.



Entwurf für die Pulte des Schulhauses.



nach einer Rede des Pfarrers betreten. Die vier besten Schüler erhielten zwei Wecken, alle anderen Kinder je einen.<sup>65</sup> Das neue Haus beherbergte eine Lehrerwohnung, einen Vieh- und Futterstall sowie zwei Lehrsäle.<sup>66</sup> Den Acker vor dem Schulhaus erwarb die Gemeinde 1839 zur Anlage eines Wegs.<sup>67</sup> Die Gesamtkosten für das neue Schulhaus betragen fast 5700 Gulden.<sup>68</sup>

Der Verkauf des alten Schulhauses neben dem Rathaus erbrachte 1838 551 Gulden. Käufer waren Andreas Wildermuth und der Weber Gottlieb Schelle<sup>69</sup>, der im Erdgeschoss eine Weberwerkstatt einrichtete. Später wurde es das erste Armenhaus der Gemeinde.<sup>70</sup> 1840 beantragte Rielingshausen einen Staatsbeitrag zum Schulhausbau. Die Kosten waren wegen der schlechten Finanzlage der Stiftungspflege, die sich zur Hälfte hätte beteiligen sollen, von der Gemeinde allein bestritten worden. Oberamtmann Sandberger befürwortete das Gesuch, zumal die Gemeinde zum Kirchenbau keinen Zuschuss erhalten hatte.<sup>71</sup>

Schulmeister Wilhelm Benignus war 1829 gestorben.<sup>72</sup> Mit 42 Dienstjahren hat er die längste Amtszeit aller bekannten Rielingshäuser Schulmeister erreicht. Als neuer Schulmeister kam Christian Gottfried Würthle an die Schule, der bisher in Calmbach bei Wildbad tätig war und schon 1835 nach Ottmarsheim versetzt wurde.<sup>73</sup> Die Stelle wurde erst nach Einweihung des neuen Schulhauses im Jahr 1837 wieder besetzt.<sup>74</sup> Bis dahin unterrichtete Schulamtsverweser Holzhauer, der trotz einer Unterschriftensammlung der Gemeinde nicht am Ort bleiben durfte. Stattdessen erhielt die Stelle der 1803 in Brackenheim geborene und 1837 geschiedene Jakob Friedrich Seemann, der sich 1839 mit einer Tochter des Rielingshäuser Schulheißens Johann Friedrich Wildermuth verheiratete.<sup>75</sup> Im Gegensatz zu seiner Frau, deren Vermögen über 1500 Gulden betrug, brachte Seemann nur rund 174 Gulden in die Ehe. Allein 40 Gulden wurden für seine 65 Bücher angesetzt. Der eigentliche Wert hätte 82 Gulden betragen, wurde jedoch niedriger taxiert, da »bey Büchern der Werth stets und bedeutend sinkt«. Neben zahlreichen Schulbüchern beinhaltete seine Bibliothek u.a. Klavierstücke, Hebels Gedichte und Knigges »Umgang mit dem Menschen«.<sup>76</sup>

Das Einkommen der kombinierten Schulmeister- und Mesnerstelle ist 1837 nach dem Neubau des Schulhauses neu festgesetzt worden.<sup>77</sup> Es betrug 1838 rund 280 Gulden jährlich und stieg bis 1864 auf 425 Gulden an.<sup>78</sup> Die Mesnerfrucht wurde ab 1866 in Form von 25 Gulden gereicht. Jeder Bürger oder Beisitzer hatte jetzt 12 und jede Witwe sechs Kreuzer Mesnergeld zu entrichten.<sup>79</sup>

Im Sommer 1845 erreichte die Schülerzahl mit 210 einen Höchststand, den sie in der Sommerschule bis 1933 nicht mehr übertraf.<sup>80</sup> 1859 wurde anstelle des Provisors oder Lehrgehilfen ein Unterlehrer eingestellt, der jährlich 180 Gulden sowie Gemeinدهolz erhielt.<sup>81</sup>

Seit mindestens 1847 wurden zweimal pro Woche 158 Schüler in der sog. Industrieschule, einer Art Hauswirtschaftsschule, unterrichtet.<sup>82</sup> Offenbar war der Anfang schwierig, denn 1850 wurde die unentgeltliche Fortführung beschlossen, »um die in den letzten zwei Jahren beinahe ganz schlafen gegangene Industrieschule wieder ins Leben zu bringen«. Die Gemeindekasse entlohnte die Lehrerin und spendete das Material für die Ärmeren. 26 Mädchen erhielten je »ein Gestrick Nadeln und Baumwollengarn zu einem Paar Strümpf«, die sie in der Schule fertigen sollten.<sup>83</sup> Ab Dezember 1854 fand der Unterricht im Nähen und Stricken mittwochs und samstags von ein bis vier Uhr unter Anleitung der Lehrerinnen Wilhelmine und Karoline Wildermuth vom Ort statt. Eine Winterabendschule bestand wohl eine Zeitlang, wurde aber schon 1868 nicht mehr gehalten.<sup>84</sup>

## *Im Deutschen Reich bis zum Ende des Ersten Weltkriegs*

Jakob Friedrich Seemann blieb 40 Jahre lang, bis zu seinem Tod 1877, Lehrer in Rielingshausen.<sup>85</sup> Seine Nachfolger waren: Johannes Schuster (1877–1879), Johannes Bauer (1880–1891), Johannes Rau (1891–1898), Johann Georg Friedrich Rößler (1898–1901), Eugen Mannhardt (1902–1913), Richard Kopf (1913, Amtsverweser), Heinrich Würster (1913–1914), Hermann Walter (1914–1916, Amtsverweser), Ernst Bauser (1916–1919).<sup>86</sup>

Die Schülerzahl betrug 1872 149, fiel aber bis 1909 auf 115.<sup>87</sup> Ab 1874 sollte auf einen Erlass des Konsistoriums freiwillig Turnunterricht erteilt werden. In Rielingshausen sah man davon ab, bis dieser Unterricht 1883 Pflicht wurde. Die ca. 42 Schüler der Ober- und Unterklasse erhielten Turnunterricht durch einen extra beschäftigten Lehrer, da der 40 Jahre alte Lehrer Bauer das Turnen nicht gelernt hatte.<sup>88</sup> Der Ortsschulrat bestand seit 1891 aus Pfarrer, Schultheiß, Lehrer und zwei gewählten Mitgliedern. Für die zweiklassige Volksschule standen 1911 ein ständiger und ein unständiger Lehrer zu Verfügung. Die schulpflichtigen Mädchen besuchten eine Handarbeitsschule. Die konfirmierten Söhne waren in der Fortbildungsschule und die Mädchen in der Sonntagsschule.<sup>89</sup>

Ab Winter 1872/73 hielt Lehrgehilfe Grau dienstags und freitags abends je zwei Stunden Winterabendschule, eine Art landwirtschaftliche Schule für die jungen Männer.<sup>90</sup> Die Wiedereinrichtung einer Industrieschule wurde 1877 abgelehnt.<sup>91</sup> Durch das Volksschulgesetz von 1909 sollte der »Arbeitsunterricht« wenigstens winters durchgeführt werden. Die 1890 geborene »Nähterin« Martha Bauer musste aber erst selbst einen Kurs besuchen, bevor sie ab Januar 1912 als Arbeitslehrerin wöchentlich zwei Stunden im Sommer und dreieinhalb Stunden im Winter Arbeitsunterricht in der Unterklasse erteilen durfte.<sup>92</sup>

1883 war die aus mehreren Teilen bestehende Besoldung der Rielingshäuser Schullehrer kompliziert. Der Lehrer erhielt Geld vom Kameralamt als Entschädigung für Einkünfte, die durch die Ablösung des Mesnereizehnten weggefallen waren. Von der Mesnereifondspflege bekam er weiteren Sold aus »Mesnereizehntablösungskapitalien« sowie von der Stiftungspflege Geld für Weihnachtsgesang, Sonntagsschule und sog. ewige Zinse. Der Hauptteil der Bezahlung kam von der Gemeindepflege, ebenfalls für Weihnachtsgesang, Sonntagsschule, Schulgeldzuwendung und Zulage für Mesnerhafer. Naturalien wurden seit 1865 teilweise in Geld ausbezahlt. Zudem durfte der Lehrer ein fast 24 Ar großes Gärtchen der Gemeindepflege beim Schulhaus, das aus Mitteln des Mesnereizehntablösungskapitals gekauft worden war, nutzen. Dazu kamen neben den üblichen Emolumenten die bürgerlichen Benefizien wie Holzgabe und Streusammeln.<sup>93</sup>

1889 bis 1891 erfolgte die Ausscheidung des Kirchenvermögens und 1901 der Mesner- und Organistenbesoldungsanteile. Auf Antrag von Lehrer Rößler waren seit 1900 der Lehrer- und Mesnerdienst getrennt. Den Organisten- und Kantorendienst versah der ständige Lehrer für jährlich 200 Mark.<sup>94</sup>

Im Mai 1901 hatte die Kirchengemeinde Probleme mit Rößler, da er sich seit einem halben Jahr »derart streitsüchtig und frivol benahm, indem er fortwährend unbegründete Denunziationen gegen behördliche und Privatpersonen bei Gericht einreicht und dabei die Schule derart vernachlässigt, daß die Kenntnisse seiner Schüler in rascher Abnahme sind und er immer unbeliebter wird«. Als sich die Verleumdungen und Verdächtigungen Rößlers mehrten, beantragten Gemeinde- und Kirchengemeinderat beim Konsistorium in Stuttgart seine Versetzung.<sup>95</sup> Rößler wurde daraufhin am 10. August 1901 vom Dienst suspendiert und sogar inhaftiert.<sup>96</sup> Er erhängte sich in der Nacht von 21. auf 22. April 1902 im Landgerichtsgefängnis Heilbronn.<sup>97</sup>

In den Jahren des Ersten Weltkriegs wechselten in Rielingshausen 1914 bis 1916 Lehrer und Amtsverweser kriegsbedingt oft. Lehrer Heinrich Würster, erst seit 1913 in Rielingshausen, fiel bereits im ersten Kriegsjahr. Dann waren als Amtsverweser der Stuttgarter Lehrer Hermann Walter, später in Murr, und Lehrer Straubinger tätig, ab 1916 schließlich der junge Hauptlehrer Ernst Bauser.

Den Eindruck eines Schülers gibt ein Aufsatz von Paul Hild mit dem Titel »Meine Schulzeit« vom 17. März 1917 wieder. 1911 war er nach Rielingshausen zu Lehrer Heckel gekommen. Im ersten Schuljahr hatte er Schreiben, Lesen und ein wenig Rechnen gelernt. Im zweiten und dritten Jahr, das Walter für Heckel unterrichtete, kamen dazu



*Lehrer Johannes Rau mit den Schülern der Klassen 1 bis 7.*

Rechtschreiben, biblische Geschichte, Memorieren, Aufsatz und Singen. Nach dem dritten Schuljahr kam Hild von der sog. kleinen in die große Schule zu Lehrer Würster, der im Krieg fiel. Auch Lehrer Walter musste in den Krieg und wurde durch Straubinger ersetzt. Im vierten und fünften Schuljahr lernte Hild hauptsächlich Geschichte, Geographie, Rechnen, Schönschreiben, Naturgeschichte und Singen. Seit November 1916 unterrichtete ihn Lehrer Bauser und Hild schrieb: »Hoffentlich darf dieser auch für immer hier bleiben. Hoffentlich ist der Krieg aus bis zu meiner Konfirmation.«<sup>98</sup>

#### *Schwierige Zeit zwischen den Kriegen und im Zweiten Weltkrieg*

Kirche und Schule waren nun schon viele Jahre getrennt. Der aus dem Schulvorstand, dem Pfarrer, dem Ortsvorsteher und zwei Gemeinderäten bestehende Ortsschulrat war außer dem Religionsunterricht die einzige Verbindung, die zwischen Schule und Kirche geblieben war.<sup>99</sup>

1919 wies Hauptlehrer Bauser als Schulvorstand auf Missstände in der Schule hin. Das Schulhaus, dem Turn- und Spielplatz fehlten, hatte bauliche Mängel. Die Lehrerwohnung war ungesund, feucht, kalt und staubig und auch zu laut, da täglich 140 Schüler im Stockwerk darüber liefen. Nachdem 1920 eine zweite ständige Lehrerstelle eingerichtet wurde, musste man den Bau einer Lehrerwohnung angehen, da im Schulhaus nur eine Wohnung vorhanden war. So wurde 1921 der Mesneracker mit der Gemeinde gegen ein Stück Land beim Schulhaus getauscht<sup>100</sup> und 1923 dort für 46 800 Mark ein Lehrerwohnhaus errichtet.<sup>101</sup>

1930 erfolgte ein großer Schulhausumbau für über 15 000 Mark. Damals wurden ein Kohleraum und ein Lehrerabort angebaut sowie der Eingang erneuert, erweitert und mit einer neuen Staffel versehen. Im Gebäude sanierte man die Treppe sowie die Schulsaalböden, Fenster und Türen.<sup>102</sup> Ein Raum der alten Lehrerwohnung wurde wegen der Einrichtung einer dritten Lehrerstelle zum Schulsaal umgebaut, indem die bisherigen Wände des Wohnzimmers und des Stalls herausgenommen wurden.<sup>103</sup>

Die Schülerzahl erhöhte sich zwischen 1920 und 1933 von 118 auf 137.<sup>104</sup> 1927 wollte der Ortsschulrat die Einführung des achten Schuljahrs verzögern. Der Gemeinderat hielt dagegen: »Es ist noch früh genug, wenn unsere Kinder mit 14 Jahren der harten Arbeit in Landwirtschaft, Fabrik und Werkstatt zugeführt werden.« Außerdem würde man mit besserer Schulbildung leichter eine Lehrstelle finden. Eine doch sehr weitblickende und fortschrittliche Sichtweise. Der Ortsschulrat stellte trotzdem am 29. September 1927 den Antrag auf Aufschiebung mit der Begründung, dass sachlich und personell – mit damals noch nur zwei Lehrstellen – keine Möglichkeit gegeben sei, das achte Schuljahr einzuführen.<sup>105</sup>

Bei der Schulprüfung im März 1931 wurde gerügt, die Eltern sollten »auf ihre Kinder Acht haben und nicht dulden, daß ihre Buben noch spätabends in der Kelter zum Turnen gehen.«<sup>106</sup> Und an anderer Stelle ist zu lesen: »Die Vereine und Sportübungen nehmen sie [die Jugend] soviel in Beschlag und gerade an den Sonntagen, daß sie des Kirchgangs immer mehr entwöhnt werden. Auch wird von den älteren Leuten viel geklagt über die Autoritätslosigkeit der Schuljugend.«<sup>107</sup>

Ab 1. April 1936 sollte eine gemeinsame staatlich geprüfte Hauswirtschaftslehrerin für Kirchberg und Rielingshausen eingestellt werden. Die Schulküche in Kirchberg wurde vorerst durch die Rielingshäuser Schülerinnen mitbenutzt. Die Besetzung der Stelle erfolgte zum 1. Dezember 1937 nach Gründung des Zweckschulverbandes Kirchberg-Rielingshausen, dessen Vereinbarung aber erst 1938 unterzeichnet wurde. Martha Bauer, die hauptamtliche Lehrerin für Hauswirtschaft, Handarbeit und Mädchenturnen, feierte 1936 ihr 25-jähriges Dienstjubiläum.<sup>108</sup> Seit Ende der 1930er Jahre war eine fachlich ausgebildete Hauswirtschaftslehrerin tätig.<sup>109</sup>

1939 wurde endlich das achte Schuljahr eingeführt. Die Schulprüfung im Januar 1939 hob im Sinne der nationalsozialistischen Ideologie drei Schülerinnen als »Führer« hervor. Ein Teil der Knaben hingegen sei »sittlich verleitet« durch einen »sittlich verwarhlosten« Mitschüler, der durch »seine überlegene Körperkraft« zu Diebstählen anleite. Der Junge wurde im Januar 1939 in die Erziehungsanstalt Herbrechtingen eingewiesen. Drei Schüler stammten, wie sich die Nationalsozialisten auszudrücken pflegten, aus »biologisch nicht einwandfreien Familien«.<sup>110</sup>

Am 1. Januar 1939 besuchten in Rielingshausen 105 Schüler die Deutsche Volksschule, 19 Schülerinnen die Hauswirtschaftsschule. Sieben Schüler gingen in die Landwirtschaftliche Berufsschule Marbach.<sup>111</sup>

Der seit 1916 in Rielingshausen unterrichtende Ernst Bauser verkraftete den Tod seiner 1918 gestorbenen Frau nicht und nahm sich am 20. Juli 1919 durch einen Kopfschuss das Leben. Man fand ihn noch »schwer röchelnd« – in der einen Hand das Bild seiner Frau, in der anderen die Waffe haltend – vor.<sup>112</sup> Nachfolger als Lehrer der Oberklasse wurde sein 1892 in Leonberg geborener Bruder Thomas Bauser, der Verfasser der 1935 erschienenen »Geschichte von Rielingshausen«.<sup>113</sup> Er wurde 1933 nach Botnang versetzt.<sup>114</sup> Ihm folgte als Oberlehrer am 1. Februar 1934 der 1900 in Emmingen bei Nagold geborene Walter Messer<sup>115</sup>, der Ende 1938 nach Stuttgart versetzt wurde.<sup>116</sup>

Im Februar 1920 war eine zweite ständige Lehrerstelle eingerichtet worden.<sup>117</sup> Von 1919 bis 1929 betreute Wilhelm Reiner die Unterklasse. Nachfolger des nach Untertürkheim versetzten Reiner wurde im Dezember 1929 der 1896 in Waldenbuch geborene Karl Rieth.<sup>118</sup> Ihm folgte im Amt Hauptlehrer Haible, »ein Äbler, gescheit, bedächtig, mit trockenem Humor, warmherzig und freundlich«.<sup>119</sup> Friedrich Haible (1900–1994) war von 1945 bis 1965 Schulleiter in Rielingshausen.<sup>120</sup>

Sehr beliebt war Lehrer Paul Hild, der die zum 1. Oktober 1930 eingerichtete dritte Lehrerstelle erhielt.<sup>121</sup> Der 1904 in Backnang geborene Hild starb am 1. Januar 1980 in Rielingshausen.<sup>122</sup> Er wird 1935 als »liebenswürdiger Mensch, fleißiger und tüchtiger Lehrer, der kindertümlich und heimatlich unterrichtet«, bezeichnet.<sup>123</sup> Zum 1. Januar 1937 wurde Hild nach Großaspach versetzt.<sup>124</sup> Vorher erfolgte im Dezember 1936 unter großer Anteilnahme der Rielingshäuser Bevölkerung seine Verabschiedung als Lehrer, Kirchengemeinderat sowie Kirchen- und Posaunenchorleiter. Seine politische Abschiedsfeier als Zellenleiter der NSDAP (seit 1933) erfolgte im Januar 1937.<sup>125</sup> Doch zur Freude der Gemeinde wurde Paul Hild zum 1. April 1939, jetzt als Oberlehrer, wieder nach Rielingshausen versetzt.<sup>126</sup>

Widersprüchlich ist die Rolle von Paul Hild während der NS-Zeit. 1973 beschrieb er den Übergang von der Demokratie zur Diktatur so: »Die Not auf der einen Seite und eine geschickte Propaganda andererseits trieb immer mehr Volksgenossen in die



*Oberlehrer Ernst Bauser.*

Arme der extremen Parteien. Dem Führer der Nationalsozialisten, Adolf Hitler, gelang es, durch Hetze gegen die demokratischen Parteien und durch das laut verkündete Versprechen, ›Arbeit und Brot‹ zu beschaffen, große Massen an seine Partei zu fesseln und schließlich die Macht als Diktator zu ergreifen. Was das Getriebe der ›Partei‹ im Dritten Reich betrifft, so war unser Ort – zum Glück – abseits gestellt. Da Rielingshausen keine selbständige Ortsgruppe war, blieb es hier viel ruhiger als andernorts. Zudem wiesen die örtlichen Funktionäre eine für die damaligen Verhältnisse seltene Toleranz auf, waren doch anfangs viele in gutem Glauben zur Partei gestoßen. Doch auf hoher Ebene braute sich das Unheil zusammen, dessen furchtbare Auswirkungen sich auch bis ins letzte Dorf erstrecken sollten.«<sup>127</sup> Dies ist natürlich viel zu kurz gegriffen, zumal er ja als Zellenleiter selbst zu den »örtlichen Funktionären« zählte. Die Verantwortung wird auf die »hohe Ebene« abgeschoben. Er zählte sich zu den von Hitler getäuschten »Volksgenossen«.

Der religiös geprägte Hild, der in den 1930er Jahren auch Kirchengemeinderat war und viele Jahre den evangelischen Kirchenchor leitete, scheint tatsächlich einen Sinneswandel erfahren zu haben, denn nach seiner Rückversetzung nach Rielingshausen lehnte er 1939 die erneute Übernahme der NSDAP-Zelle als Leiter ab. Sie wurde dann Bürgermeister Herrmann übertragen.<sup>128</sup> Hilds Beliebtheit in weiten Kreisen der Rielingshäuser Bevölkerung wird in den Zeugnissen und Berichten, die zu seiner Entnazifizierung angefertigt wurden, deutlich. Auch die intensiven Bittschriften der Gemeinde, ihn so bald wie möglich wieder als Lehrer am Ort einzusetzen, sprechen für sich. Zum 1. Februar 1949 durfte Paul Hild nach der Entnazifizierung als Rielingshäuser Hauptlehrer seine Tätigkeit wieder aufnehmen und als Vertreter des Pfarrers auch Religionsunterricht erteilen.<sup>129</sup> Von 1965 bis zu seiner Verabschiedung in den Ruhestand 1969 war er schließlich als Schulleiter tätig. Sein besonderes Verdienst ist die Fortführung der von Thomas Bauser in den 1920er Jahren begonnenen Dokumentation der Ortsgeschichte und des örtlichen Brauchtums sowie die zweite Auflage des Rielingshäuser Heimatbuchs. Im Dachgeschoss des Feuerwehrgerätehauses erstellte Hild zur 1200-Jahr-Feier der Gemeinde 1976 eine museale Dauerausstellung, aus der später das Dorfmuseum Kelter Rielingshausen entstand.<sup>130</sup>

### Anmerkungen

- 1 Karl Förstner: Heimatbuch des Oberamtsbezirks Marbach für Schule und Haus, Marbach 1923, S. 168 ff.
- 2 Thomas Bauser: Geschichte von Rielingshausen, Stuttgart 1935, S. 22 f.
- 3 Förstner (wie Anm. 1) S. 172.
- 4 Hauptstaatsarchiv Stuttgart (HStAS) A 282 Bd. 1252.
- 5 Bauser (wie Anm. 2) S. 23.
- 6 Landeskirchliches Archiv Stuttgart (LKAS) A 1 Bd. 1–3 und 6.
- 7 Ev. Pfarramt Rielingshausen (PA) Tauf- und Ehebuch Bd. 1.
- 8 HStAS A 281 Bü 827.
- 9 Wie Anm. 7; LKAS A 1 Bd. 1–3.
- 10 Wie Anm. 7; LKAS A 1 Bd. 1–3.
- 11 LKAS A 1 und A 12 Nr. 41 Bd. 6, 8, 9; HStAS A 281 Bü 828.
- 12 LKAS A 1.
- 13 HStAS A 213 Bü 4762.

- 14 HStAS A 281 Bü 830 f.
- 15 LKAS A 1.
- 16 HStAS A 281 Bü 832.
- 17 PA Kirchenkonventsprotokoll (KKP) Bd. 1.
- 18 HStAS A 281 Bü 833 f.; LKAS A 1.
- 19 HStAS A 281 Bü 838
- 20 Wie Anm. 7.
- 21 LKAS A 1.
- 22 HStAS A 281 Bü 840 ff., 848 ff.
- 23 LKAS A 1.
- 24 LKAS A 12 Nr. 41 Bd. 12/1.
- 25 HStAS A 281 Bü 832.
- 26 Wie Anm. 17.
- 27 HStAS A 284/59 Bü 161.
- 28 HStAS A 261 Bü 1216.
- 29 HStAS A 281 Bü 849.
- 30 PA KKP Bd. 3.
- 31 HStAS A 288 Bü 3753; PA KKP Bd. 4.
- 32 HStAS A 281 Bü 863.
- 33 LKAS A 1; HStAS A 281 Bü 840 ff.
- 34 PA KKP Bd. 2.
- 35 HStAS A 281 Bü 848 ff., 852.
- 36 LKAS A 29 Bü 3786.
- 37 Wie Anm. 34.
- 38 Gemeindegarchiv Rielingshausen im Stadtarchiv Marbach am Neckar (GA) Inventuren und Teilungen Fasz. 11 Nr. 25.
- 39 LKAS A 29 Bü 3786.
- 40 GA Inventuren und Teilungen Fasz. 11 Nr. 28.
- 41 Wie Anm. 30.
- 42 PA Ehebuch Bd. 2.
- 43 LKAS A 1; HStAS A 281 Bü 863.
- 44 HStAS A 281 Bü 863.
- 45 Ebd.
- 46 PA Totenbuch Bd. 3.
- 47 GA Inventuren und Teilungen Fasz. 31 Nr. 5.
- 48 PA KKP Bd. 6 und Familienregister Bd. 1 S. 7.
- 49 GA (Urkunde aus dem Kirchturmknäuf von 1796).
- 50 LKAS A 1.
- 51 GA RHB 344.
- 52 GA Rezessbuch der Schule 1787 ff.
- 53 GA RHB 344.
- 54 GA Schulakten (unverzeichnet).
- 55 GA RHR 77.
- 56 PA KKP Bd. 6.
- 57 Wie Anm. 54.
- 58 LKAS A 1.
- 59 Dekanatsarchiv Marbach, Fasz. Rielingshausen.
- 60 Wie Anm. 54.
- 61 LKAS A 1.
- 62 PA KKP Bd. 8.
- 63 PA KKP Bd. 8 f.
- 64 GA RHA 313.
- 65 PA KKP Bd. 9.
- 66 GA RHB 196 f.
- 67 GA RHB 2.

- 68 GA RHA 313.  
69 GA RHB 190; Staatsarchiv Ludwigsburg (StAL) E 173 III Bü 5646.  
70 GA RHB 196 f.  
71 StAL E 173 III Bü 5440.  
72 GA Inventuren und Teilungen Fasz. 60 Nr. 14.  
73 PA KKP Bd. 8 f.; GA RHR 341.  
74 GA RHB 2.  
75 PA Familienregister Bd. 1 S. 321; GA RHB 3.  
76 GA Inventuren und Teilungen Fasz. 64 Nr. 1.  
77 Wie Anm. 54.  
78 LKAS A 12 Nr. 25/II.  
79 GA RHB 11.  
80 Bauser (wie Anm. 2) S. 96.  
81 GA RHR 408.  
82 PA KKP Bd. 10.  
83 GA Rechnungsakten Bd. 24.  
84 PA KKP Bd. 11 f.  
85 PA Familienregister Bd. 1 S. 321.  
86 Bauser (wie Anm. 2) S. 101 f.  
87 Bauser (wie Anm. 2) S. 96.  
88 PA KKP Bd. 12.  
89 PA Pfarrbeschreibung 1911.  
90 GA RHR 409.  
91 PA KKP Bd. 12.  
92 GA RHB 19.  
93 Wie Anm. 54.  
94 PA Pfarrgemeinderatsprotokoll (PG) Bd. 2 und Pfarrbeschreibung 1911.  
95 GA RHB 17.  
96 PA PG Bd. 2.  
97 PA Familienregister Bd. 2 S. 257.  
98 Stadtarchiv Marbach (StAM) Nachlass Paul Hild.  
99 PA Beilage von 1930 in der Pfarrbeschreibung 1911.  
100 Dekanatsarchiv Marbach Riel III 3; GA RHB 20.  
101 GA RHA 54.  
102 GA RHA 147.  
103 GA RHA 313.  
104 Bauser (wie Anm. 2) S. 96.  
105 GA RHA 313 f.  
106 Heimatbote von Rielingshausen (HB), Kirchliches Mitteilungsblatt 4, 1931.  
107 HB 9, 1931.  
108 GA RHA 318.  
109 Thomas Bauser und Paul Hild: Das Ortsbuch von Rielingshausen, mit Beiträgen von Fritz Haible, Hermann Seeger und Heinz Erich Walter, Ludwigsburg 1973, S. 159.  
110 StAL FL 200/2 Bü 428.  
111 GA RHA 313.  
112 PA Familienregister Bd. 2 S. 328.  
113 Ebd. S. 328, 382.  
114 Marbacher Zeitung 26.5.1933.  
115 PA Familienregister Bd. 2 S. 450.  
116 GA RHA 313 und 317.  
117 GA RHA 144.  
118 PA Familienregister Bd. 2 S. 423; HB 10, 1929.  
119 StAL FL 200/2 Bü 428.  
120 PA Familienregister Bd. 2, S. 448.  
121 GA RHA 313.



- 122 PA Familienregister Bd. 2 S. 444.  
123 StAL FL 200/2 Bü 428.  
124 GA RHA 320.  
125 Marbacher Zeitung 23.12.1936; PA Kirchengemeinderatsprotokoll Bd. 2.  
126 HB 4, 1939.  
127 Bauser/Hild (wie Anm. 109) S. 372.  
128 StAM Nachlass Ernst Holzwarth, Brief von Bürgermeister Herrmann an Ernst Holzwarth vom  
15.04.1940.  
129 HB 2, 1949.  
130 Susanne Eules: Das Dorfmuseum Kelter Rielingshausen, in: Rielingshausen. Vom fränkischen  
Adelssitz zum Marbacher Stadtteil, Marbach am Neckar 1996, S. 435–438.

# »Auf die Vestung Hohen-Asperg condemnirt«

Leben und Alltag der Gefangenen in der Regierungszeit  
Friedrichs von Württemberg (1797–1816)

von Eberhard Fritz

Unter den Gefängnissen in Baden-Württemberg nimmt die ehemalige Festung Hohenasperg seit Jahrhunderten eine Sonderstellung ein.<sup>1</sup> Seit die Anlage als Gefängnis genutzt wurde, galt sie geradezu als Symbol für verschärfte Haftstrafen, als »höchster Berg Württembergs«, auf den man leicht hinaufkam, aber nur schwer wieder herunter.<sup>2</sup> Das Interesse an ihrer Geschichte verdankte die Festung auch den »merkwürdigen« Gefangenen, die dort während verschiedener Epochen inhaftiert waren.<sup>3</sup> Die »Staatsgefangenen« in der Regierungszeit des Herzogs Karl Eugen von Württemberg, unter ihnen die Opernsängerin Marianne Pirker (1717–1782) und der Dichter Christian Friedrich Daniel Schubart (1739–1791)<sup>4</sup>, erregten wegen ihrer herausgehobenen sozialen Stellung Aufmerksamkeit. Ihre Haftstrafen dienten außerdem als Beleg für die »Tyrannenherrschaft« des Herzogs, dessen schillernde Persönlichkeit mit derjenigen der beiden prominenten Gefangenen zu korrespondieren scheint. Um die Mitte des 19. Jahrhunderts wurden im Umfeld der Revolution von 1848 wiederum zahlreiche »Staatsgefangene«, darunter führende Protagonisten der revolutionären Bewegung, auf die Festung gebracht.<sup>5</sup>

Über ihre gesamte Geschichte hinweg, sowohl als württembergische Landesfestung wie auch als Gefängnis, hat die Festung Hohenasperg immer wieder das Interesse von Historikern und Heimatforschern gefunden.<sup>6</sup> Überblickt man allerdings die einschlägigen Forschungen, so stellt man eine Konzentration auf die beiden erwähnten Epochen fest, so dass auch heute noch im Grunde die alte Prämisse »merkwürdige« Gefangene als Maßstab dient. Dagegen wurde das frühe 19. Jahrhundert bislang kaum beachtet; lediglich Max Biffart widmete dieser Periode in seiner Arbeit über die Geschichte der Festung Hohenasperg einen längeren Abschnitt.<sup>7</sup> Zu regelmäßig erschien der Gang der Ereignisse auf der Festung, zu unspektakulär waren offenbar die Vergehen der Gefangenen, um das Interesse der Forschung auf sich zu ziehen. Obwohl die Festung in dieser Epoche eine Blütezeit erlebte und sich nie zuvor und nie danach so viele Menschen auf dem Hohenasperg aufhielten<sup>8</sup>, verblasst der Zeitabschnitt gegenüber den beiden Aufsehen erregenden Phasen in der Geschichte des Hohenasperg. Es fehlen prominente Festungshäftlinge, in deren Schicksal man konzentriert die politischen Probleme der Zeit gespiegelt finden könnte. Außerdem befasste sich die Forschung erst in jüngerer Zeit systematisch mit den religiösen Sondergruppen, welche in den ersten Jahren des 19. Jahrhunderts in Opposition zur neoabsolutistischen Regierung des württembergischen Landesherrn gerieten.<sup>9</sup> Zuvor war nur peripher wahrgenommen worden, dass Menschen wegen ihrer religiösen Gesinnungen bis zu zwei Jahrzehnte lange Haftstrafen verbüßten. Anderen Vergehen maß man keine größere Bedeutung bei, obwohl auch sie die Stimmung der Zeit widerspiegeln. Zur Lebenswelt der Festungssträflinge gibt es nur sehr wenige Aufsätze.<sup>10</sup>

Erst beim zweiten Blick offenbart sich die Bedeutung der Festung für die Politik des Herzogs Friedrich II. von Württemberg, seit 1803 Kurfürst und seit 1806 König. Denn auch in den Schicksalen der damals auf der Festung inhaftierten Männer zeigen sich die Probleme eines Staatswesens im Umbruch. Statt einzelner prominenter Gefangener treten eher Gruppierungen von Häftlingen hervor, deren Vergehen und Strafen auf soziale Konflikte in dieser Epoche verweisen. Neben diesen »internen« Fragestellungen verdient auch der Strafvollzug Beachtung.<sup>11</sup> Sowohl die Haftbedingungen als auch die Funktionen der »Festungsarbeit« gehörten zu den auch in der Bevölkerung weithin bewussten staatlichen Repressionsmitteln. In Württemberg wurde die Festung Hohenasperg generell als Inbegriff einer harten Strafanstalt betrachtet, obwohl eine Festungsstrafe eigentlich als minder schwere Freiheitsstrafe galt. Durch die Arbeit der Festungsgefangenen auf den königlichen Gütern kamen zumindest die Einwohner der umliegenden Orte in regelmäßigen Kontakt mit ihnen. Bis in die Alltagssprache hinein verfestigte sich die latente Präsenz der Festung als Strafanstalt.<sup>12</sup> Deshalb lohnt es sich, einen näheren Blick auf die Sozialgeschichte der Festung Asperg in der Regierungszeit des Herzogs, Kurfürsten und Königs Friedrich von Württemberg, also in den Jahren 1797 bis 1816, zu werfen. Zunächst sollen die verschiedenen Gruppen von Gefangenen vorgestellt werden, dann wird auf die Bedingungen der Festungshaft einzugehen sein.

### *1. Die Gefangenen auf der Festung Hohenasperg*

Beim Regierungsantritt von Herzog Friedrich II. im Jahr 1797 wurde die Festung Hohenasperg nach der altüberkommenen Organisation geführt. An der Spitze stand der Gouverneur oder Kommandant, der die Aufsicht über die gesamte Anlage und über die Gefangenen führte. Sein Stellvertreter, der Vize-Kommandant, beaufsichtigte die Festungsverwaltung und trug die Verantwortung für die pünktliche Ablieferung der zahlreichen einzureichenden Berichte. Er war Vorgesetzter des Platzhauptmanns, welcher die Schreibstube und die Registratur leitete und andererseits das Alltagsleben der Gefangenen beaufsichtigte. Unmittelbar zuständig für die Gefangenen war ein Sträflingsinspektor. Er musste mehrmals täglich die Gefängnisse aufsuchen, um nach etwaigen Mängeln zu schauen, damit diese abgestellt wurden.

Alle für die Festung Hohenasperg wichtigen Bestimmungen wurden in einer »Königlichen Instruktion wegen Behandlung der Festungs-Gefangenen auf Hohen-Asperg« vom 31. Oktober 1809 zusammengefasst und als gesetzliche Richtlinie veröffentlicht. Danach unterschied man sechs »Arten« der Gefangenen, wobei die Häftlinge der ersten bis dritten Klasse auf der Festung verblieben, während die anderen in Gruppen durch Kommandos zu Arbeiten in den Schlössern und auf königliche Besitzungen geschickt wurden.<sup>13</sup>

#### *Staatsgefangene*

Unter den Häftlingen auf der Festung bildeten die wenigen »Staatsgefangenen« als »Leute von Stand, die wegen verschiedenen Arten von Vergehen hieher gesetzt werden«, gegenüber den anderen Inhaftierten eine privilegierte Gruppe. Es handelte sich um niedere Adelige oder um herrschaftliche Beamte, die wegen eines Vergehens zu einer Festungsstrafe verurteilt worden waren. Aufgrund ihrer gesellschaftlichen Stellung mussten sie keine Körperstrafen erdulden und waren sie von der Festungsarbeit

befreit. Auch äußerlich lebten sie von den anderen Gefangenen getrennt, denn sie waren in einem besonderen Trakt in größeren Zellen als die übrigen Gefangenen untergebracht. Diese Zellen stattenen sie mit eigenen Möbeln oder mit gemieteten »herrschaftlichen« Möbelstücken aus.<sup>14</sup> Es scheint auch, dass sie sich gegen Geld weiteren Komfort erkaufen konnten und sich so die Haftzeit erleichterten. Gewöhnliche Strafgefangene mussten ihre Zellen reinigen und ihnen das Essen bringen.<sup>15</sup>

Der Grund für diese Sonderbehandlung lag im streng hierarchischen Aufbau der Gesellschaft, in der die persönliche Ehre eine zentrale Rolle spielte. Mit einem bestimmten Rang innerhalb der Hierarchie verbanden sich bestimmte Ehrenrechte und Ehrenbezeugungen wie spezielle Anreden und Privilegien. Es wäre beispielsweise undenkbar gewesen, einen Adligen von Staats wegen einer Körperstrafe auszusetzen. Genauso wenig konnte man oberhalb eines gewissen gesellschaftlichen Ranges jemand zur Zwangsarbeit verpflichten. Deshalb waren die Staatsgefangenen zwar auf der Festung inhaftiert, genossen aber wesentlich größere Freiheiten als die gewöhnlichen Gefangenen, mit denen sie im Grunde nichts zu tun hatten. Auch die Regelungen für Besuche von Angehörigen fielen weniger streng aus als bei den normalen Gefangenen. Selbst auf der Festung bildete sich also die gesellschaftliche Struktur des frühen 19. Jahrhunderts ab. Im Übrigen lässt sich diese Kategorisierung der Gefangenen in verschiedene, deutlich voneinander getrennte »Klassen« über weite Zeiträume in der Geschichte der Festung Hohenasperg hinweg verfolgen.

Im Jahr 1800 sorgte eine größere Verhaftungsaktion in den höheren Kreisen Württembergs für Aufregung. Als kommandierender General der Reichsarmee wies Erzherzog Karl den Herzog Friedrich II. von Württemberg darauf hin, dass Mitglieder der Landschaft, also Vertreter der führenden Familien des Landes, einen Aufstand planten. Offensichtlich wollten sie sich gegen den zunehmend absolutistischen Regierungsstil des Herzogs zur Wehr setzen. Nicht nur einzelne Personen, sondern ganze Behörden



*Blick auf die Festung Hohenasperg, Radierung um 1820.*

wurden verdächtigt, gegen den Herzog zu arbeiten. Bei Durchsuchungen fand man entsprechende Briefe und Schriftstücke.<sup>16</sup> Schließlich wurden 34 verdächtige Personen strafrechtlich verfolgt und diejenigen, derer man habhaft werden konnte, verhaftet. Als Rädelsführer galten der Leutnant v. Penasse und der Leutnant Bauer, die zum Tod verurteilt, aber zunächst auf den Hohenasperg gebracht wurden. Mit ihnen kamen weitere Männer auf die Festung.<sup>17</sup>

Ein Jahr später entschloss sich Herzog Friedrich II., die Staatsgefangenen zu begnadigen. Den Anführern der »revolutionären« Bewegung wurde eindringlich gesagt, welche besondere Güte der Herzog walten ließe, indem er sie weder hinrichten lasse noch weiter auf der Festung gefangen halte. Dann wurde sämtliche Gefangene, welche den Aufstand geplant hatten, entlassen.

### *Arrestanten von Stand*

In einer ähnlich privilegierten Situation befanden sich die »Arrestanten von Stand, Officiers, Beamte und Honoratioren, die zum Vestungs-Arrest verurteilt sind«. Auch sie waren von der Arbeit freigestellt und wurden besser behandelt als die Strafgefangenen. Ihre Zahl war nicht allzu hoch, da man in einer höheren Stellung nur wegen bedeutender Vergehen wie schweren Betrugs oder Urkundenfälschung zu einer Festungsstrafe verurteilt wurde.

### *Familien-Arrestanten*

Wenn ein junger Mann sehr über die Stränge schlug, konnten die Eltern eine Bittschrift an den König richten, ihn auf dem Hohenasperg in Arrest zu nehmen. Die wenigen sogenannten »Familien-Arrestanten« waren also Männer, »welche als Familienmitglieder auf deren Ansuchen zur Correktion auf die Vestung aufgenommen wurden«. Sicher bildeten sie die kleinste Gruppe von Gefangenen auf der Festung und mussten wie die anderen Gefangenen von Stand nicht arbeiten. Ein Fall ist aus den Akten bekannt. Im Februar 1805 bat der evangelische Dekan Becher aus Esslingen am Neckar, man möge seinen Sohn auf der Festung verwahren.<sup>18</sup>

### *Arbeitssträflinge*

Die meisten Festungsgefangenen waren von den Gerichten wegen eines Vergehens zur Arbeit verurteilt worden und stellten damit die »klassischen« Festungshäftlinge dar. Während der Regierungszeit des Königs Friedrich bildeten die »Militärsträflinge« die große Mehrheit; ihr Anteil an der Gesamtzahl der Festungsgefangenen betrug mindestens drei Viertel.<sup>19</sup> Im Grunde genommen diente die Festung Asperg also während des behandelten Zeitraums vorwiegend als Militärgefängnis. Darin lag ihre Bedeutung in einer Epoche, die europaweit durch die napoleonischen Kriege bestimmt war.<sup>20</sup>

Als Gegenleistung für seine Rangerhöhungen zum Kurfürsten und schließlich zum König, verbunden mit einer bedeutenden Erweiterung seines Landes, musste der württembergische Herrscher Friedrich ein Bündnis mit Kaiser Napoleon schließen. Außerdem verpflichtete er sich zur Stellung von Soldaten und betrieb deshalb die Errichtung eines stehenden Heeres und die Einführung der Wehrpflicht. Damit erlangte das Militär eine zentrale Bedeutung für den Staat, obwohl der König die führenden Offiziere aus dem Ausland anwerben musste.<sup>21</sup> Da durch die politischen Entwicklungen der vorangegangenen Jahrhunderte die mächtige bürgerliche Oberschicht des Landes ein tiefes Misstrauen gegen alles Militärische hegte, führten diese Reformen unweigerlich zu Konflikten.

Aber auch die Tatsache, dass das Herzogtum Württemberg am Ende des 18. Jahrhunderts nach einer jahrzehntelangen Friedensperiode wieder von Kriegen erfasst wurde, stellte die Menschen vor eine neue Situation. Vor allem die jungen Männer aus der bäuerlich-handwerklichen Mittel- und Unterschicht mussten sich an den militärischen Drill gewöhnen. Zwar hatte man immer eine gewisse Anzahl wehrfähiger junger Männer ausgehoben und zu militärischen Übungen herangezogen. Jede Gemeinde musste eine festgelegte Anzahl an Rekruten stellen, die man auslöste. Da aber jede Familie das Recht hatte, für einen ausgelosten Angehörigen einen Ersatzmann zu stellen, engagierten die vermögendere Familien einen sogenannten »Einsteher«, der gegen eine Geldzahlung anstelle des Wehrpflichtigen Soldat wurde. Diese Praxis führte dazu, dass das württembergische Militär während des 18. Jahrhunderts zum größten Teil aus Männern der unteren sozialen Schichten bestand.<sup>22</sup> Das Militärwesen erfreute sich keines hohen Ansehens, vor allem die Pfarrer und Verwaltungsbeamten blickten abschätzig auf die Offiziere und die gemeinen Soldaten herab.<sup>23</sup> Durch die fehlende militärische Bedrohung des Landes dürften auch die Rekruten den Übungen keine allzu große Bedeutung beigemessen haben.

Aufgrund der bedrohlicher werdenden Lage organisierte Herzog Friedrich II. das Militärwesen gleich nach seinem Amtsantritt im Jahr 1798 neu und führte eine allgemeine Wehrpflicht ein.<sup>24</sup> Im Zuge der französischen Revolutionskriege wollte er ein gut organisiertes Heer aufbauen und setzte sich gegen die Widerstände der Landstände und der Bevölkerung durch. Nun verbot der Herzog zwar die Stellung von Ersatzmännern, nahm aber bestimmte Berufsstände von der Wehrpflicht aus, so dass Männer aus gehobenen Kreisen weiterhin von der Militärpflicht verschont blieben und sich lediglich als Offiziere verpflichten konnten. Nachdem Württemberg wieder direkt in kriegerische Auseinandersetzungen hineingezogen wurde, brachte der Militärdienst eine konkrete Gefahr für die Soldaten mit sich. Viele der an ein relativ freies Leben gewöhnten Bauern- und Handwerkersöhne hatten Probleme mit dem Leben in der Enge einer Kaserne. Unter strenger Strafe stand der Diebstahl bei Kameraden. Noch schärfer bewehrt war die Desertion, die nach einer Ergreifung des Entweichenden mit einer mehrjährigen Festungsstrafe geahndet wurde. Durch die harte Bestrafung solcher Vergehen sollte die Disziplin innerhalb der Truppe aufrechterhalten werden.

Diese neue militärische Organisation machte sich umgehend auf der Festung Hohenasperg bemerkbar, wo die Zahl der »Militärsträflinge« unmittelbar nach dem Regierungsantritt des Herzogs Friedrich II. stark anstieg. Innerhalb weniger Jahre dominierte diese Gruppe von Gefangenen die Festung, was darauf hinweist, wie schwer sich manche jungen Männer mit der neu eingeführten Wehrpflicht taten.<sup>25</sup>

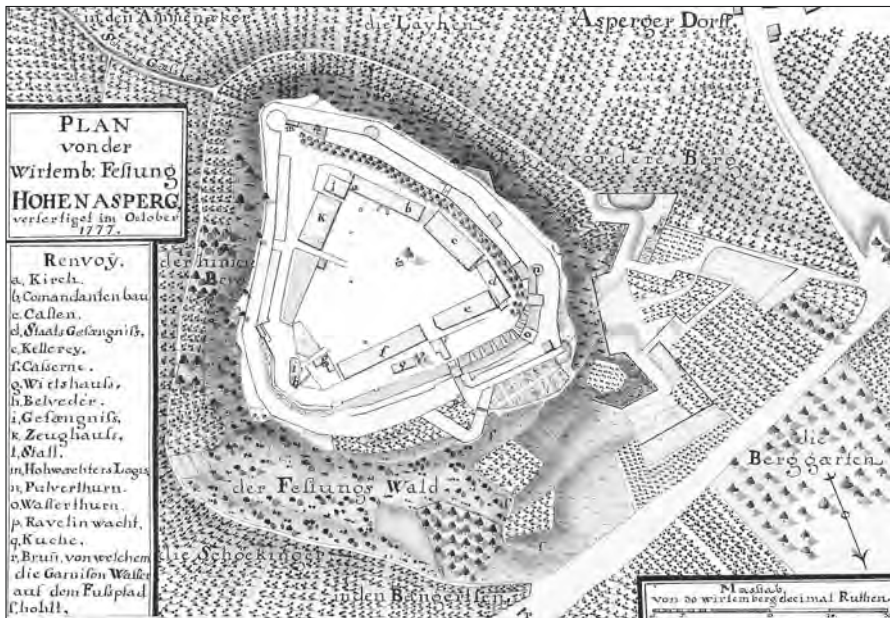
Es konnte vorkommen, dass entlassene »Militärsträflinge« wieder in die Königliche Leibgarde oder in Regimenter, welche in den Residenzstädten Stuttgart oder Ludwigsburg stationiert waren, aufgenommen wurden. Dies ist ein weiterer Beleg dafür, dass eine Festungsstrafe zwar als hart, aber nicht als ehrabschneidend empfunden wurde. Im September 1816 erließ das Kriegsministerium ein entsprechendes Verbot, um zu vermeiden, dass vorbestrafte Soldaten in unmittelbarer Nähe der Herrscherfamilie dienten.<sup>26</sup>

### *Andere Gefangene*

Die kleinste Gruppe unter den zur Arbeit verpflichteten Gefangenen bildeten »Vaganten und solche, welche wegen Verfehlungen gegen die Polizei-Gesetze, ohne eigentliches Verbrechen überwiesen zu seyn, sich zur sogenannten Arbeits-Kompagnie eignen«. In ihrem Schicksal spiegelt sich die Geschichte des Königreichs Württemberg wider,

selbst wenn nur wenige Gefangene wegen eines gemeinsamen Vergehens eine Festungsstrafe verbüßten. Dies zeigte sich beispielsweise beim Mergentheimer Aufstand des Jahres 1809.<sup>27</sup> Nachdem die Deutschordensherrschaft Mergentheim, das ehemalige Territorium des Hoch- und Deutschmeisters, an Württemberg gekommen war, führte König Friedrich die gesetzlichen Normen seines Landes in diesem neu erworbenen Gebiet ein. Besonders die Rekrutenaushebungen (Konskriptionen), welche unter der Regierung des Deutschen Ordens unbekannt gewesen waren, erregten den Unmut der neuen Untertanen.<sup>28</sup> Mergentheimer Bürger und Bauern der Umgebung erhoben sich, der König ließ den Aufstand militärisch niederschlagen. Während die sechs Hauptschuldigen zum Tod verurteilt und hingerichtet wurden, verbüßten andere Auführer Festungsstrafen.<sup>29</sup> Sie waren zu lebenslänglichen Strafen verurteilt worden, kamen aber im Zuge einer Generalamnestie nach dem Regierungsantritt des Königs Wilhelm I. im Herbst 1816 frei.<sup>30</sup>

Neben den relativ großen Gruppen von Gefangenen gab es auch noch einen kleinen Anteil von Sträflingen, denen verschiedene Vergehen zur Last gelegt wurden. Größere Diebstähle konnten mit einer Festungsstrafe geahndet werden, aber auch Diebstähle am Hof in den Residenzstädten Stuttgart oder Ludwigsburg. Dort war die Versuchung vielerorts besonders groß, weil bei der Hofverwaltung sehr viele Luxusprodukte im Umlauf waren. Es gab in den Schlössern wertvolle Möbel und Gegenstände, aber selbst in der Hofküche wurden große Mengen an hochwertigen und teuren Lebensmitteln verbraucht. Der Preis mancher für die damalige Zeit exotischer Waren wie Champagner oder Orangen konnte leicht die Höhe eines gewöhnlichen Tagesverdienstes erreichen.<sup>31</sup> Sicher eigneten sich Diebstähle am Hof nicht sehr häufig, aber sie kamen vor und waren mit harten Strafen bewehrt.



*Plan der Festung Hohenasperg, 1777.*

Die allgemeine politische Situation spiegelte sich auch auf der Festung wider. Der in Europa dominierende französische Kaiser Napoleon hatte das kleine Königreich Württemberg ohne Mühe unter seine Hoheit gebracht. Nicht nur am Hof, sondern auch in der breiten Öffentlichkeit wurde Napoleon nach seiner Kaiserkrönung intensiv verehrt, es kam zu einem regelrechten Kult um ihn.<sup>32</sup> Diese Heldenverehrung erhielt einen schweren Dämpfer, als der französische Kaiser Russland angriff und mit einem riesigen Heer – darunter auch fast 13 000 württembergische Soldaten, die man mit Mühe ausgehoben hatte – in das russische Reich einmarschierte. Im Zusammenhang mit der schweren Krise, welche das Königreich Württemberg als verbündete Macht des Kaisers Napoleon erfasste, ließ König Friedrich die Untertanen stärker überwachen und alles »Räsonnieren« verbieten. Offiziell betrieben die Behörden eine Siegespropaganda und streuten Berichte, dass die napoleonische Armee in einem triumphalen Feldzug Russland erobern würde. Sehr bald verbreiteten sich jedoch in der Bevölkerung Gerüchte und Erzählungen über die verheerende Niederlage dieser Armee und über den katastrophalen Rückzug. Aufgrund des Verbots der freien Meinungsäußerung versuchte König Friedrich, diese negativen Meldungen zu unterdrücken, aber ohne großen Erfolg. In Stuttgart kursierte um die Jahreswende 1812/13 ein Flugblatt mit einem »Klagelied über den schrecklichen und grausamen Krieg in Rußland«. Es wurde von dem verarmten Weingärtner Zacharias Weik aus Gaisburg und seiner Familie vertrieben, die ihr schmales Einkommen mit solchen Flugschriften aufbesserten. Nachdem mehrere hundert Exemplare dieser Flugschrift »in Kanzleigebäuden und in der Hofküche, vornehmlich aber in Gaststätten und Bäckerhäusern, in denen die Bauern aus der Umgebung Station machten«<sup>33</sup>, verkauft worden waren, versuchten die Behörden, den Verfasser des Pamphlets zu ermitteln. In der Wohnung Weiks fanden sie über 1000 Exemplare. Während der Weingärtner zu einer halbjährigen Haftstrafe verurteilt wurde, verhängte man über den Buchhändler aus Esslingen, der die Schrift gedruckt hatte, eine unbefristete Haftstrafe.<sup>34</sup> Der Urheber der verbotenen Pamphlete konnte nicht ermittelt werden.<sup>35</sup>

Auch ein Zunfthandwerker namens Goll aus der ehemaligen Reichsstadt Biberach wurde wegen politischer Agitation zu einer Festungsstrafe verurteilt. Er stand im Verdacht, Schrifttafeln an die Stadttore geheftet zu haben, auf denen ein baldiger Sieg Österreichs über Kaiser Napoleon prophezeit wurde. Da Goll zugab, mit Russland als Gegner des französischen Kaisers zu sympathisieren, sahen die Behörden ihre Vermutung als bewiesen an. Der König von Württemberg als Verbündeter Napoleons duldete solche oppositionellen Ansichten nicht.<sup>36</sup> Im folgenden Jahr wechselte allerdings König Friedrich die Fronten und ging zu den Gegnern Napoleons über.<sup>37</sup>

### *Religiöse Separatisten und andere Weltverbesserer*

In den Jahren nach 1800 wurden zahlreiche Männer und Frauen in Württemberg wegen ihrer religiösen Einstellung zu einer Haftstrafe verurteilt. Es handelte sich dabei um Separatisten oder radikale Pietisten, Männer und Frauen, die sich aus religiösen Gründen von der Kirche getrennt hatten. Nach der Definition in der Instruktion von 1809 handelte es sich dabei um Männer, »welche von ihren Irrthümern sich soweit hinreißen lassen, daß sie sich nach den bürgerlichen Einrichtungen und Gesezen des Staates nicht mehr richten wollen«. Die Separatisten blieben dem Gottesdienst und dem Abendmahl fern, hielten ihre Kinder von der Schule zurück und verweigerten aus religiösen Gründen den Eidschwur sowie den Militärdienst. Da sie somit aus ihrer Glaubenshaltung heraus auch politische Bürgerpflichten ablehnten, gerieten sie in Konflikt



mit der Staatsgewalt. Denn wenn ein neuer Herrscher die Regierung antrat, mussten ihm die Untertanen den »Huldigungseid« schwören. Dazu versammelten sie sich in der jeweiligen Amtsstadt und legten gegenüber dem Oberamtmann die Huldigung ab. Im Herzogtum Württemberg kam es nach dem Tod des Herzogs Karl Eugen 1793 innerhalb weniger Jahre zu drei Regierungsantritten – Herzöge Ludwig Eugen (1793), Friedrich Eugen (1795) und Friedrich II. (1797) –, so dass die Separatisten drei Mal wegen der Ablegung eines Eides in Gewissenskonflikte gerieten.

Seit 1785 hatte der radikale Pietismus in Württemberg einen anhaltenden Aufschwung erlebt. Die Führungsrolle innerhalb der radikalen Bewegung übernahm der Leinenweber Johann Georg Rapp (1757–1847) aus Iptingen bei Maulbronn.<sup>38</sup> Gemeinsam mit seiner Frau trennte er sich von der Kirche und richtete eine eigene religiöse Versammlung ein, zu der innerhalb kurzer Zeit sehr viele Menschen aus nah und fern nach Iptingen kamen. Schließlich leitete Rapp einen Verbund von separatistischen Gruppen in verschiedenen Gegenden des Landes, indem er umherreiste und predigte. Immer mehr Menschen vertraten damals die Überzeugung, dass »wahres Christentum« nur außerhalb der institutionalisierten Kirche gelebt werden könne. Dies stand im Zusammenhang mit einer zunehmenden Krisenstimmung: Als das Herzogtum Württemberg nach 1790 in die französischen Revolutionskriege hineingezogen wurde, gewannen in der Bevölkerung apokalyptische Gedanken wieder an Glaubwürdigkeit. Zunächst reagierten die herzogliche Regierung und die Behörden relativ milde, so dass sich Rapp und seine Anhänger in der späten Regierungszeit des Herzogs Karl Eugen fast ungestört entfalten konnten und eine straffe Organisation aufbauten.<sup>39</sup> Erst mit dem Regierungsantritt Friedrichs II. im Jahr 1797 nahm der Druck auf die Bewegung zunächst langsam, dann aber stetig zu.

Im Mai 1803 predigte Johann Georg Rapp vor Hunderten von Zuhörern in einer Ziegelhütte nahe der Stadt Knittlingen. Dort herrschte ohnehin eine unruhige Stimmung, nachdem es schon zuvor zu starken Spannungen zwischen einer bürgerlichen Oppositionsgruppe und der Obrigkeit gekommen war.<sup>40</sup> Unvermittelt wurde die Versammlung um Rapp durch Militär aufgelöst, der Separatistenführer für den Wiederholungsfall mit einer harten Strafe bedroht. Damit erkannte Rapp, dass die Regierung nicht mehr bereit war, die Separatisten zu dulden, da sie nun die religiösen Abweichler als Staatsfeinde betrachtete.<sup>41</sup> Er wanderte in die Vereinigten Staaten aus, gefolgt von Hunderten seiner Anhängerinnen und Anhänger.

Nun übernahmen Separatisten aus dem Ort Rottenacker bei Ehingen die Führungsrolle, ohne dass sich eine überragende Führungspersonlichkeit vom Format Rapps etablieren konnte.<sup>42</sup> In verschiedenen württembergischen Orten entstanden Gruppen, die sich an Rottenacker ausrichteten. Gleichzeitig dominierten in diesen Zirkeln politische Argumente über die religiösen Motive. Sowohl die kirchliche und die weltliche Obrigkeit als auch der Landesherr selbst sahen sich einer unverblühten, aggressiven Kritik ausgesetzt. Deshalb ergriff der nunmehrige Kurfürst Friedrich drastische Maßnahmen zur Unterdrückung des Radikalpietismus. In Rottenacker, Dettingen unter Teck, Boll und Horrheim ließ er Militärkommandos aufmarschieren, die entschiedensten Radikalpietisten verhören und sofort verhaften.<sup>43</sup> Während die Männer auf die Festung Hohenasperg gebracht wurden, verbüßten die Frauen ihre Strafe im Zuchthaus Gotteszell bei Schwäbisch Gmünd. Damit wurden erstmals Männer wegen ihrer religiösen Einstellung zu einer Festungsstrafe verurteilt. Insgesamt lassen sich die Namen von etwa 60 Personen erheben, die wegen ihrer religiösen Einstellung auf der Festung inhaftiert waren.<sup>44</sup> Im Jahr 1813 sind unter den Sträflingen 37 Separatisten aufgeführt.<sup>45</sup>

In der Öffentlichkeit betrachtete man die Separatisten mit zwiespältigen Gefühlen. Den meisten Menschen galten sie als Sonderlinge, die nicht nur staatliche und kirchliche Normen ablehnten, sondern sich auch ihren Mitmenschen überlegen fühlten. Andere bewunderten sie für ihren Mut und sahen sie als beispielhafte Christen an, denn sie erfüllten offensichtlich biblische Gebote, indem sie für ihre religiöse Überzeugung Repressionen und schwere Strafen auf sich nahmen. Auch in der Kirche tat man sich nicht leicht mit ihnen. Einerseits bildeten Kirche und Staat eine Einheit, so dass die Pfarrer in den Gottesdiensten ihre Gemeinde selbstverständlich regelmäßig zum Gehorsam gegen die Obrigkeit ermahnten. Andererseits beriefen sich sowohl der König als auch die Geistlichen immer wieder auf die individuelle Freiheit des Gewissens, die damals schon als hohes Gut betrachtet wurde. König Friedrich sah jedoch eine Auflehnung gegen staatliche Gebote als Vergehen an und war nicht mehr bereit, in dieser Hinsicht Toleranz walten zu lassen.

Die separatistischen Gefangenen wurden genauso wie die anderen Häftlinge bei den Arbeiten auf den königlichen Gütern eingesetzt, aber zum Teil auch mit Botengängen oder mit speziellen Arbeiten betraut. Sie galten allgemein als ehrlich und zuverlässig, da sie keine Neigung zum Entlaufen zeigten und auch anvertrautes Geld nicht entwendeten. Diese Aufrichtigkeit hatte jedoch eine Kehrseite. Wenn die separatistischen Sträflinge auf Botengänge geschickt oder unbeaufsichtigt bei herrschaftlichen Arbeiten eingesetzt wurden, begegneten sie anderen Menschen. Es sind Fälle bezeugt, in denen sie dadurch neue Anhänger gewannen, dass andere Menschen sich bewegt fühlten, es ihnen gleich zu tun. So entstanden in unmittelbarer Umgebung der Festung Hohenasperg neue separatistische Gruppen, indem jemand von den gefangenen Separatisten angeregt wurde, sich von der Kirche zu trennen und dann selbst andere Menschen in seiner Gemeinde dafür warb.<sup>46</sup>

Allerdings waren die Separatisten weder bei den Aufsehern noch bei den Mitgefangenen beliebt, da sie sich völlig absonderten – vielleicht auch deshalb, weil viele von ihnen keine festgesetzte Strafe abbüßten. König Friedrich betrachtete die »wilden« Separatisten als Staatsfeinde und hatte dazu auch allen Grund, denn in den radikalsten Gruppen im Zirkel um Rottenacker war er als Tyrann und »Pharao« beschimpft worden. Speziell in Hohenheim und Nordheim traten die »Bonapärtler« in Erscheinung, die aus religiösen Gründen den französischen Kaiser Napoleon Bonaparte abgöttisch verehrten. Einer der entschiedensten Separatisten, der Müller Christoph Greulich aus Nordheim, verbüßte eine lange Festungsstrafe.<sup>47</sup>

Obwohl in Württemberg auch ein säkularer Kult um den französischen Kaiser aufgekommen war<sup>48</sup>, lehnte König Friedrich die religiöse Verbrämung Napoleons durch die radikalen Pietisten entschieden ab. Bei einem Besuch des Kaisers in Ludwigsburg soll ihm der Kurfürst die gefangenen Separatisten auf dem Asperg vorgeführt und als seine Anhänger bezeichnet haben.<sup>49</sup> Daraufhin soll ihm Napoleon geraten haben, die »Kerls« aufhängen zu lassen.<sup>50</sup> Aber ob nun die Betroffenen die Antwort des Kaisers in französischer Sprache verstanden oder nicht: Kurfürst Friedrich empfand den Napoleon-Kult als Schmälerung seiner Autorität.

Zunächst waren die Festungsstrafen über die Separatisten zeitlich befristet verhängt worden, aber als sich am Ende der Strafzeit bei vielen Betroffenen keine Sinnesänderung abzeichnete, ordnete der König eine Strafverlängerung bis zum Einlenken des Betroffenen an.<sup>51</sup> Aufgrund eines Dekrets des Staatsministeriums vom 28. Oktober 1806 sollten die Festungshäftlinge nach Ablauf ihrer Strafzeit befragt

werden, ob sie sich künftig den bestehenden Gesetzen unterwerfen wollten.<sup>52</sup> Lehn-ten sie dies ab, so verlängerte sich die Strafe auf unbestimmte Zeit. Tatsächlich gab es radikale Pietisten, die 20 Jahre lang auf dem Hohenasperg verblieben.

Auf der Festung drückte sich die Verachtung der Separatisten durch das Personal und die anderen Gefangenen darin aus, dass es immer wieder zu Misshandlungen kam. Im Jahr 1813 starb einer der separatistischen Gefangenen – entweder Jakob Fritz oder Jakob Gschwind<sup>53</sup> – an den Folgen der an ihm verübten Gewalt. Daraufhin wurde eine Untersuchung angestellt und der Platzhauptmann Bacmeister für die Misshandlung verantwortlich gemacht, welcher sofort entlassen wurde und eine zweijährige Festungsstrafe verbüßen musste.<sup>54</sup>

In den Jahren nach 1809 nahm der obrigkeitliche Druck auf die Separatisten des Kreises um Rottenacker derart zu, dass nur noch die wenigsten von ihnen offen gegen die Obrigkeit aufzutreten wagten.<sup>55</sup> Mit harten Strafen ließ König Friedrich die geringsten Verfehlungen der religiös Abtrünnigen ahnden. Insbesondere das Tragen von Kokarden und Sternen, mit dem die Radikalpietisten Orden und Ehrenzeichen des Hofes und des Militärs imitierten, wurde rigoros unterbunden. Als dann die Armee Napoleons auf den Schlachtfeldern besiegt wurde, verloren die »Bonapärtler« unter den Separatisten ihre Glaubwürdigkeit. Noch lange hielten jedoch einige am Glauben fest, der Kaiser Napoleon sei ein Erwählter Gottes.<sup>56</sup> Die Rückkehr Napoleons aus der Verbannung auf der Insel Elba musste in dieser Hinsicht wie ein Wunder und wie eine Bestätigung solcher Auffassungen wirken. Aber zunächst blieb den Separatisten eine Emigration verwehrt, denn seit 1807 galt im Königreich Württemberg ein Auswanderungsverbot.

Als Arbeitskräfte waren die separatistischen Gefangenen wegen ihrer Zuverlässigkeit sehr gefragt, auch weil manche von ihnen über Spezialkenntnisse verfügten. Vor allem Generaloberintendant Graf Dillen forderte nicht selten speziell sie an.<sup>57</sup> Beim Umbau der Schlösser wurden einige Separatisten in der Marmorwerkstatt eingesetzt, wo sie den Marmor sägten und polierten.<sup>58</sup> Als im Frühjahr 1814 im linken Flügel des Stuttgarter Residenzschlusses ein Marmorsaal eingerichtet wurde, forderte Graf Dillen so viele Separatisten wie entbehrlich aus Ludwigsburg und Freudental an, die den Marmor und den Alabaster sägen und schleifen sollten.<sup>59</sup> Der Separatist Sindlinger aus Mötzingen bei Herrenberg arbeitete als Aufwärter bei der Königlichen Bau- und Gartendirektion sowie bei der Hofbauverwaltung in Stuttgart, also in einer Vertrauensstellung.<sup>60</sup> Er hatte die Büroräume zu heizen und Botengänge zu erledigen, wobei man ihn weder in eine spezielle Häftlingskleidung stecken noch bewachen konnte. Zwei Separatisten waren zum Betrieb der Lampen auf dem Schlossplatz abgestellt; zwei weitere Männer waren im Opernhaus zu Arbeiten herangezogen worden, bevor sie in Stuttgart die Beleuchtung der Planie übernahmen; ein anderer arbeitete als Schneider im Webersaal auf der Solitude.<sup>61</sup> In Ludwigsburg und Freudental teilte man die Separatisten auf Grund eines Befehls von Graf Dillen so ein, dass sie anstelle von Tagelöhnern als »vertraute Leute« ohne Bewachung arbeiteten.<sup>62</sup>

Graf Dillen schätzte die Separatisten als qualifizierte Arbeitskräfte außerordentlich und teilte ihnen persönlich die Arbeit zu.<sup>63</sup> Allerdings zeigte sich manchmal noch das ungebrochene Selbstbewusstsein der Radikalpietisten, beispielsweise bei einem Vorfall, welcher sich an der katholischen Kirche in Stuttgart ereignete. Dort sollten einige separatistische Männer eine Dole reinigen, aber sie standen länger untätig herum und unterhielten sich. Dies sah ein Offizier namens Maierhöfer von der

Stuttgarter Garnison, ging zu ihnen und ermahnte die Männer, ihre Arbeit fortzusetzen. Darauf erwiderte ihm der aus Rottenacker stammende Separatist Johannes Breimaier, er hätte ihm nichts zu sagen. Zu diesem Zeitpunkt war Breimaier bereits sieben Jahre lang Festungshäftling. Wegen seiner Aufsässigkeit wurden alle Separatisten nach Ludwigsburg verlegt, aber nach kurzer Zeit musste man sie aufgrund ihrer besonderen Fähigkeiten auch wieder in Stuttgart einsetzen.<sup>64</sup>

Als im Sommer 1816 nach einer Missernte eine schwere Hungersnot ausbrach, konnte das Verbot der Emigration aus dem Königreich Württemberg nicht mehr aufrechterhalten werden. Sofort setzte eine große Auswanderungswelle nach Südrussland ein, während einige kleine Gruppen von Emigranten nach Nordamerika aufbrachen. Die radikalen Separatisten richteten an König Friedrich die Bitte, auf dem Schlossgut Brandenburg an der Iller, an der Grenze zum Königreich Bayern gelegen, eine separatistische Siedlung errichten zu dürfen. Der König schlug diese Bitte ab, starb aber kurz darauf. Auch sein Sohn und Nachfolger König Wilhelm I. versagte dem Plan seine Genehmigung. Deshalb boten die auf dem Hohenasperg gefangenen Separatisten dem König an, in die Vereinigten Staaten auszuwandern, wenn er sie frei ließe. Damit erklärte sich König Wilhelm I. einverstanden.<sup>65</sup>

Jeder Gefangene wurde von den Beamten gefragt, ob er emigrieren wolle. Bejahte er diese Frage, dann ließ man ihn sofort frei und gewährte ihm eine mehrwöchige Frist zur Regelung seiner Vermögensangelegenheiten. So wurde beispielsweise Michael Vetter aus Murr, der am 12. Dezember 1809 für zunächst sechs Wochen auf der Festung eingeliefert, dann auf unbestimmte Zeit festgehalten worden war, zur Auswanderung nach Amerika mit seiner Frau und vier Kindern freigelassen.<sup>66</sup>

Selbstverständlich achteten die lokalen Behörden darauf, dass die Separatisten mit ihrer Familie auch tatsächlich das Land verließen. Die meisten der freigelassenen Gefangenen zogen nach Zoar in Ohio, wo Separatisten aus dem Kreis um Rottenacker eine Siedlung nach ihren Grundsätzen errichteten.<sup>67</sup> Andere Separatisten weigerten sich jedoch auszuwandern und verbüßten weiterhin ihre Festungsstrafe. Erst 1826 ließ man die letzten von ihnen frei, unter anderem den Ochsenwirt Sebastian Felger aus Horrheim nach einer 20-jährigen Haftzeit.

Im Jahr 1808 wurden zwei Anführer eines studentischen Geheimbundes, der an der Universität Tübingen ausgehoben worden war, auf der Festung eingeliefert. Der Student Karl Ludwig Reichenbach war durch die Lektüre von Reiseberichten aus der Südsee angeregt worden, ein Siedlungsprojekt auf der Insel Tahiti (»Otaheiti«) zu planen. Dazu gründete er in Tübingen während der politisch brisanten Anfangsjahre des Königreichs Württemberg den »Otaheiti-Bund« als Geheimgesellschaft. Er gewann 13 Mitstudenten, mit denen er ein demokratisches Staatswesen plante und eine Verfassung für einen »Idealstaat« ausarbeitete. Wie weit dabei auch die Siedlungsprojekte der Herrnhuter<sup>68</sup> und der württembergischen Separatisten in Harmony (Pennsylvania)<sup>69</sup> als Anregung dienten, müsste noch untersucht werden. Nach zweieinhalb Jahren verlor einer der Beteiligten den Mut und denunzierte die Anstifter bei den Behörden. In Gerichtsverhandlungen wurden die Mitglieder des Bundes zu Gefängnisstrafen verurteilt, während die Anführer Reichenbach und Georgii eine zweimonatige bzw. einmonatige Festungsstrafe verbüßten.<sup>70</sup> Langfristig schadete diese Verurteilung Reichenbach indessen nicht, denn später trat er als prominenter Naturwissenschaftler hervor. Gegen Ende seines Lebens verlieh ihm die Stadt Stuttgart sogar die Ehrenbürgerwürde.

## 2. *Leben und Alltag der Festungsgefangenen*

Bis ins 19. Jahrhundert hinein war das grundlegende Verständnis einer Arreststrafe davon bestimmt, dass der Delinquent für sein Vergehen büßen sollte, indem er schwere körperliche Arbeit verrichtete. Außerdem sollte der Strafvollzug die öffentlichen Kassen so wenig wie möglich belasten. Grundsätzlich hatte die Heimatgemeinde des Strafgefangenen für die Kosten der Haft aufzukommen, falls die Strafgefangenen sie nicht aus dem Lohn für ihre Zwangsarbeit abbezahlen konnten.

### *Gefangene auf der Festung*

Auf der Festung Hohenasperg mussten die Sträflinge für das Brot, das sie aßen, und für die Mahlzeiten bezahlen. Außerdem forderte die Festungsverwaltung Geld für die Rasur, für Medikamente, Hemden, das Waschen und Flickern der Kleidung, für die Anschaffung neuer Kleider, die Reparaturen von Kleidern und Schuhen sowie für den Schmer, ein Fett zum Schuheschmieren. Dadurch kam monatlich eine erkleckliche Summe zusammen, die der Häftling durch seine Arbeiten auf den herrschaftlichen Gütern abarbeiten musste. Als Entgelt erhielt er für den Sonntag 12 Kreuzer, für jeden Werk- und Feiertag 24 Kreuzer. Außer am Sonntag wurde jeden Tag gearbeitet, also auch an Feiertagen.<sup>71</sup> Für weitere Bedürfnisse gab es auf der Festung Kramwarenläden, in denen man Lebensmittel und Getränke kaufen konnte. Diese Läden wurden von Angestellten betrieben, die sich damit einen Nebenverdienst verschafften. Wenn allerdings amtliche Aufsichtspersonen wie beispielsweise die Wachtmeister solche Läden betrieben, wollten es deren Vorgesetzte nicht dulden, weil sie Interessenkonflikte befürchteten.<sup>72</sup>

Obwohl in manchen Jahren bis zu einem Zehntel der Gefangenen starben, wurde diese Personenzahl durch die Einlieferung neuer Häftlinge ausgeglichen. Dabei kam es jedoch immer wieder zu Schwierigkeiten. Da die Oberämter und die Heimatgemeinden für diejenigen Gefangenen finanziell aufkommen mussten, die nicht die gesamten Aufenthaltskosten abarbeiten konnten, verzögerten sie nicht selten den Transport der verurteilten Einwohner auf die Festung. Für die Kommunen war der Arrest in den Gemeinde- oder Amtsgefängnissen bedeutend billiger als die Festungshaft. Immer wieder mussten die Ortsvorsteher zur ordnungsgemäßen Einlieferung der Gefangenen ermahnt werden.

In der Instruktion für das Festungskommando auf dem Hohenasperg war festgelegt, dass die Verurteilten innerhalb einer Woche auf die Festung abgeführt werden sollten, wobei ein detaillierter Bericht über ihre Straftat mitgesandt werden musste. Wenn die örtlichen Beamten die Gefangenen ohne Bewachung losschickten, drohte ihnen die Amtsenthebung. Auch die Wachmänner wurden bestraft, wenn sie mit den »Arrestanten« zu spät, in betrunkenem Zustand oder sonst nicht ordnungsgemäß auf der Festung eintrafen.<sup>73</sup> Manche Verurteilten kamen sogar ohne Wachmann auf der Festung an. Einmal geschah es, dass ein Verurteilter einen anderen Mann nach Ludwigsburg schickte, der für ihn die Strafe verbüßen sollte. Deshalb wurden die Schultheißen angewiesen, den unbegleiteten Gefangenen eine genaue Personenbeschreibung mitzugeben.<sup>74</sup>

Diese Vorschriften legen nahe, dass es nicht selten zu Unregelmäßigkeiten kam.<sup>75</sup> So brachten die Schultheißen oder die Beamten in den Oberämtern immer wieder Gründe für eine verzögerte Einlieferung vor oder behielten die Verurteilten einfach bei sich im Ort. Häufig gaben sie an, der Sträfling sei erkrankt, leide beispielsweise

an offenen Füßen oder an einer Gemütskrankheit. Manchmal meldeten sie das Entlaufen oder den Tod eines Verurteilten nicht weiter.<sup>76</sup> Bei der Bekämpfung dieser Missstände zeigten entsprechende herzogliche Reskripte keine große Wirkung.<sup>77</sup> Im Jahr 1801 ermahnte der Regierungsrat mehrere Oberämter, die Sträflinge endlich einzuliefern.<sup>78</sup> Als man einzelnen Fällen nachging, stellte sich heraus, dass der zu einer vierwöchigen Festungsstrafe verurteilte Jakob Häfele aus Großeislingen seine Strafe bereits 1795 mit 75 Gulden abgelöst hatte; sechs Jahre lang waren also die zuständigen Strafbehörden nicht informiert worden. Christoph Eberhard aus Heiningen hatte seine vierwöchige Strafe wegen Misshandlung des Schultheißen bereits verbüßt.<sup>79</sup> Der Feldschütz Johann Georg Glaser aus Boll – einem Ort mit einer starken separatistischen Gruppe – war wegen Schimpfworten bei der Auswahl der Rekruten zu drei Wochen Festungshaft verurteilt worden. Er bat um Aufschub, weil er bei der Ernte als Feldschütz gebraucht wurde und seine Frau im Kindbett lag.<sup>80</sup>

Zwar stammten fast alle Gefangenen aus Württemberg, aber bis 1806 konnten auch fremde Herrschaften in Ausnahmefällen ihre verurteilten Straftäter auf die Festung schicken, wenn sie die Kosten dafür übernahmen. Im Jahr 1803 wurde Christian Dehner aus Grosselfingen im Fürstentum Hohenzollern-Hechingen wegen eines nicht näher bezeichneten Verbrechens zum Tod verurteilt. Allerdings ließ der Fürst von Hohenzollern-Hechingen ein Gutachten bei der Juristischen Fakultät der Universität Tübingen einholen und begnadigte daraufhin Dehner zu einer lebenslänglichen Festungshaft auf dem Hohenasperg.<sup>81</sup> Dort wurde er als »Sträfling der geringsten Klasse« eingestuft.<sup>82</sup> Auch die Baronin von Venningen-Andlau in Karlsruhe ließ Delinquenten aus ihren reichsritterschaftlichen Dörfern auf der Festung inhaftieren<sup>83</sup>, ebenso der Freiherr Karl von Kniestedt, Besitzer des Ritterguts Heutingsheim. Dieser ließ den 40-jährigen Friedrich Bader aus Heutingsheim wegen verschiedener Vergehen, Bettelei und Verschwendung einliefern, obwohl der Mann sieben Kinder hatte.<sup>84</sup>

Im Zuge der Erhebung Württembergs zum Königreich im Jahr 1806 machte sich dann die damit verbundene Gebietsbereinigung auch hier bemerkbar. Im Oktober 1811 wurden 19 Sträflinge von der Festung Hohenasperg und vom Zuchthaus Ludwigsburg in Gruppen von fünf bis sechs Personen nach Rottweil transportiert. Sie stammten aus Orten, die an Baden abgetreten worden waren, und wurden deshalb an die badische Kreisdirektion Villingen übergeben, wo man ihre weitere Strafverbüßung in die Wege leitete.<sup>85</sup>

Über den gesamten betrachteten Zeitraum hinweg lassen sich detaillierte Angaben über die Festungsgefangenen erheben. Zwar gibt es nur eine Liste aus dem Jahr 1813, in der auch die Gründe für die Haftstrafe genannt werden.<sup>86</sup> Aber in den Kellereirechnungen sind die Namen der Gefangenen mit ihrer Strafzeit einzeln aufgeführt. Da sie die Kosten ihrer Haft abarbeiteten, führte der Kameralbeamte darüber Buch. Aus den Zusammenstellungen geht hervor, dass sich zur Regierungszeit des Königs Friedrich etwa 400 Sträflinge auf der Festung befanden. Die Gefangenen kamen aus allen Gegenden des Königreichs Württemberg, wobei sich Schwerpunkte erkennen lassen. Nach der Abschiebung der ausländischen Delinquenten in ihre Heimatländer stammten nur noch fünf Gefangene aus dem Ausland.<sup>87</sup> Auch die Strafen fielen unterschiedlich lange aus.<sup>88</sup>

Auf der Festung Hohenasperg teilten die Aufseher ihre Gefangenen in unterschiedliche Klassen ein. Die Einschätzung des Einzelnen hing nicht nur vom begangenen Vergehen oder von der Länge der Strafe ab, sondern auch von seiner persönlichen Zuverlässigkeit. Wenn die Aufseher keine Befürchtungen hegten, dass ein Gefangener entweichen würde, gewährten sie ihm mehr persönliche Freiheit, als wenn jemand

als ausbruchsverdächtig galt. Diese Klassifizierung der Gefangenen wirkte sich auch in der alltäglichen Behandlung aus.

Zur Zeit des Regierungsantritts von Herzog Friedrich II. bekam jeder Gefangene täglich zwei Pfund Roggenbrot. Über die Lieferung dieses Brotes wurde mit dem »Festungsbäcker« ein mehrjähriger Vertrag abgeschlossen. Allerdings scheint die Versuchung für den Bäcker groß gewesen zu sein, minderwertiges Brot zu liefern, denn im Vertrag war eine sofortige Aufkündigung von Seiten der Festungsverwaltung für den Fall vorgesehen, dass die Qualität des Brotes zu Klagen Anlass gab.<sup>89</sup>

Die Sträflinge der »geringsten Klasse« erhielten nur jeden zweiten Tag eine warme Mahlzeit. Man musste jedoch einsehen, dass man diese Entbehrungen den Gefangenen nicht zumuten konnte, wenn man von ihnen teilweise schwere Arbeit erwartete. Deshalb befahl der Herzog, ihnen jeden Tag ein warmes Essen auf Kosten der Herzoglichen Gartenkasse und der Kellerei Asperg zu verabreichen.<sup>90</sup> Sicher fällt der Befehl des Jahres 1800 nicht zufällig mit dem Beginn der Umbauten am Schloss Monrepos zusammen, auf die noch einzugehen sein wird.

Eine Festungsstrafe bedeutete für die gewöhnlichen Sträflinge den völligen Verlust der Privatsphäre. Wenn sie nicht arbeiteten, wurden sie eingeschlossen.<sup>91</sup> Sowohl auf der Festung als auch in den Galliotenhäusern waren sie in Gemeinschaftszellen

Warme Kost, täglich 5 x.	30 fl. 25 x.
2 Pfund Brot, täglich 6 x.	36 fl. 30 x.
Rasieren, Arzneien und dergleichen	6 fl.
Waschen und Flicker (wöchentlich 1 Hemd, 1 Paar Strümpfe, 1 Nasentuch à 8 x.)	6 fl. 56 x.
Logis im allgemeinen Zimmer	-
Beitrag zu Brennholz, Öl, allnächtlicher Lampe, Stroh in Lagerstatt	10 fl.
<i>Kleidung im Winter:</i>	
1 tuchener Rock	5 fl. 57 x.
1 tuchenes Wams	4 fl. 13 x. 3 h.
1 Paar tuchene Hosen	2 fl. 35 x. 3 h.
1 Paar wollene Strümpfe	50 x.
<i>Kleidung im Sommer:</i>	
Zwilchenes Wams	1 fl. 20 x.
1 Paar zwilchene Hosen	1 fl. 52 x.
2 Paar leinene Strümpfe à 24 x.	48 x.
2 reustene Hemden jährlich à 1 fl. 26 x.	2 fl. 52 x.
1 Paar Schuhe mit Nägeln	1 fl. 30 x.
1 tuchene Kappe	12 x.
1 Paar Handschuhe	15 x.
2 Paar Kraißer (Straifer?) unter die Schließen	12 x.
<i>Reparaturen jährlich:</i>	
Kleider	4 fl.
Schuhsohlen	3 fl. 36 x.
<b>Summe</b>	<b>120 fl. 3 x. 6 h.</b>
Einmalig 2 Fußschellen	3 fl. 40 x.

*Jährliche ungefähre Kosten für einen Sträfling auf dem Hobenasperg, 1803.  
1 Gulden (fl.) = 60 Kreuzer (x.), 1 Kreuzer = 12 Heller (h.).*

untergebracht, wo sie auf Strohsäcken nächtigen und sich nachts mit Decken (»Tepichen«) bedeckten. In den Rechnungen sind auch »zweischläfrige« Strohsäcke aufgeführt, auf denen zwei Gefangene schliefen. Jeden Morgen, Mittag und Abend wurden die Namen sämtlicher Sträflinge in Anwesenheit des Kommandanten, des Vizekommandanten und des Platzhauptmanns verlesen, um festzustellen, ob jemand fehlte.<sup>92</sup>

Beim Antritt längerer Strafen wegen schwerer Vergehen war es üblich, den Gefangenen bei der Einlieferung mit dem »Willkomm« zu empfangen und am Ende mit dem »Abschied« zu entlassen. Beides Mal erhielt er eine festgesetzte Anzahl von Stockschlägen. In anderen Fällen ist auch noch im frühen 19. Jahrhundert das Spießrutenlaufen bezeugt, bei dem der Gefangene durch eine doppelte Reihe von Männern geführt wurde, die mit Ruten auf seinen Rücken einschlugen. Nach der Liste der »Militärsträflinge« von 1813 mussten fünf Männer, die wegen »nächtlicher Residenz-Diebstähle« zu einer lebenslänglichen Festungsstrafe verurteilt waren, jeweils drei Tage lang das Spießrutenlaufen ertragen.<sup>93</sup> Andere Männer wurden zum ein- bis zweitägigen Spießrutenlauf verurteilt, wobei sich die Dauer eher an der Schwere des Vergehens als an der Länge der Strafe orientierte. Um die Flucht der Gefangenen zu verhindern, wurden sie von einem Schmied »in Ketten geschlagen« und mit eisernen Erkennungszeichen versehen. Nach dem Ende der Festungshaft mussten die Schmiede diese eisernen Fesseln (»Sprenge und Zeichen«) wieder abschlagen.<sup>94</sup>

Eine Festungsstrafe brachte die gesamte Familie eines verheirateten Gefangenen in eine schwere Notlage, weil der Ernährer der Familie und zugleich der Hausvater ausfiel. Es drohte die völlige Verarmung.<sup>95</sup> Die Frauen und Kinder mussten das Handwerk oder die Landwirtschaft oft über lange Jahre hinweg weiterführen. Manche Gefangene baten um Urlaub zur Besorgung von dringenden Geschäften oder zur Mithilfe bei der Feldarbeit in der Hochsaison. König Friedrich verfügte jedoch im Jahr 1810, dass alle derartigen Gesuche rigoros abgelehnt werden sollten.<sup>96</sup>

Manche Sträflinge nutzten die Arbeitsaufenthalte bei der Zwangsarbeit, wo sie nicht immer ganz streng bewacht werden konnten, zur Flucht. Da Arbeitssträflinge nur dann eine besondere »Gallioten-Kleidung« tragen mussten, wenn sie eine Strafe von über einem Jahr verbüßten<sup>97</sup>, mischten sich einige der zu kurzfristigeren Strafen Verurteilten unter die Handwerker und machten sich davon.<sup>98</sup> In seltenen Fällen schlugen sich Gefangene die Eisen und Ketten ab und besorgten sich zivile Kleidung, um zu fliehen.<sup>99</sup> Freilich wurden sie dann steckbrieflich gesucht. Wer ergriffen wurde, kam zurück auf die Festung, wo er zwei Tage hintereinander je vierzig Stockschläge erhielt, also halb tot geprügelt wurde.

In den Jahren 1808 und 1811 machten zwei Gefangene durch spektakuläre Ausbrüche von sich reden. Der aus Sachsen stammende Militärgefangene Leutnant François war wegen gewaltsamer Bedrohung seines Vorgesetzten zum Tode verurteilt, dann aber in letzter Minute begnadigt worden. Im Oktober 1808 löste er die Bretter vom Boden seiner Zelle und ließ sich an einem Bettuch in den darunter liegenden Stall hinab. François floh über das Dach des Wasserturms und die äußere Mauer und verschwand spurlos.<sup>100</sup> Drei Jahre später gelang dem aus Bordeaux stammenden Mathieu Rouhet, begünstigt durch die Nachlässigkeit des Wachpersonals, ebenfalls die Flucht. Wegen Zugehörigkeit zu einer in Südwestdeutschland umherziehenden Räuberbande war er 1811 in Oberschwaben gefangen genommen worden. Zunächst brachte man ihn in ein Gefängnis nach Esslingen, wo er bereits in Ketten gelegt wurde.<sup>101</sup> Nach einem rechtzeitig entdeckten Ausbruchversuch ließ ihn König Friedrich dann im Juni 1812



auf die Festung bringen. Nur wenige Tage nach seiner Ankunft brach Rouhet aus, indem er ein Loch in die Mauer grub und sich an einem Strick über den Wall hinunterließ. Kurze Zeit später wurde er entdeckt und auf den Hohenasperg zurückgebracht. Im Juli 1813 lieferte man ihn an das Königreich Bayern aus, wo ebenfalls ein Verfahren wegen Einbruchs und Münzdiebstahls gegen ihn anhängig war.<sup>102</sup>

Wenn flüchtige Häftlinge ergriffen wurden, verlängerte sich ihre Festungsstrafe automatisch. Wer zu einer Strafe von weniger als einem Jahr verurteilt worden war, musste ein weiteres Jahr in Haft bleiben. Für Gefangene mit längeren Verurteilungsfristen verlängerte sich die Strafzeit um drei Jahre.<sup>103</sup> Bei der Anwesenheit des Königs Friedrich auf der Festung durfte sich auf seinen ausdrücklichen Befehl hin kein Gefangener am Fenster zeigen. Der Monarch hatte dies nach einem Vorfall mit einem Häftling verfügt, der sich ans Fenster geklammert und den König mit lauter Stimme um Gnade gebeten hatte.<sup>104</sup>

Seit 1812 konnte die Ehefrau eines Mannes, der zu einer Strafe von zehn oder mehr Jahren verurteilt worden war, die Scheidung einreichen, sofern sie an dem Verbrechen ihres Gatten nicht beteiligt gewesen war. Dann galt die Strafe als legale Grundlage zur Ehescheidung, und diese wurde von den Gerichten ohne weiteres vollzogen.<sup>105</sup> Auch die Entlassung der Gefangenen musste klar geregelt werden, da viele nach der Verbüßung ihrer Strafe keinerlei Geld oder Vermögen mehr besaßen. Deshalb sollten die Behörden für den Rücktransport in den Heimatort sorgen, sie aber dabei nicht mehr als Kriminelle behandeln.<sup>106</sup>

### *Gefangene im Arbeitseinsatz*

Alle Festungssträflinge der unteren drei »Klassen« mussten Arbeiten verrichten, um die Kosten ihrer Festungshaft abzarbeiten. Daneben wirkte die Arbeit strafverschärfend, zumal es sich häufig um schwere Tätigkeiten handelte, die auch außerhalb der Festung verrichtet wurden. Herzog Friedrich II. setzte die Sträflinge auch auf seinen eigenen Gütern ein und ließ sie dort gegen Taglohn arbeiten.

Nach dem Verständnis der Zeit war es selbstverständlich, dass Gefangene zu Arbeitseinsätzen herangezogen wurden, da man schwere Arbeit als Sühne für ein Vergehen ansah. Beim Regierungsantritt Friedrichs II. vollzogen sich die Arbeiten nach dem hergebrachten Muster. Uniformierte Sträflingsaufseher beaufsichtigten die Gefangenen, welche an verschiedenen Orten Arbeiten verrichteten. Die Arbeit dauerte an Werktagen von 5 bis 12 Uhr und nach einer Mittagspause von 13 bis 19 Uhr.<sup>107</sup>

Eine kleine Zahl von acht bis zehn Gefangenen und darüber hinaus diejenigen, die sich von einer Krankheit erholten, halfen mit, den Betrieb der Festung aufrechtzuerhalten.<sup>108</sup> Sie transportierten Wasser vom Dorf Asperg auf den Gefängnisberg, um den großen Bedarf so vieler Menschen dort zu decken. Sträflinge, die als »unsicher« galten, bei denen man also ein Entweichen befürchtete, mussten die Räume auf der Festung reinigen oder als Handlanger bei Bauarbeiten helfen. Die zuverlässigsten Männer wurden zu Botengängen im Auftrag des Kommandanten oder der Kellereibeamten in die Städte und Dörfer der Umgebung geschickt. Andere führten Erde in die privaten Weinberge der herzoglichen Familie, die bis 1806 von der Kammerschreiberei und danach von der Hofdomänenkammer verwaltet wurden.<sup>109</sup>

Wenn ein Gericht eine härtere Strafe verhängen wollte, wurde der Häftling für eine bestimmte Zeit zur Arbeit »im Springen« verurteilt. Er musste dann alles mit erhöhtem Tempo erledigen und durfte sich kaum eine Pause gönnen. Allerdings hielten die

Männer diese anstrengende Prozedur nicht lange durch. Außerdem bestand die Gefahr, dass sie eine dauerhafte Schädigung erlitten und so für den normalen Arbeitseinsatz ausfielen. Deshalb war eine gewisse Vorsicht bei dieser drakonischen Maßnahme geboten, und es steht zu vermuten, dass die Kommandeure und Aufseher gelegentlich ein Einsehen hatten und die Arbeit im Springen vor der vorgesehenen Zeit abbrachen.

Eine bedeutende Verschärfung der Arbeitseinsätze brachten die Jahre nach 1800, als Herzog Friedrich II. umfangreiche Baumaßnahmen in der Umgebung des Residenzschlosses Ludwigsburg anordnete. Insbesondere bei den Arbeiten am Schloss Monrepos wurden Sträflinge zu schweren und schwersten Arbeiten eingesetzt. Dieses in unmittelbarer Nähe der Festung Asperg gelegene barocke Seeschloss war 1760 durch Herzog Karl Eugen in Auftrag gegeben, aber nie vollendet worden. Nun wollte Herzog Friedrich II. das Schloss fertigstellen und die gesamte Anlage im englischen Stil umgestalten lassen.<sup>110</sup> Der quadratische See sollte abgesenkt und in eine unregelmäßige Form gebracht werden. In der Mitte des Sees wurden Inseln aufgeschüttet, auf denen man Bauwerke errichtete oder translozierte. Für diese Arbeiten, das sogenannte »Schanzen«, wurden Festungsgefangene eingesetzt. In den Rechnungen der Kellerei Hohenasperg erscheint entsprechend das für diese Arbeiten notwendige »Schanzgeschirr«.<sup>111</sup>

Das Bauprojekt Monrepos gestaltete sich sehr schwierig, denn es erforderte gewaltige Erdbewegungen, und Herzog Friedrich II. ließ die Arbeiten nachts durchführen. Große Feuer erleuchteten die Baustelle und sollten für etwas Wärme sorgen. Durch die schwere Arbeit in einer feuchten und kalten Umgebung wurden die Gefangenen auf das Äußerste beansprucht. Krankheiten brachen aus, und eine unzureichende Verpflegung hätte die Arbeiter noch zusätzlich geschwächt. Über die



*Seeschloss Monrepos mit Festingebäude, Meierei und Kapelleninsel, um 1810.*

Verluste an Gefangenen ist wenig bekannt, aber es steht außer Zweifel, dass das Schlossbauwesen viele Opfer forderte. Drei Jahre lang wurde am Schloss gebaut, bevor es 1804 fertiggestellt war.<sup>112</sup> Die Gefangenen, die in Ludwigsburg und Monrepos arbeiteten, standen unter der Aufsicht des Hauptmanns v. Bartruff.<sup>113</sup>

Nach der Fertigstellung des Schlosses und des Seeparks wurden die Festungssträflinge in Monrepos vor allem zur Unterhaltung der Alleen und Wege eingesetzt. Seit 1807 pflegten sie den Weg und die daran befindliche Pappel- und Kastanien-Allee mit einer Akazienhecke vom Fasanengarten oder Favoritewald an bis nach Monrepos. Ebenso waren sie für den Weg und die doppelte Lindenallee von Monrepos nach Eglorheim sowie für den Weg von Monrepos in den Tiergarten verantwortlich. Da jedoch gegenüber der Umbauphase nur noch wenige Häftlinge in Monrepos beschäftigt waren, lohnte sich weder eine eigene Küche noch die Anstellung eines Aufsehers; deshalb musste man das Essen von der Festung anliefern.<sup>114</sup> Immerhin wurden noch im August 1816 die Zimmerleute unter den Stuttgarter Gefangenen zum Bau eines neuen Schafstalls nach Monrepos geschickt.<sup>115</sup>

Außer in Monrepos setzte man auch in den Anlagen beim Residenzschloss Ludwigsburg, wo ebenfalls größere Umbauten vorgenommen wurden, Festungshäftlinge ein. Ihre Arbeitsbelastung war kaum geringer als diejenige der Sträflinge in Monrepos. Untergebracht waren sie in einem »Sträflings-Haus«, das sich im Eigentum des Kriegsdepartements befand. Da die Sträflinge jedoch in den herrschaftlichen Gärten und Anlagen arbeiteten, wurde das Sträflingshaus von der Bau- und Gartenkasse unterhalten.<sup>116</sup> Im Sommer 1812 arbeiteten so viele Gefangene in Ludwigsburg, dass man für sie eine eigene Küche einrichtete.<sup>117</sup>

Nach dem Abschluss der Bauarbeiten in Monrepos wandte sich König Friedrich einem neuen Projekt zu. Am Stromberg besaß er das Schloss Freudental, in dem ein Forstamt der Kammerschreiberei eingerichtet war. Inmitten weitläufiger eigener Waldungen gelegen, eignete sich dieses Anwesen ideal als Ausgangspunkt für Jagden. Deshalb ließ der König seit 1810 die Anlage zu einer Sommerresidenz und zu einem Jagdschloss umbauen. Innerhalb weniger Jahre errichtete man den Kavalierebau und den »Prinzenbau« als zentrale Schlossgebäude und erstellte daneben Wirtschaftsgebäude, so den »Langen Stall«, in dem eine Scheune und ein Ökonomiegebäude untergebracht wurden, einen Geflügelhof, eine Kaserne sowie ein Treibhaus und eine Gärtnerei. Im Garten des Schlosses wurden Springbrunnen gebaut und Seen angelegt.<sup>118</sup>

Wiederum setzte man für diese Bauarbeiten Sträflinge vom Hohenasperg ein. Da sie auch in der Nähe der Baustelle untergebracht werden mussten, errichtete man für sie ein »Galliotenhaus«.<sup>119</sup> Bei der harten Arbeit, die sie zu verrichten hatten, erhielten sie auch hier täglich eine warme Mahlzeit.<sup>120</sup> Allerdings kam es dabei zu Unregelmäßigkeiten, vermutlich auch deshalb, weil die Angestellten Lebensmittel für sich abzweigten.<sup>121</sup> Im Frühjahr 1812 wurden Vorwürfe gegen den Sträflingskoch laut, er verabreiche den Gefangenen seit einiger Zeit eine Kost, bei der sie unmöglich arbeiten könnten.<sup>122</sup> Als täglicher Betrag für das Essen waren 5 Kreuzer pro Gefangenem angesetzt, wofür er täglich eine halbe Maß (etwa 1 Liter) Essen erhalten sollte. Das Mittagessen enthielt jeden zweiten Tag Fleisch; am Abend bekamen die Gefangenen eine geschmälzte Suppe.<sup>123</sup>

Als die Bauarbeiten in Monrepos und Freudental größtenteils abgeschlossen waren, verlegte man sehr viele Gefangene in die Residenzstadt Stuttgart »zu gehörigen Betreibung der herrschaftlichen Bauarbeiten und Gärtnereigeschäfte«.<sup>124</sup> Beispielsweise wurden 40 Männer aus Ludwigsburg und 10 Männer aus Monrepos im Sommer 1812 nach Stuttgart gebracht, um während der Abwesenheit des Königs den Schloss-



*Schloss Freudental.*

garten instandzusetzen.<sup>125</sup> Im Januar 1813 erhielt das Festungskommando auf dem Hohenasperg den Befehl, ständig 250 Gefangene in Stuttgart zu stationieren; wenn ein Gefangener arbeitsunfähig wurde oder starb, sollte er durch einen anderen ersetzt werden. Aus Freudental wurden 88 Männer nach Stuttgart verlegt.<sup>126</sup> Ein Jahr später forderte man so viele Maurer wie möglich zu einer »äußerst pressanten« Baumaßnahme an der Retraite an.<sup>127</sup> Im Herbst 1816 arbeitete ein Trupp von Gefangenen in den Kahlenstein-Anlagen – also dort, wo später das Landschloss Rosenstein gebaut wurde.<sup>128</sup>

In Stuttgart war das Leben der arbeitenden Häftlinge durch verschiedene Umstände härter als an den anderen Einsatzorten. Im Sträflingsbau vor dem Büchsentor herrschte drangvolle Enge.<sup>129</sup> Da die Lebensmittel in der Residenzstadt bedeutend teurer waren als in den auf dem Land gelegenen Gütern Monrepos und Freudental, erhielten die Stuttgarter Sträflinge ein schlechteres Essen als an den anderen Standorten.<sup>130</sup>

Auch in Stuttgart gab es ein völlig überbelegtes »Galliotenhaus«. Dies führte im Herbst 1815 zu einer Beschwerde der Landstände, in der es hieß, dass die Sträflinge »in den Gallioten-Häusern aufgehäuft seien, in welchen verpestete Luft herrsche«.<sup>131</sup> Man musste auf Grund der unzureichenden hygienischen Verhältnisse den Ausbruch von ansteckenden Krankheiten befürchten. In einer Stellungnahme bezeichnete jedoch der General-Armeearzt v. Constantin den Raum im Galliotenhaus als zureichend für 130 Gefangene und forderte lediglich den Einbau eines weiteren Fensters.<sup>132</sup> Aber die Zustände besserten sich wohl kaum wesentlich, denn zwei Jahre später beschwerten sich die Landstände erneut über die harte Behandlung der Gefangenen. Nach ihrer Ansicht ließen sich das Anfesseln aufsässiger Männer, das Anschmieden von eisernen Stacheln sowie der Ausschluss vom Gottesdienst weder durch den Zweck der Strafe noch als vorbeugende Maßnahme gegen das Entweichen rechtfertigen.<sup>133</sup> Man sah also ein,

dass sich eine grausame Behandlung der Gefangenen nicht mehr mit dem sich allmählich wandelnden Verständnis von Strafe vereinbaren ließ.

Aber auch in Freudental litten die Gefangenen offenbar derart unter den widrigen Bedingungen, dass es im Herbst 1815 zu einem Aufstand kam. König Friedrich war entsetzt und befahl, bei einem erneuten Aufstand scharf auf die Häftlinge schießen zu lassen. Die zuständigen Offiziere sollten für die Folgen einer solchen Erhebung verantwortlich gemacht werden.<sup>134</sup> Wenig später drohte der König den Sträflingen im Fall tätlicher Angriffe auf die Wachmannschaften drastische Strafen an. Militärsträflinge, welche Aufseher, Schildwachen oder gar Offiziere angriffen, sollten zum Tod verurteilt werden, Zivilsträflinge bei derartigen Vergehen eine lebenslängliche Festungsstrafe verbüßen. Eine Schildwache, die sich überwältigen ließ, ohne sich durch Abfeuern des Gewehrs oder Gebrauch des Seitengewehrs zur Wehr zu setzen, sollte mit eintägigem Speißrutenlaufen und dreijähriger Festungsstrafe bestraft werden.<sup>135</sup>

Deutlich zeigt sich aber, dass die Lebensbedingungen für die Gefangenen selbst für die Verhältnisse der damaligen Zeit fast unerträglich geworden waren. Es stellte sich die Frage, ob man Unmutsäußerungen und Tötlichkeiten allein mit harten Strafen verhindern konnte.

### *3. Auswirkungen des Regierungswechsels im Jahr 1816 auf die Festung*

Nach dem Tod des Königs Friedrich im Oktober 1816 trat sein Sohn König Wilhelm I. die Regierung an. Sofort nach dem Thronwechsel leitete er weitreichende und grundlegende Reformen ein, die sich innerhalb kurzer Zeit auch auf der Festung Hohenasperg bemerkbar machten. Da König Wilhelm eine ganz andere Vorstellung vom Strafvollzug hatte als sein Vater, bemühte er sich umgehend, die härtesten und menschenverachtenden Strafmaßnahmen abzuschaffen. So erließ er ein generelles Verbot, Gefangene in den württembergischen Gefängnissen bei ihrer Einlieferung oder Entlassung wie bislang üblich zu verprügeln oder Speißruten laufen zu lassen. Daneben veränderte er den strafrechtlichen Charakter einer Festungsstrafe grundlegend, indem er sie für bestimmte Vergehen aufhob. Durch eine Generalamnestie wurde den Deserteuren ihre restliche Strafe erlassen. Am 14. November 1816 gewährte der König allen bis zu diesem Tag desertierten Unteroffizieren und Soldaten ein Generalpardon und beendete damit ihre Festungshaft. Am folgenden Tag erfolgte die Entlassung von 88 Zivilsträflingen, darunter diejenigen, die ihre Gefängniskosten auf der Festung abverdienen mussten. Schließlich wurden am 16. November weitere 166 Zivilsträflinge entlassen, darunter alle, die wegen Jagdfrevels oder wegen des heimlichen Besitzes von Gewehren verurteilt worden waren.<sup>136</sup>

Da König Wilhelm in einer schweren Notzeit die Regierung antrat, wurde insbesondere der hohe Aufwand für die königlichen Jagden kritisiert. Darauf reagierte der Monarch, indem er seine Jagdgebiete konzentrierte. Deshalb gab er das Jagdschloss Freudental auf und ließ den Tierpark Monrepos zum landwirtschaftlichen Mustergut umgestalten.<sup>137</sup> Innerhalb weniger Wochen befreite man die meisten Festungssträflinge von der Zwangsarbeit in den königlichen Anlagen, so dass sich ihre Zahl von 211 auf 69 Männer reduzierte. Darüber beschwerte sich die Bau- und Gartendirektion, weil nun plötzlich die billigen Arbeitskräfte fehlten: »Diese Verminderung verursacht eine sehr bedeutende und äußerst nachtheilige Stokung in den Geschäften, zu welchen die Sträflinge indessen verwendet wurden, namentlich bey den verschiedenen Bau-

Arrestanten	9
Wegen körperlicher Gebrechen zu gar keiner Arbeit tauglich	6
Zu leichter Arbeit tauglich	7
Heilbare Kranke	41
Zum Arbeiten und Wassertreten auf der Festung, inklusive der Sträflings-Menage-Köche	15
Zum Verwahren und Arbeiten im Inneren der Festung	23
Wegen Verbrechen noch nicht bestraft	9
<b>Gefangene auf der Festung</b>	<b>110</b>
Auf Arbeit rücken aus:	
nach Stuttgart	56
nach Ludwigsburg	119
nach Freudental	25
nach Monrepos	156
<b>Gesamtzahl der Festungssträflinge</b>	<b>466</b>

*Arrestanten und Sträflinge auf der Festung Hohenasperg, 9. November 1816.*

arbeiten, in den Gärtnereyen und Anlagen, in den herrschaftlichen Steinbrüchen, in den Magazinen, in der Marmorierwerkstätte, auf der Planie, beym Holzsägen, und so fort.«<sup>138</sup> Der König zeigte sich jedoch zu keinen Kompromissen bereit, weil er die Zwangsarbeit durch Sträflinge auf längere Sicht ganz abschaffen wollte. Er teilte der Bau- und Gartendirektion mit, sie solle sich mit den vorhandenen Sträflingen begnügen und mitteilen, wie viele Tagelöhner als Ersatz für die wegfallenden Gefangenen notwendig seien.<sup>139</sup> Deren Gehälter wollte er übernehmen.

So wurde die Zwangsarbeit der Festungsgefangenen kurz nach dem Regierungswechsel abgeschafft. Nun hatten die Gedanken der Aufklärung auch im Strafvollzug Eingang gefunden, indem eine gewisse Humanisierung einsetzte und die entwürdigendsten Maßnahmen abgemildert oder abgeschafft wurden. Die Reformen in den Jahren 1816/17 weisen hinüber in eine neue Zeit, in der sich das Menschenbild veränderte und auch die Menschenwürde des Strafgefangenen stärker in den Blick rückte. Allerdings wurden die letzten Separatisten erst 1826 nach einer 20-jährigen Haftzeit von der Festung entlassen. Nur langsam wirkten sich die Verbesserungen im Strafvollzug auf der Festung Hohenasperg aus. Dennoch sind in der frühen Regierungszeit des Königs Wilhelm I. spürbare Veränderungen festzustellen. Wenn auch die Festungsstrafe insbesondere für die »gewöhnlichen« Gefangenen eine harte Form des Strafvollzugs blieb, so glied sie sich ein wenig den neuen Idealen einer bürgerlichen Gesellschaft an.

#### Anmerkungen

1 Der Titel des Aufsatzes knüpft an eine Formulierung in der »Königlichen Instruction wegen Behandlung der Festungs-Gefangenen auf Hohen-Asperg« an. Das Wort »condemniert« bedeutet »verurteilt«.

2 Theodor Bolay: Der Hohenasperg. Vergangenheit und Gegenwart, Bietigheim 1972; Horst Brandstätter: Asperg. Ein deutsches Gefängnis, Berlin 1978.

- 3 Immanuel Hoch: Geschichte der württembergischen Veste Hohenasperg und ihrer merkwürdigsten politischen und anderer Gefangenen, Stuttgart 1838; Max Biffart: Geschichte der württembergischen Feste Hohenasperg und ihrer merkwürdigen Gefangenen, Stuttgart 1858; Theodor Schön: Die Staatsgefangenen auf Hohenasperg, Stuttgart 1899.
- 4 Wolfgang Ranke: Schiller, Schubart und der Hohenasperg, Marbach am Neckar 2009.
- 5 Franz Quarthal und Karl Moersch (Hgg.): Hohenasperg oder ein früher Traum von Demokratie. Gefangenenschicksale aus dem 19. Jahrhundert, Leinfelden-Echterdingen 1998.
- 6 Paul Sauer: Der Hohenasperg. Fürstensitz, Höhenburg, Bollwerk der Landesverteidigung, Leinfelden-Echterdingen 2004; Erwin Haas: Die sieben württembergischen Landesfestungen, Reutlingen 1996.
- 7 Biffart (wie Anm. 3) S. 98–123.
- 8 Ebd. S. 98.
- 9 Eberhard Fritz: Radikaler Pietismus in Württemberg. Religiöse Ideale im Konflikt mit gesellschaftlichen Realitäten, Epfendorf 2003.
- 10 Erich Viehöfer: Schellenwerker, Galioten, Schänzer. Arbeitseinsatz von Sträflingen in und um Ludwigsburg, in: Ludwigsburger Geschichtsblätter 59 (2005) S. 63–86.
- 11 Einen Überblick bietet Paul Sauer: Im Namen des Königs. Strafgesetzgebung und Strafvollzug im Königreich Württemberg 1806–1871, Stuttgart 1984.
- 12 Vgl. Stichwort »Asperg« in Hermann Fischer (Bearb.): Schwäbisches Wörterbuch, Bd. 1, Tübingen 1904, Spalte 343, und Stichwort »Galeotte«, Bd. 3, Tübingen 1911, Spalte 23 f.
- 13 August Ludwig Reyscher (Hg.): Vollständige, historisch und kritisch bearbeitete Sammlung der württembergischen Gesetze, 19 Bde., Tübingen 1828–1851, hier Bd. 19, S. 1032–1045; Biffart (wie Anm. 3) S. 101.
- 14 Staatsarchiv Ludwigsburg (StAL) E 226/425 Bd. 2, fol. 61. – Folgende Gefangene von Stand hatten Möbel ausgeliehen: Schultheiß Groenbach; Kontrolleur Gaier, Hall; Kaufmann Ammer, Rottweil; Baron v. Lang; Gerichtsdienner Bechler, Cleebronn.
- 15 Hauptstaatsarchiv Stuttgart (HStAS) A 11 Bü 46 (Rapport des Oberleutnants v. Mosheim, 19.4.1800).
- 16 HStAS A 11 Bü 44 (Untersuchungsbericht der herzoglichen Kommission).
- 17 HStAS A 11 Bü 42 (Undatierte Liste der verdächtigen Personen [1800]). Auf dem Hohenasperg verbüßten außer v. Penasse folgende Personen eine Haftstrafe: Landschaftsassessor Gerst, Stuttgart; Kaufmann Friedrich Konrad Haller, Ludwigsburg; Posthalter Eschenmayer, Plochingen; Kanzleiadvokat Müller, Sulz; Student Friedrich Essich, Heumaden; Kaufmann Christoph Heinrich Wechsler, Ulm; Konditor Schneckenburger, Tuttlingen; Leutnant der Artillerie Bauer.
- 18 StAL D 10 Bü 154.
- 19 Gründe der Verurteilung bei den 420 Sträflingen im Jahre 1813 (HStAS E 271d Bü 157): Desertion 206; Kameradendiebstahl 90; Diebstahl 46; Militärdelikte 12; Militärdienstverweigerung 12; Betrunkenheit 12; Betrug, Unterschlagung 10; Misshandlungen 6; Widersetzlichkeit 6; Wilderei 5; Holzexzesse 4; Tötungsdelikte 3; sonstige Vergehen 8.
- 20 Die neueste Übersicht im Gesamtzusammenhang bei Ute Planert: Der Mythos vom Befreiungskrieg. Frankreichs Kriege und der deutsche Süden. Alltag, Wahrnehmung, Deutung 1792–1841, Paderborn 2007, S. 411–416.
- 21 Günther Cordes: Das Haus Württemberg und die Militärgeschichte des Landes, in: Robert Umland (Hg.): 900 Jahre Haus Württemberg, Stuttgart 1984, S. 689–702, hier S. 695 f.
- 22 Ebd. S. 695.
- 23 Martin Hasselhorn: Der altwürttembergische Pfarrstand im 18. Jahrhundert, Stuttgart 1958, S. 31 f.
- 24 Friedrich Wintterlin: Wehrverfassung und Landesverfassung im Herzogtum Württemberg, in: Württembergische Vierteljahreshefte für Landesgeschichte 34 (1928) S. 239–256.
- 25 Zur Umgehung der Wehrpflicht vgl. Planert (wie Anm. 20) S. 419–473.
- 26 Reyscher (wie Anm. 13) Bd. 9, S. 1351.
- 27 Matthias Gindele: Der Aufstand der Bauern des Oberamts Tauber im Jahre 1809, in: Zeitschrift für Württembergische Landesgeschichte 46 (1987) S. 163–203; Paul Sauer: Der Mergentheimer Aufstand vom Juni 1809. Die Aufzeichnungen von Eugen Freiherr von Maucler sowie die in

- offiziellern Auftrag verfassten Berichte des Oberamtmanns Kuhn und der Hofräte Herzberger und Taglieber in Mergentheim, in: Zeitschrift für Württembergische Landesgeschichte 46 (1987) S. 205–251; Daniel Kirn: Der Mergentheimer Aufstand des Jahres 1809 und das Ende des Meisterturms Mergentheim, in: Württembergisch Franken 90/91 (2006/2007) S. 91–129.
- 28 Sauer, Der Mergentheimer Aufstand (wie Anm. 27) S. 217.
- 29 Ebd. S. 207; vgl. auch Biffart (wie Anm. 3) S. 106–109.
- 30 Gindele (wie Anm. 27) S. 192 f.
- 31 Eberhard Fritz: Schloss Ludwigsburg als Sommerresidenz. Friedrich von Württemberg und seine Hofhaltung im frühen 19. Jahrhundert, in: Ludwigsburger Geschichtsblätter 58 (2004) S. 62 Anm. 50.
- 32 Wolfram Siemann: Propaganda um Napoleon in Württemberg. Die Rheinbundära unter König Friedrich I. (1806–1813), in: Zeitschrift für Württembergische Landesgeschichte 47 (1988) S. 359–380.
- 33 Planert (wie Anm. 20) S. 580.
- 34 HStAS E 12 Bü 13 (13.9.1813).
- 35 Planert (wie Anm. 20) S. 580.
- 36 Ebd. S. 592.
- 37 Ebd. S. 596–613, speziell S. 608 f.
- 38 Eberhard Fritz: Johann Georg Rapp (1757–1847) und die Separatisten in Iptingen. Mit einer Edition der relevanten Iptinger Kirchenkonventsprotokolle, in: Blätter für Württembergische Kirchengeschichte 95 (1995) S. 129–203.
- 39 Karl J.R. Arndt: George Rapp's Separatists 1700–1803. A Documentary History, Worcester/Massachusetts 1980, S. 196–211.
- 40 Günther Mahal: Knittlingen: Dorf, Flecken, Stadt. Versuch einer Spurensicherung, Knittlingen 1990, S. 182–189.
- 41 Vgl. Wolfgang Kaschuba: Aufbruch in die Moderne – Bruch der Tradition? Volkskultur und Staatsdisziplin in Württemberg während der napoleonischen Ära, in: Baden und Württemberg im Zeitalter Napoleons, Bd. 2, Stuttgart 1987, S. 669–689.
- 42 Eberhard Fritz: Separatisten und Separatistinnen in Rottenacker. Eine örtliche Gruppe als Zentrum eines »Netzwerks« im frühen 19. Jahrhundert, in: Blätter für Württembergische Kirchengeschichte 98 (1998) S. 66–158.
- 43 HStAS A 30b Bü 69.
- 44 Namensliste bei Eberhard Fritz: Urchristliches Ideal und Staatsraison. Württembergische Separatistinnen und Separatisten im Zeitalter Napoleons, in: Zeitschrift für Württembergische Landesgeschichte 59 (2000) S. 71–98, hier S. 79.
- 45 Im Staatsarchiv Ludwigsburg sind die jährlich angefertigten Separatistenlisten erhalten, in denen auch die Festungssträflinge namentlich aufgeführt werden. Im Jahr 1809 waren 31 Männer und 6 Söhne, also nicht volljährige Gefangene, aufgeführt (StAL D 41 Bü 3935), zwei Jahre später erscheinen in der Liste 25 Männer und 10 Söhne (StAL D 41 Bü 3937). Im Jahr 1813 befanden sich 13 Frauen und 5 Töchter im Zuchthaus Ludwigsburg.
- 46 Fritz, Radikaler Pietismus (wie Anm. 9) S. 181.
- 47 HStAS A 213 Bü 3111 und E 146 Bü 8944.
- 48 Siemann (wie Anm. 32).
- 49 Archiv des Hauses Württemberg, Altshausen (AHW) Hofdiarium (unverzeichnet): Eintrag vom 5.10.1805: »Nach 10 Uhr erhoben sich der Kaiser in Begleitung Herr Herzog Paul D[urchlaucht] von hier auf den Asperg, nahmen denselben und die Gegend in Höchsten Augenschein und kehrten sodann von da wieder retour.« Nach den Angaben im Hofdiarium war Kurfürst Friedrich beim Besuch des Kaisers auf der Festung nicht zugegen; dann würde es sich bei der kolportierten Geschichte mit den Separatisten um eine Legende handeln.
- 50 Biffart (wie Anm. 3) S. 102, 105.
- 51 Reyscher (wie Anm. 13) Bd. 14, S. 1229.
- 52 Reyscher (wie Anm. 13) Bd. 7, S. 67; Bd. 9, S. 72 f.
- 53 StAL E 226/425 Bd. 1, fol. 445.
- 54 Biffart (wie Anm. 3) S. 106.
- 55 HStAS E 146 Bü 8943.



- 56 Eberhard Fritz: Die Konsolidierung des württembergischen Pietismus im frühen 19. Jahrhundert. Eine Befragung von 1821 als Dokument einer Übergangszeit, in: *Blätter für Württembergische Kirchengeschichte* 108/109 (2008/2009) S. 367.
- 57 StAL E 19 Bü 1059 (26.5.1812).
- 58 StAL E 19 Bü 1059 (4.6.1812, 20.4.1813).
- 59 StAL E 19 Bü 1059 (16.3.1814).
- 60 StAL E 19 Bü 1059 (20.1.1815).
- 61 StAL E 19 Bü 1059 (20.2.1813, 22.2.1813, 16.10.1813).
- 62 StAL E 19 Bü 1059 (17.3.1814).
- 63 HStAS E 270c Bü 86.
- 64 StAL E 19 Bü 1059 (28.5.1812).
- 65 Fritz, Radikaler Pietismus (wie Anm. 9) S.197–200.
- 66 AHW Hofdomänenkammer Bü 595 (1.1.1817).
- 67 Hilda Dischinger Morhart: *The Zoar Story*, 3. Aufl. Strasburg/Ohio 1981.
- 68 Eine Arbeit von Johannes Moosdiele über die geplante Ansiedlung von Herrnhutern in der Herrschaft Bächingen, die sich seit 1790 im Besitz der Herzogin Franziska von Hohenheim befunden hatte, ist im Entstehen. Dort geht der Autor auch auf eine Gruppe von Unterstützern ein, die der Familie Reichenbach nahe standen.
- 69 Zur Siedlung Harmony vgl. Karl J.R. Arndt: *George Rapp's Harmony Society 1785–1847*, 2. Aufl. Cranbury/New Jersey 1972; Hermann Ehmer: *Der ausgewanderte Pietismus. Pietistische Gemeinschaftsprojekte in Nordamerika*, in: Rainer Lächele (Hg.): *Das Echo Halles. Kulturelle Wirkungen des Pietismus*, Epfendorf 2001, S. 315–357.
- 70 Haffner: Die im Jahre 1808 in Tübingen entdeckte geheime Gesellschaft, in: *Württembergische Vierteljahreshefte für Landesgeschichte* 9 (1886) S. 81–93; Uwe Jens Wandel: *Der Traum von Otaheiti. Ein kolonialer Geheimbund in Württemberg, 1806–1808*, in: Helmut Christmann (Hg.): *Kolonisation und Dekolonisation, Schwäbisch Gmünd 1989*, S. 209–227; Comelia Früh: *Der Traum von der Südsee. Immanuel Hoch, Karl Reichenbach und der Otaheiti-Bund*, in: *Quartal/Moersch* (wie Anm. 5) S. 225–249.
- 71 HStAS A 302 Bd. 5863, fol. 160–236.
- 72 StAL E 19 Bü 1055 (19.10.1810).
- 73 StAL D 74 Bü 10 (Instruktion für das Festungskommando Hohenasperg, undatiert).
- 74 Reyscher (wie Anm. 13) Bd. 6, S. 768 (Generalreskript 28.4.1798).
- 75 Verschiedene Beispiele in HStAS A 213 Bü 9080.
- 76 HStAS A 213 Bü 9080 (26.3.1799).
- 77 Reyscher (wie Anm. 13) Bd. 6, S. 768 (Generalreskript 28.4.1798).
- 78 HStAS A 213 Bü 9080 (15.1.1801).
- 79 HStAS A 213 Bü 9080 (9.6.1801).
- 80 HStAS A 213 Bü 9080 (8.6.1801).
- 81 HStAS A 213 Bü 9081 (Dekret 24.4.1803).
- 82 HStAS A 213 Bü 9081 (2.5.1803).
- 83 HStAS A 213 Bü 9081 (12.9.1804).
- 84 HStAS A 213 Bü 9081 (Karl Freiherr von Kniestedt an König Friedrich, undatiert).
- 85 StAL E 188a Bü 109 (15.10.1811).
- 86 HStAS E 271d Bü 157.
- 87 Die 420 Sträflinge des Jahres 1813 stammten aus folgenden Oberämtern bzw. Staaten (HStAS E 271d Bü 157): Stuttgart (16); Gmünd (15); Schorndorf (15); Göppingen (13); Herrenberg (12); Leonberg (12); Kirchheim (11); Biberach (10); Ehingen (10); Gerabronn (10); Horb (10); Spaichingen (10); Vaihingen (10); Künzelsau (9); Balingen (8); Böblingen (8); Brackenheim (8); Ellwangen (8); Lorch (8); Oberndorf (8); Tübingen (8); Backnang (7); Cannstatt (7); Gaildorf (7); Ludwigsburg (7); Nagold (7); Rottweil (7); Waiblingen (7); Aalen (6); Calw (6); Geislingen (6); Mergentheim (6); Nürtingen (6); Öhringen (6); Ravensburg (6); Weinsberg (6); Blaubeuren (5); Freudenstadt (5); Marbach (5); Neckarsulm (5); Neuenbürg (5); Besigheim (4); Hall (4); Heidenheim (4); Heilbronn (4); Maulbronn (4); Münsingen (4); Neresheim (4); Reutlingen (4); Saulgau (4); Sulz (4); Tuttlingen (4); Waldsee (4); Wangen (4); Albeck (3); Riedlingen (3); Ulm (3); Urach (3); Esslingen (2); Rottenburg (2); Tettngang (2); Wiblingen (2); Crailsheim (1); Großherzogtum Baden (3); Königreich Preußen (2).

- 88 Länge der Strafen der 420 Gefangenen des Jahres 1813 (HStAS E 271d Bü 157): Lebenslänglich oder unbekannt: 21 (5 %); über 20 Jahre: 8 (2 %); 10–20 Jahre: 39 (9 %); 8–9 Jahre: 77 (18 %); 6–7 Jahre: 135 (32 %); 4–5 Jahre: 40 (9 %); 2–3 Jahre: 61 (14 %); unter zwei Jahre: 28 (6 %); unter einem Jahr: 10 (2 %); nicht angegeben: 1.
- 89 HStAS A 302 Bd. 5863, fol. 530 f.; StAL E 226/425 Bd. 3, fol. 310b.
- 90 HStAS A 213 Bü 9081 (2.5.1803); A 302 Bd. 5863, fol. 7: Für jedes Essen schießen die Bau- und Gartenkommission und die Kellerei Asperg 6 Kreuzer zu. Im Rechnungsjahr 1804/05 werden 40102 Portionen Essen verabreicht.
- 91 Reyscher (wie Anm. 13) Bd. 19, S. 1040.
- 92 Ebd. S. 1041.
- 93 HStAS E 271d Bü 157.
- 94 HStAS A 302 Bd. 5863, fol. 543b.
- 95 Beispiel: StAL D 50a Bü 66: Einweisung der in Kayh wohnhaften Angehörigen eines Festungshäftlings auf dem Hohenasperg in das Armenhaus Herrenberg, 1812.
- 96 Reyscher (wie Anm. 13) Bd. 7, S. 262.
- 97 Reyscher (wie Anm. 13) Bd. 9, S. 1042; StAL E 226/425 Bd. 2, fol. 43b (Lieferung der Sträflingskleider durch Moses Abraham, Kochendorf).
- 98 StAL E 19 Bü 1055 (12.8.1812).
- 99 StAL E 19 Bü 1061 (20.5.1816): Flucht des Konrad Kaiser aus Großingersheim.
- 100 Biffart (wie Anm. 3) S. 117 ff.
- 101 HStAS E 40/54 Bü 206.
- 102 HStAS E 75 Bü 298; E 270a Bü 168; E 271d Bü 158. Vgl. auch Anja Stefanidis: Flucht vom Hohenasperg. Eine Räubergeschichte aus Württemberg, in: Württembergischer Geschichts- und Altertumsverein, Rundbrief Oktober 2012, S. 12 f.
- 103 Reyscher (wie Anm. 13) Bd. 7, S. 352; Bd. 9, S. 1222 f.
- 104 Biffart (wie Anm. 3) S. 116.
- 105 Reyscher (wie Anm. 13) Bd. 7, S. 363.
- 106 Ebd. S. 391.
- 107 StAL E 19 Bü 1059 (22.4.1812).
- 108 Reyscher (wie Anm. 13) Bd. 19, S. 1036.
- 109 HStAS A 213 Bü 9079.
- 110 Hans Eugen: Monrepos. Baugeschichte eines Lustschlosses, Stuttgart 1933.
- 111 StAL E 226/425 Bd. 1, fol. 346b. An Schanzgeschirr ist aufgeführt: eiserne Steinspeidel, Pickel, Steinschlegel, Schippen, Spaten, Mauerhammer, Pflasterhammer, Hau- oder Spaltäxte, Raumnadeln, Zweispitz, Wasserständer, blecherne Ampeln.
- 112 Eberhard Fritz: Vom »Seehaus« zu »Monrepos«. Studien zur Funktion des Seeschlosses am Anfang des 19. Jahrhunderts, in: Ludwigsburger Geschichtsblätter 49 (1995) S. 67–92.
- 113 Reyscher (wie Anm. 13) Bd. 9, S. 1038.
- 114 AHW Hofdomänenkammer Bü 644 (4.2.1817).
- 115 StAL E 19 Bü 1059 (16.8.1816).
- 116 AHW Hofdomänenkammer Bü 303a.
- 117 StAL E 226/425 Bd. 3, fol. 260b.
- 118 <http://www.schlossfreudental.com/geschichte.htm> (abgerufen 17. Oktober 2010).
- 119 StAL E 226/425 Bd. 1, fol. 338b.
- 120 StAL E 226/425 Bd. 1, fol. 44.
- 121 StAL E 19 Bü 1057 (25.8.1813): Unteraufseher Waible nimmt Wecken von der Gefangenenernährung nach Hause.
- 122 StAL E 19 Bü 1057 (19.3.1812).
- 123 StAL E 19 Bü 1057 (4.2.1813). In der Anlage zum Schreiben vom 9.1.1812 hat sich der Speiseplan für das Mittagessen in einer Woche erhalten. Jeder Gefangene bekam am Sonntag: Reis, Gersten- oder Weckenknöpflein mit ¼ Pfund Fleisch ohne Knochen; Montag: gut gekochte Rübele oder Gemüse, je nach Jahreszeit; Dienstag: Rübele mit ¼ Pfund Fleisch; Mittwoch: saure Kartoffeln mit Knöpfle; Donnerstag: Rübele oder Gerste mit ¼ Pfund Fleisch; Freitag: Erbsen oder Linsen mit Knöpfle; Samstag: Leberknöpflein.
- 124 StAL E 19 Bü 1060 (6.8.1812).

- 125 StAL E 19 Bü 1059 (10.7.1812).  
126 StAL E 19 Bü 1054 (3.1.1813).  
127 StAL E 19 Bü 1059 (6.3.1814).  
128 StAL E 19 Bü 1061 (27.8.1816).  
129 StAL E 19 Bü 1054 (11.1.1813).  
130 StAL E 19 Bü 1057 (18.2.1813).  
131 StAL E 19 Bü 1054 (17.10.1815).  
132 StAL E 19 Bü 1054 (19.1.1813).  
133 StAL E 19 Bü 1054 (11.10.1815).  
134 StAL E 19 Bü 1061 (16.8.1815).  
135 StAL E 19 Bü 1061 (12.9.1815); Reyscher (wie Anm. 13) Bd. 9, S. 1335.  
136 Biffart (wie Anm. 3) S. 123.  
137 Eberhard Fritz: Tiergarten Monrepos – Domäne Seegut. Jagd und Viehzucht unter den Königen Friedrich und Wilhelm I. von Württemberg, in: Ludwigsburger Geschichtsblätter 64 (2010) S. 81–112.  
138 AHW Hofdomänenkammer Bü 595 (8.11.1816).  
139 AHW Hofdomänenkammer Bü 595 (18.11.1816).

# Am Brunnen vor dem Tore

## Historische Brunnen und Teuchellagen in Ludwigsburg Eine Bestandsaufnahme

von Günther Bergan

Als Franz Schubert das Lied vom Lindenbaum am Brunnen vor dem Tore Anfang des 19. Jahrhunderts durch seine Vertonung in den Rang eines deutschen Volksliedes erhob, waren Brunnen aus dem dörflichen und städtischen Alltagsleben noch lange nicht wegzudenken: der einfache Dorfbrunnen, aus dessen Rohr das Wasser in einen einfachen Steintrog floss, daneben die Viehtränke oder der repräsentative städtische Marktbrunnen, als Demonstration herrschaftlicher Macht, mit dem Landesherrn in seiner Mitte, mal gewappnet auf einer Säule, wie in Bietigheim zu Renaissance-Zeiten, oder elegant auf einem Postament, wie in Ludwigsburg zu Zeiten des Barock.

Aber gleichgültig wie der Brunnen aussah, er versorgte Menschen und Tiere nicht nur mit dem zum Leben notwendigen Wasser, sondern auch mit Arbeit. Der Beruf eines herrschaftlichen oder städtischen Brunnenmachers war angesehen und verantwortungsvoll. Ihm zur Seite stand der Brunnenknecht, der für den Betrieb und die Reinigung der Brunnen zuständig war. Die Reparatur- und Wartungsarbeiten schließlich beschäftigten Handwerker fast aller Zünfte.

Verständlich, dass auch bildende Künstler den Brunnen für sich entdeckten: in der Malerei, vor allem aber in der Bildhauerei und Architektur. Brunnen prägten das Straßenbild, bildeten das Zentrum weitläufiger Plätze oder lösten durch ihre künstlerische Gestaltung Bewunderung aus.

Daneben sollte die gesellschaftliche Bedeutung des Brunnens nicht unterschätzt werden: der Brunnen als nachbarschaftlicher Treffpunkt, wo sich die Mägde beim Wasserholen trafen und das Warten durch Schwatzen verkürzten, als Kommunikationszentrum und als Informationsbörse, wo Gretchen das Lieschen traf und zu ihrem Schrecken das Neueste über das Bärbelchen erfuhr (Goethe, Faust I, Am Brunnen). Auch unser schönes schwäbisches Lied »Jetzt gang' i ans Brünnele« beschreibt nichts anderes als ein verpasstes Rendezvous am Brunnen.

Über die Vorliebe unserer Vorfahren, trotz strenger Verbote unliebsame Gegenstände im Brunnen zu entsorgen, freuen sich Archäologen heute ganz besonders. Unser Wissen um das Alltagsleben im Mittelalter oder zur Römerzeit wäre ohne die Unsitte unserer Ahnen um einiges ärmer.

Im alltäglichen Sprachgebrauch ist der Brunnen bis heute vertreten, allerdings wird zum Beispiel der gute alte Begriff des Jung- oder Gesundbrunnens zunehmend von Spa und Wellness verdrängt. In Redewendungen und Zitaten sind Brunnen nicht wegzudenken: »Schaffen wie ein Brunnenputzer«, »Andern das Wasser abgraben«, »Der Krug, der solange zum Brunnen geht, bis er bricht«, »Das Kind, das erst mal in den Brunnen gefallen ist«, »Den Brunnen, den man graben soll, bevor man Durst hat«. Auch Märchen sind keine brunnenfreie Zone, in »Frau Holle« übernimmt der Brunnen sogar die symbolhafte Funktion des Zugangs in eine andere Welt.

Der Besitz eines eigenen Brunnens und der damit verbundene ungehinderte Zugang zu Wasser konnte Neid hervorrufen und schlimmstenfalls Spannungen innerhalb der Bürgerschaft auslösen. Die Verteilung der Brunnen über das Stadtgebiet war ein Spiegel der sozialen Struktur der Bevölkerung. Obwohl es mit der Wasserversorgung Ludwigsburgs nie zum Besten bestellt war: über Unruhen ist nichts bekannt; nur unzufrieden war man öfters. Brunnenvergifter gab es keine in der Stadt, aber das Wasser wurde dem Nachbarn schon mal abgegraben oder abgedreht.

Die Stadt wurde zwar vom herzoglichen Baumeister Frisoni am Reißbrett mit Lineal und Zirkel geplant, aber die Frage, woher das lebensnotwendige Wasser für die Bewohner kommen sollte, war damit noch lange nicht beantwortet. Der Erlachhof und das spätere Residenzschloss bezogen ihr Wasser von Quellen aus der Gegend der heutigen Schorndorfer Straße. Der Fuchshof lag inmitten von quellreichen Wiesen und der Schafhof in unmittelbarer Nähe von drei künstlich angelegten Fischweihern. Der neuen Stadt aber, weit oberhalb des Neckars gelegen, standen die natürlichen Reserven an Flusswasser nicht zur Verfügung. Die Versorgung der Bürger konnte demnach bei vertretbarem technischem und finanziellem Aufwand nur über Brunnen erfolgen.

Was aber tat die Stadt, um ihre Bürger ausreichend mit Wasser zu versorgen oder war jeder Bewohner bei der Suche nach Wasser auf sich selber angewiesen? Inwieweit engagierte sich der Herzog bei der Wasserversorgung der Stadt? Woher kam das Wasser für die zahlreichen Soldaten und Pferde in den Kasernen? Was passierte bei längerer Trockenheit? Gab es ausreichend öffentliche Brunnen in Ludwigsburg und wie verteilten sie sich über das Stadtgebiet? Übernahm die Stadt die Erschließungs- und Wartungskosten der Wasserleitungen und Brunnen? Verlangte sie von den Bürgern einen Wasserzins?

Zur Beantwortung dieser oder ähnlicher Fragen wird im Folgenden zunächst auf die Wassereinzugsgebiete sowie auf die Anlage und Wartung der historischen Wasserleitungen (Teuchellagen) eingegangen, bevor dann die öffentlichen und privaten Brunnen der Stadt im Einzelnen näher beschrieben und aufgelistet werden. Abschließend erklärt Dr. Wolfgang Goos (Geologe bei der Stadtverwaltung Ludwigsburg, Fachbereich Tiefbau) in einem kurzen Beitrag die hydrogeologischen Verhältnisse im Stadtgebiet von Ludwigsburg. Eine Zeittafel, ein Glossar und ein Literatur- und Quellenverzeichnis stehen am Ende des Beitrags.

### *Wassereinzugsgebiete der Ludwigsburger Brunnen*

Mönche des Klosters Bebenhausen legten Mitte des 14. Jahrhunderts in einer flachen Mulde, die sich vom Lerchenholz nach Nord-Osten in Richtung Neckar hinzog, drei durch Dämme getrennte künstliche Fischweiher an. Mehrere Quellen, u.a. im Bereich des Lerchenholzes bzw. des mittleren Weiher, sorgten für das nötige Frischwasser. Zur Zeit der Schlossgründung existierten die Weiher noch. Der kleinste, der obere Schafhofsee im Bereich der heutigen Leonberger Straße, wurde wenig später trockengelegt, der größte, der mittlere Schafhofsee, erheblich verkleinert und der dritte, der untere Schafhofsee, zu »Fischbehältern« umgestaltet.

Die Seestraße erinnert noch heute an diese Seen. Sie führte in herzoglichen Zeiten als Innere Seestraße, genauso wie die Carlstädter Seestraße, die heutige Karlstraße, auf die Ostseite des mittleren Sees, des späteren Feuersees zu, während die Äußere Seestraße, die heutige Körner- bzw. Solitudestraße, auf die Westseite des Feuersees

traf. Die Obstgärten zwischen Solitude- und Bahnhofstraße lagen auf dem trocken-gelegten Terrain des mittleren Sees und waren deshalb als Seegärten bekannt, während die Gegend um die Gartenstraße auch nach der Beseitigung der Fischbehälter noch längere Zeit »Im Seebehälter« genannt wurde.

Da im gesamten Ludwigsburger Stadtgebiet mit Ausnahme der Quelle im Feuersee keine frei austretende Quelle zu finden war, blieb zur Wasserversorgung nur das Grundwasser übrig, das, im Gegensatz zu einer frei fließenden Quelle, erst »aufgeschlossen« werden musste. Das Ludwigsburger Wasser stammte also korrekterweise nicht aus Quellen, sondern ausschließlich aus sog. Grundwasseraufschlüssen. Im vorliegenden Beitrag wird aber trotzdem, wie in allen vorgefundenen Unterlagen auch, nur von Quellen gesprochen. Die Geologen mögen diese Inkonsequenz entschuldigen.

Um an Grundwasser führende Schichten zu gelangen, musste ein entsprechend tiefer Schacht gegraben werden, auf dessen Boden sich dann das einströmende Wasser sammelte und von dort entnommen oder abgeleitet werden konnte. Zur dauernden Sicherung musste der gegrabene Schacht zur Brunnenstube ausgebaut werden. Er wurde dazu mit Feldsteinen ausgemauert: im untersten Bereich ohne Mörtel, um das Einströmen des Grundwassers zu ermöglichen, im oberen Bereich mit Mörtel, um den Schacht gegen verunreinigtes Oberflächenwasser abzudichten. Kleinere Brunnenstuben wurden mit stabilen Steinplatten abgedeckt, größere mit einer verschleißbaren Brunnenhütte überbaut.

Im Folgenden sind die einzelnen Wassereinzugsgebiete näher benannt und beschrieben (die laufenden Nummern beziehen sich auf den beigefügten Stadtplan).

*Kappelrain* (1): Wasser aus mehreren Brunnenstuben auf dem Gelände der »Marienwahl« speiste ab 1718 den sog. Lazarettbrunnen auf dem Gelände der Talkaserne.

*Herzoglicher Marstall* (2): An der Ostseite des Marstalls entsprangen außerhalb des Gebäudes zwei Quellen. Das Wasser der ersten, etwas höher gelegenen Quelle wurde in einer kurzen Teuchellage zur oberen Charlottenstraße und weiter ins Postgässle geleitet, das Wasser der zweiten Quelle lief durch die Bietigheimer Straße hinunter in die Stadt-Ziegelhütte in der Ziegelgasse.

*Eglosheimer Feld* (3): Eines der wichtigsten Quellgebiete im Westen Ludwigsburgs. Zwei Quellen entsprangen auf den »Benzwiesen« im Norden der Osterholzallee auf Höhe der Gänsfuß-Kreuzung, eine dritte am »Pflugfelder Weg«, im Bereich des Bildungszentrums West. Ab 1717 wurde ein Teil dieses Wassers zum Fasanengarten in der Favorite geführt. Die Hauptteuchellage verlief ab 1719 durch die Osterholzallee hinunter zum Asperger Torhaus und von da durch die Asperger Straße hinauf zum Marktplatz zu dem im selben Jahr provisorisch in Betrieb genommenen Marktbrunnen.

*Südlicher Schlossgarten* (4): Im Süden des großen Bassins entsprang eine kräftige Quelle. Herzog Eberhard Ludwig übergab nach eigenem Wunsch und Befehl im Jahr 1719 das einwandfreie Wasser dieser Quelle den Bürgern seiner Stadt zur öffentlichen Nutzung, um Erkrankungen künftig zu vermeiden. Eine Teuchellage in der vierfachen Allee neben der Schlossstraße bis hinunter zum Heilbronner Tor speiste die in der Allee errichteten Brunnen.

*Schormdorfer Straße* (5): In der Straße sind zwei Quellen bekannt, eine im ehemaligen Frisonischen Garten hinter dem Gebäude Nr. 40 (gefasst 1714) und eine andere, die herrschaftliche Brunnenstube, auf dem Grundstück Nr. 31. Zusammen mit einer weiteren Quelle im hinteren Schlosshof lieferten diese Quellen zunächst Wasser für den



*Marktbrunnen, einst von hohen Bäumen umstanden (um 1900)*

Erlachhof und später für das Residenzschloss, den herzoglichen Holzgarten und auch für die Privatgebäude an der Mömpelgardstraße. Die herrschaftliche Teuchellage verlief entlang der Mömpelgardstraße, dann quer durch die Schlosshöfe zu den drei Laufbrunnen Gruft-, Löwen- und Küchenbrunnen. Die Quelle bei Nr. 31 ist noch aktiv, das Wasser muss allerdings mit einer Pumpe gehoben werden.

*Fuchshofwiesen (6):* Die Quellen im Osten der Stadt, südlich der Schorndorfer Straße, versorgten zunächst den Fuchshof und die umliegenden Gärten mit Wasser, nach der Anlage des Friedhofs nördlich der Schorndorfer Straße im Jahr 1761 auch den dort errichteten Kirchhof-Brunnen.

*Wasser- und Pumpwerk Möglingen (7):* Der neue Marktbrunnen erforderte zur Versorgung seiner vier Ausflussrohre eine kräftige Quelle. Der fürstliche Baumeister Johann Frey ließ deshalb im Jahr 1726 in die Möglinger Mahlmühle ein Pumpwerk einbauen und das Wasser des Leudelsbachs zunächst in einen Wasserturm auf den benachbarten Wollenberg pumpen, von wo es durch die längste Ludwigsburger Teuchellage zum neuen

repräsentativen Brunnen am Marktplatz floss. Bereits 1738 wurde das Möglinger Wasser- und Pumpwerk wegen Störanfälligkeit und hoher Betriebskosten wieder eingestellt. *Schafhof* (8): Im Bereich des Schafhofs und des trockengelegten unteren Schafhofsees entsprangen zwei Quellen, die ältere in den Gärten hinter den Gebäuden Gartenstraße 9 und 11, die jüngere, 1819 entdeckte, etwa an der Einmündung der Garten- in die Schillerstraße zwischen Nr. 8 und Nr. 10. Eine gemeinsame Teuchellage förderte Frischwasser zu den Brunnen am Osterholzberg sowie zum »Körner-Brunnen« in der



*Körner-Brünnele an der Ecke Schützen-/Gartenstraße (um 1930).*

Schützenstraße. Der Wasserreichtum dieser Gegend war sicher auch ein Grund, warum Gottlob Ockert in der Asperger Straße 47/49 (»Englischer Garten«), Friedrich Rivinius in der Schillerstraße 6 und Bertha Senghas im Hintergebäude Schillerstraße 12 (»Charlottenbad«) ihre öffentlichen Badeanstalten betrieben.

»*Hummelwiese*« (9): Das Wasser der im Bereich Schlachthof- bzw. Moltstraße gelegenen Quelle wurde in die Teuchellage der beiden Schafhof-Quellen eingeleitet und zu den Brunnen am Osterholzberg sowie zum »Körner-Brunnen« weitergeführt.



*Feuersee* (10): Inmitten des ehemaligen mittleren Schafhofsees, des späteren Feuersees, entsprang bzw. entspringt heute immer noch eine Quelle, die bis zur Trockenlegung des Sees Anfang des 20. Jahrhunderts über den sog. Feuerseekanal und ein Reservoir an der Kreuzung Stuttgarter Straße/Schorndorfer Straße die Wasserkünste im südlichen Schlossgarten speiste. Das Überschusswasser floss in einem Graben in Richtung »Täle« und Neckar ab. Heute wird das Wasser vom Stadtbad in der Alleinstraße genutzt.

*Äußerster Seegarten* (11): In dem wasserreichen Gartengelände des zwischen der Solitude- und Bahnhofstraße trockengelegten mittleren Schafhofsees konnte eine kräftige Quelle gefasst werden. Die Teuchellage verlief westlich des Arsenalplatzes zu den Häusern Asperger Straße Nr. 23 und 25, vor denen die beiden Brunnenröge des Stiftsbrunnens standen. Eine Abwasser-Teuchellage führte zum »Körner-Brunnen« und über die Schützen- und Bogenstraße in die Bauhofstraße bzw. durch die Talstraße bis zum Talbrunnen in der unteren Bietigheimer Straße.

*Wasserwerk Leonberger Straße* (12): Das Wasser des 1864 auf dem Gebiet des oberen Schafhofsees gegrabenen, elf Meter tiefen Schachts diente ausschließlich der Versorgung des 1866 in Betrieb genommenen Ludwigsburger Wasserwerks. Der Schacht ist heute verschlossen.

*Lerchenholz* (13): Mehrere Quellen und Brunnenstuben sind im ehemaligen Lerchenholz, im Westen der Bahnlinie nachweisbar. Ihr Wasser wurde zur Versorgung der öffentlich oder militärisch genutzten Gebäude in der Wilhelmstraße Nr. 1-9 verwendet.

*Salonhöhe auf Kornwestheimer Gemarkung und Notbrunnen am Feuersee* (14): Das Gebiet südlich des Stuttgarter Tors bzw. des ehemaligen Gießhauses an der Gießhausstraße war eines der wichtigsten Wassereinzugsgebiete der Stadt. Das in mehreren Brunnenstuben gesammelte Wasser wurde zusammengefasst und in einer Hauptteuchellage, in die auch das Wasser des Notbrunnens eingeleitet wurde, entlang des Feuersees in der heutigen Solitudestraße zum Arsenalplatz und von dort durch die Körnerstraße bis zur Kreuzung mit der Lindenstraße in den dort befindlichen Lindenbrunnen geführt. Die Kosten der Unterhaltung dieser Teuchellage teilte sich die Stadt mit dem Kriegsdepartement, da die Arsenalkaserne und die Reiterkaserne im Wilhelmsbau über diese Teuchellage mitversorgt wurden.

Ein weiteres Quellgebiet lag im Bereich der heutigen Tennisplätze am Salonwald. Eine ältere Teuchellage (1780) führte von dort über die vor dem Stuttgarter Tor gelegenen Seidenäcker zu den Brunnen am Karlsplatz.

### *Kellerquellen*

Quellen, die in Kellern entsprangen, waren keine Seltenheit. Die Kenntnis ihrer Lage ist jedoch dem Zufall überlassen, da sie in der Regel nicht amtlich registriert wurden. Einige Kellerquellen sind bekannt, u.a. eine im Guthschen Haus im Bereich des Reithausplatzes, deren Wasser zur Wette am Reithausberg abfloss, eine andere im Keller des Heiduks (Hofdiener) Wenzel in der Bietigheimer Straße 4 sowie die Quellen in den Kellern unter dem Theaterbau und dem Riesenbau im Schloss. Erwähnenswert die Quelle im Haus des Salzfaktors Mayer in der Marstallstraße 4, die in Zeiten von Wasserknappheit auch zur Unterstützung der benachbarten öffentlichen Brunnen herangezogen wurde, genauso wie eine Quelle im Schmiedgässle 10. Quasi ins Wasser gebaut war das Gebäude des Oberamtsgerichts in der Schorndorfer Straße 31. Nicht nur, dass von der dort eingerichteten herrschaftlichen Brunnenstube aus das Schloss

mit Wasser versorgt wurde, im Keller sprudelte dazu noch eine weitere Quelle, so wie im Nachbarhaus Nr. 27 auch. Stark eisenhaltiges Wasser trat 1863 im Keller eines Neubaus im Osten des Feuersees aus dem Boden, ungenießbar, selbst zum Waschen nicht geeignet, da es die Wäsche rotbraun verfärbte.

### *Teuchellagen*

#### *Teuchel, Deuchel, Teichel, Deichel*

Als Verbindungselement zwischen Quelle bzw. Brunnenstube und Brunnen war die Wasserleitung oder auch Teuchellage das Kernstück jeder öffentlichen Wasserversorgung, wobei die Bezeichnung »Teuchel« für ein in der Erde verlegtes Wasserleitungsrohr heute nicht mehr gebräuchlich ist. Die Mehrzahl der Teuchel wurde aus frisch geschlagenen Fichtenstämmen hergestellt. Dabei konnten die Stämme mit einem speziellen, bis zu 4,5 Meter langen Teuchelbohrer auf einen Innendurchmesser von



*Oben: Anordnung zum Bohren von Holzteucheln; rechts: Teuchelbohrer; links: Holzteuchel mit zwei angesetzten Spitzrohren und einer Reinigungsöffnung.*

ca. 10 cm aufgebohrt werden. Bei beidseitigem Aufbohren eines Stammes bedeutete das eine maximale Länge eines Teuchels von ca. 8 Metern. Eine Alternative bestand darin, die Stämme in zwei Hälften zu spalten und nach dem halbseitigen Aushöhlen wieder zusammenzufügen.

Mit Hilfe von »Brunnenkacheln« verband der Brunnenmacher die einzelnen Holzteuchel miteinander. Dabei wurden beiderseits angeschärfte Eisenringe zuerst zur Hälfte in die Stirnseite des einen Teuchels geschlagen, bevor dann der andere Teuchel dagegen gedrückt wurde. Irdene Teuchel, hergestellt vom Teuchelfabrikanten Bihl aus Waiblingen, oder eiserne Teuchel, gegossen in Wasseralfingen, kamen vor allem dann zum Einsatz, wenn höhere Qualität und damit verbundene größere Wartungsabstände erforderlich waren. In Ausnahmefällen, zum Beispiel beim Unterqueren von Straßen und Mauern, oder in schwierigem Gelände konnte das Wasser auch durch gemauerte Dolen geführt werden. Nach einer Statistik waren 1826 im Ludwigsburger Leitungsnetz 82 % der verlegten Teuchel aus Holz, 10 % aus Ton und 2 % aus Guss-eisen. 6 % des Netzes waren als gemauerte Dole ausgeführt.

### *Verlegung der Teuchel*

Die Teuchellagen wurden außerhalb der Stadt grundsätzlich über das freie Feld, innerhalb der Stadt unter den Straßen oder Wegen verlegt. Verließ eine Teuchellage innerhalb der Stadt durch ein Privatgrundstück, erhielt der Besitzer von der Stadt eine Entschädigung ausgezahlt; 1848 belief sich der Betrag auf zwei Gulden. Das Ein-graben der Teuchel bzw. das Ausgraben im Wartungsfall wurde als Akkord öffentlich ausgeschrieben und meist von Sträflingen des Arbeitshauses oder von Hospitaliten des Armenhauses durchgeführt. Für die Entlohnung wurden von den Anstaltsleitungen bestimmte Sätze festgelegt. Brot, Wein oder Most gehörten als Verpflegung ebenfalls dazu.

Jede Teuchellage sollte nach Möglichkeit immer mit einem Mindestmaß an Gefälle verlegt werden, damit das Wasser in den Teucheln ungehindert und kräftig fließen konnte, um so Verunreinigungen oder Verstopfungen zu vermeiden. Die Ludwigsburger Topografie mit ihrem ausgeprägten Süd-Nord-Gefälle erwies sich dabei als äußerst vorteilhaft. Lediglich die Teuchellage vom Eglosheimer Feld zum Marktplatz musste als Siphon mit einer verstärkten Leitung die Senke des Tälesbachs beim Asperger Tor überwinden.

Das am Boden der Brunnenstube sich sammelnde Wasser floss über ein senkrecht stehendes Rohr in die Teuchellage ab, in deren Verlauf regelmäßig angeordnete Schachtlöcher



*Einer der letzten noch erhaltenen Schiedsteine. Die Inschrift lautet: »Bron. Stub im Weg von hier & Schub«.*

und sog. Streifkästen wie auch Spunde die notwendige Reinigung der Teuchel ermöglichen. Die Tiefe der Teuchellage hing direkt von der Tiefe der Brunnenstube ab und musste deshalb bei einer Tieferlegung der Brunnenstube zwangsläufig auch verändert werden. Scharfe Richtungsänderungen im Verlauf der Lage waren mit Holzteucheln nicht möglich. Wenn erforderlich, wurden in diesen Fällen sog. Spitzrohre verwendet. Mit ihnen konnten auch rechtwinklige Knicke verlegt werden.

Im Verlauf einer Teuchellage bzw. direkt vor den Brunnen waren in kleineren Brunnenstuben Messinghähne installiert, mit deren Hilfe der Brunnenknecht Abzweigungen zu den einzelnen Brunnen herstellen oder zwei Teuchellagen miteinander verbinden konnte. Für das Auf- oder Zudrehen eines Hahnes wurde er übrigens mit drei Kreuzern entlohnt. Abgedeckte Schachtlöcher und Brunnenstuben, eingegrabene Streifkästen und Spunde wie auch Richtungsänderungen der Teuchellage, sog. Brüche, wurden gut sichtbar mit Markierungen, sog. Schiedsteinen bzw. Spundsteinen, innerhalb der Stadt mit farbigen Pflastersteinen gekennzeichnet.

### *Der Brunnenmeister*

Die Wartung, Reinigung und Instandhaltung der Teuchellagen und der öffentlichen Brunnen lag in der Verantwortung eines von der Stadt fest angestellten und besoldeten Brunnenmeisters, der in der Regel auch in herrschaftlichen Diensten stand. Um 1740 erhielt der städtische Brunnenmeister für seine Wartungs- und Reinigungsarbeiten von der Stadt ein jährliches pauschales »Wartgeld« von 12 Gulden. Um 1800 waren es schon 25 Gulden und um 1825 sogar 50 Gulden. Darüber hinaus bohrte er auch die Holzteuchel auf, wofür er je nach Arbeitsaufwand extra entlohnt wurde, im Jahr 1800 mit rund 200 Gulden. Ein herrschaftlicher Brunnenmeister wurde 1758 laut Arbeitsvertrag mit Geld und Viktualien entlohnt. Er erhielt pro Jahr 76 Gulden, dazu kamen zwei Scheffel (ca. 350 Liter) Roggen, sechzehn Scheffel Dinkel, vier Scheffel Hafer sowie drei Eimer (ca. 880 Liter) Wein.

Der erste Brunnenmeister, Jeremias Dietermann, stand ab etwa 1710 über 30 Jahre als Doppelverdiener sowohl in herrschaftlichen wie auch in städtischen Diensten. Der Brunnenmeister Johann Georg Böhler arbeitete von 1769 bis 1816 für die Stadt und gab sein Amt an seinen Enkel Christian Hanf weiter. Gottlob Lutz schließlich begann 1824 als städtischer Brunnenknecht und brachte es bis zum herrschaftlichen Brunnenmacher. Er eröffnete im Jahr 1826 seine private Badeanstalt im Badgarten.

### *Wartung der Teuchellagen*

Brunnenknechte standen den Meistern bei der Arbeit zur Seite. In einer 1798 veröffentlichten Beschreibung der Wasserversorgung von Mannheim wird die Arbeit eines Brunnenknechts beim Reinigen (Streifen) der Teuchel genau beschrieben: »Die Teuchellage ist alle 150 bis 200 Schuh (ca. 50 bis 60 Meter) der Länge nach durch einen Reinigungs-Spund unterbrochen. Dieser Spund dient zur Reinigung der Teuchelröhre. Die Brunnenknechte nämlich lassen ein Seil durchschwimmen, in der Mitte dieses Seils binden sie anfänglich einen Dornbusch, nachher eine walzenförmige Maschine von Holz, welche auf ihrer Oberfläche ganz mit steifen Schweinborsten besetzt ist, dann eine andere nicht so steife Bürste an, ziehen solche bei halb abgestelltem Wasser in der Teuchellage hin und her und reinigen auf diese Art von einem Spund zum anderen jährlich zweimal die ganze Wasserleitung.«

Die Werkzeuge des Brunnenmachers und die bei Reparaturen benötigten Ersatzteile lagerten im Stadtbrunnenmagazin. Eine Inventarliste aus dem Jahr 1760 ist erhalten und konfrontiert uns mit heute nicht mehr bekannten Werkzeugen und Gerätschaften wie »Streiffrute«, »Streifstein«, »Lettenstempfel«, »Schwanenhals«, »Teuchelzange«, »Hundskopf«, »Brunnenkachel«, »Göltenträger« oder »Pumpenstiefel«.

Die hohe Störanfälligkeit der Teuchellagen verschaffte allen Brunnenmeistern einen sicheren Arbeitsplatz. Vor allem die Holzteuchel faulten schnell bzw. ihre Verbindungen untereinander wurden häufig undicht, so dass bei längeren Teuchellagen trotz voller Schächte an den Brunnen oft nur noch tröpfelndes Wasser ankam. Das Aus- und Eingraben von Teuchellagen, sei es, um undichte Stellen abzudichten oder um die Lagen zur Erhöhung der Fließgeschwindigkeit des Wassers tiefer zu legen, war deshalb in Ludwigsburg an der Tagesordnung und kostete der Stadtkasse jährlich viel, oft zu viel Geld, wie der Stadtchronist Georg Friedrich Schönleber 1835 bemerkte: »Es fehlte an Wasser, um die Brunnen zu füllen, neben dem aber auch gänzlich an Geld, um die Baukosten etc. zu bestreiten.«

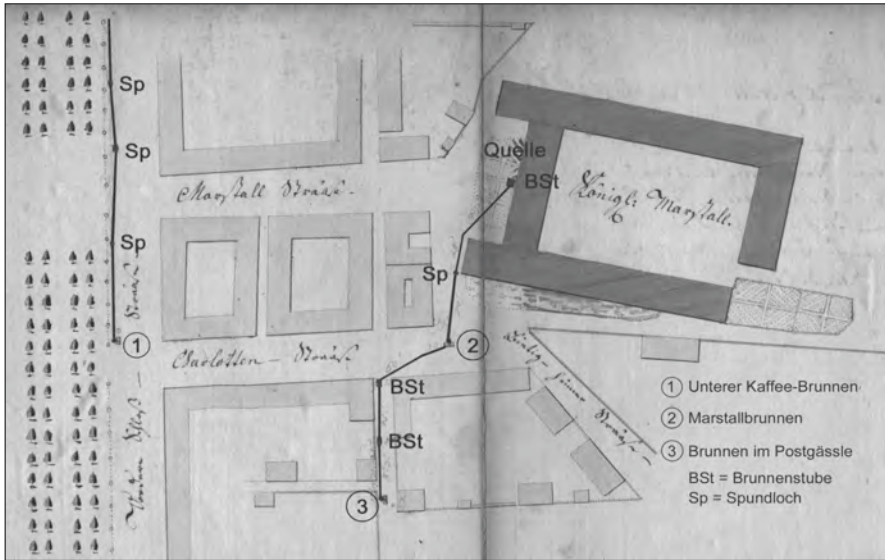
Das Wissen um die Beschaffenheit und genaue Position der einzelnen Teuchellagen bescherte dem Brunnenmeister eine Ausnahmestellung, die kaum angreifbar war. So wurde der Brunnenmeister Jeremias Dietermann im Jahr 1725 wegen seines lasterhaften Lebenswandels des Amtes enthoben, doch ein Jahr später musste er – mit besserer Besoldung – reumütig wieder eingestellt werden. Fast zwanzig Jahre lang blieb er danach noch in Amt und Würden.

In den Jahren 1820 bis 1826 versuchte die Stadt ein erstes Mal in einer breit angelegten Aktion ihre Teuchellagen zu sanieren. Ein zweiter Anlauf erfolgte 1842 bis 1847 mit erheblichem finanziellem Aufwand – die Kreisregierung genehmigte Ausgaben in Höhe von rund 25 000 Gulden, nachdem die erste Kostenschätzung noch von 20 000 Gulden ausgegangen war. Alle Hauptlagen wurden neu verlegt, mit nicht allzu großem Erfolg, wie sich später leider herausstellte.

### *Teuchelbuch und Lagepläne*

In den Jahren 1725/1726 hatte es sich als nachteilig und auch nicht praktikabel erwiesen, dass das Wissen um die Ludwigsburger Teuchellagen nur im Kopf eines Mannes, nämlich des Brunnenmeisters Dietermann, archiviert war. Deshalb erhielt ebendieser Dietermann 1742 vom Herzog den Auftrag, alle Teuchellagen, Brunnenstuben und Messinghähne zu beschreiben. Ein Jahr später lieferte Dietermann seine »Specificatio« ab, das erste Verzeichnis aller Brunnen und Teuchellagen der Stadt.

Konkrete Hinweise auf die Lage einzelner Brunnen lieferte auch Leopoldo Retti in den Jahren 1730 mit einer Planskizze und 1745 mit einem – leider nur fragmentarisch erhaltenen – Brunnenplan der Stadt. Als nächster legte Feldmesser Jakob Federer 1780 einen von ihm gezeichneten Grundriss von Ludwigsburg mit den »in Gang« befindlichen Brunnen und Teuchellagen vor. Der Plan gibt neben den durch Punkte markierten Brunnen und den Teuchellagen, die ohne Maßangaben als einfache Linien dargestellt sind, auch die Quellgebiete, Gärten und Alleen von Ludwigsburg wieder. Der Vorteil des Federer-Plans gegenüber der »Specificatio« von Dietermann besteht darin, dass der Verlauf der einzelnen Teuchellagen im Stadtplan eingezeichnet und damit nachvollziehbar ist, während sich Dietermann teilweise mit recht vagen Beschreibungen (»Ferner unter dem Marstall hat es eine Bronnenstuben«) zufrieden gab.



*Teuchelbuch von 1826, Plan Nr. 5: Teuchellage von der Marstall-Quelle zum Brunnen im Postgässle. Links ist die Teuchellage zum Unteren Kaffee-Brunnen in der vierfachen Allee neben der Schlossstraße zu erkennen.*

Nach Abschluss der bereits erwähnten Sanierung der Teuchellagen im Jahr 1826 beauftragte Oberbürgermeister Preyß den Geometer Friedrich Beutel, sämtliche städtischen Brunnen-Teuchellagen aufzunehmen und über jede Lage einen besonderen Plan sowie eine Beschreibung anzufertigen. Das so entstandene Teuchelbuch wird heute im Stadtarchiv Ludwigsburg als eine der wichtigsten Quellen zur Brunnen-geschichte der Stadt aufbewahrt. In exakt gezeichneten und kolorierten Plänen gibt Beutel den Verlauf jeder Teuchellage von Brunnenstube zu Brunnenstube, von Bruch zu Bruch, von Spund zu Spund mit den jeweiligen Entfernungsangaben und den zum Auffinden benötigten Positionsangaben wieder. Eine penibel genaue Strecken-beschreibung, erweitert um Daten zur Entstehungsgeschichte der Lage, ergänzt jeden der acht Pläne. Anhand der Arbeit von Beutel war es den Brunnenmeistern möglich, den Verlauf jeder Teuchellage genau nachzuvollziehen, was im Fall einer Instand-setzung einen unbezahlbaren Vorteil darstellte.

Ein Stadtplan von Friedrich Baumgärtner aus dem Jahr 1839 zeigt, wie die Pläne von Leopoldo Retti, nur die Lage der Brunnen, ohne die dazugehörigen Teuchel-lagen.

### *Brunnen (Allgemeines)*

Bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts versorgten ausschließlich Schöpf-, Pump- und Laufbrunnen die Ludwigsburger Bürger, die Bewohner des herrschaftlichen Residenz-schlusses, die öffentlichen Gebäude sowie die Soldaten und ihre Pferde mit dem

nötigen Wasser. Die Stadt und ihre Bürger teilten sich die Verantwortung für den Betrieb dieser Brunnen mit dem Kameralamt und dem Kriegsdepartement. Die drei Institutionen arbeiteten weitgehend unabhängig voneinander. Im Folgenden wird nur auf die von der Stadt betriebenen und betreuten öffentlichen Brunnen sowie auf die privaten Brunnen der Bürger eingegangen. Die Brunnen im Schlossbereich, in den Kasernen, im Zucht- und Arbeitshaus sowie bei den verschiedenen öffentlichen Gebäuden werden nur am Rande behandelt. Die einzelnen Stadtteile sind nicht berücksichtigt. Als interessante Randnotiz sei hier aber erwähnt, dass der älteste bekannte Brunnen Ludwigsburgs vor etwa 1900 Jahren auf dem Gelände des römischen Gutshofs in Hoheneck-West von römischen Veteranen errichtet und vor gut 100 Jahren von Oscar Paret wieder freigelegt worden ist.

### *Laufbrunnen*

Als Prototyp eines Brunnens soll hier zunächst auf den Laufbrunnen eingegangen werden. Wie der Name verdeutlicht, läuft sein Wasser, im Gegensatz zu den anderen Brunnen, ununterbrochen und ohne fremdes Zutun. Um einer Wasservergeudung vorzubeugen, setzten sich ab der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts selbstschlie-



*Beispiele für »Hundsköpfe« (von links im Uhrzeigersinn):  
Brunnen im Neuen Friedhof; Brunnen Mömpelgardstraße 26;  
Brunnen am Ruinenbau im Blühenden Barock; Marktbrunnen.*

ßende Laufbrunnen durch, die nur bei Bedarf Wasser freigaben. Durch ein Spitzrohr und einen Messinghahn wurde das Wasser in den Brunnenstock eingeleitet. Über ein Auslaufrohr, an dessen Ende ein »Hundskopf« zum Einhängen eines Eimers angebracht war, floss es entweder in einen schlichten Brunnenzuber oder in einen Steintrog bzw. in einen Brunnenkasten aus Holz oder Gusseisenplatten. Für die Ausfluss-

rohre wurden, sparsam wie man in einer schwäbischen Soldatenstadt war, öfters alte Gewehrläufe verwendet. Die Parole der Friedensbewegung »Schwerter zu Pflugscharen« hat hier also einen wenig bekannten Vorläufer »Gewehrläufe zu Brunnenrohren« gefunden.

Die Brunnenkästen aus Holz wurden mit eisernen Klammern und Winkeln beschlagen und mit silberner oder schwarzer Farbe angestrichen. Die Gusseisen-Brunnenröge, in der Regel in Wasseralfingen gegossen, waren im einfachsten Fall schmucklos oder, je nach Lage und Bedeutung des Brunnens, aufwendig geschmückt wie zum Beispiel der Marktbrunnen als wichtigster Brunnen der Stadt. Quer über den Brunnenkasten bzw. den Trog lag der »Göltenträger«, auf dem die »Gölten« (Wassereimer mit Trägern zum Transport auf dem Rücken) zum Befüllen abgesetzt werden konnten. Ein Sieb über dem Ablaufrohr sollte grobe Verunreinigungen vom abfließenden Wasser fernhalten. Das Abwasser des höchstgelegenen Brunnens wurde in der Regel für den nächsten, tiefer gelegenen Brunnen weiter verwendet, von wo es meist noch zu einem dritten Abnehmer, mitnichten einer Gärtnerei, oft aber einer Brauerei, floss. Prost! Die strengen Strafen bei Verunreinigung, im schlimmsten Fall bei mutwilligem Vergiften von Brunnen erklären sich deshalb von selbst.

### *Pumpbrunnen*

Während Laufbrunnen an eine Teuchellage angeschlossen waren, wurden Pumpbrunnen direkt über einer Brunnenstube oder einem Brunnenschacht errichtet. Mit einer einfachen Saugpumpe konnte das Wasser aus einer Tiefe von höchstens sieben Metern angesaugt werden. Das Pumpwerk bestand aus einem »Stiefelrohr« und dem darin eingepressten »Brunnenstiefel« (Arbeitszylinder) aus Messing, in dem sich der Kolben bewegte. Die meisten der privaten Brunnen waren Pumpbrunnen, die über den in den Höfen gegrabenen Schächten einfach installiert werden konnten.

### *Schöpfbrunnen*

Das Wasser musste mit Armeskraft aus dem Brunnenschacht mit einem an einer Kette oder einem Seil befestigten (Leder-) Eimer hochgezogen werden. Auf dem Brunnenrand wurde dazu ein Bockgestell aufgesetzt, an dem ein Laufrad hing, über das die Kette oder das Seil gezogen werden konnte. Schöpfbrunnen kamen in Ludwigsburg wegen ihrer einfachen Bauart hauptsächlich in der Anfangszeit der Stadt zum Einsatz.

### *Wartung und Instandhaltung*

Der städtische Brunnenmeister hatte auch die Aufgabe, sämtliche Lauf- und Pumpbrunnen der Stadt in gutem Zustand zu erhalten und wirkungsvoll zu säubern. Die anfallenden Reparaturarbeiten boten den ortsansässigen Handwerkern gute und sichere Verdienstmöglichkeiten. Vom Zimmermann, der die Brunnenkästen fertigte und bei Wartungsarbeiten mit Werg abdichtete, über den Flaschner, der die Brunnen sieve reparierte, und den Maurer, der neben seinen Arbeiten in den Brunnenstuben und Schächten auch die undichten eisernen Brunnenröge von innen neu verkitten musste, bis hin zum Schmied, der die Brunnenkacheln schärfte, und schließlich zum Wirt, der die Sträflinge verköstigte und das Schmalz für die Schmierung der Pumpbrunnen lieferte.

Außerdem mussten alle Brunnen im Herbst winterfest gemacht werden. Dazu wurde der Brunnenstock mit »Brunnendünger« (Pferdemist, den die Kasernen lieferten) und mit Stroh ummantelt. Diese Warmhaltepackung band der Brunnenknecht





*Verzierungen auf gusseisernen Brunnentrögen (von links oben im Uhrzeigersinn):  
 Mathildenhof-Brunnen (1822); Brunnen am Reithausplatz («LW 1817» = Ludwigs-  
 burg Württemberg 1817); Lindenbrunnen («17ELHZW25» = Eberhard Ludwig  
 Herzog zu Württemberg 1725); Marktbrunnen (1728).*

anschließend mit Weiden fest. Ein darüber gestülpter Winterkasten, ein sog. Futteral, schützte die Konstruktion zusätzlich vor den Einflüssen der Witterung. Im Frühjahr konnte der Kasten wieder abgenommen und der Dünger zum Vorteil der Stadtkasse verkauft werden. Fror ein Rohr trotzdem ein, versuchte der Brunnenmeister, es mit einer eisernen Aufwärmpfanne, in der Kohlen glühten, wieder aufzutauen.

Noch ein Wort zur Hygiene. Dass verunreinigtes Wasser krank macht, war allgemein bekannt. Todesfälle wegen verunreinigten Wassers gab es schon vor 1719 in Ludwigsburg, ein Grund bekanntlich, warum Herzog Eberhard Ludwig der Stadt das saubere Wasser aus seiner Quelle im südlichen Schlossgarten überließ. Durch regelmäßige Zugabe von Salz wurde deshalb versucht, die Qualität und Reinheit des Wassers zu verbessern.

#### *Wassermangel, Wassersuche*

Das Thema Wassermangel beherrschte das tägliche Leben in Ludwigsburg von Anfang an. Sei es, dass infolge schadhafter Teuchellagen nur noch wenig Wasser in den Brunnen ankam, dass ein Hausbesitzer bei der Anlage eines eigenen Brunnens dem

Nachbarn das Wasser buchstäblich abgrub, oder dass im Sommer manche Quellen einfach austrockneten. Die Brunnen der Unteren Stadt lieferten bei längerer Trockenheit als erste kein Wasser mehr. Dann mussten die Bewohner dieses Viertels ihr Wasser weither von dem Brunnen holen, der auch in Notzeiten nicht versiegte, vom »Notbrunnen« an der Südseite des Feuersees. Alternativ pumpten Tagelöhner und Hospitaliten das Wasser des Notbrunnens von Hand bis zum Marktbrunnen, eine Lösung, die langfristig nicht befriedigen konnte.

Günstiger war es, bei nachlassendem Grundwasser-Zufluss zu versuchen, durch Tieferlegung der Brunnenstube das Problem zu lösen. Insgesamt ein recht kostspieliges Verfahren, denn in gleichem Maß wie der Schachtboden musste auch die anschließende Teuchellage tiefer gelegt werden. Auf Dauer konnte nur die Erschließung neuer Quellen Abhilfe schaffen. 1819 wurde im Gebiet des ehemaligen Schafhofs ein neuer Schacht gegraben und gefasst. 1822 veranlasste der Stadtrat die Suche nach Wasser beim Aldinger Tor – mit Erfolg. Ohne Erfolg blieben dagegen die Bohrversuche eines »Wasserfinders« im Jahr 1824 am Solitude-Tor.

Das Jahr 1830 muss sehr trocken gewesen sein. Als Reaktion erließ die Kreisregierung Ende des Jahres den Befehl, verstärkt nach artesischen Brunnen zu suchen. Bevor die Stadt jedoch mit den Versuchen begann, holte der Stadtrat bei dem renommierten Geologen Dr. August Bruckmann ein entsprechendes Gutachten ein, das jedoch nach seiner Vorstellung ad acta gelegt wurde. Die Erfolgsaussichten, bei Bohrversuchen auf selbstaufsteigendes Wasser zu stoßen, waren wohl zu gering. Laut Protokoll wurde aber im März 1831 der Stadtbibliothek noch eine Schrift über die Entstehung artesischer Brunnen zum Verbleib übergeben.

1834/1835 führte ein Bohrmeister in der Bärenstraße erfolgreich Bohrungen nach neuem Wasser durch. Gescheitert sind dagegen 1838 die Bemühungen, an der Gartenstraße, unterhalb des Stadtspitals, einen Pumpbrunnen für das dort geplante Schlachthaus in Betrieb zu nehmen. Der eigentliche Durchbruch gelang erst 1864 mit der erfolgreichen Grabung eines Brunnenschachts in der Leonberger Straße 14 und der Errichtung des städtischen Wasserwerks.

### *Unterhaltskosten*

Die laufenden Kosten für das Brunnenwesen wurden in den städtischen Bürgermeister-Rechnungen unter der Rubrik »Ausgaben für das Brunnenwesen« detailliert nachgewiesen. Sie sind ab dem Rechnungsjahr 1729/1730 teilweise und ab 1799/1800 vollständig erhalten. Die niedrigsten Kosten, 268 Gulden, entstanden der Stadtkasse im Rechnungsjahr 1829/1830, die höchsten, 9327 Gulden, in den Jahren der großen Sanierung 1843/1844. Im Mittel lagen die Aufwendungen bei etwa 800 Gulden pro Jahr. Der prozentuale Anteil der Ausgaben für das Brunnenwesen an den städtischen Gesamtausgaben lag, mit Ausnahme der eben erwähnten Sanierung, immer unter 5 Prozent. Zur Verbesserung der städtischen Finanzen war es durchaus üblich, eine Art Brunnensteuer, das sog. Brunnengeld einzuziehen. Dass die Ludwigsburger Stadtväter von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht haben, ist nicht bekannt.

### *Vorschriften, Strafen*

Der Schutz der Brunnen zum Wohle der Allgemeinheit lag in der Verantwortung des Oberbürgermeisters. Das Bürgermeisteramt erließ die nötigen Vorschriften und setzte zusammen mit der Ortspolizei die Höhe der Strafen bei Vergehen gegen diese Vorschriften fest. Die einschlägigen Bestimmungen wurden auf Blechtafeln, sog. Brunnen-

plakaten, vandalsicher an den Brunnen angeschlagen und zusätzlich in der örtlichen Zeitung veröffentlicht. Das vollständige Ausschöpfen der Tröge, das Waschen von Salat, auch von Geschirr oder anderen Gegenständen im Brunnen, das Reinigen von Fahrzeugen am Brunnen sowie das Tränken von Pferden waren ausdrücklich verboten. Die bei Zuwiderhandlung verhängten Strafen bewegten sich je nach Schwere



*Öffentlicher Laufbrunnen in der Bauhofstraße 31. Inschrift auf der Tafel über dem Brunnen:  
»Verbot. Das Wasserschöpfen aus dem Brunnentrog sowie das Tränken von angespanntem  
Vieh ist bei Strafe verboten. Ludwigsburg, 1. Juni 1883. Oberbürgermeister Abel.«*

des Vergehens zwischen einem und zehn Gulden. 1749 mussten zwei Dienstmägde für verbotenes Geschirrspülen je 15 Kreuzer Strafe zahlen. Das Fahrzeugwaschen bei Tag wurde 1836 mit einem, bei Nacht jedoch mit drei Gulden bestraft.

Die Brunnenanlagen waren aber auch Ziel krimineller Handlungen. 1828 setzte der Stadtrat fünf Gulden Belohnung für die Ergreifung der Diebe aus, die von mehreren Brunnen die eisernen Göltenträger gestohlen hatten. Zwei Gulden Belohnung

gab es 1823 für die Ergreifung der Personen, die in besonders heimtückischer Art Brunnenstuben öffneten und die Hähne zu ihren eigenen Gunsten so manipulierten, dass andere Brunnen dadurch austrockneten. Ob die Täter gefasst wurden, ist nicht bekannt. Erwischt und bestraft wurde dagegen der Bierbrauer Heiner: Er hatte 1814 illegal aus der an seiner Brauerei in der Schützenstraße vorbeiführenden Teuchellage das benötigte Brauwasser abgezapft.

### *Öffentliche Brunnen*

Die öffentlichen Brunnen von Ludwigsburg wurden in Verantwortung und auf Kosten der Stadt errichtet, gereinigt und in Stand gehalten. Sie konnten von allen Bürgern kostenlos genutzt werden. Hinweise auf öffentliche Brunnen sind in den Plänen von Leopoldo Retti (1730 bzw. 1745) und Friedrich Baumgärtner (1839), im Bericht von Dietermann (1743) und im Teuchelbuch (1826), vor allem aber in den Bürgermeister-Rechnungen und in den Gemeinderatsprotokollen zu finden. Daraus sind folgende öffentliche Brunnen zu identifizieren (die laufenden Nummern beziehen sich auf den beigefügten Stadtplan):

*Brunnen vor dem Heilbronner Tor* (1): Laufbrunnen am Ende der Teuchellage in der vierfachen Allee. Kunstvoll gestalteter Stein-Brunnenstock und gusseiserner Trog, verziert mit der Reichssturmfahne, dem Stadtwappen von Ludwigsburg. Versetzung in Richtung Tor im Zuge des Umbaus der Einmündung der Marbacher Straße im Jahr 1926. Ende der 1960er Jahre beim Ausbau der B 27 ersatzlos abgetragen. Wichtige Zwischenstation für Fuhrleute, die nach dem Anstieg vom Neckar hier ihre Pferde tränkten.



*Abb. links: In einer veränderten Umgebung kaum noch zu erkennen und funktionslos geworden: Laufbrunnen vor dem Heilbronner Torhaus (um 1960).*

*Abb. rechts: Der 1989 neu aufgestellte Lindenbrunnen.*

*Talbrunnen* (2): Einer der ältesten und wichtigsten Brunnen zur Versorgung der Unteren Stadt, am Ende der Schafhof-Teuchellage vor dem Haus Bietigheimer Straße 13, Wirtschaft »Zum Hirsch«, als Laufbrunnen errichtet. Wie der Brunnen in der Bauhofstraße gespeist vom Überschuss- oder Abwasser der Schafhofquellen. Die Bitte um einen zweiten Brunnen im Tal wurde 1815 abgelehnt. 1822/23 Tieferlegung wegen Wassermangels. 1866 wurde der bisher ungünstig gelegene Brunnen in Richtung Talstraße versetzt und als Ersatz ein neuer, an das Wasserwerk angeschlossener Brunnen gegenüber der Wirtschaft errichtet.

*Brunnen im Postgässle* (3): Einfacher Laufbrunnen mit einem Holztrug an der Einmündung der Oberen Kasernenstraße. Gespeist vom Abwasser des Brunnens an der Charlottenstraße/Bietigheimer Straße 4.

*Brunnen in der Bauhofstraße* (4): Einer der wichtigsten Brunnen zur Versorgung der Unteren Stadt, am Ende der Schafhof-Teuchellage vor dem Haus Bauhofstraße 31 als Laufbrunnen errichtet. Wie der Talbrunnen gespeist vom Überschuss- oder Abwasser der Schafhofquellen. 1822/23 Tieferlegung wegen Wassermangels. Ein historisches Foto zeigt den Brunnen mit einem gusseisernen Trog. 1867 wurden in einem Artikel des Tagblatts zwei weitere Brunnen erwähnt, einer am Beginn und einer am Ende der Straße.

*Brunnen am Wetteplatz* (5): Ehemalige Wette auf der Westseite des Marstalls. Brunnen gegenüber dem Haus Reithausberg 5, auf dem Plan von Retti (1745) sowie auf einem Situationsplan aus dem Jahr 1822 nachgewiesen.

*Marstallbrunnen* (6): Dietermann erwähnt, dass 1714 außerhalb des Marstalls eine Brunnenstube gemacht worden sei. Ob es sich dabei um dieselbe Brunnenstube handelte, die den Laufbrunnen in der oberen Charlottenstraße vor dem Haus Bietigheimer Straße 4 speiste, ist nicht bekannt. 1815 und 1832 Tieferlegung dieses Brunnens wegen häufigen Wassermangels. Eisentrog. 1822 Übergang von herrschaftlichem in städtischen Besitz. Bei Bedarf auch zusätzliche Wasserzuleitung aus der Kellerquelle im Haus Marstallstraße 4. Anschluss an das Wasserwerk im Jahr 1866.

*Unterer Kaffee-Brunnen* (7): Laufbrunnen in der vierfachen Allee neben der Schlossstraße, gegenüber dem Gebäude Nr. 37, gespeist vom Abwasser des Kaffee(haus)-Brunnens. 1832/33 erhielt der Brunnen einen gusseisernen Trog. 1866 Anschluss an das Wasserwerk, danach Versetzung des alten Trogs zu einem Brunnen am Ende der Bauhofstraße. Ein LKZ-Foto aus den 1960er Jahren zeigt noch den einfachen Pumpbrunnen in der Allee.

*Brunnen am Reithausplatz* (8): Ursprünglicher Standort des Brunnens vor dem Haus Reithausplatz 19, gespeist vom Abwasser des Linden- bzw. Marktbrunnens. 1866 Anschluss an das Wasserwerk. Mehrmals auf dem Platz versetzt, zur Zeit gegenüber Nr. 21. Inschrift des gusseisernen Trogs: »LW 1817« (Wiederverwendung des Trogs vom 1817 errichteten Osterholzberg-Brunnen?). Abwasser des Brunnens privat von der Brauerei »Zum Holländer«, Bauhofstraße 13, genutzt.

*Brunnen am Marstallplatz/Kronenstraße* (9): Pumpbrunnen vor dem Haus Kronenstraße 2, im Plan von Retti (1730) nachgewiesen, auch »Silber-Brunnen« genannt, nach dem Bierbrauer Silber, der in den 1830er Jahren in dem Haus seine Wirtschaft betrieb. Besitzer der Brauerei um 1850: Gustav Körner (»Krone«). Nach den Bürgermeister-Rechnungen 1837/38 wurde für den Brunnen sogar ein Trink-Becherle angeschafft.

*Brunnen am Ende der Lindenstraße* (10): 1836 als Pumpbrunnen errichtet. Im Stadtplan von Baumgärtner (1839) in der Nähe von Nr. 32 nachgewiesen.

*Lindenbrunnen* (11): Einer der wichtigsten Brunnen der Unteren Stadt. Laufbrunnen auf der Kreuzung Linden-/Körnerstraße. Zuleitung des Frischwassers von der Salzhöhe südlich des Stuttgarter Tors über eine fast zwei Kilometer lange Hauptteuchel-lage. Wahlweise auch mit der Abwasserleitung des Marktbrunnens verbunden. Guss-eiserner Trog, von der Stadt 1810/11 bei einer Versteigerung in Köngen erworben. Im Rahmen der allgemeinen Sanierung 1826 neu angelegt. 1866 Anschluss des Brun-nens an das neue Wasserwerk und Versetzung des alten Trogs zu einem Brunnen am Anfang der Bauhofstraße. 1989 Neuaufstellung des Brunnens mit dem Nachguss eines reich verzierten Troges von 1725 am westlichen Ende der Lindenstraße durch den Verein der Unteren Stadt.

*Brunnen am Holzmarkt* (12): Einer der ältesten und wichtigsten Brunnen der Stadt, 1730 im Plan von Retti nachgewiesen. Ursprünglich ein Pumpbrunnen, 1759/60 Um-stellung auf einen Laufbrunnen mit Steintrog, 1803/04 Rück-Umstellung auf einen Pumpbrunnen. 1832/33 Tieferlegung der Brunnenstube wegen Wassermangels. 1889 Abbruch des alten Brunnens und Errichtung des »Abel-Brunnens« zu Ehren des Lud-wigsburger Oberbürgermeisters Heinrich von Abel. Während des Zweiten Weltkriegs musste der Brunnen einem Löschwasser-Behälter weichen.

*Kaffee(haus)-Brunnen* (13): Laufbrunnen mit zwei Röhren in der vierfachen Allee neben der Schlossstraße, gegenüber dem Haus Nr. 27 des »Kaffeesieders« Lazaro. Er-richtet 1719. Zusammen mit dem Marktbrunnen der älteste öffentliche Laufbrunnen der Stadt. Das Wasser aus einer Quelle im südlichen Schlossgarten überließ Herzog Eberhard Ludwig den Bürgern als »Geschenk«. 1805 wurde ein neuer Brunnenkasten nach einem Riss von Nikolaus von Thouret geplant. Realisierung unsicher, da der Waldhorn-Wirt 1812 den gusseisernen Brunnentrog, den er der Stadt für den Kaffee-haus-Brunnen nur geliehen hatte, zurückforderte. Abwasser teilweise in die privaten Brunnen der Gebäude Nr. 29 (Grafenbau) und Nr. 31 (Gesandtenbau) eingeleitet.

*Körner-Brunnen/»Körner-Brünnele«* (14): Laufbrunnen im Bereich Schützen-/Garten-straße, benannt nach der dort befindlichen Brauerei Theodor Körners. Vorbesitzer der Brauerei: Jakob Heiner und Ernst Geisheimer. Wahlweise gespeist mit Frischwas-ser aus den Schafhof-Quellen oder mit Abwasser aus dem Stiftsbrunnen. 1810 als Privat-Brunnen des Bierbrauers Heiner errichtet, 1816/17 von der Stadt übernom-men. 1823 Verlegung des Brunnens von der Nordseite auf die günstiger gelegene Süd-seite der Schützenstraße. Abwasser teilweise von der Brauerei genutzt. Teile des Kör-ner-Brünneles wurden bei der Gestaltung der Grünanlage über dem Parkhaus in der Asperger Straße wiederverwendet.

*Osterholzberg-Brunnen/Brunnen am Osterholztor* (15): Laufbrunnen beim Asperger Torhaus, gespeist von der Schafhof-Quelle. 1817/19 wurde die Errichtung eines zwei-ten Laufbrunnens wegen der Vergrößerung der Kavallerie in der Reiterkaserne (ehemaliger Wilhelmsbau) notwendig; Speisung aus der Seegarten-Quelle. Der gusseiser-ne Brunnentrog mit dem Namen von Ludwigsburg und der Jahreszahl der An-fertigung war ein Geschenk von Bürgermeister Sprösser an die Stadt. Spätere Weiterverwendung des Trogs auf dem Reithausplatz? Die Inschrift des heute dort auf-gestellten Brunnens lautet: »L[udwigsburg] W[ürttemberg] 1817«! Nach Gemein-de-ratsbeschluss von 1848 Errichtung eines weiteren Brunnens in der Nähe des Oster-holzberges.

*Stiftsbrunnen* (16): Eine der wichtigsten Brunnenanlagen der Stadt, benannt nach der in der Nähe liegenden Stiftsverwaltung in der Hospitalstraße 1. Als einziger öffent-licher Brunnen im Messbuch von Wagner (1788) eingezeichnet. Zwei Laufbrunnen



*Öffentlicher Pumpbrunnen auf dem Holzmarkt (Lithografie um 1830).*



*Abb. links: Abel-Brunnen auf dem Holzmarkt (um 1930).*



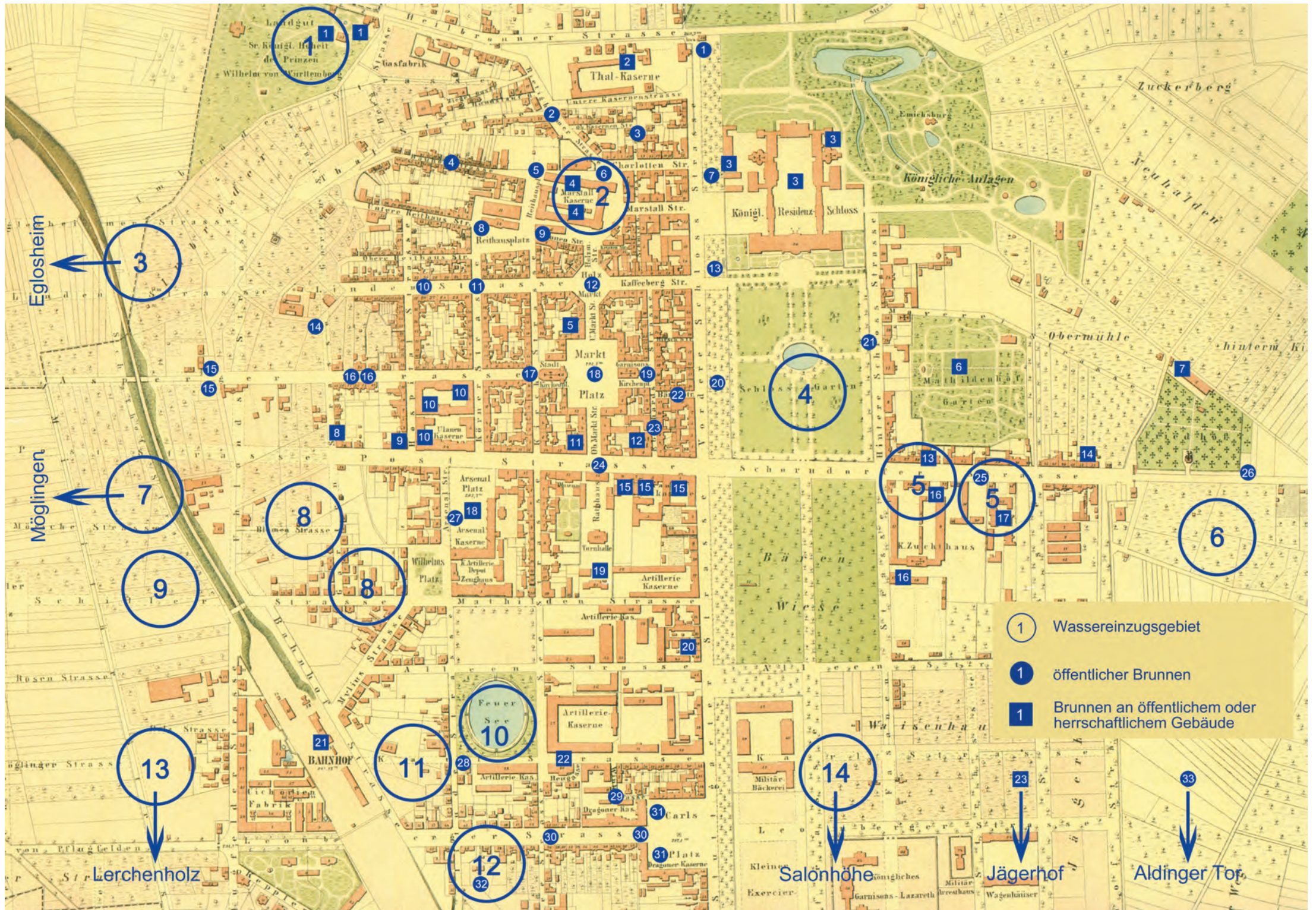
*Abb. rechts: Öffentlicher Pumpbrunnen in der Eberhardstraße hinter der katholischen Kirche (um 1910).*

Tafel 1

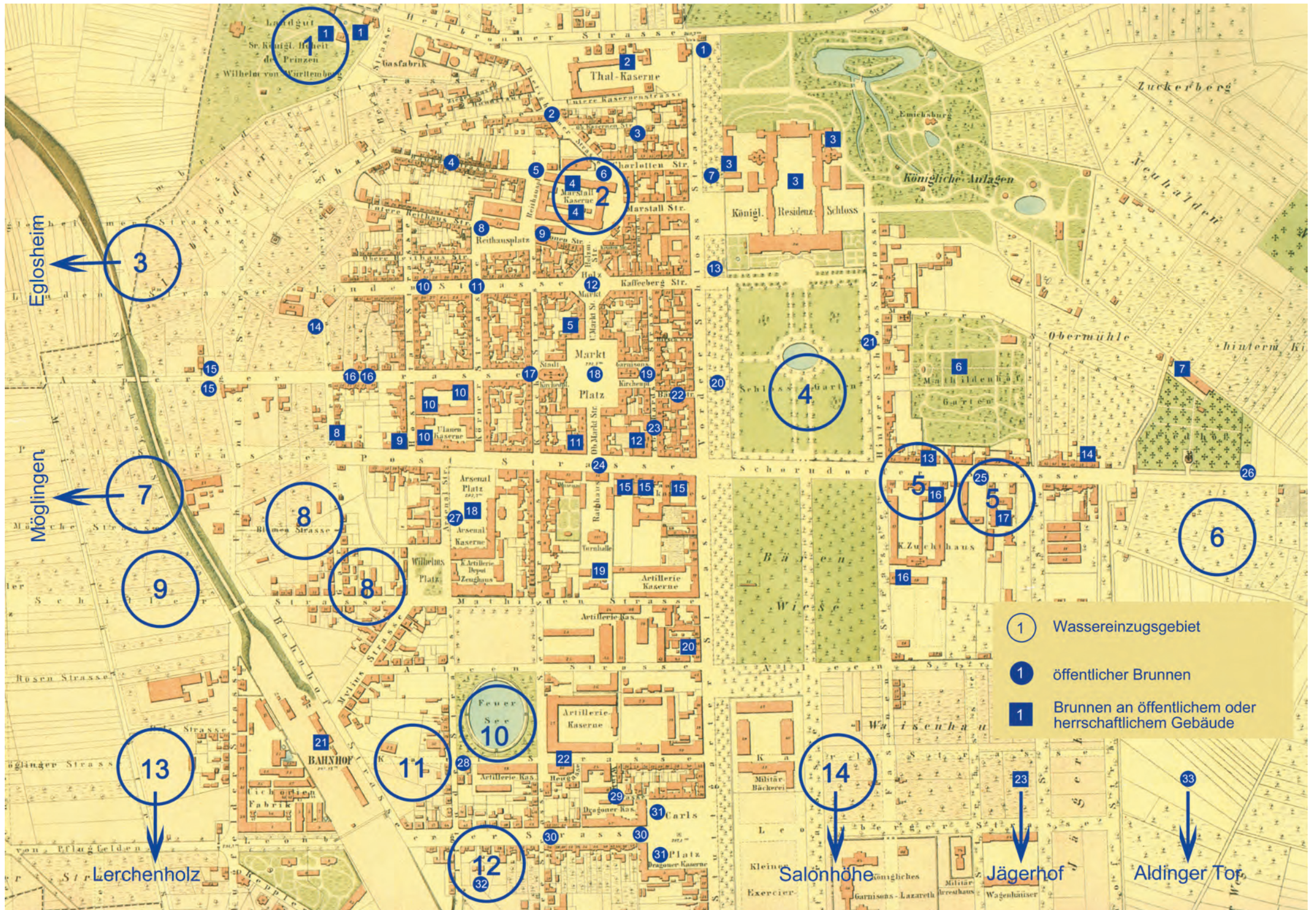
**Lageplan der Wassereinzugsgebiete sowie der öffentlichen Brunnen  
und der Brunnen an öffentlichen oder herrschaftlichen Gebäuden.**

---





- ① Wassereinzugsgebiet
- ① öffentlicher Brunnen
- ① Brunnen an öffentlichem oder herrschaftlichem Gebäude



mit jeweils zwei Röhren vor den Gebäuden Asperger Straße 23 und 25. Der tiefer gelegene Brunnen vor der Nr. 25 direkt gespeist vom Abwasser aus dem Eisentrog des höher gelegenen Brunnens. 1843/44 Verlegung des Brunnens zur Reiterkaserne (ehemaliger Wilhelmsbau) in der oberen Asperger Straße. 1866 Anschluss an das Wasserwerk.

*Stadtkirchenbrunnen* (17): Hinter der Stadtkirche an der Kirchstraße gelegen. Retti erwähnt den Brunnen in seinen Plänen von 1730 und 1745. Nach Dietermann war er 1743 außer Betrieb. 1866 Errichtung eines neuen, an das Wasserwerk angeschlossenen Brunnens. Ob der Brunnen hinter der Stadtkirche mit einem 1847 erwähnten Brunnen bei der benachbarten Hauptwache identisch ist, kann weder bestätigt noch widerlegt werden.

*Marktbrunnen* (18): »Der Marktbrunnen ist erstlich hereingeführt worden Anno 1719 und durch einen Stock in eine Büthen geloffen« (Dietermann im Jahr 1743 zu den Anfängen des Brunnens). In seiner heutigen Form mit dem gusseisernen Trog von Paolo Retti und der Figur Herzog Eberhard Ludwigs von Carlo Ferretti präsentiert sich der Brunnen erst seit 1728, da sich die Finanzierung des Projekts äußerst schwierig gestaltete. 1726 bis 1738 Versorgung durch das Möglinger Pumpwerk, davor und danach durch die Quellen des Eglosheimer Feldes. Andauernde Wartungs- und Reparaturarbeiten am Brunnen, Tieferlegen, Nachkitten undichter Trogfugen, Austausch schadhafter Teuchel gehörten zum Brunnen-Alltag. Bei akutem Wassermangel wurde Wasser vom Notbrunnen zum Marktbrunnen gepumpt, da ein Marktbrunnen ohne Wasser, damals zumindest, nicht denkbar war. Benachbarte Wirte setzten gerne ihre Fischkästen im Brunnentrog ab. 1809 findet sich in den Stadtratsprotokollen ein kurioser Hinweis auf den Marktbrunnen: »Neue Bekleidung der Statue am Marktbrunnen«. 1866 Anschluss an das Wasserwerk.

*Brunnen hinter der Garnisonkirche* (19): 1730 im Plan von Retti eingezeichnet. 1743 als Schöpfbrunnen, 1825 als Pumpbrunnen nachgewiesen. Auf einer Ansichtskarte zu Anfang des 20. Jahrhunderts ist der Brunnen zu erkennen.

*Brunnen obere Schlossstraße* (20): Nachgewiesen in den Plänen von Retti (1730) und Baumgärtner (1839). Bei den Gebäuden Nr. 9, 11, 13 wird in unterschiedlichen Quellen ein Brunnen erwähnt. Bei Nr. 9 im Bericht von Dietermann, bei Nr. 11 in den Gemeinderatsprotokollen und bei Nr. 13 in den Bürgermeister-Rechnungen. Es ist davon auszugehen, dass es sich jeweils um denselben Brunnen handelt.

*Brunnen in der Mömpelgardstraße* (21): Den Bewohnern der Häuser entlang der Mömpelgardstraße wurden in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts vom Herzog Privilegien eingeräumt, die es ihnen gestatteten, Wasser aus der herrschaftlichen Teuchellage zu beziehen, auf Widerruf und gegen Bezahlung. Darin ist auch der Grund zu sehen, dass erst 1843 ein öffentlicher Pumpbrunnen in der Straße errichtet wurde.

*Brunnen in der Bärenstraße* (22): 1799/1800 existierte in der Straße bereits ein Brunnen. 1834/35 wurde erfolgreich nach einem zweiten Brunnen gebohrt. Eine Dole verband die beiden Brunnen.

*Brunnen in der Eberhardstraße* (23): Brunnen vor dem Haus des Poststallmeisters und Kannenwirts Viktor Körner in der Eberhardstraße 7, bereits 1745 im Plan von Retti eingezeichnet.

*Rathaus-Brunnen* (24): Pumpbrunnen am Treppenaufgang Wilhelmstraße 11. Retti erwähnt den Brunnen 1730 in seiner Planskizze. 1749/50 neu gesetzt. Auf einem Foto des Rathauses vor der Aufstockung (1886) schwach zu erkennen. Bei Grabarbeiten wurde 1989 in sieben Metern Tiefe die alte Brunnenstube entdeckt und bleibend verschlossen. Ein weiterer Brunnen stand im Rathaus-Garten.



*Öffentlicher Pumpbrunnen vor dem Rathaus (um 1880).*



*Ehemaliger Notbrunnen (rechts hinter der Kindergruppe) in der Karlstraße 16 vor dem Gasthaus »Zur Kanone«.*

*Brunnen in der Schorndorfer Straße (25)*: Brunnen in der Mitte der Schorndorfer Straße, 1804 nach einem Beschluss des Gemeinderats errichtet. Da die Häuser an der Schorndorfer Straße ausreichend mit eigenen Brunnen ausgerüstet waren, wurde in der Straße zunächst kein weiterer öffentlicher Brunnen mehr genehmigt.

*Kirchhof-Brunnen (26)*: Laufbrunnen vor der Süd-Ost-Ecke des Alten Friedhofs an der Schorndorfer Straße außerhalb des Tors. 1841/42 »freundliche« Umgestaltung der Umgebung mit Akazien, neuer Brunnen mit Stein-Brunnenstock und gusseisernem Trog. In der Bevölkerung als »Kirchhof-Brünnele« bekannt und beliebt. Dem Wasser wurde heilende Wirkung nachgesagt.

*Brunnen am Arsenalplatz (27)*: Auf einer Lithografie von 1830 und im Stadtplan von Baumgärtner (1839) nachgewiesen. Die auf der Lithografie an dem Pumpbrunnen abgebildeten Frauen lassen den Schluss zu, dass der Brunnen nicht nur von der angrenzenden Arsenalkaserne, sondern auch öffentlich genutzt wurde.

*Notbrunnen (28)*: Pumpbrunnen mit abschließbarem Brunnenhaus auf der Südseite des Feuersees, vor dem Haus Karlstraße 16, Wirtschaft »Zur Kanone«. Wann der Brunnen angelegt wurde, ist nicht bekannt, wohl Ende des 18. Jahrhunderts, denn wegen akuten Wassermangels in der Stadt musste er 1825 wiederhergestellt werden. Er war der einzige Brunnen, der in Notzeiten die Bürger zuverlässig versorgen konnte. Bei nachlassender Schüttung der Quellen auf dem Eglosheimer Feld konnte der Marktbrunnen durch Handpumpen mit Wasser vom Notbrunnen versorgt werden. 1859 Ablösung der Handpumpen durch eine Dampfmaschine. Der frühere Standort des Brunnens ist heute durch eine kreisrunde Pflasterung angedeutet.

*Brunnen in der Eckstraße (29)*: Nur im Stadtplan von Baumgärtner (1839) nachgewiesen.

*Brunnen in der Leonberger Straße (30)*: 1817 Wunsch der Bewohner nach einem neuen (weiteren) Brunnen mit einem zweiten Trog als Viehtränke (Viehmärkte wurden in der Leonberger Straße abgehalten). 1818 Errichtung eines Brunnens mit Steintrog, »am äußersten Ende links« mit Steinen eines in der Stuttgarter Straße 12 gegenüber der Artilleriekaserne abgebrochenen Brunnens. 1829/30 neues Pumpwerk für den Brunnen vor dem Haus Nr. 26.

*Brunnen am Karlsplatz (31)*: Auf einem nicht datierten älteren Foto ist ein Pumpbrunnen auf der Südseite des Platzes erkennbar. Ab 1838/39 erwähnen die Bürgermeister-Rechnungen einen »Husaren-Brunnen«, vermutlich benannt nach der Husarenkaserne am Karlsplatz. Die genaue Lage des Brunnens ist nicht bekannt. Nach dem Plan von Federer lag 1780 ein Brunnen in der Mitte des Platzes.

*Wasserwerk Leonberger Straße (32)*: Gleichzeitig mit der Eröffnung des Wasserwerks am 1. August 1866 wurden von der Stadt sechs neue öffentliche, selbstschließende Brunnen errichtet: zwei in der Stuttgarter Straße, je einer in der äußeren Schorndorfer Straße, in der Mömpelgardstraße, beim Arsenalplatz und am Ende der Oberen Reithausstraße. Der Anschluss von acht weiteren, bereits vorhandenen Brunnen an das Wasserwerk wurde im Text bereits erwähnt.

*Brunnen am Aldinger Tor (33)*: 1822 bei der Suche nach Wasser entdeckt.

Zum Abschluss etwas Statistik: Eine handschriftliche Chronik registriert für das Jahr 1774 in Ludwigsburg 24 öffentliche Brunnen. Weitere Zahlen liefert eine Notiz von 1843, nach der in diesem Jahr in Ludwigsburg 34 öffentliche Brunnen in Betrieb waren, 12 Lauf- und 22 Pumpbrunnen, eine Zahl, die mit den hier ermittelten Brunnen übereinstimmt. Etwas unerklärlich ist es, dass die Oberamtsbeschreibung für 1859 nur noch 26 öffentliche Brunnen, 13 Lauf- und 13 Pumpbrunnen, angibt.

Ein Blick auf die in den Stadtplan eingetragenen öffentlichen Brunnen von Ludwigsburg zeigt, dass die Brunnen im Bereich der historischen Kernstadt, der Ludwigstadt, so verteilt waren, dass die Versorgung mit Wasser in diesem Stadtbezirk im Normalfall sichergestellt war. In der Karlstadt sind öffentliche Brunnen dagegen Mangelware. Zwischen Wilhelm- und Karlstraße befindet sich kein einziger öffentlicher Brunnen, was allerdings damit zusammenhängt, dass dieses Viertel hauptsächlich von Kasernen mit eigenen Brunnen belegt war und dass in den Häusern der beiden Wohnstraßen, Seestraße und Stuttgarter Straße, genügend private Brunnen vorhanden waren. Gleiches gilt für die Schlossstraße, die Mömpelgardstraße und die Schorndorfer Straße.

### *Private Brunnen*

#### *Das Messbuch des Geometers Wagner*

Im Gegensatz zu den öffentlichen Brunnen, deren Anzahl und Lage aufgrund der vorhandenen Pläne, Gemeinderatsprotokolle und Bürgermeister-Rechnungen mit einiger Sicherheit bestimmt werden konnte, war dies bei den privaten Brunnen nicht möglich. Eine gewisse Grauzone bleibt bestehen. Als Quellen konnten das Messbuch des Geometers Wagner aus dem Jahr 1788, die städtischen Güterbücher und zwei Gebäude-Messprotokolle aus den Jahren 1788 und 1819/20 zu Rate gezogen werden. Verkaufsanzeigen von Häusern in der örtlichen Zeitung waren beim Aufspüren von privaten Brunnen ebenfalls hilfreich, da ein Brunnen als ein verkaufsfördernder Faktor immer im Anzeigentext erwähnt wurde. Eine systematische Auswertung der umfangreichen Kaufbücher hätte sicherlich noch weitere Erkenntnisse gebracht, erwies sich jedoch als zu aufwendig. Die Kaufbücher wurden daher nur in Einzelfällen gezielt herangezogen.

Geometer Wagner fertigte für sein Messbuch von jedem Privatgrundstück Ludwigsburgs einen Lageplan mit Maßangaben an. Er ergänzte den Plan mit einer kurzen Beschreibung des darauf befindlichen Wohnhauses. Hinweise zur weiteren Bebauung des Grundstücks (Stall, Hof, Brunnen, Waschhaus, Remise, Abtritt etc.) schlossen sich an. Eines der wertvollsten Dokumente zur Baugeschichte von Ludwigsburg im Stadtarchiv! Das im selben Jahr wie das Messbuch entstandene Gebäude-Messprotokoll von 1788 entspricht unserem heutigen Grundbuch und führt neben der Beschreibung des Gebäudes und des Grundstücks auch die Namen der wechselnden Besitzer auf. Der Folgebund wurde in den Jahren 1819/20 angelegt.

Von den in der Tabelle aufgeführten 138 Brunnen sind etwa zwei Drittel im 18. Jahrhundert nachgewiesen. Rund zwanzig Brunnen, auf deren Existenz es Hinweise gibt, konnten infolge fehlender oder mangelhafter Beschreibung nicht lokalisiert werden, zum Beispiel ein Brunnen am Hafenmarkt (1729/30), bei der Seidenfabrik (1743) oder einfach nur »Bei dem Dingischen Haus ein Schöpfbrunnen« (1743).

Die Liste der privaten Brunnen enthält nur eine Beschreibung der Brunnen und eine Jahreszahl als zeitliche Orientierungshilfe. Sie bleibt wegen oft fehlender näherer Informationen und wegen ihres Umfangs bis auf folgende Ausnahmen unkommentiert:

*Asperger Straße 16/18:* Im Messbuch von Wagner (1788) ist an der Kreuzung Asperger Straße/Hospitalstraße ein Wasserturm ohne nähere Angabe über den Verwendungszweck nachgewiesen. Im Plan 7 des Teuchelbuches (1826) wurde er nachträglich

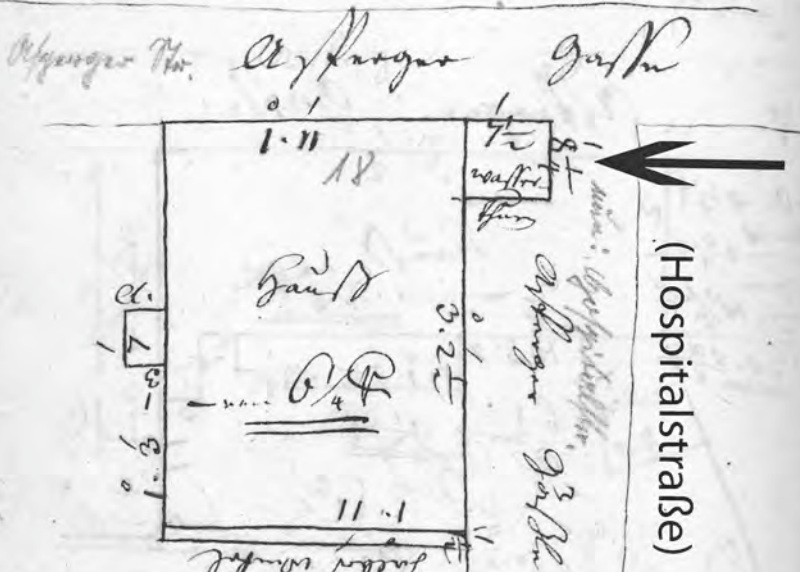
Enslin Duffl. v.

Nro. 234. Lit. B. No. 142.

- a) Fesche Giebelwandigung, wüingf. —  $\frac{1}{2}$ .
- b) Hillige Döcker, wüingf. —  $\frac{1}{2}$ .

Neben H. Ruzz 2. wovon 1/2 zu marken ist.  
 Stoch mit dem Giebel fuch auf H. Ruzz ganz  
 hat vier gmeinsch. Fenster mit H. Ruzz 2. Giebel,  
 was u. ein gardsimband Keller.

(Asperger Straße)



Nota. Das Bau ist mit dem Fensterbau  
 sub no 233 gmeinsch. und ganz dasthin  
 gmeinsch. wozu wozu also die Giebel Fenster  
 zu computiren seyn wird

Seite aus dem Messbuch von 1788: Beschreibung des Gebäudes Nr. 234 (Asperger Straße 16/18) mit Wasserturm (Pfeil).

ingezeichnet. Ferner erwähnen die Bürgermeister-Rechnungen zwischen 1759/60 und 1812/13 öfters Reparaturkosten an einem Wasserturm, allerdings nur ein Mal (1812/13) mit einer Ortsangabe: Am Asperger Gässle (Hospitalstraße).

*Bauhofstraße 13:* Brauerei »Zum Holländer«, versorgt über eigene Teuchellagen mit dem Abwasser vom Brunnen am Reithausplatz bzw. vom Brunnen in der Bauhofstraße 31. Besitzer: die Bierbrauer Mergenthaler (1826), Neidhardt (1855).

*Charlottenstraße 14:* Rückgebäude des Grävenitz-Palais in der Marstallstraße 5.

*Charlottenstraße 23:* »Zur neuen Rose«, eine offensichtlich gut ausgestattete Wirtschaft, mit mehreren Laufbrunnen und einem See im Garten.

*Hospitalstraße 7/9:* Von beiden Häusern gemeinsam genutzter Pumpbrunnen. Mit dem Kauf des Hauses Nr. 7 im Jahr 1842 erwarb Dr. August Hermann Werner das Recht, das Wasser des Brunnens auch für seine Kinderheilanstalt zu nutzen.

*Marstallstraße 4:* »Salzhaus« und Wohnhaus des Salzfaktors Mayer, spätere Buntweberei Elsas. Starke Kellerquelle, die in Zeiten von Wasserknappheit auch zur Unterstützung der benachbarten öffentlichen Brunnen herangezogen wurde.

*Mömpelgardstraße:* Bevorzugte Wohnlage in Ludwigsburg. Repräsentative Gebäude mit privilegierten Wasseranschlüssen an die Hauptteuchellage von der herrschaftlichen Brunnenstube in der Schorndorfer Straße 31.

*Mömpelgardstraße 8:* Im Hausgarten hinter dem Gebäude stand neben dem Gartenhaus ein Pumpbrunnen.

*Mömpelgardstraße 12:* Mathildenhof-Brunnen. Laufbrunnen mit gusseisernem Trog von 1822. Auch heute noch in Betrieb.

*Mömpelgardstraße 18:* Ehemaliges Wohnhaus des Geheimen Finanzrats Josef Süß Oppenheimer. Im Keller des historischen Gebäudes befand sich das jüdische rituelle Bad (Mikwe) und ein Laufbrunnen.

*Mömpelgardstraße 20:* Ehemaliges Wohnhaus des herrschaftlichen Brunnenmachers Lutz (1836), mit Laufbrunnen, Wasserbehälter und einem See.

*Mömpelgardstraße 26:* Sog. Mauclersches Haus, eines der Wohnhäuser der Familie Schiller in Ludwigsburg. Im Hof steht heute ein stillgelegter Pumpbrunnen.

*Mühlstraße 36:* »Badgarten«, 1826 vom herrschaftlichen Brunnenmacher Lutz eröffnet. Private Badeanstalt mit geheizten Wannebädern und eigenem, an mineralischen Salzen reichem Quellwasser. Große Gartenanlage mit Bassin und Kegelbahn.

*Obere Marktstraße 2:* Wohnhaus des jungen Eduard Mörike. Eigenhändige Zeichnung des Grundrisses von Mörike auf einer Schiefertafel.

*Reithausplatz 21:* Stammhaus der Baumeister-Familie Baumgärtner.

*Schlossstraße 23:* Ehemalige Wirtschaft »Zum Löwen«, später Mädchenschule und Wohnhaus des Schulmeisters Johannes Buhl.

*Schlossstraße 33:* Fischhaus und Brunnen im Hof des Wirtshauses »Zum Waldhorn«, dem ältesten Privathaus von Ludwigsburg (1706).

*Schorndorfer Straße 31:* Auf dem Grundstück die herrschaftliche Brunnenstube. Außerdem befand sich im Gebäude eine Kellerquelle und im Hof ein Pumpbrunnen.

*Schützenstraße 6:* Das Abwasser des Körner-Brunnens speiste auch den Laufbrunnen innerhalb des Brauerei-Geländes.

*Seestraße 9:* Wirtschaft »Zum Stern« der Bierbrauer-Familie Sarah und Samuel Liebmann. Treffpunkt der Republikaner während der Revolution von 1848.

*Solitudestraße 34:* Wasserbehälter und Pumpenhaus, 1841 vom Bierbrauer Gottlieb Körner zur Versorgung seiner Brauerei in der Arsenalstraße errichtet. Die Anlage wurde bei Bedarf auch zur Unterstützung schwächelnder städtischer Brunnen heran-

Arsenalplatz 1: Pumpbrunnen; 1788	Obere Reithausstraße 8: Pumpbrunnen; vor 1837
Arsenalstraße 6: Brunnen; vor 1836	Reithausplatz 2: Brunnen; 1788
Asperger Straße 3: Pumpbrunnen; 1788	Reithausplatz 3: Brunnen; 1788
Asperger Straße 4: Pumpbrunnen; 1788	Reithausplatz 21: Brunnen; vor 1836
Asperger Straße 10: Pumpbrunnen; 1788	Schlossstraße 3: Pumpbrunnen; 1788
Asperger Straße 16/18: Wasserturm; 1788	Schlossstraße 5: Pumpbrunnen; 1788
Asperger Straße 27: Laufbrunnen; vor 1834	Schlossstraße 15: Pumpbrunnen; 1820
Bauhofstraße 13: Abwasser-Brunnen; vor 1826	Schlossstraße 17: Pumpbrunnen; 1788
Bauhofstraße 32: Brunnen; vor 1820	Schlossstraße 21: Pumpbrunnen; 1788
Bei der katholischen Kirche 1: Pumpbrunnen; 1788	Schlossstraße 23: Brunnen; 1720
Bei der katholischen Kirche 2: Brunnen; 1820	Schlossstraße 29: Brunnen; 1720
Bietigheimer Straße 4: Kellerbrunnen; 1743	Schlossstraße 31: Brunnen; 1720
Charlottenstraße 14: Laufbrunnen; 1788	Schlossstraße 33: Brunnen; 1788
Charlottenstraße 23: div. Laufbrunnen, See; 1788	Schlossstraße 39/41; gem. Brunnen; vor 1830
Eberhardstraße 2: Brunnenhaus; 1788	Schlossstraße 43: Springbrunnen; 1788
Eberhardstraße 16: Brunnen; vor 1830	Schmiedgässle 5: Brunnen; 1820
Eberhardstraße 22: Pumpbrunnen; 1788	Schmiedgässle 10: Brunnen; 1788
Eberhardstraße 28: Pumpbrunnen; 1788	Schorndorfer Straße 25: Pumpbrunnen; 1788
Eberhardstraße 31: Brunnen; 1788	Schorndorfer Straße 27: Kellerbrunnen; vor 1830
Heilbronner Straße 2: Laufbrunnen; vor 1839	Schorndorfer Straße 31: Pump- u. Kellerbrunnen; 1788
Holzmarktstraße 1: Laufbrunnen; vor 1836	Schorndorfer Straße 33: Brunnen; 1788
Holzmarktstraße 4: Brunnen; 1788	Schorndorfer Straße 35: Pumpbrunnen; 1788
Hospitalstraße 7/9: Pumpbrunnen; vor 1830	Schorndorfer Straße 37: Pumpbrunnen; 1788
Jägerhofallee 88: Brunnen; vor 1846	Schorndorfer Straße 39: Pumpbrunnen; 1788
Kaffeeberg 4: Pumpbrunnen; 1788	Schorndorfer Straße 41: Pumpbrunnen; 1788
Kaffeeberg 7: Brunnen; vor 1822	Schorndorfer Straße 46: Brunnen; 1788
Kaffeeberg 8: Pumpbrunnen; 1788	Schorndorfer Straße 47: Pumpbrunnen; 1788
Kaffeeberg 10: Pumpbrunnen; 1788	Schorndorfer Straße 48/52: gem. Brunnen; 1788
Kaffeeberg 11/13: Brunnen; 1788	Schorndorfer Straße 49: Pumpbrunnen; 1820
Karlsplatz 1: Brunnen; vor 1822	Schorndorfer Straße 51: Brunnen; 1788
Karlstraße 30/32: Brunnen; vor 1822	Schorndorfer Straße 52: Brunnen; 1788
Kirchstraße 2: Pumpbrunnen; 1788	Schorndorfer Straße 53/55: gem. Pumpbrunnen; 1788
Kirchstraße 7: Pumpbrunnen; 1788	Schorndorfer Straße 92: Pumpbrunnen; vor 1840
Kirchstraße 9: Pumpbrunnen; vor 1830	Schützenstraße 6: Laufbrunnen; ab 1810
Kirchstraße 25: Pumpbrunnen; 1788	Seestraße 1: Pumpbrunnen; 1820
Körnerstraße 7: Brunnen; vor 1828	Seestraße 2: Pumpbrunnen; 1820
Körnerstraße 9: Pumpbrunnen; 1788	Seestraße 3: Brunnen; vor 1821
Kronenstraße 12: Pumpbrunnen; vor 1820	Seestraße 4: Brunnen; vor 1824
Leonberger Straße 24: Pumpbrunnen; vor 1824	Seestraße 7: Brunnen; vor 1840
Lindenstraße 5: Pumpbrunnen; vor 1835	Seestraße 8: Brunnen; vor 1840
Lindenstraße 9: Pumpbrunnen; vor 1846	Seestraße 9: Pumpbrunnen; vor 1820
Lindenstraße 11: Pumpbrunnen; vor 1835	Seestraße 11: Brunnen; vor 1840
Marktplatz 2: Brunnenhaus; 1788	Seestraße 12: Brunnen; vor 1826
Marktplatz 4: Brunnen; 1788	Seestraße 14: Pumpbrunnen; vor 1833
Marktplatz 6/7: Pumpbrunnen; 1788	Solitudestraße 26: Brunnen; vor 1838
Marshallstraße 1: Pumpbrunnen; 1788	Solitudestraße 34: Wasser- und Pumpenhaus; 1841
Marshallstraße 2: Pumpbrunnen; 1788	Stuttgarter Straße 2: zwei Brunnen; 1760
Marshallstraße 3: Pumpbrunnen; 1788	Stuttgarter Straße 4/6: Pumpbrunnen; 1788
Marshallstraße 4: Lauf- und Kellerbrunnen; 1788	Stuttgarter Straße 8: Pumpbrunnen; 1788
Marshallstraße 5: Laufbrunnen; 1788	Stuttgarter Straße 12: Pumpbrunnen; 1788
Marshallstraße 6: Brunnen; 1788	Stuttgarter Straße 14: Pumpbrunnen; 1788
Marshallstraße 7: Pumpbrunnen; vor 1839	Stuttgarter Straße 16: Laufbrunnen, Bassin; vor 1822
Mömpelgardstraße 2: Laufbrunnen; 1797	Stuttgarter Straße 26: Pumpbrunnen; vor 1833
Mömpelgardstraße 6: Laufbrunnen; 1788	Stuttgarter Straße 28: Pumpbrunnen; 1788
Mömpelgardstraße 8: Laufbrunnen; 1788	Stuttgarter Straße 32: Pumpbrunnen; 1788
Mömpelgardstraße 8 (Garten): Pumpbrunnen; 1788	Stuttgarter Straße 52: Pumpbrunnen; 1788
Mömpelgardstraße 12: Laufbrunnen; 1820	Stuttgarter Straße 56: Pumpbrunnen; 1788
Mömpelgardstraße 14/16: gem. Laufbrunnen; 1788	Stuttgarter Straße 60: Brunnen; vor 1842
Mömpelgardstraße 18: Mikwe, Laufbrunnen; 1788	Talstraße 15: Abwasser-Brunnen; vor 1826
Mömpelgardstraße 20: Laufbrunnen, See; 1788	Untere Marktstraße 3: Laufbrunnen; 1788
Mömpelgardstraße 22: Laufbrunnen; 1820	Untere Reithausstraße 2: Brunnen; vor 1836
Mömpelgardstraße 24: Laufbrunnen; 1788	Wilhelmstraße 2: Brunnenhaus; 1788
Mömpelgardstraße 26: Laufbrunnen; 1788	Wilhelmstraße 12: Pumpbrunnen; 1788
Mömpelgardstraße 28: Brunnen; 1788	Wilhelmstraße 13: Pumpbrunnen; 1788
Mühlstraße 36: Bad, Pumpbrunnen, See; 1826	Wilhelmstraße 15: Pumpbrunnen; 1820
Obere Marktstraße 2: Pumpbrunnen; 1788	Wilhelmstraße 22: Brunnen; vor 1836
Obere Marktstraße 3: Pumpbrunnen; 1788	Wilhelmstraße 25: Brunnen; vor 1831
Obere Marktstraße 4: Pumpbrunnen; 1788	Wilhelmstraße 27: Brunnen; 1820
Obere Reithausstraße 6: Pumpbrunnen; vor 1838	Ziegelgasse 10: Laufbrunnen, Wette; 1788

*Private Brunnen zwischen 1720 und 1850.*



gezogen. Das Gebäude fällt noch heute wegen seiner ungewöhnlichen Architektur im Straßenbild auf.

*Talstraße 15:* Private Teuchellage mit dem Abwasser vom Brunnen in der Bauhofstraße 31.  
*Wilhelmstraße 13:* Pumpbrunnen im Wirtshaus-Garten der früheren »Museums-gesellschaft«, heutiger Ratskellergarten.

*Ziegelgasse 10:* Auf dem Gelände der Stadt-Ziegelhütte befand sich 1788 neben einem Laufbrunnen auch eine Wette (kleiner Weiher).

Die oben bereits zitierte Statistik weist für 1774 insgesamt 106 private Brunnen nach. Die Notiz von 1843 spricht von 97 privaten Brunnen (9 Lauf- und 88 Pumpbrunnen). Die Oberamtsbeschreibung gibt auch hier für 1859 niedrigere Zahlen an, obwohl sich die Einwohnerzahl zwischen 1843 und 1859 kaum verändert hatte, nämlich 68 private Brunnen (19 Lauf- und 49 Pumpbrunnen).

Ein erneuter Blick auf den Stadtplan zeigt die beinahe lückenlose Versorgung mit privaten Brunnen entlang der guten Wohnstraßen Schloss- und Stuttgarter Straße, Mömpelgard- und Schorndorfer Straße und auch der Seestraße, wobei vor allem die Mömpelgardstraße mit einer geschlossenen Reihe von Laufbrunnen und die Schorndorfer Straße mit einer geschlossenen Reihe von Pumpbrunnen als untrüglichem Zeichen höchsten Wohlstands und Wohnkomforts auffällt. Die Dichte der Brunnen in der Stadthälfte östlich des Marktplatzes ist ebenfalls sehr hoch, nimmt jedoch in der westlichen Stadthälfte deutlich ab. Dieses Ost-West-Gefälle wird am deutlichsten im Bereich Bauhof-, Reithaus- und Hospitalstraße sichtbar, in dem es so gut wie keine Privat-Brunnen gibt. Es ist zu vermuten, dass eher soziale als geologische Gründe für dieses Phänomen verantwortlich sind, doch das ist ein anderes Thema.

Der Vollständigkeit halber seien noch die Gartenbrunnen erwähnt: In mehreren Privatgärten, u.a. vor dem Schorndorfer Tor und dem Solitude-Tor, in den Seegärten, am Zuckerberg oder in der Nähe der Bärenwiese, befanden sich ebenfalls Brunnen, die in der Liste allerdings nicht aufgeführt sind.

### *Brunnen bei öffentlichen oder herrschaftlichen Gebäuden*

Wie bereits erwähnt, wurden die herrschaftlichen Brunnen im Bereich des Residenzschlosses, des Arbeitshauses und der Kasernen unabhängig von den öffentlichen und den privaten Brunnen verwaltet. Die hier wiedergegebene Zusammenstellung ist mit Sicherheit nicht vollständig. Sie entstand als »Abfallprodukt« bei der Recherche nach den öffentlichen und privaten Brunnen Ludwigsburgs (die laufenden Nummern beziehen sich auf den beigefügten Stadtplan).

*Heilbronner Straße 49/51 (1):* »Marienwahl«. Neben beiden Gebäuden stand je ein Laufbrunnen. Ein altes Foto zeigt auf der Westseite der Villa einen Brunnen mit gusseisernem Trog.

*Untere Kasernenstraße 3/5 (2):* Talkaserne. Auf der Planskizze von Retti (1730) ist im Innenhof der Kaserne ein Brunnen nachgewiesen, was durch ein historisches Foto belegt ist.

*Schlossstraße 30 (3):* Residenzschloss. Dominant und repräsentativ, der 1808 im mittleren Schlosshof von Nikolaus von Thouret errichtete Löwenbrunnen, dessen Zwillingbruder im ehemaligen Innenhof der Hohen Carlsschule auf der Südseite

Tafel 2

Lageplan der privaten Brunnen zwischen 1720 und 1850.

---



Private Brunnen  
zwischen 1720 und 1850

des Neuen Schlosses in Stuttgart steht. Bescheiden dagegen, da ohne Repräsentationspflichten, der Küchenbrunnen (Gusseisen-Trog von 1753) neben dem Küchenbau und der Gruftbrunnen (Gusseisen-Trog von 1783) hinter der Schlosskapelle, zwei heute noch laufende Brunnen, die ausschließlich der Wasserversorgung dienen. Nicht zu vergessen, der 1719 von Carlo Ferretti künstlerisch gestaltete Bacchus-Brunnen im Fasskeller unter dem Spielpavillon.

*Bietigheimer Straße 1* (4): Königlicher Marstall. Der Plan von Retti (1745) weist im Innenhof einen, der Stadtplan von Baumgärtner (1839) zwei Brunnen auf.

*Marktplatz 8* (5): Oberamtei. Laufbrunnen im Hof, gespeist vom Überschuss- bzw. Abwasser des Marktbrunnens.

*Mömpelgardstraße, Holzgarten* (6): Laufbrunnen im ehemaligen Holzgarten östlich der Mömpelgardstraße, gespeist von einer Brunnenstube im Frisoni-Garten, Schorn-dorfer Straße 40.

*Meiereistraße* (7): Beim Verkauf der königlichen Meiereigebäude im Jahr 1829 wurde ein Pumpbrunnen erwähnt, der auch nach dem Verkauf des Geländes an die Stadt stehen blieb.

*Wilhelmstraße/Gartenstraße* (8): 1838 sollte auf dem Gelände zwischen Wilhelmstraße und Asperger Straße das neue Schlachthaus gebaut werden. Die eigene, vom Abwasser des Stiftbrunnens unabhängige Wasserversorgung sollte durch einen neuen Pumpbrunnen sichergestellt werden. Die Suche nach Wasser verlief ohne Erfolg. Das Schlachthaus wurde 1839 an anderer Stelle (Solitudestraße 26) errichtet.

*Hospitalstraße 1* (9): 1841/42 wurde beim Stadtspital ein neuer Pumpbrunnen errichtet. Ob der Schacht dieses Brunnens bei einem mysteriösen Brunnenfund im Jahr 1967 auf dem Gelände der Wernerschen Klinik entdeckt wurde, ist unklar, aber möglich.

*Wilhelmstraße 24* (10): Reiterkaserne (ehemaliger Wilhelmsbau). Mehrere Brunnen im Innenhof der Kaserne, gespeist von der zum Lindenbrunnen führenden Hauptteuchellage.

*Obere Marktstraße 1* (11): Pumpbrunnen im Hof der Latein- bzw. Knabenschule. Auch Eich-Brunnen genannt, weil sich im Hof die städtische Eichstube befand.

*Eberhardstraße 1* (12): Landvogtei. Pumpbrunnen im Hof, gespeist vom Überschuss- bzw. Abwasser des Marktbrunnens, 1819/20 tiefer gelegt.

*Schorn-dorfer Straße 31* (13): Ehemaliges Oberamtsgericht. Herrschaftliche Brunnenstube zur Versorgung der Brunnen im Residenzschloss.

*Schorn-dorfer Straße 55* (14): Militärspital. Im Hof stand an der Grenze zum Nachbargrundstück Nr. 53 ein gemeinsam genutzter Brunnen.

*Wilhelmstraße 1–9* (15): Mehrere Brunnen standen in den Höfen der einzelnen Gebäude, der Kanzleikaserne (Nr. 1/5; früheres Haus des Obervogts Phull), des Kameralamts (Nr. 7), der Prälatur (Nr. 9) sowie des Gardestalls. Eine Teuchellage vom Lerchenholz lieferte das Wasser. Dabei versorgte der Phull-Brunnen, ein Frischwasser-Brunnen, den benachbarten Kanzlei-Brunnen, der 1729 als Schöpfbrunnen beschrieben wurde, mit seinem Abwasser.

*Fasanenstraße 17* (16): Zucht- und Arbeitshaus. Hinter der Waschküche an der Fasanenstraße stand ein Laufbrunnen.

*Schorn-dorfer Straße 28* (16): Zucht- und Arbeitshaus. Ein historisches Foto zeigt vor der Militärwache einen doppelten Laufbrunnen. Hinter dem Festungsbau befand sich ein weiterer Brunnen.

*Schorn-dorfer Straße 42* (17): Porzellan-Manufaktur. Im Messbuch von Wagner (1788) ist im Hof ein Brunnen nachgewiesen.



*Innenhof des Zuchthauses mit doppeltem Pumpbrunnen (um 1930).*



*Arsenalplatz mit Pumpbrunnen (Lithografie um 1830).*

*Arsenalplatz* (18): Auf einer um 1830 entstandenen Lithografie ist in der Mitte des Platzes ein doppelter Pumpbrunnen eingezeichnet, an dem zwei Frauen ihre Eimer mit Wasser füllen. Weiterer Nachweis im Stadtplan von Baumgärtner (1839). Auf einer Fotografie aus dem Jahr 1871 ist ein zweiter Pumpbrunnen auf dem Platz vor dem Gebäude Arsenalplatz 1 zu erkennen. Beide Brunnen wurden offensichtlich nicht nur von der Kaserne, sondern auch öffentlich genutzt.

*Mathildenstraße 25* (19): Brunnen im Garten des Mathilden-Stifts.

*Stuttgarter Straße 18/20* (20): Kasernenverwaltung. Der Laufbrunnen im Hof wurde über eine eigene Teuchellage von der Brunnenstube beim Notbrunnen (Karlstraße 16) versorgt.

*Bahnhofstraße 20/22* (21): Brunnen bei der Lokomotiv-Remise am Bahnhof.

*Karlstraße 20* (22): 1824/25 wurde der Brunnen oberhalb des Feuersees beim neuen Reithaus frisch gegraben.

*Jägerhof* (23): Beim Verkauf des herrschaftlichen Geländes an der Kreuzung Friedrichstraße/Alt-Württemberg-Allee im Jahr 1820 wurden zwei Pumpbrunnen erwähnt.

*Solitudeallee 84* (außerhalb der Karte): Ehemaliger Laborierbau, im Hof ein Pumpbrunnen.

### *Was übrig blieb*

1866, im Eröffnungsjahr des Wasserwerks, erreichte die Zahl der in Ludwigsburg installierten öffentlichen und privaten Brunnen ihren Höhepunkt, gleichzeitig wurde damit aber auch das Ende einer Ära eingeläutet. Im ersten Betriebsjahr des Wasserwerks wurden bereits 170 Häuser an das neue Leitungsnetz angeschlossen. Nach anfänglicher Skepsis nahm die Zahl der Anmeldungen schnell zu. Die Brunnen wurden damit überflüssig, zumindest diejenigen, die ausschließlich der Versorgung mit Trinkwasser dienten.

In den Höfen hinter den Häusern nahmen die Brunnen jetzt nur noch Platz weg, auf den Straßen und Gehwegen vor den Häusern waren sie ebenfalls störend. Da es in Ludwigsburg nur zwei Brunnen mit repräsentativer Funktion und künstlerischem Wert gab (Marktbrunnen und Löwenbrunnen im Schloss), war das Schicksal der restlichen besiegelt. Sie wurden nach und nach abgetragen, verschlossen oder zugeschüttet. Für Nostalgie war kein Platz!

Von den historischen Brunnen Ludwigsburgs laufen außer dem Marktbrunnen nur noch der Löwen-, Küchen- und der Gruftbrunnen im Residenzschloss sowie der Mathildenhof-Brunnen in der Mömpelgardstraße 12 an Ort und Stelle. Die beiden Laufbrunnen in der Lindenstraße und am Reithausplatz sind funktionsfähige Neu-Aufstellungen. Teile des »Körner-Brünneles« wurden dekorativ in die Grünanlage auf dem Parkhaus in der Asperger Straße integriert. Der Pumpbrunnen im Hof der Mömpelgardstraße 26 schließlich wartet geduldig auf bessere Zeiten.

In den 1950er Jahren entdeckten Architekten und Städteplaner den künstlerisch gestalteten Brunnen als städtebauliche Komponente wieder, sei es zur Gliederung von Plätzen, zur Auflockerung von Straßenzügen oder zur Belebung von Innenhöfen. Künstler der Region machten mit der Gestaltung neuer Brunnen auf sich aufmerksam, privates Sponsoring ermöglichte dabei manches Projekt. Ein neues Thema, mit dem sich ein weiterer Beitrag beschäftigen sollte.

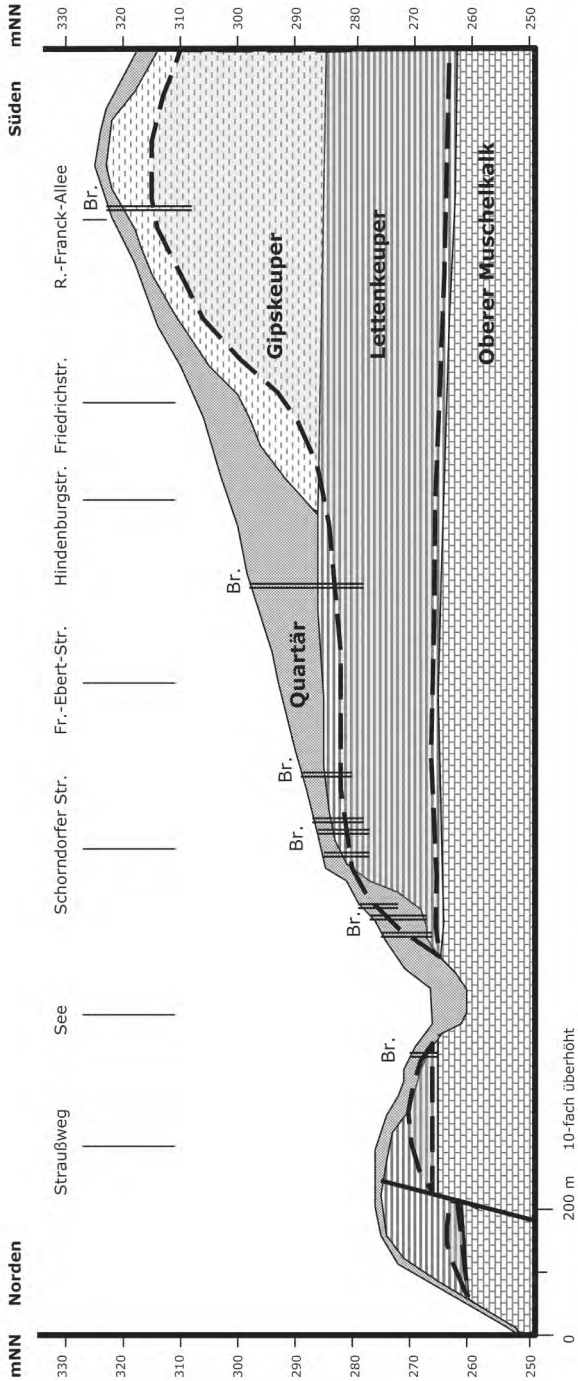


*Abb. links: Küchenbrunnen neben dem Küchenbau im Residenzschloss.  
Abb. rechts: Gruftbrunnen hinter der Schlosskirche im Residenzschloss.*

*Die hydrogeologischen Verhältnisse im Stadtgebiet von Ludwigsburg  
(von Wolfgang Goos)*

Im Raum Ludwigsburg gibt es im Untergrund drei Hauptgrundwasserstockwerke, in denen die Gesteinsklüfte und Porenzwischenräume mit Wasser erfüllt sind. Das *obere Grundwasserstockwerk* besteht aus den an der Erdoberfläche liegenden, feinkörnigen, locker gelagerten und oft lehmigen Schichten aus dem Erdzeitalter des Quartärs (2,5 Mio. Jahre bis heute) in Koppelung mit den unterlagernden, teils porösen und oft klüftigen Festgesteinsschichten der viel älteren Gesteine des Gipskeupers und des Lettenkeupers (226 bis 234 Mio. Jahre alt). Die Basis dieses Grundwasserleiters bilden die wasserstauenden Tonsteine der Estheriensichten und der Vitriolschiefer an der Grenze zum Oberen Muschelkalk. Dort, wo diese Schichtgrenze an der Erdoberfläche zu Tage tritt, kommt es gelegentlich zu freien Quellaustritten. Darunter folgt das klüftige und zum Teil auch verkarstete *mittlere Grundwasserstockwerk* des Mittleren und Oberen Muschelkalks (234 bis 240 Mio. Jahre alt) im Verbund mit den jungen Flusskiesen des Neckartals. Dieses Grundwasser wird in Ludwigsburg oft von Industriebetrieben in tiefen Bohrungen genutzt. Einige Brunnen im Neckartal dienen heute zur Notwasserversorgung und für das Freibad. Der Mineralwasserbrunnen in Hoheneck ist für die Öffentlichkeit zugänglich. Die wasserstauenden Schichten an der Basis dieses Grundwasserleiters sind hier die

# Hydrogeologischer Profilschnitt entlang der Alt-Württemberg-Allee in Ludwigsburg Oberes Grundwasserstockwerk



- Gemauerte Brunnen**
- Oberer Muschelkalk (239 – 234 Ma)**  
5 m Trigonodusdolomit, darunter Kalksteinbänke mit zwingelagerten, dünnen Tonsteinhorizonten Kluff- und Karstgrundwasserleiter
- Oberes Grundwasserstockwerk in Ludwigsburg**  
Bereiche in denen Poren und Gesteinsklüfte mit Grundwasser erfüllt sind  
Gekoppelter und teils schichtiger Grundwasserleiter in den Schichten von Quartär, Gipskeuper und Lettenkeuper
- Tektonische Verwerfung**

- Deckschichten aus der Quartär-Zeit (Eiszeitalter – 2,6 Mio. Jahre bis heutige Zeit)**  
Lösslehm, Löss, Fließerden, Schuttdecken Porengrundwasserleiter
- Gipskeuper (233 – 226 Ma)**  
Ausgelaugte Grundgipschichten, Zeilendolomite Hier überwiegend Porengrundwasserleiter
- Lettenkeuper (234 – 233 Ma)**  
Enge Wechsellagerung von Dolomitstein-, Tonstein- und Sandsteinbänken. Schichtiger Kluffgrundwasserleiter



Auslaugungstone der Salzgesteine im Mittleren Muschelkalk. Etwa 240 m unter der Ludwigsburger Innenstadt und bei ca. 50 m NN liegt das *untere Grundwasserstockwerk* im klüftigen Oberen Buntsandstein. Hier wird im Neckartal eine sehr salz- und sulfathaltige Heilwasser-Sole aus Bohrbrunnen zur therapeutischen Nutzung im Heilbad Hoheneck gefördert. Dieses über 30 000 Jahre alte Grundwasser versickert am Ostrand des Schwarzwaldes. Es wird durch tief liegende Tonsteinschichten nach oben abgedichtet und steht im Neckartal unter artesischem Druck.

Die Ludwigsburger Bürger, die Landwirtschaft, die Gewerbebetriebe und die ersten kommunalen Wasserwerke haben in früheren Zeiten ihr Trink- und Brauchwasser zum größten Teil aus Brunnen bezogen, die je nach der topographischen Lage mehrere Meter und manchmal bis über 20 Meter tief in das obere Grundwasserstockwerk gegraben wurden. Die unterschiedlich alten und unterschiedlich zusammengesetzten geologischen Schichten dieses Stockwerks bilden hier einen korrespondierenden und teils schichtigen Grundwasserleiter mit Porenzwischenräumen in den körnigen Lockergesteinen und mit Gesteinsklüften in den felsartigen Festgesteinen. Im bis zu 23 Meter mächtigen Lettenkeuper, einer geologischen Gesteinsabfolge, die vor Urzeiten großteils in Flussebenen und Seen und teils unter kurzzeitigem Meereseinfluss abgelagert wurde, zirkuliert das Grundwasser in den Millimeter großen Gesteinsklüften und Schichtfugen der Dolomitsteinbänke und der Sandsteinbänke. Die dazwischen liegenden Tonmergelsteinbänke sind eher grundwasserstauend, so dass die wechselnde Gesteinsabfolge des Lettenkeupers einen »schichtigen Kluftgrundwasserleiter« bildet.

Der über dem Lettenkeuper abgelagerte und ursprünglich ca. 110 Meter mächtige Gipskeuper ist im Ludwigsburger Stadtgebiet nur noch in Erosionsresten von wenigen Metern bis etwa 30 Meter erhalten. Diese Gesteine wurden in einem feucht-warmen bis trocken-heißen Klima abgelagert, so dass es neben der Ablagerung von Tonmergelsteinen und Dolomitsteinbänken auch zur Abscheidung von Gips und Anhydrit im verdunstenden Meerwasser gekommen ist. Die bis zu 15 Meter mächtigen Grundgipsschichten an der Basis des Gipskeupers sind in Ludwigsburg heute nahezu vollkommen durch zirkulierendes Grund- und Sickerwasser aufgelöst, so dass nur noch bröckelige Tonsteine mit karbonatischen Lösungsrückständen, sog. Zellendolomite, übrig geblieben sind. Das Grundwasser zirkuliert hier in den sich bei der Verwitterung bildenden Porenzwischenräumen und in Restklüften.

In der Quartärzeit wurden während der Kaltzeiten – hier Riß-Kaltzeit und Würm-Kaltzeit – gemischtkörnige Verwitterungsschuttdecken, Fließerdunen und Hangschuttmassen durch Frost-Tau-Wechsel auf der erodierten Landoberfläche aus Muschelkalk, Lettenkeuper und Gipskeuper gebildet. Darüber lagerten sich die stellenweise bis über 10 Meter mächtige Schichten aus staubförmigem Löss ab, der durch starke Südwestwinde aus den Schotterfluren des Oberrheingrabens auf die Gäuflächen geweht wurde. Dieser Löss ist in den oberen ein bis zwei Metern zu entkalktem und tonigem Lösslehm verwittert, was die hohe Fruchtbarkeit des Strohbaus begründet. Diese feinkörnigen Lehme sind nur gering wasserdurchlässig. In den Tälern wurden sandige Flusskiese und später bis in die Neuzeit sandig-tonige Auenlehme abgelagert. In diesen jungen und kaum verfestigten Ablagerungen zirkuliert das Grundwasser in den mehr oder weniger feinen Poren der sandigen Kiese und der feinkörnigeren Lehme. Vereinzelt Tonlagen sind nahezu wasserstauend.

*Zeittafel bis 1866*

- 1712: Beginn der Arbeiten am Brunnenwerk.  
1714: Brunnenstube außerhalb des Marstalls; Brunnenstube im Frisoni-Garten (Schorndorfer Straße); Teuchellage zum Schlossbrunnen und Brunnen im Holzgarten.  
1715: Fassung der Quellen im Eglosheimer Feld/Benz-Wiesen.  
1715/16: Brunnenstuben im Bereich Fuchshof.  
1716: Teuchellage vom Marstall in den Hof der Talkaserne.  
1717: Teuchellage von den Benz-Wiesen zum Fasanengarten/Favorite fertig.  
1718: Kellerquelle im Guthschen Haus am Reithausplatz; Brunnenstube oberhalb der Wette am Reithausberg; vier Brunnenstuben im Kappelrain; Teuchellage zum Lazarett-Brunnen.  
1719: Herzogliches Dekret: »Geschenk« der Schlossgarten-Quelle an die Stadt; Inbetriebnahme des (provisorischen) Marktbrunnens; Kaffeehausbrunnen neben Marktbrunnen einziger öffentlicher Laufbrunnen der Stadt; Bacchus-Brunnen von Carlo Ferretti im Fasskeller des Schlosses.  
1720: Brunnen in der Kammerschreiberei (Grävenitz-Haus) mit Wasser aus der Schlossgarten-Quelle.  
1725: Entlassung von Brunnenmeister Jeremias Dietermann wegen unordentlichen Lebenswandels.  
1726: Inbetriebnahme des Möglinger Brunnenwerks; Teuchellage zum neuen Marktbrunnen; Wiedereinstellung Dietermanns.  
1728: Marktbrunnen vollendet.  
1729: Dekret: Finanzierung der Unterhaltskosten des Möglinger Brunnenwerks und der Herstellung des Marktbrunnens über den Verkaufserlös der neuen Mühlenordnung.  
1730: Ernsthafte Schäden am Möglinger Brunnenwerk.  
1731: Protokoll über notwendige Baumaßnahmen am Marktbrunnen, am Möglinger Brunnenwerk sowie über den Ausbau der Laufbrunnen.  
1738: Abbruch des Möglinger Brunnenwerks.  
1739/40: Dekret: Bereitstellung von Fonds-Geldern für das Brunnenwesen.  
1742: Verkauf des Möglinger Brunnenwerks; Eisenteuchel des aufgelassenen Möglinger Brunnenwerks für Teuchellage im südlichen Schlossgarten angefordert.  
1743: Teuchellagen- und Brunnenbeschreibung von Brunnenmeister Dietermann.  
1745: Brunnen-Plan von Leopoldo Retti (Planskizze bereits um 1730).  
1758: Bitte des Stadtmagistrats um Gratis-Überlassung von Teucheln für eine Teuchellage am Holzmarkt.  
1759/60 Inventar-Liste der städtischen Brunnen-Materialien; Holzmarkt-Brunnen: Umstellung von Pump- auf Laufbrunnen.  
1766: Dr. Reichenbach: Bitte um Wasser-Privileg in der Mömpelgardstraße 26.  
1770: Kammerlakai Thouret: Bitte um Wasser-Privileg in der Mömpelgardstraße 20.  
1773: Adjutant von Klingowstroem: Bitte um Wasser-Privileg in der Mömpelgardstraße.  
1779/80: Aufnahme der Teuchellagen (durch Federer).  
1786: Diener Welling: Bitte um Wasser-Privileg in der Mömpelgardstraße.  
1788: Messbuch Wagner.  
1796: Major von Rieger: Bitte um Wasser-Privileg in der Mömpelgardstraße; Hof-Kaminfege Weigle: Bitte um Wasser-Privileg in der Mömpelgardstraße 20.

- 1797: Sekretär Haller: Bitte um Wasser-Privileg in der Mömpelgardstraße 2.
- 1803/04: Holzmarkt-Brunnen: Umstellung von Lauf- auf Pumpbrunnen.
- 1804: Beschluss: neuer Pumpbrunnen in der Schorndorfer Straße.
- 1808: Löwen-Brunnen von Thouret im mittleren Schlosshof.
- 1810: Einrichtung des Brunnens bei der Brauerei Heiner, späterer Körner-Brunnen an der Schützen/Gartenstraße.
- 1811: Kauf eines Gusseisen-Trogs bei einer Versteigerung in Köngen und Versetzung zum Lindenbrunnen.
- 1814: Neuanlage des Talbrunnens; Gesuch der Talbewohner um einen zweiten Brunnen: abgelehnt.
- 1815/32: Zwei Tieferlegungen der östlichen Marstall-Quelle.
- 1816: Gesuch: neuer Brunnen in der Bauhofstraße.
- 1816/17: Brunnen bei der Brauerei Heiner: Übergang von Privatbesitz in städtischen Besitz.
- 1817: Zweiter Laufbrunnen am Osterholz-Berg errichtet.
- 1817/18: Neuer Brunnen am Ende der Leonberger Straße errichtet.
- 1818: Neuer Brunnen in der Bauhofstraße errichtet.
- 1819: Entdeckung der zweiten Schafhof-Quelle; Teuchellage zum Brunnen bei der Brauerei Heiner; Ausmauerung der Schafhof-Brunnenstube.
- 1820/27: Generalsanierung der Teuchellagen: Austausch, Tieferlegung, teilw. Ersatz durch Dolen.
- 1821: Wassermangel.
- 1822: Marstall-Brunnen: Übergang von herrschaftlichem in städtischen Besitz; Wasser-suche am Aldinger Tor.
- 1824: Wassersuche am Solitude-Tor; Eröffnung einer öffentlichen Bade-Anstalt, Stuttgarter Straße 52, Hinweis auf das vorzügliche Quellwasser.
- 1825/26: Teuchelaufnahme durch Geometer Beutel.
- 1826: Eröffnung des Badgartens, öffentliche Bade-Anstalt mit eigener Quelle in der Mühlstraße 36, durch Hofbrunnenmacher Gottlob Lutz.
- 1827: Teuchelbuch von Geometer Friedrich Beutel.
- 1830: Wassermangel: Hinweis auf die Nutzung artesischer Brunnen.
- 1834/35: Neuer Brunnen beim »Bären«.
- 1835: Ortspolizeiliche Anordnungen und Strafen.
- 1836: Verbot des Ausschöpfens von Brunnen.
- 1836/37: Neuer Brunnen am Ende der Lindenstraße errichtet.
- 1838: Erfolgreiche Wassersuche für Schlachthaus-Brunnen.
- 1839: Plan von Friedrich Baumgärtner d.Ä.
- 1840: Städtisches Projekt: Verbesserung des Brunnenwesens.
- 1841: Kirchhof-Brunnen: Eisentrog, Steinstock.
- 1842: Dekrete der Kreis-Regierung: Verbesserung des Brunnenwesens.
- 1843: Gesuch und Akkord: öffentlicher Brunnen in der Mömpelgardstraße; Verle-gung des Stiftsbrunnens zur Reiter-Kaserne; Verbot der Verunreinigung der Brunnen.
- 1848: Neuer Brunnen Nähe Osterholz-Berg errichtet.
- 1850/51: Stadtverwaltung und Kriegskasse: Gemeinsame Teuchellage am Feuersee, gemeinsame Kosten.
- 1863/64: Neuer Brunnenschacht Nähe Feuersee für Wasserwerk.
- 1865/66: Anschluss von acht neuen und sechs alten Brunnen an das Wasserwerk.

1866: Brunnen am Anfang der Bauhofstraße mit altem Trog vom Linden-Brunnen errichtet; Brunnen am Ende der Bauhofstraße mit altem Trog vom Unteren Kaffee-Brunnen errichtet; Aufforderung zum Schutz der neuen Brunnen; Eröffnung des städtischen Wasserwerks in der Leonberger Straße 14.

### *Glossar*

- Aufwärmpfanne: Eisenpfanne, gefüllt mit glühenden Kohlen, zum Auftauen eingefrorener Brunnenrohre verwendet.
- Bruch: Richtungsänderung einer Teuchellage.
- Brunnendeckel: Massive Steinplatte zum Abdecken von Schachtlöchern oder kleinen Brunnenstuben.
- Brunnendünger: Pferdemist, der im Winter um den Brunnenstock gepackt wurde, um das Einfrieren zu verhindern.
- Brunnenkachel (Brunnenbüchse): Verbindungselement zwischen zwei Holzteucheln. Eisenring mit Mittelwulst, Länge ca. 10 cm, Durchmesser 10–15 cm. Beidseitig geschärft zum Eintreiben in die Stirnseiten der Teuchel.
- Brunnenkasten: Behälter zum Auffangen des ausfließenden Brunnenwassers. Brunnenkästen aus Holz, mit Eisen-Klammern und Eisen-Winkeln beschlagen, wurden mit schwarzer oder silberner Farbe angestrichen. Brunnenkästen aus Gusseisenplatten, mit Brunnenschrauben montiert, wurden oft mit Wappen und Jahreszahlen verziert.
- Brunnenplakat: Am Brunnenstock befestigte Tafel mit Hinweisen zur ordnungsgemäßen Benutzung des Brunnens.
- Brunnenstiefel: Der in das Saugrohr einer Pumpe eingepresste Arbeitszylinder aus Messingguss.
- Brunnenstock: Stein- oder Holzsäule, in der das Ausflussrohr des Brunnens befestigt ist.
- Brunnenstube: Mit Feldsteinen ausgemauerter Schacht zur Fassung einer Quelle bzw. zum Sammeln von aufgeschlossenem Grundwasser, auch Bedienungsschacht für Hähne. Die Größe der innerstädtischen Ludwigsburger Brunnenstuben schwankte zwischen 1,5 x 1,5 und 3 x 4 m Grundfläche, bei einer maximalen Tiefe von 7 m.
- Dole: Wasserleitung in einem bedeckten gemauerten Kanal.
- Futteral: Isolierende Abdeckung eines Brunnenstocks.
- Gölte (Butte): Gefäß zum Transport von Wasser auf dem Rücken, mit Trägern.
- Göltenträger: Eisenkonstruktion quer über den Brunnentrog oder Brunnenkasten zum Absetzen der Gölten beim Befüllen.
- Hundskopf: Abschluss des Ausflussrohres in Form eines Hundskopfes, zum Einhängen von Wassereimern während des Befüllens.
- Lettenstempel: Gerät zum Zusammentreiben zweier Holzteuchel (?).
- Lichter: Arbeitsbeleuchtung des Brunnenmachers bei der Arbeit im Schacht.
- Perpendikel: Senkblei, Senklot.
- Salz: Wurde dem Wasser zur Reinigung und zur Verbesserung der Qualität in den Brunnenstuben zugesetzt.
- Schiedstein: Markierungsstein zur Kennzeichnung von Brüchen, eingegrabenen Spunden und Streifkästen sowie von abgedeckten Schächten und Brunnenstuben.



Ludwigsburg

Brunnen im Hof des Kgl.  
Schlosses Empire Stil.

Löwenbrunnen im Inneren Schlosshof.

Spitzrohr: Metallrohr, eingesetzt am Übergang vom Teuchel zum Brunnenstock bzw. bei starker Richtungsänderung der Teuchellage, die mit starren Holzteucheln nicht realisiert werden konnte.

Spund: Verschließbare Öffnung eines Teuchels, benutzt bei Reinigungs- und Wartungsarbeiten. Eingegraben und mit einem Schiedstein (oder Spundstein?) markiert.

Spundstein: Verschluss eines Spundes oder Markierung eines eingegrabenen Spundes an der Oberfläche (?).

Stiefelrohr: Saugrohr einer Pumpe.

Streifkasten: In die Teuchellage eingebauter Kasten, der zur Reinigung (zum »Streifen«) oder zur Wartung der Leitung geöffnet werden konnte.

Streiffrute: Gerät zur Reinigung von Teucheln. Der Brunnenknecht »streift« beim Reinigen mit ihr die Innenwandung der Teuchel.

Streifstein: Markierung eines eingegrabenen Streifkastens (?).

Teuchel (Deuchel, Teichel, Deichel): Wasserleitungsrohr aus Fichtenholz, Ton, Gusseisen oder Blei. In ca. 80 % der Fälle wurden Holzteuchel verwendet. Innendurchmesser etwa 10 cm, Länge max. 8 m.

Teuchelbohrer: Gerät zum Aufbohren von Holzteucheln. Länge ca. 4,5 m, Außendurchmesser 10 cm.

Teuchelbuch: Pläne und Beschreibungen aller Brunnen und Teuchellagen.

Teuchellage: Mit Teucheln verlegte Wasserleitung.

Teuchelzange: Gerät zum Anheben von Teucheln (?).

Ventil: Einfach-/Mehrfachhahn.

Winterkasten: Demontierbarer Kasten über dem mit Brunnendünger isolierten Brunnenstock.

### *Historische Brunnennamen*

Abel-Brunnen: Holzmarkt.

Bacchus-Brunnen: Residenzschloss, Fasskeller.

Bärenbrunnen: Brunnen in der Bärenstraße; Gartenbrunnen in der Nähe der Bärenwiese.

Eich-Brunnen: Obere Marktstraße 1.

Gruftbrunnen: Residenzschloss, Schlosskapelle.

Husaren-Brunnen: Karlsplatz.

Kaffee(haus)-Brunnen: Schlosstraße 27 (Allee).

Kanzlei-Brunnen: Wilhelmstraße 1–5.

Kirchhof-Brunnen: Schorndorfer Straße, Alter Friedhof.

Körner-Brunnen/Brünnele: Schützenstraße/Gartenstraße.

Kronen-Brunnen: Kronenstraße 2.

Küchenbrunnen: Residenzschloss, Küchenbau.

Lazarett-Brunnen: Bereich Talkaserne.

Lindenbrunnen: Kreuzung Linden-/Körnerstraße.

Löwen(Adler-)brunnen: Residenzschloss, mittlerer Schlosshof.

Marktbrunnen: Marktplatz.

Marstallbrunnen: Bietigheimer Straße 4/Charlottenstraße.

Notbrunnen: Karlstraße 16.

Osterholz(berg)-Brunnen: Nähe Asperger Torhaus, Asperger Straße/Abelstraße.

Phull-Brunnen: Wilhelmstraße 1–5.

Rathaus-Brunnen: Wilhelmstraße 11.  
 Schalenbrunnen: Residenzschloss, Unterer Ostgarten.  
 Schlachthaus-Brunnen: Gartenstraße zwischen Wilhelm- u. Asperger Straße, nicht realisiert!  
 Seebrunnen: Karlstraße 16.  
 Silber-Brunnen: Kronenstraße 2.  
 Stadtkirchenbrunnen: Hinter der Stadtkirche/Kirchstraße.  
 Stiftsbrunnen: Asperger Straße 23/25.  
 Talbrunnen: Bietigheimer Straße 13.  
 Unterer Kaffee-Brunnen: Schlosstraße 37 (Allee).  
 Wasser- und Pumpenhaus: Solitudestraße 34.  
 Wasserturm: Hospitalstraße/Asperger Straße 16/18.  
 Wasserwerk: Leonberger Straße 14.

## Quellen und Literatur

### Literatur:

#### Allgemein:

Johann Andreas de Traitteur: Die Wasserversorgung von Mannheim, 1798.  
 Franz Bösenkopf: Der Brunnenbau, 1928 (ND 2006).

#### Brunnen in Ludwigsburg:

Adress-Handbuch Ludwigsburg, 1825 (ND 1990).  
 Beschreibung des Oberamts Ludwigsburg, 1859, S. 127 f.  
 Oscar Paret: Ein römischer Gutshof mit Ziegelei bei Hoheneck, in: Fundberichte aus Schwaben, 1911, S. 90 ff.  
 Christian Belschner: Ludwigsburg im Wandel der Zeiten, 1936, S. 384 ff.  
 Heinrich Gaese: Die junge Stadt Ludwigsburg unter Eberhard Ludwig, in: Hie gut Württemberg 10 (1959) S. 48, 50.  
 Wolfgang Schmierer: Beiwort zur Karte Ludwigsburg, in: Historischer Atlas von Baden-Württemberg, 1981.  
 Wasserwirtschaftsamt Besigheim: Liste der Grundwasseraufschlüsse, 1989.  
 Das Buch der Unteren Stadt, 1993, S. 12 ff.  
 Albert Sting: Geschichte der Stadt Ludwigsburg, Bd. 1, 2000, S. 95 ff.  
 Günther Bergan: »Laufendes Wasser ist eine Lebensfrage für Ludwigsburg«. Die Anfänge der städtischen Wasserversorgung 1858–1867, in: Ludwigsburger Geschichtsblätter 66 (2012) S. 149 ff.  
 Stadt Ludwigsburg, FB Tiefbau und Grünflächen, Dr. Wolfgang Goos: Geologie in Ludwigsburg, März 2013, S. 25 ff.

#### Brunnenwerk Möglingen:

Albert Kleemann: Die erste Wasserversorgung von Ludwigsburg, in: Hie gut Württemberg 19 (1968) S. 43 f.  
 Thomas Schulz: Die Mühlen im Kreis Ludwigsburg, 1999, S. 261.  
 Albrecht Gühring: Möglingen, 2000, S. 192 ff.

#### Feuersee:

Oscar Paret: Ludwigsburg und das Land um den Asperg, 1934, S. 309 f.  
 Wolfgang Läßle: Aus der Geschichte des Ludwigsburger Feuersees, in: Ludwigsburger Geschichtsblätter 55 (2001) S. 59 ff.  
 Günther Bergan: Der »Feuersee-Kanal«, in: Hie gut Württemberg 59 (2008) S. 17 ff.

Quellen:

Hauptstaatsarchiv Stuttgart:

- A 202 Bü 896 (Finanzierung Marktbrunnen)
- A 248 Bü 2285 f. (Brunnenmeister, Arbeitsvertrag)
- A 248 Bü 2290 (»Specificatio« von Dietermann, Teuchel im südlichen Schlossgarten)
- A 248 Bü 2291 (Wasserprivilegien Mömpelgardstraße)
- A 249 Bü 1448 (Brunnen am Holzmarkt)

Stadtarchiv Ludwigsburg:

- L 2 Bü 75 (Statistik 1843)
- L 2 Bü 648a (Teuchelbuch 1826)
- L 63; L 63/1 (Bauakten)
- L 100 Bd. 1 ff. (Bürgermeister-Rechnungen)
- L 100/1 Bd. 466 (Amtsgrundbuch 1853)
- L 150 Bd. 1 ff. (Gemeinderatsprotokolle)
- L 165 Bd. 1 (Gebäude-Messprotokolle 1788)
- L 165 Bd. 7 (Gebäude-Messprotokolle 1819/20)
- L 165 Bd. 9 (Messbuch Wagner 1788)
- L 165 Bd. 10 ff. (Güterbücher)
- S 3/1 Nr. 3 (Stadtchronik, Statistik 1774)
- S 3/1 Nr. 27 (Sammlung Bruno Hahnemann: Ludwigsburger Brunnen)
- S 3/1 Nr. 49 (Materialsammlung Brunnen)
- S 12 (Stadtplan Baumgärtner 1839, Flurkarten)
- S 15 (Fotosammlung)
- S 31 SS 6.3 (Zeitgeschichtliche Sammlung, Brunnen)
- S 40 Nr. 7 (Stadtchronik Schönleber)

Ludwigsburger Wochenblatt (Tagblatt, Zeitung, Kreiszeitung)

Ludwigsburg Museum:

- Inv.-Nr. 540 (Planskizze Retti 1730)
- Inv.-Nr. 541 (Stadt- und Brunnenplan Retti 1745)
- Inv.-Nr. 2404a (Stadt- und Teuchelplan Federer 1780)





# Das Besigheimer Lied

Von der Tat zur Moritat. Ein Beispiel volkstümlicher Überlieferung

von Brigitte Popper

Eine tragische Liebesgeschichte erschüttert Mitte des 19. Jahrhunderts die kleine Oberamtsstadt Besigheim. Am 18. Februar 1847 morgens um 6 ½ Uhr wird Caroline Gottliebe Wölfling, die ledige Tochter des Stadtrats und Bäckermeisters Wölfling, erschossen auf dem Kirchhof aufgefunden. Ob »selbst oder von fremder Hand« gemordet, vermochte der Schreiber, der den Todesfall unter der Nummer 24 in seinem Leichenschaubuch notiert, nicht sagen. Gewissheit hat er jedoch über das Alter der Toten: Gerade mal 18 Jahre, drei Monate und vier Tage ist Caroline geworden.

Eine Stunde später, um 7 ½ Uhr, die nächste grausige Entdeckung: Buchhalter Dietrich findet seinen Untermieter, den ledigen Bauführer Friedrich Kübler aus Heilbronn, erschossen in seinem Zimmer. Dieses Mal ist die Todesursache klar: Selbstmord. Auch er war zum Zeitpunkt seines Todes ein junger Mensch: 28 Jahre, acht Monate und 24 Tage.

Beide Leichen werden am 20. Februar 1847 auf dem Kirchhof außerhalb der Stadtmauern beerdigt. Die von Caroline morgens um 9 ½ Uhr, die Leiche Friedrichs »abends um drei Uhr«. Der Bestattung war eine Obduktion vorausgegangen.<sup>1</sup>

Bei beiden wurde ein Schuss in die Herzgegend festgestellt. »Die Wölfling« sei beim Auffinden schon »blutleer«, also länger tot gewesen, ansonsten gesund. »Der Kübler« hingegen hätte einige Abnormitäten aufzuweisen, wie eine geschwollene Leber und weißliche Ablagerungen im Gehirn, die nach Meinung des obduzierenden Arztes seinen »abnormen« Charakter und letztlich die Tat erklärten.<sup>2</sup>

Caroline scheint das Opfer in einem Beziehungsdrama geworden zu sein, Opfer eines verschmähten Liebhabers vielleicht, eines jungen Mannes mit krankhaftem Charakter. Der Kommentar des Arztes legt zumindest diese Version des Tatmotivs nahe. Berichte über die Spurensicherung am Tatort, Protokolle der Zeugenbefragung und letztlich Hinweise auf die Tatwaffe fehlen – ernsthafte Versuche also, die Tat und deren Verlauf zu erklären, sind nicht überliefert. Nicht einmal der örtlichen Presse – dem Wochenblatt aus Besigheim – war diese Tragödie eine Meldung wert.<sup>3</sup>

Aufmerksam geworden bin ich auf dieses Geschehen durch eine Anfrage des Stadtarchivs Heilbronn. Dort war man beim Ordnen der Druckgrafik auf ein Porträt gestoßen, das »Rätsel aufgab«. Es ist ein Stahlstich, gedruckt von G. Küstner. Im Druck ist das Porträt betitelt mit »Fried. Kübler. Auf Veranstaltung seiner Freunde«. Mit Bleistift steht auf dem Druckexemplar in Heilbronn: »Ingenieur aus Heilbronn. In der Sammlung Geiger zu Neu-Ulm befindet sich die Originalaufnahme zu diesem Bild von B. Weiß mit dem Beifügen, dass sich Kübler mit sr. Geliebten auf dem Kirchhof in Besigheim 1847 erschöß.«<sup>4</sup>

Abweichend zum amtlichen Bericht liegt in dieser Notiz ein Hinweis auf eine gemeinsame Todeszeit auf den Friedhof. Kübler erscheint hier als Täter – er führte die Waffe –, aber auch als Opfer in einem Beziehungsdrama. Mangels weiterer interessanter Quellen war für mich der Fall Wölfling/Kübler erstmal abgeschlossen.

## *Die Moritat*

Ein Zufallsfund Jahre später brachte mir die Geschichte erneut in Erinnerung und ließ sie in einem anderen Licht erscheinen. Von einer historischen Begebenheit wurde »Kübler/Wölfling« zu einem Fall von volkstümlicher Überlieferung.

In Vorbereitung einer Duschek-Retrospektive in Besigheim ordnete und verzeichnete ich den Teilnachlass von Olga und Richard Duschek. Während ihr Mann durch Malen und Gebrauchsgrafik den Lebensunterhalt bestritt, hatte sich Olga Duschek in den 50er und 60er Jahren als Chronistin der Stadt betätigt. In Besigheim aufgewachsen und bis zu ihrer Eheschließung 1921 als Lehrerin an der Volksschule tätig, hatte sie guten Kontakt zur einheimischen Bevölkerung. Sie sammelte Geschichten, Dokumente und Fotografien und verarbeitete sie in der Chronik und in Zeitungsartikeln.

In dieser Sammlung fand sich ein 60 cm langer und 9,4 cm breiter Kartonstreifen, auf dem ein unbekannter Autor mit lilafarbener Tinte einen Text im Stil einer Moritat niedergeschrieben hat. In 17 Versen besingt der Verfasser das Schicksal eines jungen Liebespaares in Besigheim, dem die Eltern des Mädchens aus Geiz die Einwilligung in seine Verbindung verweigert hatten. Das Liebespaar sah den einzigen Ausweg im gemeinsamen Tod. Am Liedende sind die beiden Namen Kübler und Wölfling genannt sowie der Name des vermutlichen Dichters J. Schüler und das Datum 1879.

Der Kartonstreifen weist eine ziehharmonikaförmige Leporellofaltung auf, die ein rasches Öffnen des Dokuments ermöglicht. Vom häufigen Gebrauch sind die Ecken und Knickkanten abgestoßen und abgerieben. Stockflecken und die Spuren einer rostenden Heftklammer sind sichtbar.

Von wem Olga Duschek diesen Text Mitte des vergangenen Jahrhunderts bekommen hatte, ist nicht notiert. Nur auf der Rückseite vermerkte sie mit blauem Kugelschreiber: »Original des sogenannten »Besigheimer Lieds«, das in allen Küchen gesungen wurde wie die Moritatenlieder. Wahre Begebenheit: Mit Kübler und Wölfling ist wohl das Liebespaar gemeint.«<sup>5</sup> Die Überlieferung war somit 100 Jahre nach dem Ereignis in der Bevölkerung noch präsent.

Das »Besigheimer Lied« weist alle Merkmale einer Moritat oder eines Bänkelsangs auf. Moritaten wurden öffentlich aufgeführt. Sie dienten der Abschreckung und auch der sittlichen Erbauung. Meistens wird eine Charaktereigenschaft abstrakt beleuchtet und an einem konkreten Beispiel verdeutlicht: Hier ist es der Geiz, der Geiz von Carolines Familie, der die schreckliche Tat motivierte (Strophe 1).

Die typische Kommunikationssituation in der Moritat ist die mündliche Erzählung dieses Exempels vor einem wörtlich angesprochenen Publikum: »Ein Beispiel will ich euch erzählen, ein Beispiel, das erregt Grauen« (Strophe 2). Erhöht wird die Wirkung durch konkrete Ortsangaben. Hier: Besigheim am »hohen Schalkenstein« (Strophe 3). Das Gruselige, der Geiz, das verzweifelte Liebespaar und der Mord auf dem Friedhof erhält Authentizität. Unterstützt wird dies durch wörtlich zitierte Wiedergabe von Äußerungen der Beteiligten. So in den Strophen 10 und 11: »Ach, gib mir doch den Tod [...] Zu sterben hier sei meine Lust«. Die Moritat ist eine ernst gemeinte, affirmative Gattung, die erst heute komisch wirkt, weil der moralische Anspruch oft mit der laienhaften Form in Widerspruch steht.

Moritatenstände waren bis in die 1920er Jahre auf jedem Rummel und Jahrmarkt zu sehen. Am Zufahrtsweg zum Jahrmarkt, oft in der Nähe der Kirche, schlug der Bänkelsänger seinen Stand auf. Jede gesungene und durch eine Drehorgel musikalisch präsentierte Moritat wurde durch die bebilderten Tafeln, auf denen Szenen des

1. Der schnöde Geiz der Höllenrache  
Entstieg ist der Hölle Pfuhl  
Er schwur der Menschheit ewige Rache  
Herab von seinem Richterstuhl.

2. Ein Beispiel will ich euch erzählen  
Ein Beispiel das erregt Grauen  
Wie hart der Geiz 2 liebe Seelen  
Zwang in ihr frühes Grab zu schauen.

3. Zu Besigheim dem Neckarstädtchen  
Dort an dem hohen Schalkenstein  
Da lebte einst ein schönes Mädchen  
Wurd inniglich geliebt zu sein.

4. Ein Jüngling brav und unverdorben  
Geschickt in Kunst und Wissenschaft  
Hat ehrlich treu um sie geworben  
Sie liebten sich mit voller Kraft.

5. Die Eltern aber von dem Kinde  
Verwaldeten der Mutter Gut  
Dieß fest zu krallen, welche Sünde  
Verscherzten sie des Kindes Muth.

6. Ob ihrer Lieb ward sie gescholden  
Mißhandelt und noch mehr bedroht  
Als häts ein Königreich gegolden  
Zu retten aus des Feindes Noth.

7. Es half kein Bitten und kein Flehen  
Auch nicht des Jünglings Thränenwort  
Er mußte trostlos endlich gehen  
Hoffnungslos wies man ihn fort.

8. Er ging mit todtverletztem Herzen  
Hinweg von dem Tirannenhaus  
Es treiben ihn die Liebesschmerzen  
Fort in die finstre Nacht hinaus.

9. Auf einmal hemmt er seine Schritte  
Dort auf das düstre Todtenfeld

Er hörte seiner Liebchen Tritte  
Zum letzten Lebewohl bestellt.

10. Er hielt sie schluchzent in die Arme  
Sie schwur ach gib mir doch den Tod.  
Es will sich ja kein Gott erbarmen  
In unsrer großen Liebesnoth.

11. Wie kann ich ohne Liebe leben  
Die Gott selbst giebt in meine Brust  
Drum laß mich dieser Welt entschweben  
Zu sterben hier sei meine Lust.

12. Ein Schuß ein Ach dann Todesstille  
Jetzt vor Verzweiflung hingestürzt  
Sieht er die blasse Jugendhülle  
Sein Liebchen sterbend ausgestreckt.

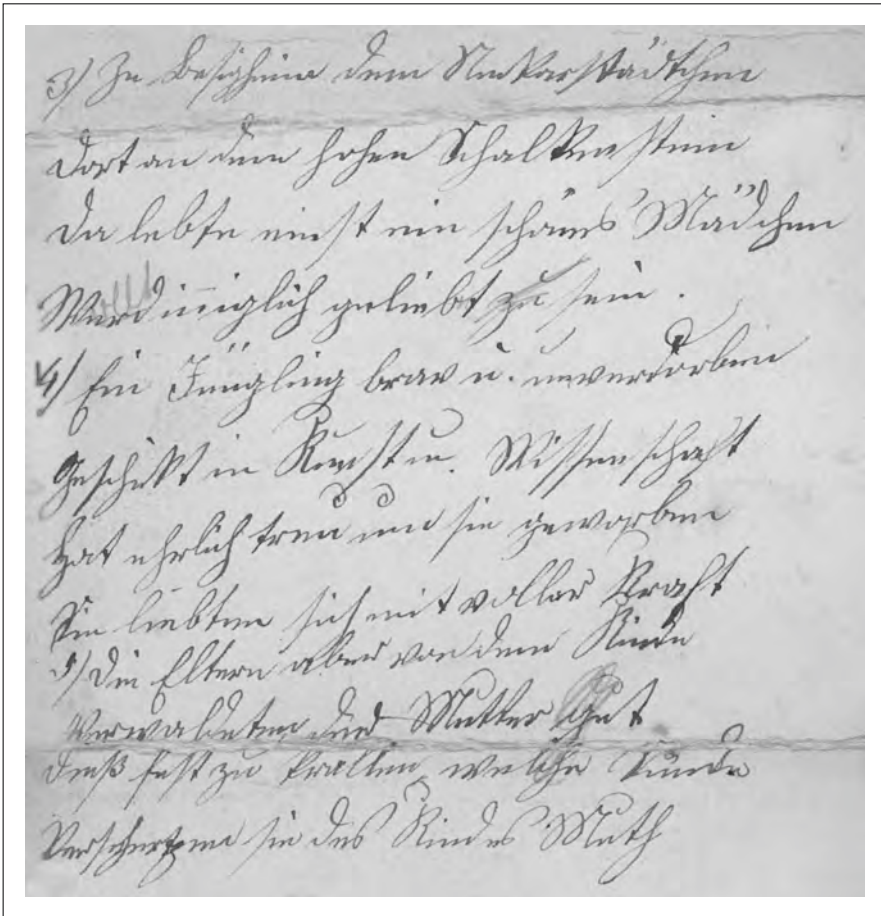
13. Er deckte sie mit tausend Küssen  
Dann schnell mit seinem Mantel zu  
Dann eilte er trotz Hindernissen  
Nach seiner Wohnung fort in Ruh.

14. Da saß er nun in seinem Stübchen  
Nam schnell sich Abschied von der Welt  
Mit einem Schuß hat er seim Liebchen  
Gar freudig sterbend zugesellt.

15. Sie ruhen nun in kühler Erde  
Aus Liebe und im Tod vereint  
Befreit von Sorgen und Beschwerdten  
Hat ausgelitten ausgeweint.

16. Des Jünglings Mutter, Schwester, Brüder  
Und seiner Freunde große Zahl  
tief beugte sie der Schmerz darnieder  
die Kunde von der Mörderqual.

17. Herr Gott der Liebe und der Gnade  
Oh Vater der Barmherzigkeit  
Oh schenk auch auf verfehitem Pfade  
Doch ihnen gnädige Seligkeit.



*Ausschnitt (Strophen 3 bis 5) aus der Original-Handschrift.*

Geschehens dargestellt sind, visuell untermalt. Der Verkauf von gedruckten Heftchen mit der Geschichte in Prosa und Lyrik war bei der Präsentation die einzige Einnahmequelle der Bänkelsänger. Die Geschichten und Ereignisse, die den Moritaten zugrunde liegen, entnahmen die Bänkelsänger vorwiegend Zeitungsnachrichten und Berichten zu Hinrichtungen.

Der Bänkelgesang hatte seine Hochzeit im 18. Jahrhundert und verlor Anfang des 20. Jahrhunderts mit der Verbreitung des Kinos seine Bedeutung. Später ließen Kabarett und Brettel die satirischen Bänkelsängermoritaten wieder lebendig werden. Erich Kästner, Klabund und Ringelnatz schrieben für das Kabarett und Bert Brecht ließ seine berühmte Dreigroschenoper durch einen Moritatsänger eröffnen.<sup>6</sup>

Der Doppelmord von 1847 diente eindeutig als Vorlage für diese Moritatz. Besigheim am Schalkstein, der Tod auf dem Friedhof, der Selbstmord im Zimmer – die Details stimmen mit den historischen Fakten überein. Der Autor scheint ein intimer

Kenner des Falls gewesen zu sein – gar ein Besigheimer? Die Klärung seiner Identität, das sei vorweggenommen, ist nicht eindeutig gelungen. In Frage käme Wilhelm Johannes Schüler. 1846 in Besigheim geboren, hat er sicherlich über mündliche Erzählung von der Geschichte erfahren. Die im 18. und 19. Jahrhundert ansässigen Familien Schüler waren ausnahmslos Weingärtner. Nur Wilhelm Johannes war als Unterlehrer tätig. Aufgrund seines Berufes wäre ihm das Verfassen einer stilechten Moritat zuzutrauen.<sup>7</sup>

Der Verfasser schmückt das historische Geschehen dramatisch aus und schreibt der Wölfling den aktiven Part zu. Sie ist diejenige, die Kübler um ihre Ermordung bittet. Worauf er in seiner Verzweiflung anschließend die Waffe gegen sich selbst richtet. Neu ist das Motiv: Geiz! Wahrheit oder dichterische Freiheit? Ein Blick auf die Lebensumstände könnte eine Antwort geben. Wer war Friedrich Kübler? Aus welchem familiären Umfeld stammte Caroline Wölfling?

### *Das Paar*

Friedrich Kübler wurde am 29. Mai 1818 als Sohn des Bäckers Jakob Heinrich Kübler in Heilbronn geboren. Nach Besigheim kam er als »Bauführer am Schiffscanale«. Bei Buchhalter Dietrich in der Kirchgasse 31 hat er ein Zimmer genommen.

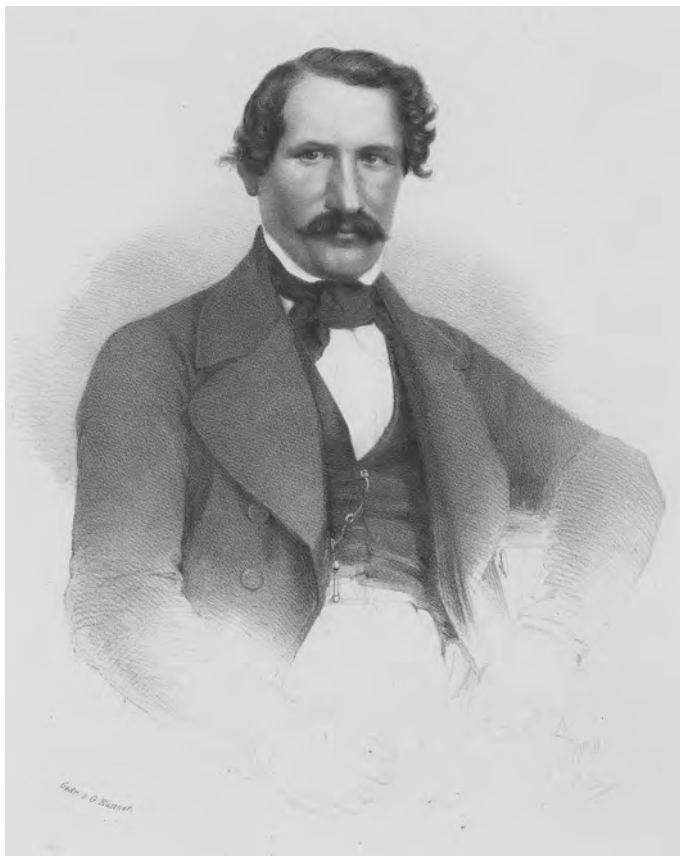
Anfang der 1840er Jahre hatte der württembergische Staat beschlossen, in Besigheim einen offenen Schifffahrtskanal mit einer Kammerschleuse zu bauen. Bis dahin benutzten die Schiffe den Mühlkanal, und die Passage war für die wachsende Zahl an Schiffen schwierig geworden, zumal sie unter zwei Brücken durchfahren und zweimal die Masten umlegen mussten. Die Fahrtzeit verkürzte sich durch den neuen Kanal um einen halben Tag.<sup>8</sup> Die Bauarbeiten begannen 1845 und waren 1847 abgeschlossen, in dem Jahr, in dem sich die Tragödie ereignete. Friedrich Kübler war also wie in Strophe 4 beschrieben ein »in Kunst und Wissenschaft« geschickter Jüngling.

Caroline Wölfling lebte in unmittelbarer Nachbarschaft zu Buchhalter Dietrichs Haus. Schräg gegenüber in der Kirchstraße 22 betrieben ihre Eltern, der Bäcker und Ratsverwandte Georg David Wölfling und die Mutter Sophie Magdalene, geborene Merkle, eine Bäckerei. Sophie Magdalene Merkle hat Haus und Bäckerei mit in die zweite Ehe gebracht. Ihr erster Ehemann Johannes Wölfling, der ältere Bruder von Georg David, hatte das Gebäude 1816 von der Witwe des Bäckers Johann Taxis erworben, der, aus Holzgerlingen stammend, eine Merkle geheiratet hat und so in Besigheim zu Bürgerrecht und Hauseigentum gekommen war.<sup>9</sup>

Als die Mutter 1837 stirbt, hinterlässt sie fünf unmündige Kinder: vier Töchter und einen Sohn. Die älteste Tochter Christiane Friederike aus erster Ehe ist bereits nach Sontheim verheiratet. Caroline ist die Viertgeborene und erst 8 Jahre alt. Der Haushalt mit fünf unmündigen Kindern braucht eine Frau. 1839 heiratet der Vater erneut. Eine Frau aus der Nachbarschaft, Johanne Friederike Klein, verwitwete Hauser, wird Carolines Stiefmutter. Sie bringt die Schildwirtschaft »Adler« in der Aiperturmstraße mit in die Ehe sowie zwei Kinder aus erster Ehe mit dem Metzger Johann Hauser.<sup>10</sup>

Die Familie Merkle-Wölfling ist also wohlhabend und zeigt in ihren Heiratsstrategien ein offensichtliches Bemühen, den Besitz zusammenzuhalten und zu vermehren, was durchaus nicht unüblich ist in einer Zeit, in der das Realteilungserbrecht den Grundbesitz zersplitterte und Eigentum Wohlstand und sozialen Status bestimmte.

Ihr Vater verwaltet wie in Strophe 5 beschrieben »der Mutter Gut«. Caroline hätte bei einer Verheiratung Anspruch auf ihren mütterlichen Erbteil gehabt. Ihre Mutter hatte ja Haus und Bäckerei in die Ehe gebracht! Andererseits waren zu dem Zeitpunkt ihre Halbschwester und ihre beiden älteren Schwestern bereits verheiratet: Dorothee Friederike mit dem Bäcker Hiob Hauck im badischen Eberbach und Johanne Tabithe mit Johann Futterknecht in Lauffen. Der einzige Bruder David Friedrich erlernte



*Stahlstich von Friedrich Kübler.*

gerade das Bäckerhandwerk. Die Nachfolge war also gesichert.<sup>11</sup> Warum sollten die Eltern Caroline versagen, was den drei älteren Töchtern bereits gewährt war und einer normalen weiblichen Biographie entsprach?

Friedrich Kübler stammte, wie schon erwähnt, auch aus einer Bäckerfamilie und hatte als Ingenieur und Bauleiter beim Schiffskanal einen guten Beruf erlernt.<sup>12</sup> Er stand in Diensten des württembergischen Staates und genoss dadurch ein gewisses Ansehen, wie sich bei seiner Beerdigung zeigen wird. Ein älterer Bruder von ihm hatte es sogar zum Hotelbesitzer in Paris gebracht. Im Alter von 17 Jahren verlor er seinen

Vater auf tragische Weise. Er wurde ertrunken im Neckar aufgefunden. Auch hier entspricht die Moritat den historischen Tatsachen. Unter den Trauernden an seinem Grab wird kein Vater genannt (Strophe 16).

Der Geiz als Motivation zur Tat und das zentrale Element der Moritat »Das Besigheimer Lied« muss, wenn nicht in den Bereich der dichterischen Freiheit angesiedelt, doch mit einem großen Fragezeichen versehen werden. Plausibel erklärbar ist es bei der Betrachtung der Familienverhältnisse nicht.

Das hohe Ansehen Friedrich Küblers als Angestellter des württembergischen Staates zeigt sich in den Umständen seiner Beerdigung. Diese habe, wie in den Toten- und Familienregistern notiert ist, auf Anweisung des Oberamts auf »soleenne Weise«, d.h. würdige Weise stattzufinden. Einem Mörder, dazu noch einem Selbstmörder, der Kübler unzweifelhaft war, stand zu jener Zeit kein kirchliches Begräbnis zu. Ein Selbstmörder, der sich im gleichen Jahr im Besigheimer Gefängnis erhängt hatte, wurde »auf die Anatomie nach Ludwigsburg gebracht«. <sup>13</sup> Anders bei Kübler: Er war um 15 Uhr, mithin zu einer durchaus üblichen Zeit <sup>14</sup>, und mit dem Segen der Kirche bestattet worden. Wollten die Behörden kein Aufheben um den Doppelmord des Bauleiters im Dienste des Königreichs Württemberg machen und ihn trotz seines Verbrechens deshalb normal bestatten?

### *Verbreitung*

Zum Schluss interessiert die Frage, welche regionale Verbreitung die Moritat fand. Ob sie etwa über den engen lokalen Kontext hinaus weiter bekannt und aufgeführt wurde? Wie eingangs gesagt, bezogen die Bänkelsänger ihren Stoff u.a. aus Zeitungsmeldungen. Das Besigheimer Wochenblatt hatte nicht berichtet. Wozu auch? Die Tragödie sprach sich im näheren Umkreis eh wie ein Lauffeuer herum. In Stuttgart war das Geschehen eine Meldung wert. Das »Stuttgarter Neue Tagblatt« berichtet in seiner Ausgabe vom 21. Februar 1847: »In Besigheim hat sich dieser Tage ein tragischer Fall ergeben. Ein junges, durchaus unbescholtene Mädchen wurde auf dem Kirchhof, in einen Mantel gehüllt, gefunden. Gleich darauf nahm sich ein junger Bau-Ingenieur in seinem Zimmer das Leben. Die beiden unglücklich Liebenden hatte der Tod vereint.« Für das »Stuttgarter Neue Tagblatt« war klar, dass es sich um ein unglückliches Liebespaar à la »Romeo und Julia« handelte. Die Umhüllung Carolines Leiche mit einem Mantel suggeriert liebevolle Fürsorge ihres Mörders. Auch im Bericht der Zeitung »Der Beobachter« taucht, wie in Strophe 13 der Moritat, der Mantel als bemerkenswertes Requisit auf: »In der verflossenen Nacht hat sich hier ein erschütterndes Ereignis zugetragen. Heute früh wurde auf dem Kirchhofe die Tochter einer angesehenen hiesigen Bürgerfamilie erschossen gefunden, neben ihr der Mantel eines jungen Mannes, des Bauführers bei dem nun beendigten Schleusen- und Kanalbau, der wegen seines gutmüthigen Charakters allgemein beliebt war. Ihn selber fand man fast gleichzeitig in seiner Mietwohnung ebenfalls erschossen. Ruhe ihrer Asche!« <sup>15</sup> Der Mantel ist hier Hinweis auf die Täterschaft Küblers, der durch die Zuschreibung positiver Eigenschaft moralisch entlastet wird.

Eine überregionale Verbreitung und Aufführung des Besigheimer Lieds durch einen professionellen Bänkelsänger muss trotz dieser Berichterstattung bezweifelt werden. Dazu fehlt eine gedruckte Version. Zumindest ist »Das Besigheimer Lied« nicht im Deutschen Volksliedarchiv nachweisbar. Der physische Zustand des im



Nachlass Duschek aufgefundenen Textes – handgeschrieben auf Karton mit deutlichen Gebrauchsspuren – macht wahrscheinlich, dass es sich dabei tatsächlich, wie von Olga Duschek notiert, um das Original und womöglich einzige Exemplar des Besigheimer Lieds handelt.

Ungeachtet eines vermutlich kleinen Wirkungsgrades ist das Besigheimer Lied ein seltenes Beispiel volkstümlicher Überlieferung und Poesie. Es belegt, wie besondere Ereignisse, künstlerisch verarbeitet und im Volk mündlich tradiert, detailgenau und nah an der historischen Wirklichkeit überdauern und über 100 Jahre nach dem tatsächlichen Geschehen noch präsent sein können. Zudem zeigen die verschiedenen schriftlichen Verarbeitungen des Doppelmordes die jeweils subjektiven Blickwinkel der Autoren. Während der amtliche, nüchtern gehaltene Obduktionsbericht in dem Geschehen vom 18. Februar 1847 die Gewalttat eines gestörten jungen Mannes nahelegt, lässt sowohl die zeitgenössische Presse wie auch die später niedergeschriebene volkstümliche Überlieferung den Fall als tragische Geschichte eines unglücklichen Liebespaares erscheinen. Insofern kann der Geiz als Auslöser des Dramas zwar nicht bewiesen werden, aber dennoch wahr sein.

#### Anmerkungen

- 1 Stadtarchiv Besigheim (SAB) 3122 (Leichenschauregister).
- 2 Staatsarchiv Ludwigsburg E 173 III Bü 7723 (Totenschau Oberamt Besigheim).
- 3 Auch im Kirchenkonventsprotokoll (Dekanat Besigheim Nr. 223) ist der Fall nicht erwähnt. Dort findet sich auch kein Eintrag über irgendein sittliches Fehlverhalten von Kübler und Wölfling.
- 4 Anfrage von Archivaroberinspektor Walter Hirschmann, Stadtarchiv Heilbronn, vom 28. April 2006 an das Stadtarchiv Besigheim.
- 5 SAB N-Dusch 5025.
- 6 R.A. Stemmle: Herzeleid auf Leinwand. Sieben Moritaten, München 1962.
- 7 SAB 3021 (Seelenregister) und 3024 (Familienregister) Bl. 304b.
- 8 Paul Sauer: Besigheim im Königreich Württemberg, in: Geschichte der Stadt Besigheim, Besigheim 2003, S. 175 f.
- 9 SAB 904 Bl. 85 ff.; Vera Ehrensperger: Besigheimer Häuserbuch, Besigheim 1993, S. 512.
- 10 SAB 175/5707 und 176/5765 (Inventuren und Teilungen).
- 11 Im Jahr 1865 kehren Dorothee Friederike und Hiob Hauck nach Besigheim zurück und übernehmen Haus und Bäckerei. Der Vater Georg David Wölfling stirbt verwitwet im Jahr 1871. Von seinen acht Kindern leben nur noch die zwei ältesten Töchter Friederike und Johanne Tabithe. Der Sohn David hatte sich in Stuttgart als Bäcker und Wirt niedergelassen. Er war kurz vor dem Vater gestorben, ebenso die jüngste, mit dem Rosenwirt Balz in Großbottwar verheiratete Tochter Marie Sophie. – SAB 201/6917 (Inventuren und Teilungen).
- 12 Sein Vater hatte Anfang des 19. Jahrhunderts aus Hohenlohe stammend in eine Heilbronner Bäckerei eingeheiratet. Es werden neun Kinder geboren. Friedrich stand an vierter Stelle der Geschwisterfolge; Archiv der Evangelischen Landeskirche, Mikrofilm KB 2029, Teil I, Bl. 683.
- 13 Archiv der Evangelischen Landeskirche, Sterbebuch Besigheim, Mikrofilm K 13.
- 14 Die Auswertung des Sterbebuchs von 1847 ergab, dass zwischen 4 Uhr morgens und 6 Uhr abends bestattet wurde. Die Bestattung durfte frühestens 48 Stunden nach Eintritt des Todes erfolgen. Nur in begründeten Fällen, z.B. im Sommer bei großer Hitze, wurde die Zeit verkürzt. Die Bestattungen von Wölfling und Kübler fanden somit im üblichen Zeitrahmen statt.
- 15 »Der Beobachter« 20. Februar 1847; »Stuttgarter Neues Tagblatt« 21. Februar 1847.

# Aus dem Leben des Artillerieoffiziers und Heldenrenors Anton Schott

von Wolfgang Bollacher

Auf dem »Alten Friedhof« in Ludwigsburg befindet sich ein auffälliges Grabmal. Ein 2,4 Meter hoher Granitblock trägt das Bronzerelief eines gut aussehenden bärtigen Mannes. Darunter steht, kaum mehr zu lesen: »Anton Schott. 25. Juni 1846 – 13. Januar 1913. Dem Meister des Gesanges, dem edlen Menschen errichtet von dankbaren Freunden.« Wer war dieser Anton Schott?

Anton Albert Schott – königlich württembergischer Artilleriehauptmann und Heldenrenor – ist am 24. oder 25. Juni 1846 auf der Domäne Staufenneck bei Salach im damaligen Oberamt Göppingen geboren. Er starb am 6. Januar 1913 in Stuttgart und wurde dort eingäschert. Bei der Trauerfeier spielte die Kapelle des Infanterieregiments 121 den Walchschen Trauermarsch und die Kapelle des Feldartillerieregiments Nr. 29 den Schottischen Bardenchor »Stumm schläft der Sänger«. Die Trauerrede hielt Georg Feldweg, damals evangelischer Pfarrer in Jesingen, später in Großbottwar. Seine Majestät der König hat den Hinterbliebenen des verstorbenen Kammersängers und Hauptmanns der Landwehr a. D. Anton Schott »Allerhöchst seine Teilnahme« aussprechen lassen.<sup>1</sup>

Anton Schotts Ehefrau Laura geb. von Schroeder starb zwei Tage nach ihm, am 8. Januar 1913, auf Schloss Abenberg südlich Nürnberg. Ihr Leichnam wurde nach Ludwigsburg übergeführt und zusammen mit der Asche ihres Gatten am 13. Januar 1913 auf dem »Alten Friedhof« beigesetzt. Wieder spielte die Kapelle des Infanterieregiments 121 und wieder hielt die Trauerrede Pfarrer Feldweg. Er war mit der Schwester von Antons Frau verheiratet, mit Ida geb. von Schroeder. Ihre Aufzeichnungen sind eine wichtige Quelle für das Leben des Artillerieoffiziers und Heldenrenors.<sup>2</sup>

Die Schotts waren eine angesehene protestantische Familie in Württemberg, die Jahrhunderte lang Juristen, Theologen und Offiziere hervorgebracht hatte, häufig mit einem Tropfen demokratischen Öls gesalbt. So war der Großvater Anton Schotts der berühmte Demokrat und Obertribunalprokurator Dr. Christian Friedrich Albert Schott (1782–1861), Abgeordneter von Böblingen 1848. Arm in Arm mit seinem Schwiegersohn, dem »Märzminister« Friedrich Römer aus Stuttgart, und mit seinem Freund Ludwig Uhland hatte er 1848 die Nationalversammlung in Frankfurt verlassen, um zusammen mit anderen das »Rumpfparlament« in Stuttgart zu bilden, das dann 1849 vom Militär auseinandergetrieben wurde.<sup>3</sup>

Anton Schotts Vater, Eduard Saladin – der türkische Name Saladin heißt »Heil des Glaubens« –, 1812 geboren, wollte Offizier werden, besuchte die Kriegsschule in Ludwigsburg, musste diese aber wegen einer jugendlichen Verfehlung verlassen. Er wurde Landwirt, Bürger zu Schwieberdingen und Gutsbesitzer auf dem Hardthof und übernahm etwas später als Pächter die über 200 ha große Domäne Staufenneck.<sup>4</sup> Burg Staufenneck befand sich seit 1665 im Besitz der Freiherren von Degenfeld mit Stammsitz in Eybach bei Geislingen. 1838 heiratete Eduard Saladin die 1816 in Waldmichelbach geborene katholische Maria Antonia Weyland, Tochter des späteren Landrichters am neu errichteten Landgericht Wimpfen Franz Joseph Weyland und der Theresia geb. Bögner.

Die Verlobten Schott und Weyland wählten den Weg der doppelten Trauung. Die Ehe wurde zuerst in Waldmichelbach katholisch und dann in der Hospitalkirche in Stuttgart evangelisch eingeseget. Eduard Saladin stimmte der Erziehung der Kinder im katholischen Glauben zu, die von Maria Antonia gewissenhaft übernommen wurde. Während der Vater Eduard Saladin, der schwerhörig war, als Melancholiker



*Grabmal Anton Schotts auf dem »Alten Friedhof« in Ludwigsburg.*

geschildert wird, der in seinem Berufe zwar tüchtig war, dessen ganzes Herz aber am Militär hing, war die Mutter Maria Antonia das Gegenstück zu ihm. Sie war gefällig, mitteilksam, anregend, dabei unabhängig von der Meinung und dem Urteil der Menschen. Als strenge Katholikin besuchte sie täglich ungeachtet der Witterung die Frühmesse um 6 Uhr in der Simultankirche St. Margaretha in Salach und regelmäßig auch die zwei Stunden Fußweg entfernte gelegene Wallfahrtskirche auf dem Rechberg. Erst in vorgerückten Jahren, als ihr die täglichen Kirchgänge zu beschwerlich wurden, richtete sie sich eine kleine Kapelle auf Staufeneck ein.

Die Konfessionsverschiedenheit der Eltern brachte Spannungen mit sich. Freitags, wenn die katholische Familie um keinen Preis Fleisch gegessen hätte, verzichtete der protestantische Vater demonstrativ nicht auf Fleisch, obwohl er sonst sehr genügsam war, aß es aber getrennt von der Familie allein in seinem Zimmer.

Dem Ehepaar Schott-Weyland wurden zwischen 1838 und 1859 sieben Kinder geboren, alles begabte Menschen, aber auch zur Exzentrík neigend, unstet, die Berufe wechselnd und eigenwillig.

Der älteste Sohn Arthur Eduard, geboren 1838, war ein Sonderling. Er studierte nacheinander Forstwissenschaft und Philologie, ging einige Zeit, weil eine Seereise seinem Augenleiden helfen sollte, nach Amerika, kehrte von Heimweh geplagt zurück, war dann als Lehrer angestellt, musste aber entlassen werden, da er sich durch sein ungepflegtes Äußeres und wohl auch durch seine Lebensgewohnheiten unmöglich machte. Ida von Schroeder schreibt von ihm, der öfters heftige Zornanfälle bekommen, aber auch wunderschöne Märchen erzählen konnte: »Er besuchte uns auch in Ludwigsburg und machte einen ganz merkwürdigen Eindruck schon dadurch, dass er seine Füße auf einen Stuhl legte, was meine Mama als eine sehr schlechte Manier tadelte.« Diese Manier hatte er sich wohl in Amerika zugelegt. Nachdem er einige Zeit Redakteur beim katholischen Volksblatt gewesen war, fristete er ein ärmliches Leben als Privatgelehrter und schrieb Bücher religiösen Inhalts, so über Lourdes und den Gründerabt von Beuron, Maurus Wolter (1825–1890).

Der zweite Sohn Jakob Karl Albert, geboren 1840, wurde Offizier und später ein bekannter Landschafts- und Schlachtenmaler. Er malte vor allem Bilder aus dem Krieg von 1870/71, wovon sich einige in der »Winterschen Sammlung« im Städtischen Museum Ludwigsburg befinden, hatte also, gleich seinem Vater, ein Faible fürs Militärische.

Friedrich August, geboren 1843, der dritte Sohn, studierte katholische Theologie in Tübingen und München und trat – weil er »ganz gut ins Kloster passte, in die Welt fast gar nicht« – ins Benediktinerkloster Beuron ein, wo er 1870 als Pater Anselm die Ordensgelübde ablegte. 1896 starb Pater Anselm in Maria Laach in der Eifel. Er hat das römische Messbuch, das Missale Romanum, das bei jedem katholischen Messgottesdienst offizielles liturgisches Buch ist, in die deutsche Sprache übersetzt und kommentiert. Der »Schott«, der Name ist gesetzlich geschützt, erlebte in wenigen Jahrzehnten eine Auflage von mehr als zehn Millionen Exemplaren und wird noch heute, wenn auch in angepasster Form, verwandt.<sup>5</sup> Ida von Schroeder beschreibt Pater Anselm als schönen asketischen Menschen, dem sie aber auch ein gutes Maß an Fanatismus zutraut.

Dem vierten Sohn Anton Albert, von dem die Rede sein wird, folgten noch drei Töchter. Als erste 1854 Marie Antonie, die den evangelischen Geheimen Hofkammerrat Wilhelm Hülsebeck heiratete und 1939 starb. Sie war heißblütig. Als es 1871 auf dem braven Staufeneck einmal zu einer Art Rebellion unter den Domänenarbeitern kam, für die damalige Zeit ein unglaublicher Vorgang, und der Vater Eduard Saladin Ruhe stiften wollte, wurde er von den erregten Leuten zu Boden geworfen und ihm die Uhrkette zerrissen. Die etwa 17-jährige Marie Antonie schrie: »Eine Pistole her, dass ich hineinschießen kann!«, eine Äußerung, welche die Annahme erlaubt, dass Sanftmut nicht ihre stärkste Tugend war.

Anna Sabine, geboren 1856, machte das katholische Lehrerinnenexamen und heiratete dann Maximilian Fraundorfer aus Augsburg, einen Witwer mit vier Kindern. Fraundorfer war 20 Jahre lang Kaufmann in Südafrika gewesen. Obwohl aus der Ehe

noch sieben Kinder hervorgingen, darunter Paul Fraundorfer, Direktor des Bayerischen Staatsarchivs in Würzburg, war die Ehe schlecht, denn Fraundorfer war ein jähzorniger Mann.

Die jüngste Tochter, Antonie Margaretha, geboren 1859, heiratete den lungenleidenden Arzt Anton Fraundorfer, einen Sohn Maximilian Fraundorfers aus erster Ehe, der viel jünger war als sie. Sie starb 1910, nachdem ihr ein Bein abgenommen worden war, vermutlich an Tuberkulose.

In dieser Familie, mit Persönlichkeiten unterschiedlichster Prägung und Neigung, wuchs als vierter Sohn also Anton Albert auf, ein Mann, der – so Ida von Schroeder – »auf der einen Seite einen rastlosen Tätigkeitstrieb hatte, der seiner Umgebung alle Gemütlichkeit nehmen konnte, auf der anderen Seite Schlaffheit und Faulheit, die ihn beste Gelegenheiten verpassen ließ«. Pfarrer Feldweg sagte in seiner Trauerrede sehr fein, die dem Künstler unentbehrliche Gabe der Einbildungskraft habe ihn manchmal verleitet, die Dinge anders zu sehen, als sie waren. Er rühmte aber auch die Liebenswürdigkeit Anton Schotts und seine Dankbarkeit für jedes Zeichen der Liebe und jede ihm erwiesene Freundlichkeit.<sup>6</sup> Ein Mann der Widersprüche also.

Anton Schott besuchte das Gymnasium in Darmstadt, wohin er über Verwandte seiner hessischen Mutter gelangt sein dürfte, dann die Oberrealschule in Stuttgart. Am 22. September 1862 trat er als Zögling in die 1820 von König Wilhelm I. nach Plänen seines Generalquartiermeisters Ferdinand von Varnbüler (1774–1830) gegründete Offiziersbildungsanstalt im Sternfelschen Haus Mömpelgardstraße 24 in Ludwigsburg ein, später Kriegsschule und ab 1867 Kadettenschule genannt, deren Schüler ihrer gelben Krägen wegen »Kanarienvögel« geheißen wurden.

Die Kriegsschule, an deren oberster Spitze der Chef des württembergischen Generalstabs stand, wurde von einem Hauptmann und drei Inspektionsoffizieren im Leutnants- oder Oberleutnantsrang geleitet. Schulzeit und Lehrplan waren auf vier Jahre in vier aufsteigenden Klassen angelegt. In der letzten Klasse durften die Kriegsschüler die silbernen Feldwebellitzen am Rockkragen tragen. Die Schulzeit endete mit einer Schlussprüfung. Unterrichtet wurden neben den allgemeinen Fächern vor allem die militärischen wie Taktik, Kriegsgeschichte, Waffen-, Befesti-



*Anton Schott als Leutnant.*

gungs- und Terrainlehre und Kriegsdienstordnung. Gewicht wurde auch gelegt auf das Krokieren – einfaches Zeichnen des Geländes – und auf das Zeichnen nach der Natur. Übungsgänge und Geländespiele in der Umgebung, Schießübungen, auch solche mit der Feldartillerie auf dem Schießplatz bei Schwäbisch Gmünd, Reiten, Fechten mit Rapier und Florett, Schwimmen und Tanzen vervollkommneten den Lehrplan.

Am 18. Dezember 1865 wurde Schott Fähnrich und im Juni 1866 als Leutnant bei der Divisionsartillerie aus der Kriegsschule entlassen. Von seinen Vorgesetzten wurde Schott militärisch so beurteilt: »Eignet sich zu jedem Dienste, insbesondere zu Verschiekungen oder Bürogeschäften. Hat ausgezeichnetes Gedächtnis und guten taktischen Blick. Eignet sich zur Beförderung.«

Schott nahm sofort an dem Feldzug von 1866 auf Seiten Österreichs und der Mittelmächte gegen Preußen, dem letzten deutschen Bruderkrieg, und an den Gefechten von Aschaffenburg, Tauberbischofsheim und Kist teil.<sup>7</sup> Die württembergische 1. Felddivision bildete zusammen mit den badischen und hessischen Truppen das 8. Bundesarmeekorps, das unter dem Kommando des Prinzen Alexander von Hessen stand. Dieses war nach Ausrüstung, Bewaffnung, Ausbildung, Manneszucht und kriegerischem Geist den Preußen nicht annähernd ebenbürtig. Die Uniformen waren nicht einheitlich, was trotz der am linken Oberarm getragenen handbreiten schwarz-gelb-roten Feldbinde zu Verwechslungen führte. So wurden die badischen Truppen einmal von den württembergischen beschossen, weil sie Helme trugen, die den preußischen glichen. Die Kaliber der Geschütze stimmten nicht überein. Das preußische Zündnadelgewehr war dem badisch-württembergisch-hessischen Vorderladergewehr überlegen. Bis der süddeutsche Soldat einen Schuss abgegeben hatte, hatte der preußische bereits vier bis fünf Schüsse abgefeuert.

Auch erwies es sich als wenig vorteilhaft, dass das württembergische Angriffssignal mit dem badischen Rückzugssignal nahezu identisch war.<sup>8</sup> Nach dem Kriege, in dem die durchaus tapfer kämpfende württembergische Felddivision 657 Mann an Toten und Verwundeten verloren hatte, vermerkte der spätere württembergische Kriegsminister und General der Infanterie Albert von Suckow: »Mit souveräner Unwissenheit ist von einer unfähigen Führung an dem Blut unserer Soldaten furchtbar gefrevelt worden.«

Schott war innerhalb der württembergischen Felddivision der Reserveartillerie im III. Bataillon und hier der 4. schweren Batterie zu Fuß zugewiesen. Die Batterie hatte acht glatte 12-Pfünder als Geschütze, vier bis fünf Offiziere, 20 Unteroffiziere, fünf Trompeter, 205 Kanoniere, 178 Pferde und eine Vielzahl Munitionswagen. Sie hatte die Garnison Ludwigsburg am 29. Juni verlassen und war über Bönningheim, Sinsheim und Heidelberg nach Darmstadt marschiert, von wo sie mit der Bahn nach Frankfurt gelangte und in Bockenheim Quartier nahm. Am 14. Juli wurde sie alarmiert und nach Aschaffenburg in Marsch gesetzt. Infolge des raschen Vordringens der preußischen Mainarmee kam es noch am selben Tag zu Feindberührung und zu dem für die Preußen siegreichen Gefecht bei Aschaffenburg. Dabei geriet Schott mit seinem Feuerwerker mitten in die preußischen Husaren. Während Schott dank seines schnellen Pferdes entkommen konnte, geriet der Feuerwerker in die Hände des Feindes. Wie Schott schreibt, wurde er ihm »abgeknöpft«.

29 Jahre später sah er ihn durch einen merkwürdigen Zufall wieder. In einer kleinen nordamerikanischen Siedlung zwischen dem Lake Superior und Mexiko, also wahrhaft im »Wilden Westen«, hatte der Expresszug, in dem Schott reiste, wegen eines

Lokomotivschadens einen unfreiwilligen Aufenthalt. Schott schlenderte durch die Gassen und traf – angezogen von den ausgelegten Würsten – einen Metzger, der, wie sich rasch herausstellte, aus Gingen/Fils stammte und die Schotts auf Staufeneck kannte, und der Schott nach kurzer Unterhaltung über die Straße in eine Brauereiwirtschaft führte, deren Wirt kein anderer war als eben jener Feuerwerker und Waffengefährte von einst. Dieser war nach seiner Entlassung aus der Gefangenschaft in die Vereinigten Staaten ausgewandert.<sup>9</sup>

Nach den für die Mittelmächte ebenfalls verlorenen Gefechten bei Tauberbischofsheim und Kist kam es am 1. August zum Waffenstillstand zwischen Preußen und Württemberg. Schott kehrte mit seiner Einheit in sogenannte Cantonnements (Rückzugsquartiere) im Remstal und dann in die Garnison Ludwigsburg zurück und war nun in die Reorganisation und Neubewaffnung der württembergischen Truppen eingebunden. Wie alle Offiziere, Mannschaften und Militärbeamten der württembergischen Felddivision erhielt er in Anerkennung seiner Leistungen von König Karl die Kriegsgedenkmünze 1866 am schwarz-roten Band verliehen.

1869 wurde Schott auf eigenes Ansuchen in die Landwehr, also in die Reserve, übernommen und bei dieser kurz danach zum Seconde- und im Juli 1870 zum Premierleutnant befördert und gleichzeitig zum deutsch-französischen Krieg eingezogen. Nach dem Krieg kam er wieder zur Landwehr und wurde dort zum Hauptmann der 13. Artilleriebrigade ernannt. 1887 erhielt er seinen Abschied »mit seiner bisherigen Uniform«, hatte sich aber noch für viele Mobilmachungsperioden bereitzuhalten, so dass er sich im März 1897 aus San Francisco, wo er sich als Sänger und Gesangslehrer aufhielt, an das Landwehr-Bezirkskommando in Stuttgart wandte und ergeben bat, »bei etwaiger Mobilisierung in einer Branche verwandt zu werden, wo



*Das Gefecht bei Tauberbischofsheim am 24. Juli 1866, Gemälde von Karl Offterdinger.*

es weniger auf Reglement und Fachkenntnisse ankommt. Die lange Entfernung vom praktischen und theoretischen Dienste lässt es wünschenswerth erscheinen, mich bei Remontierungsgeschäften oder zu Etappenkommando oder noch zur Führung einer Munitionscolonne zu verwenden. [...] Die große Entfernung Californiens von der Heimat müsste auch noch in Mitberechnung gezogen werden.«<sup>10</sup>

1867 kam der 21-jährige Leutnant in die Familie des damaligen Oberstleutnants Otto von Schroeder, die in Ludwigsburg zunächst im Hause Eberhardstraße 11 mit Blick in die Bärengasse wohnte, dann in der Kanzleikaserne. Grund für die Besuche mag anfänglich die Musik gewesen sein. Der schöne, stimmbegabte Artillerieoffizier



*Oberst Otto von Schroeder,  
der Schwiegervater Anton Schotts.*

sang und die kaum 17-jährige Laura von Schroeder begleitete ihn auf dem Klavier. Dabei ist es nicht geblieben und es kam, wie es kommen musste. Die beiden jungen Leute verlobten sich im Stillen. Die Verlobung war mit Schwierigkeiten verbunden. Anton hatte sich nämlich entschlossen, ein Jahr vom Militär bei der Reserve Urlaub zu machen, um seine Stimme ausbilden zu lassen und eventuell Sänger zu werden. Ein Schwiigersohn, der Opernsänger und Komödiant werden wollte, war nicht nach dem Geschmack der Offiziersfamilie von Schroeder. Auch war klar, dass eine langjährige Verlobungszeit bevorstand, was mit Gerede in dem kleinen Ludwigsburg verbunden sein würde. Darum schickte man Laura kurzerhand zu einer Tante nach Orléans in Frankreich in der Hoffnung, die Empfindungen der beiden jungen Leute füreinander kühlten ab, was sich aber als Irrtum erweisen sollte.

Anton, der von sich schreibt, dass er damals schon fast den ganzen Shakespeare auswendig gekannt habe, und der mit Vorliebe auch malte, nahm derweilen Gesangsstunden. Seine Lehrerin war keine Geringere als die geschiedene Frau des großen Theologen David Friedrich Strauß, die berühmte Agnese Schebest (1813–1869), die als Sängerin in ganz Europa begeistert hatte. Bei ihr also studierte er, auf ihre italienische Gesangsschule schwor er. Was er hatte, hatte er von ihr. Sie hat ihn »gemacht« und zeitlebens blieb er ihr dankbar und erzählte von ihr. Auch in seinem Buch »Hie Welf! Hie Waibling!« – einer gesangspädagogischen Abhandlung – verneigt er sich vor seiner Lehrmeisterin<sup>11</sup>, die ihn in ihrer bescheidenen Wohnung im zweiten Stock des Hauses Kriegsbergstraße 30 in Stuttgart unterrichtete.

Schott schreibt: »Über dem Klavier in dem Dachstübchen meiner guten Lehrerin hing das kleine Bildnis eines alten Mannes. Sein dürres, durchfurchtes Antlitz wäre geradezu hässlich gewesen, hätten nicht ein paar kluge Augen voll Seelengüte die Gesichtszüge verschönert. Das Bild trug sich tief in mein Gedächtnis ein, da ich es bei



meinem stundenlangen Skalensingen immer ansehen musste. Von Zeit zu Zeit [...] richtete meine Lehrerin den Blick auf die kleine Lithografie, und ich konnte beobachten, dass dann jedes Mal ihr Auge feucht wurde.« Der alte Mann war Johannes Aloys Miksch (1765–1845), der berühmte Gesangslehrer, der Agnese als 12-jährige Waise bei sich aufgenommen hatte. Er war eine Art Adoptivvater und Vormund und bildete sie in der Gesangkunst aus, so dass sie bald alles um sich her in den Schatten stellte und der aufsteigende Stern am europäischen Gesangshimmel wurde. Miksch hat übrigens Carl Maria von Weber stark beeinflusst, der sich bei ihm allen Rat holte. Jener änderte einfach ab, was ihm nicht gefiel oder sonst nicht passte. Weber – so berichtete Agnese Schebest ihrem Schüler Anton Schott – sei über Miksch, der »keine Glacéhandschuhe trug und sackgroß war, oft in Verzweiflung geraten«. Schott schreibt weiter: »Was nun einstens Johannes Miksch für Agnese Schebest gewesen war, genau das wurde Frau Dr. Strauß für mich, ja eigentlich in viel höherem Grade, weil der Erstere im Hintergrunde saß. Johannes Miksch ist für mich der Großvater der neu geborenen deutschen Sangeskunst, Agnese Schebest eine Hohepriesterin, welche die heilige Flamme vor dem Erlöschen bewahrt hat. Und ich bin der Griffel, der dies aufnotiert.«



*Agnese Strauß geb. Schebest,  
Anton Schotts Gesangslehrerin.*

Der drohende Kriegsausbruch 1870 führte Anton Schott und Laura von Schroeder, die Orléans fluchtartig verlassen hatte, wieder in Ludwigsburg zusammen. Anton – zur Artillerie aktiviert – blieb den Krieg über als Offizier in der Stadt und hatte das Bewachungskommando in der Kanzleikaserne, in der die Familie von Schroeder lebte, deren täglicher Gast er war. Oberstleutnant von Schroeder stand im Felde und wurde am 25. Oktober bei Nogent-sur-Seine von drei Kugeln getroffen und schwer verwundet, sein Pferd unter ihm von fünf Schüssen niedergestreckt. Erst nach sechs Wochen konnte er in die Heimat transportiert werden. Er hat sich von seiner schweren Verwundung nie mehr erholt und ist am 20. März 1876 53-jährig in Ludwigsburg gestorben.<sup>12</sup>

Nach dem Krieg und noch im Jahre 1871 hatte Anton Schott dann – wie bereits erwähnt – wieder seinen Abschied vom aktiven Militärdienst genommen, um sich ganz dem Gesang zu widmen. Im Juni wurde die Verlobung von Anton und Laura veröffentlicht. Anton hatte übrigens während der Abwesenheit Lauras eine Liebschaft

mit einem katholischen Mädchen gehabt, die eine schöne Singstimme besaß, und die er sogar seinen Eltern in Staufenneck vorgestellt hatte. Es kann sein, dass diese Treulosigkeit Antons, die Laura von ihrem Onkel Ernst von Schroeder nach Frankreich gemeldet worden war, über die sie aber nie sprach, die Beziehung der Braut- und späteren Eheleute schon beschädigt hatte, ehe sie richtig begann.

Im Mai 1870 hatte Anton Schott in der Frankfurter Oper als Max im »Freischütz« debütiert.<sup>13</sup> 1871 bekam er ein Engagement an der Münchner Hofoper. 1872 wurde er auf die Stelle eines lyrischen Tenors an die Berliner Hofoper berufen. So konnte nun geheiratet werden. Die katholischen Verwandten waren über die Verbindung nicht glücklich. Der Bruder Arthur Eduard, der Sonderling, hatte Anton noch in der Nacht vor der Hochzeit in strengster Weise ins Gewissen geredet, ohne freilich etwas ausrichten zu können. Die Trauung wurde 1873 in Ludwigsburg zuerst in der katholischen Schlosskirche und dann in der evangelischen Garnisonskirche auf dem Marktplatz – heute katholische Kirche – gefeiert.

Unmittelbar nach der Hochzeit wartete eine erste Reihe von Überraschungen auf die junge Frau. Obwohl die Stelle Antons an der Berliner Oper gut dotiert, dieser also nicht unbemittelt war, musste er die Reise seiner Frau nach Berlin bereits in



*Laura Schott geb. von Schroeder,  
die Gattin Anton Schotts.*



*Anton Schott in Schwerin,  
um 1875.*

Frankfurt unterbrechen und bei einer alten Baronin das Geld für die Weiterreise nach Berlin borgen. Seine dortige Wohnung fand Laura dann aber auf das teuerste ausgestattet. Ein Diener und ein Dienstmädchen standen zur Verfügung, Anton betrieb in

der Wohnung auch eine Hundezucht. Die Hunde wurden nachts auf den Balkon gesperrt, wo sie so sehr heulten, dass die Nachbarschaft rebellierte. In der Wohnung stand ferner – ob passend oder nicht – der schlecht ausgestopfte Tyras, ein ehemaliger Jagdhund Antons.

Von diesem Tyras hatte Anton in der Verlobungszeit an seine Braut in Ludwigsburg geschrieben, er sei statt seiner, des Sängers, von Wilderern auf der Jagd erschossen worden, habe ihm also das Leben gerettet. Über den Tod des Tieres sei er sehr betrübt. Die ergreifende Geschichte machte die Runde in Ludwigsburg. Man freute sich mit Anton über seine Rettung und bedauerte den Verlust des treuen Hundes, wunderte sich freilich darüber, dass die Wilderer sich so nahe an Berlin herantrauten. Als Laura Anton ansprach, wie er denn das tote Tier habe bergen und zum Präparator bringen können, wo doch die Wilderer im Hintergrund gelauert hätten, um ihn zu treffen, lachte er. Was er nach Ludwigsburg geschrieben habe, sei Schwindel; er selbst sei es gewesen, der Tyras auf der Jagd versehentlich erschossen habe. Er habe alles nur eronnen, um die Wahrheit nicht berichten zu müssen.

Laura musste auch verstehen lernen, dass Anton von Frauen umschwärmt wurde, die den Maestro bemitleideten, weil er sich durch seine Heirat eine Fessel angelegt habe, umso mehr, als die von ihm erwählte Frau noch nicht einmal vermögend sei. Wie oft Anton dem Locken seiner Verehrerinnen nachgab, ist nicht überliefert, dass er aber nachgab, darf als sicher gelten. Ganz sicher ist auf jeden Fall, dass das junge Paar über seine Verhältnisse lebte. Die Ludwigsburger Offiziere, die nach Berlin abkommandiert waren, erzählten, wieder zurückgekehrt, Wunderdinge vom Leben der Schotts und ihrer fürstlichen Einrichtung, die freilich alles andere als bezahlt war.

1875 kam Anton Schott als Heldenenor nach Schwerin und wurde Großherzoglich-Mecklenburgischer Kammersänger.<sup>14</sup> Das Großherzogliche Theater wurde als eine kleine, aber sehr edle Kunststätte gerühmt. Der Vertrag mit dem Hoftheater vom 16. April 1875 gewährte ihm ein überaus stattliches Einkommen. Außer einer fixen Jahresgage von 7500 Mark, in monatlich postnumerando zu zahlenden Raten von 625 Mark, erhielt er für jeden Abend, an dem er beschäftigt war, ein Spielhonorar von 60 Mark, das ihm jährlich 50-mal garantiert wurde, also nochmals mindestens 3000 Mark im Jahr. Unterm Strich ergab dies ein Jahreseinkommen von 10 500 Mark, die Einnahmen aus Konzerten nicht mitgerechnet. Neben seiner Tätigkeit an der Oper pflegte Anton Schott auf dem Schweriner See zu segeln. Natürlich hatte er sich sofort ein eigenes Boot zugelegt. Ferner lernte er in der Hofdame von Stenglin eine Frau kennen, die seine Ehefrau Laura zu Recht in Unruhe versetzte.

Am 18. Mai 1876 gastierte Anton Schott in der Titelrolle von Wagners »Tannhäuser« in Hannover. Wohl deshalb erhielt er 1877 einen Ruf an die Königliche Hofoper nach Hannover, dem er folgte. Er wurde dort, wenn auch nicht in direkter Folge, Nachfolger des berühmten Tenors Albert Niemann. Es begann eine Glanzzeit seines Lebens. Er mietete zunächst in der Wiesenstraße 18 ein ganzes Haus. Schon nach eineinhalb Jahren zog er in das Haus Maschstraße 5 um, das er für 100 000 Mark kaufte, worauf er aber nur 18 000 Mark anzahlte. Um von dem Mietvertrag über das bisherige Haus loszukommen, musste ein Grund gefunden werden. Also erklärte Anton Schott, das Haus sei feucht. Der Vermieter klagte, aber Anton obsiegte, denn er gewann eine alte Kinderfrau als Zeugin, die versicherte, dass man in einen der unteren Räume bisweilen die beiden Anton Schott gehörenden Störche getrieben habe, um die dort herumhüpfenden Frösche zu verspeisen.

Das neue Haus, das einen prächtigen Garten besaß, wurde aufs schönste hergerichtet: Wände wurden herausgenommen, feinste Tapeten eingebracht, das Treppenhause im pompejanischen Stil ausgemalt, im Garten ein Hühnerpark angelegt, auch Störche, Pfauen und anderes Getier eingesetzt. Laura plante sogar den Bau eines Turmes. Das Haus wurde Jahre später für 90 000 Mark – also mit großem Verlust – wieder verkauft, was die kaufmännischen Fähigkeiten des Offiziers und Künstlers einmal mehr als bescheiden offenbart.

Man verkehrte mit den Offizieren der Offiziersreitschule, in der immer auch einige württembergische Offiziere waren, mit Prinz Bernhard von Weimar, mit dem Intendanten Bronsart von Schellendorf, mit dem Bassisten von Reichenberg und mit dem



*Kapellmeister Hans von Bülow, um 1880.*

Hofkapellmeister Hans Guido Freiherr von Bülow. Ein Höhepunkt jener Jahre waren die Kaisertage von Hannover (1879 oder 1880). Kaiser Wilhelm I. besuchte mit großem Gefolge die festlich geschmückte Stadt. Anton Schott sang abends den »Lohengrin«. Zu seinem Ärger wurde aber der zweite Akt ausgelassen, weil der Kaiser ein Ballett zu sehen wünschte. Ballett und mehr noch Balletteusen waren eine Schwäche des alten Herrn, die ihm manchen Tadel eintrug.

Dem Kapellmeister Hans von Bülow, der mit Cosima Liszt, der Tochter Franz Liszts aus dessen Verbindung mit Gräfin Marie d'Agoult verheiratet war, und die ihn Richard Wagners wegen verlassen hatte, hatte Anton Schott viel zu verdanken. Ohne Bülow hätten sich Anton Schott nicht die Türen zu den Konzertsälen Londons geöffnet. Es ist deshalb bedauerlich, dass gerade Schott es war, der den Weggang von Bülows aus Hannover verursacht hat.

Bülow war Schott durchaus gewogen, nur hielt er den stimmbegabten, kräftigen und fülligen Tenor nicht für übermäßig musikalisch und versuchte deshalb, ihn zu verbessern. Hierfür hatte der eitle und von sich überzeugte Anton Schott aber nun gar kein Verständnis und begegnete Bülow mit hochfahrender, den Artillerieoffizier herauskehrender Art. Dies wiederum ertrug der begabte, sensible und nervöse Dirigent nicht, der an seiner Wohnungstür eine Tafel mit der Aufschrift angebracht hatte: »Hans von Bülow. Kapellmeister. Vormittags nicht zuhause. Nachmittags nicht zu sprechen.« So mehrten sich die Spannungen. Als Bülow die Musik des von ihm geschätzten Hector Berlioz zu »Benvenuto Cellini« einstudierte, äußerte sich Anton Schott in einer Pause abfällig über diese Musik, und zwar so laut, dass Bülow es hören musste. Bülow erwiderte nach kurzem Zögern ruhig und jedes Wort betonend: »Ja, und von Artillerie verstehe ich nichts!« Das saß. Kapellmeister von Bülow fürchtete

schon, wie er scherzend sagte, eine Forderung »auf gezogene Kanonen«. Ein anderes Mal sagte Bülow über den »Militärtenor«, wie er Anton Schott seiner »Trompetentöne« wegen stichelnd nannte: »Wenn Schott zu tief singt, dann destoniert er, wenn er zu hoch singt, dann distoniert er, und wenn er ausnahmsweise den richtigen Ton findet, dann detoniert er.«

Bei einer Rienzi-Probe kam es zu einem ersten Gewitter. Bekanntlich erscheint Rienzi im dritten Akt hoch zu Ross. Schott ließ seine Reitkunst glänzen, versäumte aber manches im Gesang, so dass ihm Bülow ärgerlich zurief: »Herr Schott, halten Sie mich für den Zirkusdirektor Carré?« Jetzt brachte Schott zur nächsten Probe auch noch eine Reitpeitsche mit. Da er aber reinlichst sang, konnte von Bülow nichts machen. Schott entschuldigte sich damit, das Pferd sei vor den Proben noch nie auf einer Bühne gewesen, woher seine Unruhe gerührt habe.

Im September 1879 kam es bei einer Lohengrin-Probe zum Eklat. Als Schott nach Bülows Ansicht unrhythmisch sang, warf dieser, wie er es in der Erregung zu tun pflegte, den Taktstock weg und soll gerufen haben: »Das ist ja kein Schwanen-, sondern ein Schweineritter!« Die angestellte Untersuchung ergab nicht, ob der Satz tatsächlich gefallen war, aber Bülow konnte sich nicht mehr halten und verließ am 3. November 1879 Hannover.<sup>15</sup> Wenn Schott geglaubt hatte, nun könne er den Ton angeben, so sah er sich getäuscht. Auch Bülows Nachfolger Ernst Frank trat Schott, wo es nötig war, entgegen, und nun war es Schott, der 1881 um seine Entlassung einkam, die ihm auch gewährt wurde. Bei dieser Entscheidung spielte mit, dass der damals 35-jährige Anton Schott im Februar 1881 die im fränkischen Rangau gelegene Burg Abenberg (südlich von Nürnberg) aus einer Konkursmasse für 18 000 Mark gekauft hatte. Hier wollte er jetzt ohne festes Engagement leben und nur noch Gastrollen übernehmen.

Die interessante Burg, deren Turnieranger bereits Wolfram von Eschenbach (1170–1220) in seinem Heldenepos »Parsival« verewigt hat, schenkte er seiner Frau Laura, die überall hin wollte, nur nicht nach Bayern, »damit sie nichts mehr dagegen machen konnte«. Er hatte sich zu dem Kauf spontan entschlossen, als er in der ziemlich heruntergekommenen Burg eine alte Kanone entdeckte, die Zubehör war. »Das wird gekauft!« soll der Artillerist ausgerufen haben.

Im Sommer 1881 begannen die Umbauarbeiten und im Februar 1882 wurde in das alte Gemäuer eingezogen. Den Verkauf des Hauses in Hannover und den Umzug von dort ins Frankenland musste im wesentlichen Anton Schotts Schwägerin Ida von Schroeder, nur mit unzulänglichen Vollmachten und Anweisungen ausgerüstet, besorgen, weil der Kammersänger mit seiner Gattin in London weilte, wohin er sich für einige Zeit verpflichtet hatte. Einzeln mussten die Möbel den Burgberg hinaufgetragen werden, weil dieser nicht zu befahren war. Im ersten Obergeschoss waren die Zimmer nur notdürftig eingerichtet. Die Öfen rauchten entsetzlich und überall wurde noch gebaut, als Anton und Laura aus London zurückkehrten. Sie hatten ihre Rückkunft einen Tag vorher durch ein Telegramm angekündigt. Anton Schott, der Burgherr und Rittergutsbesitzer, entschloss sich nicht nur, große Weinfässer in die wiederentdeckten Keller zu legen und sie mit Wein zu füllen, sondern auch etwa 2000 Obstbäume zu pflanzen, Hopfenpflanzungen anzulegen und schließlich einen Turm, den späteren Schottenturm, im »Nürnberger Stile« und eine Kapelle zu bauen – die Kapelle, damit seine Frau Laura nicht immer nach Dürrenmungenau wandern oder fahren musste, um am protestantischen Gottesdienst teilzunehmen. Er wurde zum Arbeitgeber vieler Abenberger Bürger.<sup>16</sup>



*Burg Abenberg, Gemälde von August Lohr.  
Im Vordergrund sind Laura und Anton Schott beim gemeinsamen Ausritt dargestellt.*

Außerdem brachte der unruhige Mann die Elektromöopathie und eine gewaltige Begeisterung für sie mit nach Abenberg und befahl seiner Schwägerin Ida von Schroeder, sie anzuwenden. Folgsam bereitete Ida von Schroeder Arzneien und Salben nach den Weisungen Anton Schotts, besuchte das kranke arme Landvolk und konnte beachtliche Heilerfolge verzeichnen, was ihr selbst nie begreiflich war. Dies ging im Einvernehmen mit dem 80-jährigen Abenberger Arzt so lange gut, bis der Apotheker von Schwabach um seine Existenz zu fürchten begann, aufmuckte und drohte, er werde die kurpfuschende »Schöne vom Turm« samt dem alten Doktor verklagen, falls die Heilbehandlungen nicht aufhörten.

Am Tage, ehe Anton und Laura Schott zu einem Gastengagement des Kammerängers nach Amerika reisten – es war im November 1884 oder 1885 –, wurde die Kapelle mit allerhand Theaterdonner eingeweiht. Ida von Schroeder schreibt darüber: »Ich muss mich noch heute wundern, was alles an Geistlichkeit dazu kam. Der Prälat, der Dekan und eine Anzahl Geistliche. Der weltliche Bezirksvorstand telegrafierte in letzter Stunde ab. Er war zwar protestantisch, wollte es aber mit den Katholiken nicht verderben. Ein Zug durch das Städtchen hätte meiner Meinung nach vermieden werden sollen, es war eine unnötige Reizung der Bevölkerung. An der geschlossenen Tür [der Kapelle] stand Anton in Artilleriehauptmannsuniform, dem Ella [Eleonore,



*Der von Anton Schott auf Burg Abenberg erbaute Turm,  
im Volksmund »Schottenturm« genannt.*

die älteste Tochter] den auf einem roten Samtkissen liegenden Schlüssel übergab, den er dann mit einer Rede weitergab. Ich glaube, der Pfarrer von Dürrenmungenau, Hänsolt, schloss auf. Nach der Predigt, die wir im Schlosstuhl anhörten, war heiliges Abendmahl. Ach es war so viel Komödie!«

Von Abenberg aus unternahm Anton Schott seine Gastreisen. Er sang am Nürnberger Stadttheater und wurde dort fast vergöttert. Besonders eindrucksvoll muss er in seiner Paraderolle als Rienzi gewesen sein, wenn er auf prächtigem Schimmel auf die Bühne ritt. Als der Schimmel verendete, ließ er ihn im Schlosspark von Abenberg begraben. Waren die Schotts nicht auf Reisen, führten sie auf der Burg ein großes und gastfreies Haus. Fürstlichkeiten und bedeutende Persönlichkeiten kamen zu Besuch und trugen sich ins Gästebuch ein, z.B. die Herzogin Marie von Mecklenburg-Schwerin mit Tochter Elisabeth und Stiefsohn Paul Friedrich, der Militär- und Genremaler Louis Braun, der Maler Wilhelm Beckmann, der Dramatiker und Theaterhistoriker Max Martersteig oder der Physiker Ernst Pringsheim, der Onkel von Katja Pringsheim, der späteren Ehefrau Thomas Manns. Das Gästebuch konnte unlängst von der Gemeinde Abenberg erworben werden.<sup>17</sup>

Im April 1882 sang Anton Schott erstmals nach seinem Wegzug wieder in Hannover. Als Masaniello in der Oper »Die Stumme von Portici« von Daniel Francois Esprit Auber hatte er mit den Worten aufzutreten: »Seid Brüder mir begrüßt!« Weiter kam er nicht, denn ein solcher Regen von Blumen und Kränzen ging auf ihn nieder und das Publikum machte ihm solche Ovationen, dass die Handlung unterbrochen werden musste. Jemand rief: »Willkommen im Grünen!« Dann fing alles aufs neue an. Blumen und Kränze wurden weggebracht und Schott bereitete sich vor, nochmals zu beginnen. Da rief eine andere Stimme: »So, nun singen Sie man los!«<sup>18</sup> Dies zeigt, wie außerordentlich beliebt Schott bei den Hannoveranern war.

Schon 1879 hatte er in London gesungen, 1880 sang er in »Her Majesty's Theatre« den Titelhelden in Wagners »Rienzi«, den »Lohengrin« und 1882 den »Tannhäuser«. Auch in Amerika feierte Anton Schott Erfolge. Im August 1884 war Leopold Damrosch, ein deutscher Emigrant, der zwölf Jahre zuvor aus Breslau gekommen war, beauftragt worden, eine Spielzeit mit deutscher Oper an der Metropolitan Opera in New York durchzuführen. Bereits am 17. November eröffnete er die Spielzeit mit einem Ensemble, das er sich in Deutschland zusammengerufen hatte. Ihm gehörten neben Anton Schott unter anderem die berühmte Amalie Materna, Adolf Robinson und Marianne Brandt (eigentlich Marie Bischof), die erste Bayreuther Kundrie, an.

Dem »Tannhäuser« und dem »Lohengrin«, jeweils mit Anton Schott in der Titelrolle, folgte die »Walküre«. Sie geriet zur Sensation. Die Besetzung war auch herausragend: Amalie Materna begeisterte als Brunhilde, Auguste Kraus als Sieglinde und Anton Schott als Siegmund. Unmittelbar nach Schluss der Spielzeit brach das Ensemble zu Gastspielen nach Chicago, Cincinnati und Boston auf. Weil die Met, die in der Rechtsform einer Aktiengesellschaft geführt wurde, trotz dieser Erfolge Verluste machte, überlegten die Aktionäre, wie es weitergehen sollte. Da erbot sich Anton Schott, die Oper zu übernehmen. Als ehemaliger Offizier traute er sich zu, alle zu kommandieren. Sein Angebot, das als neuen musikalischen Leiter Anton Seidl vorsah, versuchte er dadurch reizvoller zu machen, dass er drohte, mitsamt dem Ensemble zur Academy of Music, gewissermaßen zum Konkurrenzunternehmen, überzulaufen, falls man es zurückweisen sollte. Schotts Vorschlag wurde gleichwohl abgelehnt, weniger, weil er missfiel, als wegen der Art und Weise, wie er vorgebracht worden war.<sup>19</sup>



Eine weitere deutsche Spielzeit an der Met begann am 8. November 1886. Anton Seidl holte dazu Anton Schott zurück. Im Februar veranstaltete Walter Damrosch, der Sohn des im Februar 1885 verstorbenen Leopold Damrosch, eine halbszenische Aufführung der »Walküre« in der Carnegie Hall mit Amalie Materna, Anton Schott und Emil Fischer. Der Erfolg war so groß, dass Anton Seidl die Met für Aufführungen der »Götterdämmerung« und des »Tannhäuser« mietete.<sup>20</sup>

Bereits 1882 hatte Schott an der großen Tournee mit Angelo Neumanns wanderndem Wagner-Theater teilgenommen mit umjubelten Ring-Aufführungen in Dänemark, Holland, Belgien, England, Österreich, Italien und verschiedenen Städten Deutschlands. 1889 folgten Auftritte in Russland und dort insbesondere in St. Petersburg, Moskau und Kiew. Das Wagner-Theater und Anton Schott ernteten reichen Beifall. Außerdem sang Schott auch wieder in Schwerin. Vom 7. Oktober 1891 liegt eine Depesche des Hoftheaters Schwerin an Herrn Rittergutsbesitzer Anton Schott in Abenberg vor: »Würden Sie bereit sein, am Sonntag elften Oktober hier als Rienzi zu gastieren? Generalprobe müsste am Sonnabend Nachmittag stattfinden. Welches Honorar? Ledebur.« Schott drahtete am selben Tag zurück: »Sehr gerne, wäre wegen weiter Reise zweimal nicht möglich? Honorarfrage wie früher oder wie es passt, voraus einverstanden. Freue mich ungemein. Schott.« Schott war dann dort vom 13. Oktober bis 23. November 1891 engagiert.<sup>21</sup>

Es ist beklagenswert, dass die Stimme Anton Schotts nicht konserviert ist. So mögen einige Rezensionen seines künstlerischen Wirkens helfen, dieses Manko wettzumachen.<sup>22</sup>

»Anton Schott ist im Besitz von Stimmmitteln, die gewaltig und bedeutend zu bezeichnen sind, die Kraft und Fülle des Tones sind imponierend, die Ausdrucksmittel unerschöpflich reich, der Sänger verfügt über die an ihm allseitig gerühmte vornehme ruhige Tonbildung.« (Vossische Zeitung Berlin 1890)

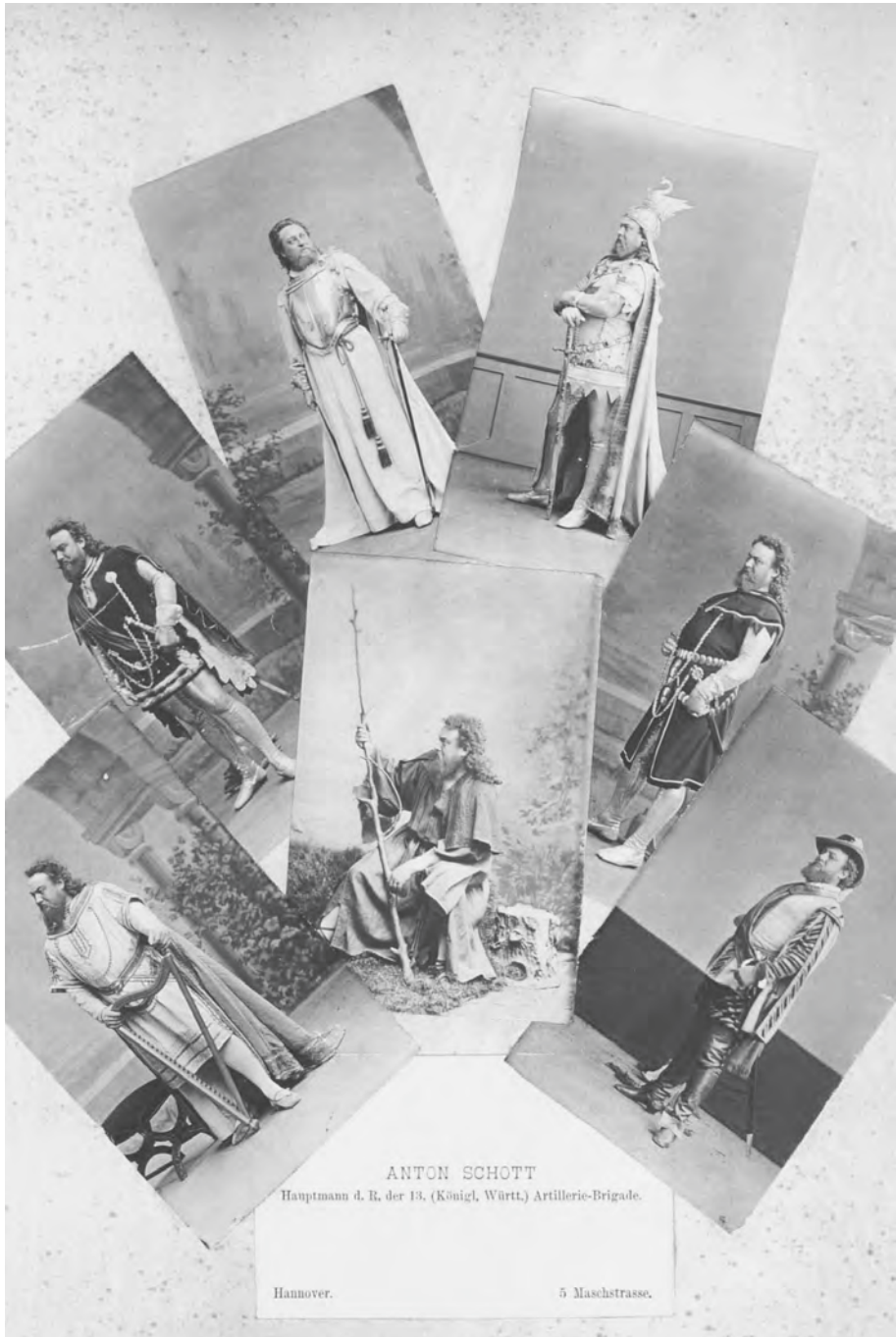
»Der Künstler hat die schöne und seltene Gabe einer vorzüglichen Phrasierung von Wort und Ton, eine durchweg durchgeistigte Auffassung und noble Repräsentation seiner Partie.« (Berliner Lokalanzeiger 1890)

»Sein Siegmund [in der »Walküre«] ließ die ganze bedeutende künstlerische Kraft des Herrn Schott erkennen; in Wesen, Erscheinung, Gesang und Spiel zeichnete sich die Leistung durch hervorragende Eigenschaften aus; sie blieb frei von Übertreibungen, hauptsächlich gesanglichen, die Anlage des ganzen war eine bedeutende und die Aufführung darf eine glänzende genannt werden.« (Berliner Börsen-Courier 1890)

»Herr Schott erfüllt als Künstler und als Mensch alle Nebenbedingungen zur wirksamen Verkörperung der Wagnerischen Heldengestalten, dramatische Energie, künstlerische Intelligenz, eine hohe reckenhafte Erscheinung und ein kraftgesättigtes Organ von echtem Tenorklang, an welchem die gewaltige Brandung des Wagnerischen Orchesters machtlos zerschellt.« (Berliner Börsenzeitung 1890)

»Als die herrliche Komposition Schumanns (»Die beiden Grenadiere«) bei den Worten »dort will ich liegen« usw. in die Klänge der Marseillaise hinüberleitete, da entfaltete sich Schotts ohnehin herrliches Organ zu vollster Kraft und ein Nervenschauer ging durch die Zuhörerreihen, als im Geiste des Grenadiers der Kaiser über sein Grab ritt und der treue Soldat gewappnet aus demselben emporsteigt, den Kaiser, seinen Kaiser, zu schützen. Minutenlanger Applaus und dreimaliger Hervorruf lohnten den Künstler.« (Breslau)

»Anton Schotts Konzerttournee fand den schönsten Schluss dadurch, dass der Künstler die Ehre hatte, vor der Kaiserin seine Kunst zu beweisen. Er war am Montag, abends 9 Uhr, von der Kaiserin in das Neue Palais befohlen worden. Anwesend waren



*Anton Schott in verschiedenen Tenor-Rollen.*

daselbst ca. 30 Personen. Die Vorträge des Künstlers dauerten fast eineinhalb Stunden. Herr Schott sang mehrere seiner Glanznummern. Die Kaiserin äußerte sich dem Künstler gegenüber sehr anerkennend und in liebenswürdiger Weise.« (Potsdam).

»Als nach dem ›Wohlauf noch getrunken‹, dem letzten Liede des Programms, der Beifallsruf sich nicht legen wollte, gab der Künstler noch etwas zu: ›Deutschland, du herrliche Siegesbraut‹. Das schmetterte er hinaus mit einer Kraft und einem Jauchzen gleich einem dröhnenden Schlachtruf.« (Danzig 1893)

Anton Schott war in Amerika auch als Pädagoge tätig und leitete ein Konservatorium in Chicago. 1900 ließ er sich wieder in Deutschland nieder, und zwar in Stuttgart, wo er als Musik- und Gesangslehrer tätig war und auch in Konzerten auftrat. Nach Amerika reiste er aber mindestens noch ein Mal. 1910 quartierte er sich nämlich nach einer Amerikareise bei seiner Schwägerin Ida Feldweg geb. von Schroeder und deren Mann für einige Monate im Pfarrhaus in Jesingen ein. Dort angelte er in der Lindach, las aus seinen Schriften und Aufzeichnungen vor, die leider nicht mehr auffindbar sind, und sang in Haus und Kirche. Es gesellte sich ihm immer wieder eine Dame zu, Miss Strout, wobei Unklarheit herrschte, ob diese seine illegitime Tochter oder seine Geliebte war. Sie war auch in der Stunde seines Todes bei ihm. Ferner zeigte sich die schon einmal erwähnte Hofdame von Stenglin aus Schwerin öfter, als es den Verwandten lieb war.<sup>23</sup> Die letzte Wohnung Schotts in Stuttgart war Gänsheidestraße 35a/2, in der zuvor der Maler und Bildhauer Melchior von Hugo gelebt hatte.

Die Ehe Anton Schotts mit Laura war, wie zu sehen ist, zerbrochen. Die zwei Ehegatten lebten seit vielen Jahren getrennt und Anton kam nur noch selten nach Abenberg, wo er Vögel zu jagen pflegte. Dort hatte inzwischen Laura über die örtliche Stadtpatronin Stilla, die in der ersten Hälfte des 12. Jahrhunderts lebte und 1927 selig gesprochen wurde, ein Festspiel geschrieben, das 1902 im Rahmen der 1898 begonnenen »Abenberger Festspiele« uraufgeführt wurde.<sup>24</sup>

Aus der Ehe Anton Schotts mit Laura sind vier Kinder hervorgegangen: die 1874 in Berlin geborene Eleonore, die den Konsul Adolf Weber heiratete und in den USA lebte; der 1875 in Schwerin geborene Eduard, der am 14. März 1945 bei einem Luftangriff auf Neckarsulm ums Leben kam; der 1878 in Hannover geborene Otto, der 1914 als Hauptmann in Polen fiel und dessen Leichnam nach Ludwigsburg auf den »Alten Friedhof« übergeführt wurde, wo sein Grabstein noch zu sehen ist; schließlich die 1883 auf Abenberg geborene Ida, die den Schriftsteller Paul Krasnopolski heiratete und in Prag und Graz lebte. Nur Eduard Schott hatte aus seiner Ehe mit Emma Eisemann Nachkommen, nämlich die kinderlosen Otto Schott und Paula Schott, die im März 1957 Georg Wilhelm Schultz in den USA heiratete.

Wie schon angeführt, starb 48 Stunden nach Anton Schott seine Gattin Laura auf Abenberg und die Asche Antons und der Leichnam Lauras wurden am 13. Januar 1913 auf dem »Alten Friedhof« in Ludwigsburg beigesetzt. Die Nichte Anton Schotts, Ida Paret geb. Feldweg, schreibt über das Ereignis: »Wir fuhren [vom Bahnhof] gleich zum Friedhof, wo schon alle Offiziere des 121. Regiments und die Regimentsmusik waren, die vor der Feier, dann während man zum Grab ging, und zum Schluss, als wir am Grab vorübergingen, spielte. Nach der Feier, die wir mit tiefem Schmerz und Wehmut begingen, reisten wir nach Stuttgart zurück. Abenberg wird jetzt verkauft und damit ist viel Schönes vorübergegangen, oder ist es jetzt schon. Das Heimweh nach den Lieben wird nie zu stillen sein.«<sup>25</sup>

So waren die Ehegatten, deren Ehe letztlich nicht glücklich verlief, im Tode wieder vereint. Aber das gefiel den Freundinnen Anton Schotts nicht. Ohne die

Schroedersche Familie zu fragen, entfernten sie in einer Nacht-und-Nebel-Aktion das große eiserne Kreuz mit den Namenstafeln vom Familiengrab und setzten Anton Schott ein besonderes Denkmal: den eingangs erwähnten hohen Granitblock mit dem Bronzerelief des Sängers. Das Relief stammt von Luise Donndorf, der Tochter und Schülerin des berühmten Bildhauers Prof. Adolf von Donndorf (1835–1916), der von 1876 bis 1910 an der Stuttgarter Kunstakademie wirkte.<sup>26</sup>

### Anmerkungen

- 1 Neues Tagblatt Stuttgart 7./9.1.1913.
- 2 Ida Feldweg geb. von Schroeder (1858–1930): Mein Leben (Handschrift; Typoskript von ihrer Tochter Ida Paret geb. Feldweg).
- 3 Ebd.; Paul Kopf: Anselm Schott. Übersetzer des römischen Messbuches. 1843–1896, in: Lebensbilder aus Schwaben und Franken 17 (1991); Alois Dangelmaier: P. Anselm Schott, der Mensch, Priester und Liturge, Krummwälden 1971.
- 4 Evangelische Kirchengemeinde Schwieberdingen, Familienregister Bd. II., Blatt 138.
- 5 Kopf (wie Anm. 3); Dangelmaier (wie Anm. 3).
- 6 Ludwigsburger Zeitung 10.1.1913.
- 7 Paul Dorsch: Kriegszüge der Württemberger im 19. Jahrhundert, Calw/Stuttgart 1913; Hauptstaatsarchiv Stuttgart M 430/1 Bü 2493; Walter Treiber: Die Brüder Ferdinand und Karl von Varnbüler, in: Hie gut Württemberg 49 (1998) S. 21–23.
- 8 Nach Angaben von Prof. Dr. Paul Sauer, Tamm.
- 9 Anton Schott: Eine Erinnerung aus dem Wilden Westen und – Göppingen. in: Neues Tagblatt Stuttgart 1895.
- 10 Hauptstaatsarchiv Stuttgart M 430/1 Bü 2493.
- 11 Anton Schott: Hie Welf! Hie Waibling! Streitfragen auf dem Gebiete des Gesanges vom Standpunkt eines singenden Darstellers, Berlin 1904.
- 12 Dorsch (wie Anm. 7); Ludwigsburger Zeitung 24.3.1876.
- 13 The New Grove Dictionary of Opera (Anton Schott), London/New York 1992.
- 14 Landeshauptarchiv Schwerin (Akten des Mecklenburgische Staatstheaters: Act-No.1–46, 49, 50–55, 57–62, 65, 69; Spemanns Goldenes Buch der Musik (Nr. 1252), Berlin/Stuttgart 1909.
- 15 Erich Rosendahl: Geschichte der Hoftheater in Hannover und Braunschweig, in: Niedersächsische Hausbücherei, Bd. 1, Hannover 1927, S. 126 ff.; Henry Edward Krehbiel: Chapters of Opera, New York 1980, S. 145 f.
- 16 Franz Kornbacher: Burg Abenberg. Eine Festung mit wechselvoller Geschichte, in: Heimatkundliche Streifzüge. Schriftenreihe des Landkreises Roth, Bd. 3 (1984) S. 4–23.
- 17 Das Gästebuch. Museen Burg Abenberg.
- 18 Darüber hat Anton Schott selbst eine Notiz gefertigt, die in der Presse veröffentlicht wurde; Neues Tagblatt Stuttgart 6.2.1913.
- 19 Krehbiel (wie Anm. 15); Carl H. Hiller: 100 Jahre Met. Oper in der Neuen Welt, München 1983, S. 89–96, 101, 123.
- 20 Ebd.
- 21 Landeshauptarchiv Schwerin (wie Anm. 14).
- 22 Das Folgende zitiert nach einer gedruckten Sammelnotiz in den Papieren Ida Feldwegs.
- 23 Nach Tagebuchnotizen von Ida Paret geb. Feldweg (1894–1969).
- 24 Kornbacher (wie Anm. 16).
- 25 Wie Anm. 23.
- 26 Oscar Paret: Erinnerungen an alte Ludwigsburger, in: Hie gut Württemberg 17 (1966), S. 5–7.



# Die Geschichte der Marbacher Sitzmöbelfabrik Feil KG

von Wolfram Berner

## *Alles begann in Steinheim an der Murr*

Der am 30. August 1838 in Böblingen geborene Schreiner Karl Friedrich Bock gründete im Jahr 1863 in Steinheim an der Murr eine Schreinerei in Verbindung mit einer Holzdreherei. Zunächst wurde nur in kleinem lokalem Ausmaß produziert, was sich mit dem Firmenbeitritt seines Sohnes Friedrich Bock, der am 23. Mai 1863 in Steinheim an der Murr geboren wurde, im Jahr 1884 grundlegend ändern sollte. Von da an trug das Geschäft den Namen »Karl Bock & Sohn, Sesselfabrik«. Ab diesem Zeitpunkt nahm durch den fachtüchtigen Schreiner Friedrich Bock der Arbeitsumfang besonders in der Schreinerei erheblich zu. Die Holzdreherei trat dabei in den Hintergrund. Schon zu damaliger Zeit sollen nur handwerklich einwandfreie Modelle produziert worden sein, welche einen guten Ruf genossen haben.

Um sich gegen die große Konkurrenz in dieser Branche im Raum Steinheim-Marbach behaupten zu können, kam am 1. Januar 1891 für ein Jahr der Fabrikant Schachenmeyer hinzu; das Unternehmen firmierte nun als »Bock & Schachenmeyer, Sesselfabrik«. Kurz nach dem Austritt des Anteilseigners Schachenmeyer trat an dessen Stelle der Gerber Friedrich Fischer in die Firma ein, so dass ab 1. Februar 1892 der neue Firmenname »Bock & Fischer, Sesselfabrik« lautete. Die weitere günstige Geschäftsentwicklung trug dazu bei, dass die in Steinheim zur Verfügung stehenden Räumlichkeiten nicht mehr ausreichten.

## *Die ersten Jahre in Marbach am Neckar*

Im Jahr 1893 fragte die Steinheimer Stuhlfabrik Bock und Fischer bei der Stadt Marbach an, ob diese das in ihrem Besitz befindliche Baugelände zwischen Ziegel- und Schillerstraße mit einer Größe von 23 bis 24 Ar verkaufen würde. Für 80 Mark pro Ar erfolgte der Grunderwerb, und so konnte dort nach Erstellung des Firmengebäudes am 1. Juni 1894 die Fertigung beginnen und die Firma siedelte in die Oberamtsstadt Marbach über.<sup>1</sup>

Auch am neuen Standort gewann das Geschäft weiter an Fahrt, so dass zum Beginn des 20. Jahrhunderts etwa 30 bis 40 Arbeiter Beschäftigung fanden. Die Zahl der Mitarbeiter steigerte sich schnell auf 61 im Jahr 1904. Die Stuhlfabrik hatte eine Dampfmaschine mit 10 PS und neben den Räumlichkeiten für die Fertigung ein eigenes Musterzimmer sowie ein Versandlager.<sup>2</sup> Am 16. Februar 1900 erhielt die Firma ihren ersten Telefonanschluss mit der Durchwahl Nr. 3.<sup>3</sup>

Es zeigte sich, dass zur stetigen Weiterentwicklung der Firma eine kaufmännisch geschulte Kraft nötig war. Daher trat an Stelle des Gerbers Friedrich Fischer als neuer Teilhaber Wilhelm Feil, Prokurist der Mainzer Lederfabrik Ihm und gebürtig aus Hof und Lembach, in die Firma ein. Wilhelm Feil übernahm die kaufmännische Leitung

und konnte in den folgenden Jahren den Betrieb zu einem namhaften Unternehmen ausbauen. Äußerlich zeigte sich dies in der Umbenennung der Firma in »Bock & Feil, Fabrik feiner Sitzmöbel«, wie sie nach dem 14. Oktober 1911 im Gewerberegister gelistet war.<sup>4</sup>

Das Geschäft an der Ziegelstraße entwickelte sich stetig weiter, so dass 1910 der Betriebszweig um eine Möbelfärberei erweitert wurde. Zwischen den Jahren 1910 und 1913 wurden bauliche Veränderungen vorgenommen. Außerdem wurde ein großer, mit mehreren Schuppen überdachter Holzlagerplatz zwischen dem Bahnhof Marbach und der Rielingshäuser Straße am damaligen östlichen Ortsrand ein-



*Briefkopf der Firma Bock & Fischer.*



*Belegschaft der Stuhlfabrik Bock & Fischer in Marbach (vor 1908).*

gerichtet – direkt neben der dort angesiedelten Zweigniederlassung der Zichorienfabrik Franck aus Ludwigsburg.<sup>5</sup>

Vor Ausbruch des Ersten Weltkrieges waren etwa hundert Arbeiter in der Sitzmöbelfabrik beschäftigt. Während des Krieges war Wilhelm Feil als Kompanieführer, Ordonnanzoffizier und stellvertretender Regimentsadjutant des Württembergischen Infanterie-Regiments 478 zum Heer einberufen. Am 25. April 1918 wurde er vor Amiens durch einen Kiefer- und Halsschuss schwer verwundet. Von August bis November 1918 war er als garnisdienstfähig zum stellvertretenden Generalkommando Stuttgart II B III kommandiert.<sup>6</sup>

Der größte Teil der Belegschaft war ebenfalls zum Kriegsdienst eingezogen. Die reguläre Sitzmöbelfabrikation konnte daher während dieser Jahre nicht aufrechterhalten werden; vielmehr wurde von den verbleibenden Mitarbeitern Heeresgut, vor allem Tornister und Munitionskisten, gefertigt.

### *Die Jahre zwischen den Weltkriegen*

Nach Kriegsende konnte der Betrieb nur allmählich und unter erheblichen Schwierigkeiten wieder in Gang gebracht werden. Verschiedene Sitzmöbelhersteller, deren Inhaber nicht im Feld gewesen waren und welche zu Anfang des Krieges noch keine Konkurrenz für das Marbacher Unternehmen darstellten, erstarkten so sehr, dass der Druck auf die Eigentümer von »Bock & Feil« in den ersten Jahren nach dem Krieg stieg. Durch die gute, von der Kundschaft anerkannte Qualität ihrer Erzeugnisse konnten sich die Sitzmöbel aus Marbacher Produktion jedoch auf dem Markt behaupten, so dass schon bald nicht nur die Kriegsheimkehrer, sondern auch zusätzliche Arbeitskräfte in der Firma Arbeit fanden.

Ab 1919 begleitete Wilhelm Feil mehrere Ämter. Bis 1928 war er im Stadtrat vertreten. Außerdem fungierte er als Kameradschaftsführer der Kriegerkameradschaft Marbach und ab 1927 zusätzlich als Kreisführer des Reichskriegerbundes »Kyffhäuser«. Durch einen Autounfall am 12. März 1936, der ihn mehrere Monate vom Firmengeschäft und seinen Ämtern fernhielt, war er genötigt, den Posten als Kameradschaftsführer und Kreisführer im Kyffhäuserbund aufzugeben. Man bedachte ihn aber mit der Ernennung zum Ehrenführer der Kriegerkameradschaft Marbach.<sup>7</sup>

Die Erholung von seiner geschäftlichen Tätigkeit fand Wilhelm Feil als leidenschaftlicher Jäger in seinem Jagdhaus im Hardtwald. Ab 1921 war er auch Vorstand der Jägervereinigung »Schillergau«. Mit Inkrafttreten des Reichsjagdgesetzes wurde er am 25. August 1934 zum Kreisjägermeister des Kreises Marbach ernannt. Als kleine Sensation für die Kinder und Jugendlichen der Schillerstadt hatte er ein Gehege für einen Rehbock unmittelbar neben dem Bürohaus in der Schillerstraße und für einen Marder auf dem Holzlagerplatz hinter der Fabrik angelegt.<sup>8</sup>

Friedrich Bock trat im Jahr 1921 aus der Firma aus. Neuer Teilhaber wurde sein ältester Sohn Eugen Bock. Der Name der Firma blieb folglich unverändert. Eugen Bock fertigte zugkräftige neue Modelle an, die für die Firma und ihre weitere Entwicklung von großem Nutzen waren. So war auch in den Jahren 1925 bis 1929 ein deutlicher Aufschwung zu verzeichnen. Das Unternehmen konnte durch bauliche Erweiterungen sein Herstellungsprogramm erheblich vergrößern. Im Jahr 1927 trat Eugen Bock wieder aus der Firma aus, um mit Verwandten eine stillstehende Möbelfabrik in Bietigheim unter dem Firmennamen »Bock & Link« zu übernehmen.



Als Innenarchitekt wurde an Bocks Stelle Franz Behrens aus Mainz engagiert. Sein gleichnamiger Vater, ebenfalls von Beruf Innenarchitekt, war seit 1900 mit der Marbacher Firma geschäftlich verbunden und trug zu einem wesentlichen Anteil an der Schaffung innovativer Sitzmöbel bei. Sein Sohn konnte unterdessen nicht voll überzeugen, so dass ab 1930 dessen Stelle der Architekt Adolf Appenzeller einnahm, der in den folgenden Jahren den Bedürfnissen des Betriebes, insbesondere auch hinsichtlich des künstlerischen Ausbaus, in hohem Maße gerecht wurde.



*Die Ansichtskarte von 1931 zeigt in der Bildmitte die zwei Unternehmervillen, davor das alte Firmengebäude (links) und den Backsteinerweiterungsbau (rechts).*

Von 1929 bis 1934 war August Renschler, der frühere Direktor der aufgelösten Zigarettenfabrik Waldorf-Astoria, neuer Teilhaber. Das Jahr 1929 brachte auch die bedeutendste optische Veränderung am Firmenstandort in Marbach mit sich. Für 240 000 Reichsmark wurde der große neue Backsteinbau in der Ziegelstraße der Fertigung übergeben. Gleichzeitig mit der Inbetriebnahme des Neubaus begann die wirtschaftliche Talfahrt des Sitzmöbelherstellers. Durch Entwertung der vorhandenen Rohmaterialien und die Liquidation vieler Abnehmer fuhr die Firma in den folgenden drei Jahren starke Verluste ein. Die Qualität der Möbel wurde auf hohem Niveau gehalten, doch konnten dafür keine angemessenen Verkaufspreise und auch keine hohen Absatzzahlen erzielt werden. Man versuchte, der Krisenzeit mit Gehalts- und Personaleinsparungen entgegenzuwirken, was bis 1934 auch gelang.

Von 1934 an leitete der Fabrikant Wilhelm Feil das Unternehmen als alleiniger Inhaber, wobei er von einem Stab besonders motivierter Mitarbeiter unterstützt wurde. Die Verkaufsorganisation und der Außendienst lagen im Wesentlichen in den Händen von August Herrmann und Karl Feil, einem Neffen von Wilhelm Feil. Beide waren von ihrer kaufmännischen Lehrzeit an in der Firma tätig. Zwischen 1919 und 1927 war August Herrmann in verschiedenen deutschen Firmen der Möbelbranche beschäftigt. Er kehrte aber auf den Ruf der Firma nach dem Austritt des Teilhabers

Eugen Bock wieder zurück.<sup>9</sup> Mit seinem Eintritt wurde ihm Einzelprokura erteilt. Durch sein Engagement verstärkte sich nicht nur die Zusammenarbeit mit der norddeutschen Kundschaft, sondern es wurden auch neue Kunden wie Hotels, Universitäten und Staatsbehörden gewonnen; ebenso hinterließ er seine Handschrift in der Gestaltung neuer maßgebender Modelle.

Daneben wurde 1928 Fritz Aldinger aus Ulm, der dem Verwandtschaftskreis von Wilhelm Feil entstammte, als Büroleiter verpflichtet. Im Folgenden entwickelten



*Blick auf den Holzlagerplatz hinter dem Erweiterungsbau (1938).*

sich Karl Feil und Fritz Aldinger zu wichtigen Stützen der Firma, so dass ihnen am 1. Januar 1936 die Kollektiv-Prokura erteilt wurde. Damit hatten neben dem Firmeninhaber Wilhelm Feil folgende Mitarbeiter eine leitenden Position inne: August Herrmann, Fritz Aldinger und Karl Feil als Prokuristen, Kuno Sailer (Fakturist), Gotthilf Müller (Buchhalter), Fritz Rempel (Lohn- und Betriebsbuchhalter), Adolf Appenzeller (Architekt bzw. Innenarchitekt), Karl Gross (Betriebsleiter), Eugen Knorpp (Tapeziermeister), Otto Häusermann (Maschinen- und Schreinermeister), Wilhelm Schöllkopf (Poliermeister) sowie die Stenotypistinnen Maria Bernd und Hedwig Mix. Daneben waren die vier Töchter von Wilhelm Feil, Herta, Lore, Ingeborg und Sigrid, als Schreibkräfte im Familienunternehmen tätig. Herta und Lore schieden nach ihren Verlobungen an Ostern 1937 aus, während die anderen beiden weiterhin beschäftigt blieben.

Mit der Zahl der Arbeiter und den Aufträgen nahm innerhalb der verschiedenen Produktionsabläufe auch die Häufigkeit der Betriebsunfälle zu. Schon der dritte Eintrag in das im November 1927 angelegte »Verzeichnis der gewerblichen Unfälle« in Marbach bezog sich auf einen Unfall in der Sitzmöbelfabrik, bei dem sich ein Fräser aus Erdmannhausen eine »Fleischverletzung am rechten Ring- und kleinen Finger« zugezogen hatte.<sup>10</sup> Von insgesamt 493 gelisteten Unfällen im Zeitraum November 1927 bis 30. März 1940 entfiel der Hauptteil mit 66 Einträgen auf Arbeitsunfälle von Mitarbeitern des Sitzmöbelherstellers. Der ebenfalls holzverarbeitende Tischhersteller Albrecht und Mammele meldete zum Vergleich »nur« 31 Unfälle. Neben den Schnittverletzungen und Quetschungen, hervorgerufen durch Hobel-, Säge-, Fräs- und Bildhauerarbeiten, waren ab Mitte der 1930er Jahre auch Verkehrsunfälle der Montagemannschaften zu verzeichnen. Ein äußerst schlimmer ereignete sich in einer Samstagnacht Mitte Oktober 1938 auf der Rückfahrt von der Montage der Bestuhlung des Opernhauses in Köln. Mit dem firmeneigenen, drei Tonnen schweren Lastkraftwagen fuhr der Fahrer bei dichtem Nebel auf der

Autobahn bei Darmstadt auf einen in die Fahrbahn hineinragenden Sattelzugauflieger auf. Unter den sechs Insassen war ein Schwerverletzter zu beklagen, bei dem die chirurgische Abteilung der Universitätsklinik Heidelberg einen Wirbelsäulenbruch und die damit verbundene Lähmung der unteren Körperhälfte attestieren musste.<sup>11</sup>

Ab 1931 wurde jedes Jahr die Reichsmöbelmesse in Leipzig beschickt. Dort konnte die Firma in Konkurrenz mit allen maßgebenden deutschen Sitzmöbelherstellern beweisen, dass sie hinter keinem Mitbewerber zurückstand, sondern vielmehr eine führende Stellung in der Sitzmöbelbranche einnahm. Mit dem Ruhm und der Anerkennung musste auch erheblicher Schaden durch Nachahmungen von Konkurrenzunternehmen ertragen werden. Der Rechtsschutz des geistigen Eigentums war zu diesem Zeitpunkt noch nicht ausreichend gesetzlich verankert. So soll die im südbadischen Achern ansässige Firma »Erste Acherner Stuhlfabrik August Klar« über ein Dutzend der gangbarsten Modelle aus Feilscher Produktion kopiert, in ihren Katalog aufgenommen und zu einem günstigeren Preis angeboten haben. Der von Feil angestregte Prozess kam bis vor das Reichsgericht, wobei das Urteil nicht mehr ermittelt werden kann.<sup>12</sup>

Die wirtschaftliche Talsohle konnte Anfang 1934 überwunden werden. Die Zahl der Betriebsangehörigen war inzwischen auf rund 140 gestiegen. In den folgenden Jahren wurde die gute Position des Unternehmens sowohl im Inland als im Ausland nicht nur verteidigt, sondern noch ausgebaut. Wilhelm Feil konnte seine Beziehungen als Mitglied der NSDAP und Kreisjägermeister für seine Firma vorteilhaft einsetzen, so dass ab 1935 vor allem Terminaufträge von Behörden, militärischen Einrichtungen und verschiedenen Parteiorganisationen (u. a. »Kraft durch Freude«) für volle Auftragsbücher sorgten. Allein 1935 wurden insgesamt 22 642 Sitzmöbel wie Hocker, Tischsessel oder Sofas angefertigt. Diese Produktion konnte bis 1937 auf einen Höchststand von 27 821 Sitz- und Polstermöbel gebracht werden.<sup>13</sup> Als man am 30. April 1938 festlich das 75-jährige Bestehen feierte, sah man auf Grund der wirtschaftlichen Lage positiven Zeiten entgegen.

Wie nahezu alle Betriebe nahm auch die Firma Feil an den zahlreichen vom NS-Regime organisierten Reichsleistungswettbewerben teil. So wurde zum Beispiel 1938 anlässlich des Firmenjubiläums SA-Mitglied und Feil-Betriebsobmann Karl Kohler als Gausieger und zweiter Reichssieger des »Leistungskampfes der deutschen Betriebe«, 1937 von der »Deutschen Arbeitsfront« (DAF) ins Leben gerufen, besonders geehrt. Daneben wurden von Wilhelm Feil zur weiteren Sicherung von Aufträgen von Reichsorganisationen und der Industrie verschiedenste Prominente zum Besuch der Werkstätten eingeladen; der Reichsstatthalter für Württemberg, Wilhelm Murr, besuchte ebenso wie der Mercedes-Rennfahrer und Europameister von 1939, Hermann Lang, die Sitzmöbelfabrik in Marbach.<sup>14</sup>

#### *Auszüge aus dem Betriebsappell vom 21. Mai 1938*

Ein Eintrag im »Gemeinschaftsbuch« der Firma Feil enthält das Protokoll des am Samstag, dem 21. Mai 1938, im oberen Schreinersaal abgehaltenen Betriebsappells.<sup>15</sup> Auszüge sollen den damaligen Betriebsalltag zu vermitteln versuchen: »Der Betriebsführer begrüßt die vollzählig erschienene Gefolgschaft. Er weist auf die verschiedenen Unstimmigkeiten der letzten Zeit hin und fordert alle auf, mitzuhelfen, diese dicke Luft auszuräumen.«

»Am 19. des Monats wurde der Anschlag über den Betriebsappell angebracht. Heute Vormittag war der Zettel weggerissen. Auf die wiederholte Frage des Betriebsführers, wer den Anschlag entfernt habe, meldet sich niemand. Es ist beanstandet worden, daß der Deutsche Gruß auf dem Anschlag gefehlt habe. Der Betriebsführer fordert denjenigen, der das gesagt hat, auf, vorzutreten. Niemand meldet sich. Der Betriebsführer erklärt, daß auf dem Anschlag nie der Deutsche Gruß geschrieben werde, weil ein Anschlag ein Befehl sei, den die Gefolgschaft auszuführen habe. Er will mit den Gefolgschaftsmitgliedern in Ruhe arbeiten können und fordert denjenigen, der den Anschlag weggerissen hat, nochmals auf, vorzutreten. Als sich wieder niemand meldet, erklärt der Betriebsführer den Täter öffentlich als Lausbuben.«

»Als weiterer Punkt wird ein Fall besprochen, wonach einige Schreiner aus dem unteren Schreinerraum anlässlich einer Hochzeit eines Arbeitskameraden ein Faß Bier getrunken haben, trotzdem es ihnen der Werkführer auf ihre Anfrage nicht erlaubt hat. Der Betriebsführer wollte den Teilnehmern als Strafe dafür ursprünglich für 4 Wochen die Kinderzulage sperren, will die Sache aber diesmal noch so hingehen lassen.«

»Lohnfrage: Von einem Gefolgschaftsangehörigem, der schon 15 Jahre im Betrieb tätig ist, wurde um Lohnerhöhung gebeten. Derselbe verdient pro Stunde 69 Pfennig. Der Betriebsführer verspricht, die Sache zu prüfen und erwähnt, daß die Ecklöhne für Holz, Metall, Textilien etc. vom Treuhänder der Arbeit festgelegt seien, an denen auch nichts geändert werden dürfe. Außerdem würden in Württemberg erheblich höhere Löhne bezahlt als z. B. in Sachsen oder Westfalen. Er erklärt dann weiter, daß ein Lohnarbeiter, wenn er sich bewährt und gut eingearbeitet habe, eine Leistungszulage bekomme. Bei einem Akkordarbeiter sei das nicht der Fall, da dieser ja den höheren Lohn durch seine eigene Fertigkeit erhalte. Eine andere Regel könne es nicht geben, weil wir im Vierjahresplan stehen und unsere Verkaufspreise von 1935 einhalten müssen, obwohl alle Rohmaterialien teilweise 50 % teurer geworden sind. Daß wir dabei noch bestehen können, rührt daher, daß wir einen Vollbetrieb haben, daß wir sparen, wo es irgend möglich ist, und daß wir rationell arbeiten. Zur Zeit werden für 80 Mann Lohnarbeiter pro Stunde 555 Pfennige über Ecklohn bezahlt. Dies gibt im Jahr (300 Arbeitstage gerechnet) die Summe von rund 13 320 Mark.«

»Herr Feil teilte mit, daß er für eine Anzahl jüngerer Lohnarbeiter, die an ihren Arbeitsstätten Fortschritte gemacht hätten, eine Lohnberichtigung beabsichtigte, die er auch mit dem Vertrauensrat durchgesprochen habe.«

»Der Betriebsführer fordert zum Schluss jeden auf, der eine Frage habe, zu ihm aufs Büro zu kommen und sich auszusprechen, und schließt den Appell gegen 12.30 Uhr mit einem dreifachen Sieg-Heil auf den Führer.«

### *Die Lehrlingsausbildung*

Im Jahr 1910 richtete der Betrieb eine Lehrlingswerkstätte für Schreiner ein. Auch in der Polierstube, Polsterei und Bildhauerei wurden jährlich regelmäßig Lehrlinge eingestellt. Es war dadurch möglich, dem stetig größer werdenden Betrieb die benötigten und befähigten Arbeitskräfte zur Verfügung zu stellen.

Der Lehr- und Berufsplan des Stuhlschreiners<sup>16</sup> war in drei Lehrjahre unterteilt. Im ersten Lehrjahr begann nach einer vierwöchigen Probezeit in der Lehrlingswerkstätte die eigentliche Ausbildung mit leichten Arbeiten wie dem Feilen von Konturen in



*Die Familie Feil im familieneigenen Schlitten vor dem heute noch existierenden Verwaltungsgebäude in der Ziegelstraße (um 1938).*



*Im 75. Jahr des Firmenbestehens versammelte sich die gesamte Belegschaft zum Gruppenfoto im Innenhof des Firmenareals (1938).*

Holzleisten oder dem Verschleifen derselben mit Flintpapier. Das Wissen über einheimische Hölzer sowie das Schärfen und Erklären der Werkzeuge standen ebenfalls auf dem Programm. Es folgten weitere einfache Arbeiten wie Hobeln und Sägen, das Verfertigen von einfachen Dübelverbindungen oder Reißen, Leimen, Bohren. Nach dem Kennenlernen der schwieriger zu bedienenden Werkzeuge wie Pastrin, Kratzer oder Schiffhobel sollten einfache Arbeiten an Schemel und Hocker das erste Lehrjahr mit einer Zwischenprüfung über das in diesem Zeitraum Erlernte beenden.

Im zweiten Lehrjahr standen Arbeiten mit Schiffhobel sowie Materialkunde aller in- und ausländischen Hölzer und Furniere mitsamt deren Verwendung auf dem Lehrplan. Durch das leichte Arbeiten mit der Bohrmaschine sollten nun Werkstücke wie einfache Stühle mit Sprossen angefertigt werden können. Das Arbeiten nach Zeichnungen wurde jetzt vorausgesetzt. Nach einer Einführung an den Maschinen bildete die Arbeit an der Kreissäge den Abschluss des zweiten Lehrjahres.

Das dritte Lehrjahr setzte die selbständige Arbeit von Sitzmöbeln mit und ohne Rohrgeflecht nach Zeichnung voraus. Innerhalb der Lehrlingswerkstatt wurden die Betriebsaufträge bearbeitet. Zu guter Letzt folgte der Vorbereitung auf die Facharbeiterprüfung und dem Bekanntmachen mit allen im Beruf vorkommenden Arbeiten und Materialien die Abschlussprüfung.

In der Zeit von 1910 bis 1945 wurden insgesamt 53 Lehrlinge zum Schreiner ausgebildet. Pro Lehrjahr waren es zwei bis sechs Auszubildende. Die meisten kamen aus Murr und Marbach, aber auch zunehmend aus Benningen, Erdmannhausen und Affalterbach. Schreinerlehrlinge aus Steinheim, Großbottwar sowie Hof und Lembach bildeten die Ausnahme. Nach dem Krieg unterschied man in der Ausbildung zwischen dem Lehrberuf des Stuhlbauers und des Stuhlschreiners, wobei bis in die 1960er Jahre vermehrt Stuhlschreiner ausgebildet wurden.

Als zweiten in der Firma Feil erlernbaren Ausbildungsberuf vermittelte man ab 1910 das Kunsthandwerk des Holzbildhauers.<sup>17</sup> Bis 1929 wurden insgesamt 16 Lehrlinge aus Marbach, Murr, Affalterbach und Oberstenfeld in diesem Handwerk ausgebildet. Auf dem Lehr- und Berufsplan stand im ersten Lehrjahr zuallererst eine Eingangsprüfung im Freihandzeichnen als Eignungstest. Das Modellieren in Ton und Wachs an Modellen stellte die Vorbereitung zu den leichten Schnitzarbeiten dar. Auch allgemeine Materialkunde stand auf dem Lehrplan des ersten Lehrjahres, das mit der obligatorischen Zwischenprüfung abgeschlossen wurde. Das zweite Lehrjahr war von der Lehre der Ornamentik und Flachschnitzerei geprägt. Hauptsächlich Stilarten und Schnitzen derselben wurden in den Betriebsaufträgen abgearbeitet, was in Schnitzarbeiten in allen Stilarten zum Lehrjahresende gipfelte. Das dritte Ausbildungsjahr war geprägt von selbständigen Arbeiten nach Zeichnungen sowie der Beherrschung der Flach- und Tiefschnitzerei und das Arbeiten in Flach- und Hochrelief. Neben dem Anfertigen von Leim- und Gipsmodellen stand die Facharbeiterprüfung auf dem Abschlussprogramm.

Ab 1929 wurden keine Bildhauerlehrlinge mehr ausgebildet, da das Ornament am Möbelstück immer mehr zugunsten des handwerklichen Charakters und der einfachen Stilarten zurücktrat. In den Folgejahren standen dem Unternehmen für die wenigen Holzschnitzarbeiten mit den bis dato selbst ausgebildeten Mitarbeitern genügend Holzbildhauer zur Verfügung.

Als drittes Feld der Berufsausbildung sollen die Lehrjahre des Poliers erläutert werden.<sup>18</sup> Das erste Jahr verbrachten die Lehrlinge mit der Vorbehandlung der Hölzer vor dem Beizen. Das Beizen selbst und der erste Arbeitsgang mit Poliermaterialien bildeten



*Blick in den Schreinersaal 1 (1938).*



*Sitzmöbelfertigung im Schreinersaal 2 (1938).*

den Jahresabschluss. Im zweiten Jahr erlernte man das Beizen größerer Stücke sowie das Grundieren und Decken von Flächen. Zum Ende hin übte man sich im Handpolieren. Die Lehre über die Inhaltsstoffe der verschiedenen Beizmittel und das selbständige Beizen und Polieren auf Grund rundeten die Ausbildung des Poliers im dritten Lehrjahr ab.

Insgesamt zwölf Poliere aus Marbach, Rielingshausen und Erdmannhausen wurden von 1911 bis 1939 in ihren Beruf eingeführt. Ab Kriegsbeginn lernte man erfolgreich nur noch weibliche Hilfsarbeiter für den Beruf des Poliers an. Der in den 1930er Jahren feststellbare Rückgang der auspolierten Flächen bei Werkstücken erlaubte zunehmend den Verzicht auf speziell ausgebildete Facharbeiter. In der Produktion gewannen nun immer mehr vereinfachte Oberflächenbehandlungen durch Wischen oder Feinmattieren an Bedeutung.



*Abb. links: Blick in die Lebrlingswerkstatt (1938).*

*Abb. rechts: Polsterung eines Sessels als einer der letzten Arbeitsschritte vor der Auslieferung (1938).*

Der Lehrberuf des Polsterers stellte die größte Zahl der Auszubildenden ab 1909. Bis 1961 absolvierten insgesamt 67 Polsterer bei der Firma Feil ihre Ausbildung, wobei bis 1945 nur ganz wenige Lehrlinge von außerhalb – Steinheim, Murr und Affalterbach – kamen.

Das erste Lehrjahr begann nach der vierwöchigen Probezeit mit dem Üben des Beziehens von Sitzmöbeln mit Stoff und Leder. Anschließend standen u.a. das Gurten von Einlagerahmen, das Anfertigen von Lederposamenten (Keder, Borten, Bänder, Knöpfe und Nägel) sowie das Nähen mit Schnur und Marabu auf dem Ausbildungsplan. Der obligatorische Unterricht in der Material-, Stoff- und Lederkunde durfte nicht fehlen. Die Zwischenprüfung schloss das erste Lehrjahr ab.

Im zweiten Lehrjahr sollten für Sessel, Sofas und Couches die zugehörigen Sitze von Grund auf gepolstert, faconiert und nach Zeichnung in Nessel gearbeitet werden. Neben dem Polstern von markierten Kissen und englischen Kanten sollte



das handgeschnürte Herstellen von Federkissen für Sitze und Rücken als Ausbildungsziel im zweiten Jahr unter Beweis gestellt werden. Der Unterricht an der Näh- sowie der Lederschärfmaschine umfasste das Zerlegen, Reinigen, Ölen und Zusammensetzen der Maschinen und folglich auch den richtigen handwerklichen Umgang mit ihnen. Unterricht im Lederschärfen mit dem Handmesser sowie die erweiterte Werkstoffkunde rundeten den Lehrplan im mittleren Ausbildungsjahr ab.

Das Anfertigen von Stühlen und Sesseln in Federpolster einschließlich des Beziehs des Stoffes war eine der Hauptaufgaben zu Ende der Polstererlehre. Daneben war das Polstern von Clubsesseln, Sofas und Couches nach Zeichnung sowie Beziehen derselben mit Stoff, Leder oder Kunstleder von den Lehrlingen praktisch abgefragt worden. Besonderer Unterricht erfolgte im Heften aller Arten an Stühlen, Sesseln und Sofas. Vom Lehrling im dritten Lehrjahr wurden zu Ende hin das selbständige Anzeichnen auf dem Grund des Heftstücks sowie das Anfertigen von Grund- und Zugabeschablonen verlangt.

Es kann festgestellt werden, dass die Firma Feil nach ihrem eigenen Bedarf ausbildete und gewillt war, die Auszubildenden nach erfolgreichem Lehrabschluss in ein festes Arbeitsverhältnis zu übernehmen. Besonders in den 1930er Jahren war aber auch der Abgang einiger im eigenen Betrieb ausgebildeter Fachkräfte zu verzeichnen. Bei dem Betriebsappell vom 21. Mai 1938 war dies als Tagesordnungspunkt in Bezug auf die Personalentwicklung ebenfalls ein Thema. Damals war aktuelles Beispiel ein Stuhlschreiner, der sich gerade erst im Reichsberufswettkampf als Kreis- und Gausieger hervorgetan hatte und nun zu einer Konkurrenzfirma in Freudenstadt wechselte. Daran wird jedoch zugleich der besonders gute Ruf deutlich, den die Firma in der Branche auch in punkto Ausbildung genoss.

### *Die Zeit des Zweiten Weltkrieges*

Zu Beginn des Zweiten Weltkrieges wurden 75 Männer der Belegschaft zur Wehrmacht eingezogen. Dennoch konnte in den ersten Kriegsmonaten bis Dezember 1939 der Betrieb zu drei Vierteln aufrechterhalten werden. Die verbliebenen 75 Mitarbeiter mussten jedoch mit vielen Überstunden den personellen Engpass ausgleichen, insbesondere wenn dringende und eilige Terminaufträge zu erledigen waren. Als Beispiel hierfür seien die aufwändigen Umbauarbeiten am ehemaligen Reichspräsidentenpalais in der Wilhelmstraße 73 in Berlin genannt: In einem Schnellbrief vom 10. Oktober 1939 wurde bekanntgegeben, dass der »Führer am 2. Oktober als endgültigen Fertigstellungstermin für den Umbau und die Ausstattung des Hauses des Reichsaußenministers den 1. Dezember 1939 festgesetzt« habe. Deshalb wurde angewiesen, »von sämtlichen Firmen sofort den restlosen Einsatz der gesamten Leistungskraft ihrer Betriebe zu fordern«. <sup>18</sup>

1940 wurden weitere Mitarbeiter eingezogen, so dass sich nun erhebliche Störungen im Fabrikationsablauf bemerkbar machten. Kurze Liefertermine und Großaufträge taten ihr Übriges dazu. Im Kontor wurden die beiden Prokuristen Karl Feil und Fritz Aldinger sowie Kuno Sailer und weitere Mitarbeiter zum Heer eingezogen, was schließlich auch die Verwaltung und den Vertrieb ausbremste. Trotzdem fiel der Umsatz in diesem Jahr nur um ein Viertel geringer als der des Vorjahres aus, was damit begründbar ist, dass wegen Angebotsknappheit nun sämtliche Lagerbestände, ältere Modelle und Einzelstücke gewinnbringend veräußert werden konnten. <sup>20</sup> Für die eingezogenen Facharbeiter half man sich nun mit weiblichen Arbeitskräften in

der Pack- und der Polierstube sowie dem Maschinensaal und der Polsterei aus. Am 27. Dezember 1940 musste Wilhelm Feil mit einer Herzstörung in ein Stuttgarter Krankenhaus eingeliefert werden. Bis zum 23. Mai 1941 wurde die Geschäftsführung stellvertretend durch den Prokuristen August Herrmann wahrgenommen.

Bis 1941 waren insgesamt 100 Betriebsangehörige für den Kriegsdienst verpflichtet worden. Besonders in der Schreinerei waren zu diesem Zeitpunkt nur noch wenige ältere Facharbeiter anzutreffen. In der Polierstube halfen fast ausschließlich weibliche Arbeitskräfte aus.

1943 erhielt die Firma ihre letzte Umbenennung in »Feil KG, Werkstätten für gute Sitz- und Polstermöbel«. Persönlich haftender Gesellschafter war Fabrikant Wilhelm Feil; Kommanditistinnen waren seine Töchter Herta Weiß, Lore Nosofsky, Ingeborg Neugebauer und Sigrid Sieber. Der letzte männliche kaufmännische Prokurist, August Herrmann, wurde am 16. Oktober 1944 eingezogen. Danach führte der noch gesundheitlich angeschlagene Wilhelm Feil mit seinen weiblichen Angestellten den Betrieb bis zum Kriegsende weiter.

Während des Kriegs wurde vor allem Wehrmachtsgut hergestellt, im Wesentlichen Waffenakjas (Schlitten), Fallschirme, Polsterrahmen für Flugzeuge und Kabinen zur Prüfung von Motoren. So bestellte am 8. Januar 1944 das Reichsluftfahrtministerium bei der Firma Feil KG statt der bisher veranschlagten 100 nun 500 Stück Prüfstandskabinen, wobei die Auslieferung von monatlich 40 Stück Mitte März beginnen sollte. Aber auch Sitzmöbel wurden zu Kriegszeiten noch in größeren Stückzahlen geordert. 180 Polsterstühle und 20 Armlehnsessel waren am 23. März 1943 brieflich für den Neubau der japanischen Botschaft in Berlin bestellt worden.<sup>21</sup>

Die durch fehlende Mitarbeiter frei gewordenen Arbeitsräume des Betriebes belegte das Rüstungskommando Stuttgart mit der Firma Kienzle Modellbau GmbH, Bad Cannstatt, deren Firmengebäude durch Luftangriffe zerstört war.<sup>22</sup> Darüber hinaus wurden im Verlauf des Jahres 1943 auf Befehl der Rüstungsverantwortlichen in die leeren Räume der Polierstube im Erdgeschoss Teile des unter dem Namen Vereinigte Kugellagerfabriken AG firmierenden Unternehmens mit dem Hauptsitz in Schweinfurt verlegt und dort jetzt auch Zwangsarbeiterinnen eingesetzt. So bewegte sich jeden Abend eine Kolonne von ungefähr 50 russischstämmigen Frauen und Mädchen in Sträflingskleidern unter der Bewachung von Sicherheitspolizisten vom Bahnhof Marbach in die Ziegelstraße und am nächsten Morgen wieder zurück zum Bahnhof. An riesigen Stanzmaschinen mussten die Zwangsarbeiterinnen die Nacht hindurch Kugeln in Kugellagerkränze pressen. Als Verpflegung gab es gegen Mitternacht lediglich eine dünne Gemüsesuppe. Die Frauen und Mädchen hatten menschenunwürdige Bedingungen auszuhalten, sie waren ausgehungert und völlig übermüdet, so dass es bei der nächtlichen Arbeit an den schweren Pressen immer wieder zu Unfällen mit schweren Verletzungen kam. Interniert waren die Zwangsarbeiterinnen vermutlich im Kriegsgefangenenlager in Grünbühl. Mitfühlende Marbacher Frauen steckten trotz Verbot den Notleidenden Brot und Obst durch die ebenerdigen Fenster in der Ziegelstraße zu.<sup>23</sup>

### *Der Neubeginn*

Am Ende des Zweiten Weltkrieges standen dem Unternehmen nur noch 48 Betriebsangehörige, in der Hauptsache Frauen, Lehrlinge und ältere Männer, zur Verfügung. Nach einwöchiger Unterbrechung im Zuge der bedingungslosen Kapitulation nahm

man am 14. Mai 1945 die Arbeit an den alten Sitzmöbelzuschnitten wieder auf. Viele der ehemaligen Mitarbeiter kehrten vom Kriegsdienst nicht mehr zurück, so auch die Prokuristen August Herrmann und Fritz Aldinger. Der Wiederaufbau gestaltete sich schwieriger als nach dem Ersten Weltkrieg, vor allem auch, weil die Firma unter Treuhänderschaft gestellt wurde. So mussten für das Besatzungskostenamt geordnete Preisnachweise geführt und beim Wirtschaftsministerium vorgelegt werden, um die eingereichten Rechnungen ausgezahlt zu bekommen.<sup>24</sup> Erst nach der Prüfung aller eingereichten Zeichnungen, Kalkulationen und Belege wurden die jeweiligen Betriebsausgaben erstattet. Dieser übermäßige Verwaltungsaufwand hemmte die Produktion bis in den September 1948 hinein.



*Fotokarte mit Produkten der Feil KG (1950).  
Solche Karten wurden auch in einem geprägten Faltumschlag  
als Katalog für Geschäftskunden individuell zusammengestellt.*

Fabrikant Wilhelm Feil verstarb am 22. März 1948, worauf die Geschäftsführung auf seinen Neffen Karl Feil übertragen wurde. Dieser wurde zugleich persönlich haftender Gesellschafter des Unternehmens. 1950 erteilte man den beiden langjährigen Mitarbeitern Kuno Sailer und Karl Ilg Prokura.

Der in den 1950er Jahren einsetzende wirtschaftliche Aufschwung brachte auch der Feil KG eine gute Weiterentwicklung. Im April 1958 wurde ein Umlage-Kapital von knapp 2,5 Millionen Mark ermittelt.<sup>25</sup> 1963, im Jahr des 100-jährigen Bestehens, zählte die Firma rund 170 Mitarbeiter.

Die Fertigung hochwertiger Qualitätsmöbel brachte lukrative Staatsaufträge mit sich. Im Juli 1969 besuchte die Bundespräsidentengattin Hilde Heinemann zusammen mit ihrer Innenarchitektin die Marbacher Sitzmöbelfabrik, um sich für die neue



*Gruppenfoto aller Mitarbeiter mit Karl Feil (Zwölfter von links in der vordersten Reihe) zum 100-jährigen Bestehen der Firma im Oktober 1963.*

Einrichtung der Villa Hammerschmidt beraten zu lassen. Neben den privaten Möbeln für den damaligen Bundespräsidenten wurden auch der Konzertsaal der Residenz sowie das Bundespräsidialamt mit neuen Sitzmöbeln aus Marbach ausgestattet.<sup>26</sup>

Es war die große Leistung von Karl Feil, dass wiederholt Staatsmänner, bedeutende Wirtschaftsfunktionäre und auch Könige zu den Kunden der Sitzmöbelfabrik gehörten. Ab 1972 war er nicht mehr Gesellschafter und Komplementär, sondern Geschäftsführer der Feil KG.<sup>27</sup> Er hat bis zu seinem Tod am 24. Juni 1987 die Geschicke seiner Firma geleitet und dabei die Produkte weltweit zu einem Begriff gemacht.

Karl Feil, am 15. September 1909 in Pliezhausen geboren, war am 1. April 1925 als Lehrling in die Firma seines Onkels Wilhelm Feil eingetreten, wo ihm auf Grund seiner hervorragenden Leistungen 1936 die Prokura übertragen wurde. Nach 1948 war er nicht nur ein geachteter und beliebter Firmenchef, sondern auch im gesellschaftlichen und öffentlichen Leben in hohem Maße anerkannt, sei es als Aufsichtsrat der örtlichen Volksbank, Mitglied im Liederkranz Marbach, Ehrenmitglied des Turnvereins oder Freund und Förderer weiterer Vereine und Einrichtungen. Für sein vielseitiges Engagement wurde er mit dem Bundesverdienstkreuz am Bande ausgezeichnet.<sup>28</sup>

### *Vom Niedergang bis zur Betriebsaufgabe*

Die Referenzliste der Firma Feil war mitunter lang und sehr klangvoll: Im Stuttgarter Gourmetrestaurant »Wielandshöhe« konnte man sich genauso wie im »Elephant« in Weimar auf Sitzmöbeln »Made in Marbach« niederlassen.<sup>29</sup> Die Verwendung von heimischen Hölzern und edlen Materialien sowie ein hoher Anteil an Handarbeit hoben die Sitzmöbel von Allerweltsmöbeln ab. Die rundum belastbaren Marbacher Edelstühle waren daher gerade in der Gastronomie so beliebt, dass sie sogar auf hoher See auf dem Kreuzfahrtschiff MS Bremen zum Einsatz kamen.<sup>30</sup>



*Beim Besuch der britischen Königin am 24. Mai 1965 im Schiller-Nationalmuseum nahmen die hohen Gäste auf Stühlen aus Feilscher Produktion Platz.  
Von links: Ministerpräsident Kurt Georg Kiesinger, Königin Elizabeth II., Prinzgemahl Philip und Marie-Luise Kiesinger.*

Auf Grund der gewachsenen Konkurrenz und dem damit verbundenen Rückgang der Nachfrage nach Handarbeitssitzmöbeln sank die Mitarbeiterzahl bis 1995 kontinuierlich auf 50. Um diesem Abwärtstrend entgegenzuwirken, wurde am 1. Oktober 1995 die namhafte Marbacher Tischfabrik Albrecht & Mammelle GmbH (ALMA) mit sieben Mitarbeitern unter dem letzten Feil-Geschäftsführer Klaus Aldinger übernommen.<sup>31</sup> Durch die Sicherung der Rechte für Produktion und Vertrieb von Alma-Tischen hoffte man auf einen Nachfrageschub, der die Marktchancen erhöhen sollte. Bei Messen waren Feil und Alma in der Vergangenheit schon des Öfteren mit gemeinsamen Ausstellungsständen vertreten gewesen. Die Fertigung der Tische erfolgte noch bis Ende 1995 im Gebäude der Firma Albrecht & Mammelle in der Rielingshäuser Straße 11. Danach wurde die Produktion in die Feil-Betriebshallen in der Ziegelstraße 11 – 13 verlagert.

In der ersten Jahreshälfte 1998 zeichnete sich ein weiterer Rückgang der Auftragslage ab, so dass das Unternehmen notwendige Investitionen nicht mehr vornehmen konnte. Die hohen Lohnnebenkosten belasteten das Betriebsvermögen, wodurch wichtige Ziele wie die Gebäudeinstandsetzung, die überregionale Produktwerbung oder die Lehrlingsausbildung nicht mehr im nötigen Umfang getätigt werden konnten. Am 30. Juni 1998 wurde schließlich das Konkursverfahren eingeleitet.<sup>32</sup> Durch den Konkursverwalter Bernd Bressemer, Rechtsanwalt aus Bietigheim-Bissingen, wurde die Produktion bis zum 30. September aufrechterhalten. Damit endete die 135-jährige Firmengeschichte der Sitzmöbelproduktion in Marbach am Neckar.

Am 1. August 2000 wurde das 5500 Quadratmeter große Areal an zwei Immobilienfirmen verkauft, die darauf ein neues Wohnquartier mit 18 Reihenhäusern und Loft-Wohnungen in einem der ehemaligen Fabrikgebäude errichteten. Mit dem Teilabriss der ehemaligen Produktionsgebäude wurde im Februar 2001 begonnen.<sup>33</sup> Die Umgestaltung des ehemaligen Firmenareals endete am 24. Juli 2003, als die neue Wohnbebauung unter dem Namen »Feil'sche Gärten« von Vertretern der Immobilienfirmen und der Stadt Marbach am Neckar den Bürgern offiziell übergeben wurde.

### Quellen und Literatur

- Axel Kuhn: Arbeiterkultur in der proletarischen Provinz 1890–1933, Marbach 1983.  
Karl Nothhelfer: Das Sitzmöbel. Ein Fachbuch für Polsterer, Stuhlbauer, Entwerfende und Schulen, Ravensburg 1941.  
Hermann Schick: Geschichte der Stadt Marbach. Band 2 (1871–1959), Marbach 1992.
- Stadtarchiv Marbach am Neckar (StAM)  
A 661 (Gewerbeaufsicht)  
A 682 (Unfallprotokolle)  
B 91 (Gemeinderatsprotokolle)  
B 486 (Einschätzungsverzeichnis über die Fabrik-Einrichtung der Firma Bock & Feil)  
B 754 (Gewerbeanmeldung)  
Bestand 10 Feil KG  
021.49 (Persönlichkeitsakte Karl Feil, 1979–1987)  
MZAS (Personen F; Ziegelstraße; Produzierendes und verarbeitendes Gewerbe)  
Postillon  
Marbacher Zeitung  
Straßen-Bauakten (Ziegelstraße 11–13; Rielingshäuser Straße)  
Schätzungsprotokolle und Schätzungsakten der Gebäudebrandversicherung
- Hauptstaatsarchiv Stuttgart (HStAS)  
EA 6/003 Nr. 1788
- Staatsarchiv Ludwigsburg (StAL)  
F 182 II Bü 342  
FL 20/12 I Bü 7779
- Privatbesitz  
Gemeinschaftsbuch (1933–1945)  
Leistungskampf 1942–43. Bock & Feil. Werkstätten für gute Sitz- & Polstermöbel,  
Marbach am Neckar  
Dampfkesselrevisionsbuch

Besonderer Dank gilt Frau Susanne Vollmer und Frau Traude Zwink sowie Herrn Dr. Dieter Herrmann, Sohn von Fritz Herrmann, und Herrn Alexander Mössner, die ihre privaten Dokumente und persönlichen Informationen großzügig für die Erstellung dieses Aufsatzes zur Verfügung gestellt haben.

## Anmerkungen

- 1 StAM B 91, Gemeinderatsprotokoll vom 19. September 1894, fol. 519v.
- 2 Schick S. 58 f.
- 3 Postillon 17. Februar 1900.
- 4 StAM A 661, S. 10.
- 5 StAM Straßen-Bauakten, Rielingshäuser Straße.
- 6 Abschrift des Gemeinschaftsbuches, Geschichte des Betriebs S. 1.
- 7 Ebd. S. 2.
- 8 Korrespondenz mit Dr. Dieter Herrmann vom 8. März 2013.
- 9 Ebd..
- 10 StAM A 682, lfd. Nr. 3 (28. November 1927).
- 11 StAM A 682, Beilagen zu lfd. Nr. 295–297 (16. Oktober 1938).
- 12 Abschrift des Gemeinschaftsbuches, Geschichte des Betriebs S. 4.
- 13 StAM Bestand 10 Feil KG Nr. 20.
- 14 Korrespondenz mit Dr. Dieter Herrmann vom 3. April 2013.
- 15 Abschrift des Gemeinschaftsbuches, Betriebsappell am 21. Mai 1938 S. 1–3.
- 16 Abschrift des Gemeinschaftsbuches, Lehrlingsausbildung S. 1.
- 17 Ebd. S. 4.
- 18 Ebd. S. 6.
- 19 StAM Bestand 10 Feil KG Nr. 149.
- 20 Abschrift des Gemeinschaftsbuches, Geschichte des Betriebs S. 5.
- 21 StAM Bestand 10 Feil KG Nr. 149.
- 22 Marbacher Zeitung 4. Oktober 1963.
- 23 Korrespondenz mit Dr. Dieter Herrmann vom 8. März 2013 und 3. April 2013.
- 24 HStAS EA 6/003 Bü 1788.
- 25 StAM Schätzungsprotokoll für die Gebäudebrandversicherung für die Firma Bock & Feil, 1914, Band I. S. 36.
- 26 Marbacher Zeitung 15. Juli 1969.
- 27 Marbacher Zeitung 25. Juni 1987.
- 28 StAM 021.49.
- 29 Marbacher Zeitung 28. Februar 1995.
- 30 StAM Bestand 10 Feil KG Nr. 103.
- 31 StAM Bestand 10 Feil KG Nr. 259.
- 32 Marbacher Zeitung 3. Juli 1998.
- 33 Marbacher Zeitung 24. Februar 2001.

# 60 Jahre Baden-Württemberg

## Bemerkungen zur Gründung unseres Bundeslandes\*

von Karl Moersch

Die Geschichte des Landes Baden-Württemberg begann offiziell am 25. April 1952 um 12.30 Uhr. Die Geschichte begann allerdings nicht in feierlicher, friedlicher Sitzung der am 9. März 1952 gewählten Verfassungsgebenden Versammlung. Sie begann vielmehr, man muss es so sagen, mit einem Eklat. Ausgelöst hat diesen Eklat kein anderer als einer der wichtigsten Wegbereiter unseres Bundeslandes: Reinhold Maier.

Am meisten ist damals ein Pressefoto in Erinnerung geblieben. Das Bild zeigt den soeben gewählten Ministerpräsidenten Reinhold Maier, der, am Rednerpult stehend, seine goldene Taschenuhr, ein Familienerbstück wie man vermuten darf, empor hält und den Abgeordneten mitteilt, dass in diesem Augenblick »die Länder Baden, Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern zu einem Bundesland vereinigt sind«. Beim Blick auf die Taschenuhr sagte Reinhold Maier in feierlichem Ton: »Meine Frauen und Männer, Gott schütze das neue Bundesland«.

Das Sitzungsprotokoll weist aus, dass an dieser Stelle laute Pfuirufe im Saal ertönten. Sie kamen aus den Reihen der CDU. Die Stenografen waren wegen des Tumultes nicht in der Lage, die Pfuirufe zu identifizieren. Aber jeder im Saal wusste: Die Volksvertretung des neuen Bundeslandes, die nun eine Verfassung ausarbeiten sollte, war tief in zwei Lager gespalten, in ein Regierungslager und ein Oppositionslager, bestehend aus der größten Fraktion, der CDU-Fraktion, und einigen wenigen KPD-Vertretern. Die Regierungskoalition, die Reinhold Maier soeben mit 64 Stimmen zum Regierungschef gewählt hatte, bestand aus Sozialdemokraten, DVP/FDP-Abgeordneten und der Fraktion des »Bundes der Heimatvertriebenen und Entrechteten – Deutsche Gemeinschaft«.

Warum hat damals Reinhold Maier, der Repräsentant der drittstärksten Gruppierung im neuen Landesparlament, überhaupt eine Chance erhalten, mit einem Stimmenanteil von 18 Prozent Chef einer Koalitionsregierung zu werden, und warum wurde damals nicht, wie vielfach erwartet, zumindest für die Zeit der Verfassungsberatungen eine Allparteienregierung gebildet? Reinhold Maier und der Sozialdemokrat Alex Möller haben diese Frage meist mit zwei Hinweisen beantwortet. Eine Regierungszusammenarbeit mit der CDU sei nicht sinnvoll erschienen, sagten beide, weil ein großer Teil der badischen CDU-Abgeordneten nichts anderes im Sinn gehabt hätte, als eine Anfechtung der Volksabstimmung und des Neugliederungsgesetzes zu betreiben. Sie seien also für die Auflösung des neuen Bundeslandes eingetreten, dem sie – nach Ansicht der Mehrheit – hätten dienen müssen. Mit solchen prinzipiellen Landesgegnern könne man, so Reinhold Maier, keinen neuen Südweststaat aufbauen.

---

\* Geringfügig überarbeitete Fassung des am 11. Oktober 2012 vor dem Historischen Verein gehaltenen Vortrags.



Das andere Argument richtete sich weniger gegen die sogenannten Altbadener in der CDU als gegen Gebhard Müller, die unbestrittene Nummer eins der CDU in Württemberg. Er hatte nämlich nach der Wahl am 9. März 1952 sogleich gefordert, dass die in Baden und in Württemberg-Baden bestehende Simultanschule, die Christliche Gemeinschaftsschule, künftig nicht mehr die alleinige Schulform sein solle, sondern evangelische und katholische Konfessionsschulen zugelassen und eingerichtet werden sollen, wie in Südwürttemberg. Diese beiden Punkte hätten schließlich, so lautete die gängige Version, den Ausschlag für eine Regierungsbildung ohne die CDU gegeben.

Wer sich mit Reinhold Maiers Leben und mit seinem politischen Wirken vertraut macht, weiß allerdings, dass er in jener Zeit, in der man in ganz Westdeutschland darüber stritt, ob die von Konrad Adenauer betriebene Wiederbewaffnung in der Bundesrepublik erlaubt sei und ob sie nicht die Teilung Deutschlands begünstige, ja zementiere, über diese Frage mit Adenauer im Streit lag. Reinhold Maier und sein Freund und Landsmann Karl-Georg Pfeleiderer waren, wie viele andere Deutsche, damals empört, dass Adenauer nicht gewillt war, dem Inhalt der sogenannten Stalin-Note vom 10. März 1952 – dem Tag nach der Wahl der Verfassungsgebenden Versammlung – auf den Grund zu gehen und auszuloten, unter welchen Bedingungen ein Friedensvertrag mit ganz Deutschland möglich sei. Reinhold Maier hielt im Übrigen den Vertrag über eine Europäische Verteidigungsgemeinschaft, der in jenen Wochen formuliert und unterzeichnet worden war, für verfassungswidrig. Adenauer benötigte für die sogenannte EVG – sie scheiterte später in der Pariser Nationalversammlung – die Unterstützung des neuen Südweststaates. Von einer Landesregierung ohne CDU-Ministerpräsidenten konnte der Bundeskanzler Adenauer solche Unterstützung aber nicht erwarten.

Von all dem war am 25. April 1952 in der Verfassungsgebenden Landesversammlung nicht die Rede, auch in kaum einem der Zeitungskommentare, in denen man Reinhold Maier attackierte und ihm Machtstreben als Motiv für die Koalitionsbildung unterstellte.

Das alles ist Geschichte. Immerhin hat es ziemlich lange gedauert, bis nach langem politischen und juristischen Streit schließlich am 7. Juni 1970 von den Wählern im badischen Landesteil ein Schlussstrich unter die sogenannte Baden-Frage gezogen worden ist. An diesem Tag votierten die Badener mit 81,9 Prozent der abgegebenen Stimmen für die Fortexistenz des Landes Baden-Württemberg, nur 18 Prozent entschieden sich für die Wiederherstellung eines Landes Baden.

Bemerkenswert ist aber nach wie vor die Tatsache, über die man bei einem derartigen Jubiläum offen sprechen muss, dass nämlich bei vielen Einwohnern des Südwestens die sogenannte »Landesidentität« nicht hoch im Kurs stand. In Freiburg, so fanden Meinungsforscher heraus, bezeichneten sich die meisten Befragten weiterhin als Badener, in Mannheim sei man in erster Linie ein »Kurpfälzer« und auch in Württemberg erlebe man bei solchen Fragen manche Überraschung. Im Nordteil des Landes finde man mindestens so viele »Hohenloher« wie Württemberger, zwischen Ulm und Friedrichshafen bezeichneten sich die alteingesessenen Bewohner als »Oberschwaben«.

Wenn dieser Befund damals richtig gewesen ist – und daran gibt es kaum Zweifel –, dann hätte sich die Bezeichnung »Baden-Württemberger« nicht bzw. noch nicht durchgesetzt. Kann man, darf man daraus schließen, dass die Bindung an einen bestimmten Landesteil wesentlich stärker ist als die Bindung an das ganze Bundesland?

Gewarnt sei da vor allen voreiligen Schlüssen. Wahrscheinlich werden auch Umfragen zum hundertjährigen Bestehen des Landes Baden-Württemberg zeigen, dass die Bindung an eine relativ überschaubare Region vorherrscht, an eine Region, der man sich als »Heimat« in erster Linie verbunden fühlt, weil in dieser heimatlichen Region der gleiche Dialekt gesprochen wird. Im südlichen Baden ist dies das »Nieder-Alemannische«, wie die Sprachforscher es nennen, im mittleren Neckarland ist es das »Neckarschwäbische«, im nördlichen Baden das »Pfälzisch-Fränkische« und so weiter. Baden-Württemberg ist nun einmal ein Land der Vielfalt, auch der sprachlichen Vielfalt. Die alten Landesgrenzen waren niemals Sprachgrenzen oder gar Stammesgrenzen. Es existiert kein württembergischer Dialekt und kein badischer Dialekt, der zu einer Unterscheidung zwischen Badenern und Württembergern beitragen könnte.

Allerdings existiert eine Grenze zwischen Badenern und Württembergern in vielen Köpfen. Die Grenze erhielt vor sechs Jahrzehnten scharfe Konturen, als es um die Frage ging: »Wiederherstellung der alten Länder oder Vereinigung zu einem gemeinsamen Bundesland, zunächst Südweststaat genannt«. »Identitätsgewinnung durch das Erfinden von Feindbildern« hätte man das Ganze nennen können. Die zentrale Leitstelle für die Schaffung von Feindbildern befand sich in der damaligen Freiburger Regierungszentrale.

Mit Recht hat einmal ein Volkskundler aus Freiburg festgestellt, dass es in Württemberg keine Badener-Witze gibt, im badischen Süden aber – man denke an die Konstanzer Fasnacht – ziemlich viele Schwabenwitze. Da müsse es doch, so der gelehrte Zeitgenosse, erhebliche Unterschiede, vielleicht auch materieller Art, zwischen dem badischen und dem württembergischen Landesteil geben, schloss der Experte messerscharf. Er wusste allerdings nicht, welcher Art diese Unterschiede sein sollten.

Die Wissenslücke lässt sich füllen. Über die Unterschiede zwischen Württemberg und Baden wird nach wie vor viel erzählt. Angeblich sind die Württemberger – generell »Schwaben« genannt – äußerst sparsam, oft geizig und vor allem ziemlich reich. Die Badener dagegen, so wird uns weisgemacht, seien mehr den Freuden des Lebens zugewandt und nicht so besitzorientiert wie die Württemberger. Sie seien deshalb auch weniger wohlhabend gewesen.

Das alles hält einer Nachprüfung nicht stand. Die Wahrheit ist vielmehr, dass sich bei den Vermögensverhältnissen, bei den Sparquoten, bei der Zahl der Bausparverträge und beim Besitz von Wohnungseigentum keine Unterschiede zwischen den Landesteilen Baden und Württemberg statistisch nachweisen lassen. Insofern ist Baden-Württemberg längst eine Einheit und wir dürfen stolz darauf sein. Das Land steht insgesamt an der Spitze in Deutschland, wenn man die Wohlstandskriterien vergleicht, und zwar nicht nur bei den Sparquoten oder bei Eigenheimen und Eigentumswohnungen, sondern auch bei der Zahl der Zweitwagen. Wirtschaftlich insgesamt ist Baden-Württemberg das erfolgreichste aller Bundesländer. Wäre es anders, dann müssten wir keinen so hohen Finanzausgleich an andere Länder bezahlen. Vor allem haben wir immer wieder die niedrigste Arbeitslosenquote im Bundesgebiet.

Es gibt im Übrigen kein badisch-württembergisches Produktivitätsgefälle, auch kein Nord-Süd-Gefälle innerhalb des Bundeslandes. Ganz allgemein sei daher noch mal betont: Im Bereich der Wirtschaft sind erkennbare Unterschiede zwischen dem ehemaligen Baden und dem ehemaligen Württemberg nicht nachweisbar.

Das war freilich nicht immer so. Allerdings war es ganz anders, als man in Württemberg geneigt war und ist, zu vermuten. Nicht Württemberg stand einst wirtschaftlich an der Spitze, sondern das Großherzogtum Baden lag im 19. Jahrhundert und

noch am Beginn des 20. Jahrhunderts vorn. Das betraf die industrielle Produktion ebenso wie die Höhe der Sparquoten und des Geldvermögens allgemein. In Baden hatte die Industrialisierung früher begonnen als im Königreich Württemberg, auch beim Bau der Eisenbahn war man in Baden den württembergischen Nachbarn um einige Jahre voraus. Das vergrößerte noch die Vorteile, die Baden dank seiner günstigen Lage am Rhein und am unteren Neckar aufzuweisen hatte. Überdies war das Großherzogtum Baden dank seiner vorherrschenden Liberalität der – politisch – modernere Staat, was sich für die wirtschaftliche Entwicklung als vorteilhaft erweisen sollte. Aus der Zeit des ausgehenden 19. Jahrhunderts stammt deshalb auch die Bezeichnung »Musterlände«. Das Wort meinte die moderne Staatsverwaltung ebenso wie die Fortschrittlichkeit im Ökonomischen.

Die badischen Sparkassen in den Bezirken oder in den Städten verwalteten bereits im Jahre 1878 pro Sparer ein Guthaben von 721 Mark. Die württembergischen Geldinstitute erreichten am eigentlichen Beginn des württembergischen Aufschwunges – im Jahre 1891 – erst ein Durchschnitts-Guthaben von 513 Mark. Bis zum Beginn des Ersten Weltkrieges ging die Sparquote in Württemberg sogar noch zurück auf 262 Mark, und das bei einem damaligen Reichsdurchschnitt von 303 Mark. Bei den Badenern waren es damals 443 Mark. Wahrscheinlich waren die Württemberger vor hundert Jahren genauso sparsam wie immer, aber sie waren wesentlich ärmer oder weniger wohlhabend als die Badener.

Was haben diese Hinweise und Vergleiche mit der Gründung des Südweststaates und mit dem heutigen Baden-Württemberg zu tun? Ziemlich viel. Zunächst einmal muss hier bedacht werden, dass Baden durch das Ende des Ersten Weltkrieges plötzlich vom Binnenland zum Grenzland geworden war: zu einem Grenzland, das ein siegreiches Frankreich, wie einst in der Zeit Ludwigs XIV., als sein besonderes Interessengebiet betrachtete, als eine Art Glacis, als Teil eines Sicherheitsgürtels. Wichtige Produktionsstätten lagen in Baden nun in der Nähe einer neuen Staatsgrenze, also im Schussfeld fremder Kanonen. Das behinderte nach dem Ersten Weltkrieg nicht nur manches Investitionsvorhaben in Baden, es führte auch zu einer Verlagerung von Produktionsstätten hinter den Schwarzwald – nach Württemberg. Die Geschichte der Firma Daimler, genauer gesagt der hier zur Firma Daimler-Benz gehörenden Produktionsstätten, zeigt diesen Vorgang exemplarisch. In den dreißiger Jahren hatte das Unternehmen mehr Arbeitsplätze in Württemberg als in Baden. Ursprünglich war es umgekehrt gewesen.

Der Zweite Weltkrieg verschärfte noch die nach dem Ersten Weltkrieg einsetzende Tendenz. Die badische Industrie wies insgesamt mehr Kriegsschäden auf als die württembergische Industrie. Die Demontagen im französisch besetzten Südbaden waren zwar ähnlich umfangreich und einschneidend wie die Demontagen im französisch besetzten Südwürttemberg, aber sie waren, wie es scheint, in Südbaden insgesamt folgenreicher. Die starken Kriegszerstörungen, vor allem in Mannheim und in dessen Nachbarschaft oder auch in Pforzheim, und die Zerstörungen und Demontagen in südbadischen Gebieten verschoben die Gewichte nach Kriegsende zunächst ganz erheblich – zum Nachteil Badens insgesamt.

In der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts ergab sich also, was das Ökonomische angeht, ein Abstieg in Baden und ein Aufstieg in Württemberg. Das einst viel reichere Baden war nun, in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg, zu einem viel ärmeren Land geworden als das Nachbarland Württemberg. Das hatte politische Folgen, von denen im Rückblick auf die Anfänge Baden-Württembergs nur selten oder, wenn überhaupt, nur beiläufig die Rede ist.

Als die Amerikaner im September 1945 ihre Besatzungsgebiete in Nordbaden und Nordwürttemberg zu einem gemeinsam verwalteten und regierten Land Württemberg-Baden zusammenschlossen, lernte man in Nordbaden ziemlich rasch die Vorteile dieser Vereinigung schätzen. Reinhold Maier, der damals von den Amerikanern eingesetzte erste Ministerpräsident, hat dies beim Kampf um den Südweststaat einmal im Landtag von Württemberg-Baden mit Zahlen belegt. Er machte, ohne irgendeinen Widerspruch bei nordbadischen Abgeordneten zu finden, darauf aufmerksam, dass die Finanzkraft des Landesteils Nordwürttemberg bis jetzt glücklicherweise ausgereicht habe, die in Nordbaden bestehenden Defizite im Steueraufkommen auszugleichen. Reinhold Maier nannte auch wichtige Zahlen aus der Statistik des Landesarbeitsamtes. Daraus ging hervor, dass die in Nordbaden immer noch ziemlich große Arbeitslosigkeit – er sprach von der Zeit nach der Währungsreform – zum größten Teil aus nordwürttembergischen Beiträgen finanziert werden könne und finanziert werde, so dass der selbständige Landesbezirk Nordbaden keine Kredite aufnehmen müsse.

Damals gaben die Württemberger den Badenern im Norden des Landes einiges von dem zurück, was sie nach dem Ersten Weltkrieg an Wirtschafts- und Finanzkraft von dem Grenzland Baden gewonnen hatten. Die nordbadischen Politiker wussten dies und waren deshalb inzwischen gar nicht mehr betrübt über den zwangsweisen Zusammenschluss mit Nordwürttemberg. Ganz im Gegenteil. Bei den Beratungen der Verfassung des Landes Württemberg-Baden stimmten die nordbadischen Volksvertreter aller demokratischen Parteien einem Antrag zu, der die Existenz dieses neuen Landes sichern sollte und am Ende auch gesichert hat. Dieser Antrag, eingebracht von zwei württembergischen CDU-Abgeordneten, sah vor, dass das Land Württemberg-Baden nur aufgelöst werden könne, wenn zwei Drittel der Abgeordneten dies so beschließen sollten. Diese Klausel beweist, dass die Mitglieder der Volksvertretung eine Wiederherstellung der alten Länder Baden und Württemberg nicht für erstrebenswert hielten. Wie sehr diese Ansicht der Mehrheitsmeinung in Nordbaden entsprach, zeigte sich dann 1950 bei der Volksbefragung und am 9. Dezember 1951 bei der Volksabstimmung.

Einige nordbadische Parlamentarier hatten, ebenso wie mehrere württembergische Parlamentarier, nach 1918 dem Landtag oder dem Berliner Reichstag angehört. Sie erinnerten sich noch lebhaft an die Besetzung der Pfalz und anderer linksrheinischer Gebiete durch französische Truppen in den zwanziger Jahren. Alle kannten auch die Unterschiede in der Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln zwischen der französischen Besatzungszone im Süden Badens und Württembergs und den amerikanisch besetzten Landesteilen im Norden. Schließlich war den Politikern in Nordbaden auch bewusst, dass Frankreich sich nur widerwillig damit abgefunden hatte, den Amerikanern die Stadt Karlsruhe und den Norden Badens überlassen zu müssen. Eine Wiederherstellung Badens, so die weit verbreitete Annahme, werde das nördliche Baden zum französischen Besatzungsgebiet machen. Das aber wollten die Nordbadener nicht.

Auch deshalb hielt man an der Existenz des Landes Württemberg-Baden fest. Schließlich waren es im Herbst 1949 nordbadische Politiker der SPD, der CDU und der DVP/FDP, die einer Initiative des Weinheimer Bundestagsabgeordneten Richard Freudenberg (er gehörte als Hospitant der FDP-Bundestagsfraktion an) folgten und in einer »Heidelberger Erklärung« den Fortbestand des Landes Württemberg-Baden verlangten. Die Erklärung trug die Unterschriften von etwa zwei Dutzend Abgeord-

neten des Landes sowie die Unterschriften einiger Oberbürgermeister, Bürgermeister und Landräte. Das südweststaatsfreundliche Verhalten der nordbadischen Politiker hat am Ende den Südweststaat ermöglicht, ja erzwungen – nicht etwa die Machtlüsternheit jener Württemberger, die eine altbadische Propaganda, ganz in der Art geschichtlich sattsam bekannter Verschwörertheorien, zu hinterhältigen Feinden erklärt hat.

Reinhold Maier, der ebenso wie Gebhard Müller engagiert für die Vereinigung der drei Nachkriegsländer im Südwesten kämpfte, galt den altbadischen Politikern um Leo Wohleb als der eigentliche Bösewicht. Ebenso wie der amerikanische General Clay sei Reinhold Maier ein Freimaurer, und gegen diese müssten sich die aufrechten Badener katholischen Glaubens wehren, streute die Freiburger Propagandazentrale aus. Ein berühmt gewordenes Plakat der Altbadener warnte vor »Freidenkern und Freimaurern«. Ähnliches hatte man früher schon einmal vernommen, damals allerdings von dem NS-Herrscher Badens, dem Gauleiter Wagner.

Paul Zürcher, Freiburger Oberlandesgerichtspräsident und juristischer Hauptberater Leo Wohlebs, warnte in einem Brief seinen Parteifreund Gebhard Müller, den Tübinger Staatspräsidenten, vor einer Pro-Südweststaat-Rede in Freiburg: Müller werde dort Beifall von »landfremden Intellektuellen, Sozialdemokraten, Freidenkern und Freimaurern« erhalten, das könne ein Katholik wie Müller doch nicht wollen. Gebhard Müller ignorierte die Warnung. Er redete in Freiburg nicht nur, sondern verlas auch den Brief des Herrn Oberlandesgerichtspräsidenten. Der wiederum beschwerte sich daraufhin in einem weiteren Brief an Müller über eine derartige »Indiskretion«, die er nicht erwartet habe.

Man fragt sich, wenn man Derartiges in zeitgeschichtlichen Darstellungen und in alten Zeitungsbanden zur Kenntnis nimmt, was eigentlich in manchen Köpfen damals vorgegangen ist. Schlimm bleibt, dass man da und dort im Lande immer noch Spuren des vor Jahrzehnten ausgestreuten Giftes entdeckt. Emotional-Demokratie ist zwar in keiner Verfassung vorgesehen, aber sie hatte bei der Gründung von Baden-Württemberg leider Hochkonjunktur.

Wen wundert es, dass unter derartigen Bedingungen einst kein Einvernehmen der drei betroffenen Regierungen, der württemberg-badischen, der südbadischen und der südwestwürttembergischen, über einen Zusammenschluss erzielt worden war. So musste schließlich der Bundesgesetzgeber über einen Abstimmungsmodus entscheiden. Das geschah auf der Grundlage jenes speziellen Artikels 118 unseres Grundgesetzes, den sich Theodor Eschenburg, der Berater Gebhard Müllers, ausgedacht hatte.

Die Einfügung dieses Artikels 118 war alles andere als selbstverständlich. Sie geschah durch ein Zusammenspiel einiger Mitglieder des Parlamentarischen Rates. Dazu gehörten die Sozialdemokraten Carlo Schmid und Fritz Eberhard sowie der damalige FDP-Vorsitzende Theodor Heuss. Von der CDU hatte ein besonderes Verdienst der Stuttgarter Abgeordnete Felix Walter, der schon für die Zwei-Drittel-Klausel in der Verfassung von Württemberg-Baden gesorgt hatte.

Kein Verdienst an der Aufnahme einer speziellen Vorschrift für die Neugliederung im Südwesten besaß indes der Präsident des Parlamentarischen Rates, Konrad Adenauer. Ihn scheint Gebhard Müller damals von der Aktion nicht unterrichtet zu haben. Ob dies bewusst oder eher zufällig geschah, ist nicht aktenkundig. Nachteilig war die Nicht-Unterrichtung Adenauers für das Ziel, das Gebhard Müller im Auge hatte, keinesfalls.

Adenauer schätzte die Dreiteilung des Südwestens. Sie erlaubte ihm, schon bei der Bildung der ersten Bundesregierung sowohl die Badener als auch die Württemberger zu ignorieren. Seltsamerweise hatten die meisten CDU-Repräsentanten anfangs überhaupt

nicht mit einer Kanzlerschaft Adenauers gerechnet. Der Präsident des Parlamentarischen Rates, so verkündete ein CDU-Mitglied des Parlamentarischen Rates im August 1949 im Wahlkampf zum Bundestag, werde sicherlich das Amt des Bundespräsidenten anstreben. Die Überraschung war groß, als Adenauer nach der Wahl einem Kreis führender CDU-Parteifreunde mitteilte, dass er für das Amt des Bundeskanzlers kandidiere und zugleich bekannt gab, er habe mit der FDP vereinbart, dass der FDP-Vorsitzende Heuss das Amt des Bundespräsidenten übernehmen solle. Gebhard Müller war von dieser Adenauer'schen Initiative unangenehm berührt. Er war mit ganz anderen Vorstellungen nach Bonn bzw. Rhöndorf gekommen. Deshalb widersprach er Adenauer heftig, aber ohne Erfolg. Von da an blieben die Beziehungen zwischen Adenauer und Müller ziemlich frostig. Das hatte Konsequenzen für die Neugliederung im Südwesten.

Dem ersten Kabinett Adenauer gehörte weder ein badischer noch ein württembergischer CDU-Repräsentant an. Nur Eberhard Wildermuth, der FDP-Politiker aus Tübingen, saß am Kabinettsstisch – vorgeschlagen von Heuss und den Freien Demokraten, nicht von Adenauer. Der in drei Länder aufgeteilte Südwesten hatte von Anfang an in Bonn wenig Einfluss. Die großen Bundesländer Nordrhein-Westfalen und Bayern gaben den Ton an.

Schon im Parlamentarischen Rat hatte Theodor Heuss diese besondere Machtkonstellation vorausgeahnt, als er die Erfindung des »Bundesrates« kritisierte. Dieses Verfassungsorgan, das die Länderregierungen, nicht aber gewählte Repräsentanten der Länder mit erheblicher Macht ausstattet, war außerhalb der zuständigen Gremien des Parlamentarischen Rates erfunden worden: vom bayerischen Ministerpräsidenten Hans Ehard und vom nordrhein-westfälischen Innenminister Walter Menzel. Heuss tadelte im Parlamentarischen Rat diese Art von Senats-Ersatz als demokratiefremdes Relikt aus früheren Zeiten und sprach von einem »folgenreichen Frühstück«, bei dem sich der bayerisch-konservative Ehard und der Düsseldorfer Sozialdemokrat gefunden und das Verfassungsorgan »Bundesrat« erfunden hätten.

Die Machtstellung des Bundesrates war es denn auch, die den Bundeskanzler Adenauer bewog, der Gründung eines Südweststaates möglichst viele Steine in den Weg zu legen. Adenauer, inzwischen Vorsitzender der CDU in Westdeutschland, wollte im Bundesrat nicht auf die Stimmen der Länder Baden und Württemberg-Hohenzollern verzichten. In beiden Ländern verfügte die CDU über eine absolute Mehrheit. Das konnte für die Bundesentscheidungen wichtig werden. Auf die Regierung eines Südweststaates wollte Adenauer im Bundesrat nicht angewiesen sein.

Adenauers Kalkül entsprach den Interessen Wohlebs und einer Mehrheit in der südbadischen CDU. Gebhard Müller, der Staatspräsident von Württemberg-Hohenzollern, hatte andere Präferenzen als Adenauer. Er galt auch für den Bund als Freund einer Großen Koalition. Die Besatzungsmächte sollten dadurch keine Gelegenheit erhalten, die demokratischen Parteien in Westdeutschland auseinanderzudividieren.

Die südwürttembergische CDU hatte aufgrund derartiger Überlegungen auch nach ihrem Wahlerfolg vom Mai 1947 die Sozialdemokraten und die FDP/DVP weiter an der Regierungsverantwortung beteiligt. Im Kampf gegen die Demontagen und die Abholzung der Wälder wollte der ehemalige Zentrumspolitiker Lorenz Bock ebenso wie (nach Bocks plötzlichem Tod am 4. August 1948) der Nachfolger Gebhard Müller eine Gemeinsamkeit der deutschen Interessen gegenüber den französischen Besatzungsbehörden demonstrieren. Dass Leo Wohleb in Südbaden auf eine CDU-Alleinregierung setzte, war, ganz unabhängig von der Südweststaat-Frage, nicht im Sinne Gebhard Müllers.

Niemand sprach damals offen aus, dass sich das Verhalten Wohlebs und einer südbadischen CDU-Mehrheit in der Südweststaat-Frage auffallend mit dem Standpunkt deckte, den André François-Poncet, der erste französische Hochkommissar, vertrat. In der Sprache des geübten Diplomaten, aber doch unüberhörbar für einen erfahrenen Politiker, verbreitete er die These, dass Frankreich ein besonderes Interesse an Baden, in diesem Falle an ganz Baden habe und auch beanspruchen dürfe, weil dies den französischen Sicherheitsmaximen entspreche.

Gebhard Müller hat diese, von François-Poncet als französische Politik vertretene Linie mehr als einmal zur Kenntnis nehmen müssen. Der französische Hochkommissar erweckte in öffentlichen Erklärungen ebenfalls mehrfach den Eindruck, dass Frankreich ein Veto gegen ein Neugliederungsgesetz nach Artikel 118 einlegen könne. Notwendig sei eine Vereinbarung der drei betroffenen Länder, ließ der Franzose seine deutschen Gesprächspartner wissen. Leo Wohleb hätte demnach den Schlüssel in der Hand behalten – trotz des Artikels 118 im Grundgesetz.

Die Amerikaner waren da ganz anderer Ansicht. Sie ließen den Ministerpräsidenten Reinhold Maier wissen, dass der Artikel 118 nicht unter Vorbehaltsrecht stehe und vom Bundesgesetzgeber angewandt werden könne, wenn man den Südwesten neu gliedern wolle.

Als Gebhard Müller bei einem Besuch in Paris Klarheit schaffen wollte, wichen die Auskünfte, die er dort erhielt, voneinander ab. Es bestanden offensichtlich unterschiedliche Auffassungen innerhalb der französischen Regierung. In diesem Falle wäre es in erster Linie die Aufgabe des Bundeskanzlers gewesen, für eine eindeutige, gemeinsame Stellungnahme der drei Mächte zu sorgen. Adenauer schwang jedoch und unternahm nichts. Gebhard Müller, beraten von Theodor Eschenburg, forderte den Bundeskanzler deshalb über eine Zeitung auf, aktiv zu werden und die Unklarheiten zu beseitigen. Adenauer reagierte. Er ließ dem Tübinger Regierungschef mitteilen, dass der Artikel 118 von den Alliierten nicht offiziell suspendiert worden sei.

Schließlich endete das Zusammenspiel von Wohleb und François-Poncet, als der französische Außenminister Robert Schuman im Namen der französischen Regierung öffentlich erklärte, dass die Entscheidung über eine Neugliederung im Südwesten Sache der Deutschen sei. Eine nicht unwichtige Einschränkung machte Schuman jedoch: Eine Veränderung der Landesgrenzen im linksrheinischen Teil der französischen Zone, also zum Beispiel in der Pfalz, stehe für Frankreich nicht zur Debatte. Damit war klar, dass die ebenfalls in die Diskussion gebrachte Wiederherstellung der Kurzpfalz fürs erste nicht möglich sein werde.

Noch einmal hatte Gebhard Müller danach Gelegenheit, sich bei seinen Parteifreunden in Bonn wegen einer offensichtlichen Parteinarbeit für die Altbadener zu beschweren. Es ging dabei um zwei Gesetzentwürfe für eine Volksabstimmung. Der eine, von dem südbadischen CDU-Bundestagsabgeordneten Anton Hilbert eingebracht, sah vor, dass man die Frage nach der Wiederherstellung der alten Länder in den Vordergrund stelle und in jedem Falle eine Art badischen Stimmbezirk bilde, ungeachtet der Tatsache, dass das Land Württemberg-Baden existierte. »Hilbert und Genossen« lautete die Unterschrift unter dem Gesetzentwurf. Zu den Unterzeichnern gehörten jedoch nicht nur zahlreiche Mitglieder der CDU/CSU-Fraktion, sondern auch der Vorsitzende der Unionsfraktion, Heinrich von Brentano. Das erweckte den Anschein, dass die Unionsfraktion insgesamt hinter dem südbadischen Antrag stehe. Einen entsprechenden Beschluss gab es jedoch nicht. Die württembergischen und die meisten nordbadischen CDU-Abgeordneten hätten da Einspruch erhoben.

Gebhard Müller rügte Brentanos Verhalten in einem Brief, dessen Existenz bekannt wurde, nicht aber dessen genauer Inhalt. In der Berichterstattung über Gebhard Müllers Beschwerde fehlte meist ein wichtiger Hinweis: Der Hilbert-Entwurf, der im zuständigen Ausschuss keine Mehrheit erhalten hat, stammte aus der Freiburger Staatskanzlei. Deren Leiter hieß Clemens von Brentano. Es war der Bruder des CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden.

Im Bundestag erhielt der Gesetzentwurf aus der Tübinger Staatskanzlei am Ende eine Mehrheit, festgestellt vom Sitzungspräsidenten. Unterschrieben und eingereicht hatten diesen Gesetzentwurf die Abgeordneten Kurt-Georg Kiesinger und Karl Gengler. Kiesinger vertrat den Wahlkreis Ravensburg, Gengler den Wahlkreis Rottweil.

Die Mehrheit der Unionsfraktion, verstärkt durch die Bayern-Partei, durch Zentrumsabgeordnete aus Nordrhein-Westfalen und durch Abgeordnete der Deutschen Partei, war bei den Abstimmungen nicht auf der Seite ihrer Kollegen Kiesinger und Gengler, sondern auf der Seite der Altbadener. Sozialdemokraten und Freie Demokraten verhalfen dem Kiesinger-Gengler-Entwurf zusammen mit einer Gruppe von Unionsabgeordneten zur Mehrheit. Die bundesgesetzliche Grundlage für die Volksabstimmung am 9. Dezember 1951 war damit gegeben. Eine Mehrheit im Bundesrat hatte keine Einwände erhoben – trotz einer Parteinahme Bayerns für die Altbadener. Von dieser ebenso schwierigen wie verwirrenden Geschichte und Vorgeschichte des Bundeslandes Baden-Württemberg weiß die Generation, die 60 Jahre nach der Gründung Baden-Württemberg das Land politisch repräsentiert, nur noch wenig oder nichts.

Tatsächlich hat der Südwesten erst durch die Vereinigung zum Land Baden-Württemberg jenes Gewicht in der Politik der Bundesrepublik Deutschland erhalten, das ihm nach Ansicht der vor 60 Jahren im Lande Verantwortlichen und nach Ansicht der in unserer Zeit Verantwortlichen zusteht. Und zwar aus mehreren Gründen. Da ist einmal die schon erwähnte Tatsache, dass der Südwesten die leistungsstärkste Region in der Bundesrepublik Deutschland ist. Zum anderen aber können wir für den Südwesten, für den badischen Landesteil ebenso wie für den württembergischen, in Anspruch nehmen, dass dieser Südwesten in der Geschichte der Demokratie und der freiheitlichen Staatsordnung schon immer einen Spitzenplatz eingenommen hat. Erinnert sei nur an die Offenburger Erklärung von 1847, deren wichtigste Teile man im Grundrechtskatalog des Bonner Grundgesetzes wiederfindet, oder auch daran, dass die 1946 geschaffene Verfassung von Württemberg-Baden die wesentlichen Vorstellungen der 48er-Demokraten enthält, woran Theodor Heuss und Carlo Schmid keinen geringen Anteil hatten. Und ich erinnere daran, dass sich die Mitglieder des Parlamentarischen Rates bei der Formulierung der wichtigen Grundgesetzartikel auf Vorschriften der Verfassung von Württemberg-Baden stützen konnten.

Wenn ich dies hervorhebe, gibt es dafür auch einen wichtigen Grund. Schon im Januar 1919 gab Theodor Heuss den ersten Anstoß für eine öffentliche Diskussion über einen Zusammenschluss von Baden und Württemberg. Das geschah nicht in einem Parlament, sondern in einer Veranstaltung der soeben gegründeten Deutschen Demokratischen Partei, der Nachfolgerin der württembergischen Volkspartei. Heuss, damals noch ohne Parlamentsmandat, sprach über »Deutschlands Zukunft« (so der Titel der später gedruckten Fassung seiner Rede). Er plädierte für einen deutschen Bundesstaat mit ausgewogenen Größen- und Machtverhältnissen. Ein Staat Preußen, der alle anderen Territorien an Bevölkerungszahl und Macht weit übertreffe, könne in einem wirklichen Bundesstaat keinen Platz haben, sagte Heuss. Und er betonte



auch, dass der soeben gebildete »Freie Volksstaat Württemberg« sowie der »Freistaat Baden« gemeinsam einen südwestdeutschen Freistaat bilden sollten. Nur so könne der Südwesten in einer deutschen-föderalen Republik sein Gewicht angemessen zur Geltung bringen. Auch im Vergleich zu Bayern erscheine eine derartige Vereinigung sinnvoll, hieß es im Text der gedruckten Rede.

Das war, wie gesagt, nicht der Hauptinhalt der Heuss-Rede, aber doch ein wichtiger Aspekt. Am wichtigsten war Heuss, dass sich die Nationalversammlung, die in Kürze in Weimar ihre Arbeit beginnen werde, bei der Beratung und Verabschiedung einer Reichsverfassung an die Arbeit der Frankfurter Nationalversammlung von 1848/49 erinnere und nicht an die Reichsgründung von 1871 anknüpfe.

Heuss erwähnte nicht ausdrücklich, setzte aber bei seinen Zuhörern offensichtlich voraus, dass nur die Württemberger und die Badener im Jahre 1849 der Frankfurter Reichsverfassung ihr Placet gegeben hatten. Im Königreich Württemberg war die Verfassung sogar vom König selbst, wenn auch nach einigem Zögern, bestätigt worden. Die Badener – und mit ihnen die Pfälzer – verteidigten ihr Ja zu den Beschlüssen der Frankfurter Nationalversammlung mit der Waffe gegen die vom Königreich Preußen geführten Truppen der Verfassungsgegner, die einen demokratischen Staat verhindern wollten und auch verhindert haben. Der Vorschlag von Heuss, Baden und Württemberg zu vereinigen, stützte sich also auch auf solch geschichtliche Gemeinsamkeit.

Wenige Tage danach griff der Demokrat Johannes von Hieber in der württembergischen Verfassungsgebenden Versammlung die Anregung auf, die Heuss im Dinkelacker-Saal gegeben hatte. Spontan stimmte Eugen Bolz als Zentrumssprecher den Vorschlägen zu. Auch die Sozialdemokraten mit Wilhelm Keil als Sprecher schlossen sich an. In Weimar versammelten sich im März 1919 die badischen und die württembergischen Mitglieder der Nationalversammlung und waren sich mit wenigen Ausnahmen einig, dass ein gemeinsamer »oberrheinischer Freistaat« eine gute Sache wäre. Hohenzollern sollte dabei sein.

Aus alledem ist damals nichts geworden. Die preußische Regierung wollte keinerlei Gebietsabtrennungen zustimmen. Hohenzollern sollte weiter preußisch bleiben. Am Ende hatte der Aufbau der Weimarer Verfassung nichts mit dem Entwurf der Reichsverfassung von 1849 zu tun. Die Republik von Weimar betrachtete sich fast wie selbstverständlich als Fortsetzung des preußisch-deutschen Kaiserreiches. Die Stimmen aus dem Südwesten hatten kein Gehör gefunden.

Erst nach der deutschen Katastrophe ergab sich nun – unter ganz anderen Bedingungen – die Gelegenheit, an die Ideen von 1848 anzuknüpfen und eine entsprechende Verfassung zu schaffen: unser Grundgesetz. Und nun gelang es schließlich auch, der Vernunft zum Sieg zu verhelfen und ein Bundesland Baden-Württemberg zu schaffen.

Unser Land hat, man weiß es, einen großen Geburtsfehler: Es ist ein Bindestrich-Land. Das macht vieles schwieriger, als es sein müsste. Man denke nur daran, wie nachteilig es für das Land Baden-Württemberg ist, wenn wirtschaftliche Interessenverbände oder gesellschaftliche Organisationen im Bund nicht mit einer Stimme sprechen, sondern mit zwei oder drei Repräsentanten in Erscheinung treten, mit einem württembergischen, einem südbadischen, einem nordbadischen. Solche Vielstimmigkeit vermindert den Einfluss unseres Bundeslandes immer wieder. Auf solche Weise macht sich der Südwesten kleiner, als er ist.

Es hat fünf Jahrzehnte gedauert, bis sich die Sparkassenverbände von Württemberg und Baden vereinigt haben. Man fragt sich, ob es überhaupt gelungen wäre, der Vernunft und auch den Interessen unseres Landes zu entsprechen, wenn nicht einige der

badischen Sparkassen als Folge gravierender Mängel in der Geschäftsführung und in den Verwaltungsräten in finanzielle Schieflagen geraten wären und Hilfe benötigt hätten.

Eigenbröteleien und Eigenwilligkeiten im Verbands- und Vereinswesen – ich denke da nicht zuletzt an Sportorganisationen, aber auch an die Schwierigkeiten bei Berufsorganisationen – sind dem Anschein nach immer noch ein Baden-Württemberg-Problem. Bei näherer Betrachtung stellt man indes fest, dass das gerne benützte Baden- oder Südbaden-Argument, das ja auch als Anti-Schwaben-Argument ins Feld geführt wird, nur vorgeschoben ist, und zwar in all den Fällen, die immer noch zur Debatte stehen. Es geht dabei um nichts anderes als um den menschlichen Faktor. Und den kennt man überall in der Politik, in der Wirtschaft sowie bei Vereinen und Organisationen. Der menschliche Faktor heißt: Wir wollen unsere Posten durch einen Zusammenschluss nicht aufs Spiel setzen. Man kämpft, wie wir es bei den Sparkassen erlebt haben, offiziell im Namen Badens, aber die angeblich badischen Interessen sind auf wundersame Weise deckungsgleich mit persönlichen Interessen. Erbhöfe sind mit der NS-Zeit rechtlich verschwunden, in manchen Köpfen existieren sie wie eh und je. Dem Land Baden-Württemberg gereicht es nicht zum Vorteil, wenn der Bindestrich im Landesnamen als Trennungsstrich missbraucht wird.

Ich möchte hierbei nicht missverstanden werden, sondern anknüpfen an das, was ich eingangs betont habe, nämlich an die Vielfalt, die im Land Baden-Württemberg anzutreffen ist. Sie wollen und müssen wir pflegen, denn sie gehört zu den Reichtümern des deutschen Südwestens. Es verhält sich damit ein bisschen wie mit dem deutschen Gesamtstaat oder auch mit der Europäischen Union. Nach außen, also gegenüber Dritten, muss man mit einer Stimme sprechen, im Innern aber sind die überlieferten Besonderheiten zu achten und von den politischen Verantwortlichen zu respektieren.

Dass man die Sparkassen in einem Landesverband zusammenschließen kann und zusammenschließen musste, weil dies auch wirtschaftlich vorteilhaft für alle ist, gilt als selbstverständlich. Ganz anders verhält es sich indes mit manch anderen Körperschaften des öffentlichen Rechts, etwa mit den beiden evangelischen Landeskirchen. Hier haben wir es mit zwei durchaus unterschiedlichen Institutionen zu tun: mit der württembergischen evangelisch-lutherischen Landeskirche und mit der badischen evangelischen Kirche als einer unierten Kirche, die nicht zu den lutherischen Kirchen gehört. Dass es in der einstigen Markgrafschaft Baden einen südlichen Teil gegeben hat, der ebenfalls lutherisch gewesen ist, im Gegensatz zum einst kurpfälzischen Teil, das macht die Sache noch etwas komplizierter, als sie für einen Nicht-Theologen ohnedies schon ist.

Man sprach im Übrigen auch so gut wie nie davon, dass wir uns einreden ließen, das »Land Baden« – so nannte sich der französisch besetzte Teil Badens als politische Einheit – sei das badische Kernland und habe deshalb das Recht, für alle Badener zu sprechen. Die Stadt Freiburg als Hauptstadt des »Landes Baden« war vor der napoleonischen Zeit nie badisch gewesen, sondern vorderösterreichisch. Um diesen Makel zu tilgen, erfand der Lateinlehrer Leo Wohleb einen besonderen Begriff. Wohleb sprach nämlich von der »Translatio imperii«, was man als »Übertragung der Herrschaft« übersetzen kann. Gemeint war die Übertragung der Herrschaft in Baden von Karlsruhe nach Freiburg. Die Übertragung erfolgte, laut Wohleb, durch die Umsiedlung badischer Ministerialbeamter von Karlsruhe nach Freiburg, also war Freiburg nun, so Wohleb, der legitime Mittelpunkt badischer Herrschaft.

Den Anspruch auf die Alleinvertretung Badens durch die nach Freiburg ausgewanderte Herrschaft haben sich die Richter des Bundesverfassungsgerichtes im Baden-Urteil mehrheitlich nicht zu eigen gemacht. So musste man sich in Freiburg schließlich einer anderen, nun vom Bundesgesetzgeber in Karlsruhe etablierten Herrschaft beugen: der Herrschaft des Rechts. Da sage noch einer, die Geschichte des Landes Baden-Württemberg sei keine schöne Geschichte.

# »Das Bottwartal den Bottwartälern«

## Bemerkungen zu lokalen Aspekten in der Diskussion um die Kreisreform von 1973\*

von Thomas Schulz

Vor 40 Jahren, am 1. Januar 1973, traten in Baden-Württemberg an die Stelle von ehemals 63 Landkreisen 35 neue Landkreise. Nur drei der alten Landkreise – die Kreise Emmendingen, Göppingen und Heidenheim – blieben nahezu unverändert. Diese Kreisreform war jahrelang das landespolitische Thema Nummer eins. Sie stieß vielerorts auf strikte Ablehnung und konnte folglich nur gegen erhebliche Widerstände realisiert werden. Für den Raum des heutigen Landkreises Ludwigsburg bedeutete die Kreisreform die Auflösung der Kreise Vaihingen, Leonberg und Backnang, Aufteilung ihrer Gebiete und Vergrößerung des Kreises Ludwigsburg um einige dieser Teile sowie um einen kleinen Teil des Landkreises Heilbronn. Dabei hat der Landkreis Ludwigsburg einen Zuwachs von 29 Städten und Gemeinden mit insgesamt 97 000 Einwohnern erhalten.

Die Vorgeschichte der Kreisreform sowie der erfolglose und eigentlich von Anfang an aussichtslose Kampf der Kreise Leonberg und Vaihingen um ihren Erhalt sind in den Ludwigsburger Geschichtsblättern (Band 56/2002) bereits ausführlich dargestellt worden. Die folgenden Ausführungen beschränken sich daher ausschließlich darauf, die Diskussionen, Überlegungen und Ergebnisse der Kreisreform im Nordosten und Osten des heutigen Landkreises Ludwigsburg vorzustellen.

### *Rielingshausen und Affalterbach*

Wenden wir uns zunächst dem östlichen Teil des heutigen Landkreises Ludwigsburg zu. Dort sind vom Altkreis Backnang die Gemeinden Affalterbach und Rielingshausen zu Ludwigsburg gekommen. Im Falle von Rielingshausen war hierfür jedoch streng genommen nicht die Kreisreform verantwortlich, sondern der Ende der 1960er Jahre gestartete Prozess der Gemeindereformen. Denn die Umkreisung von Rielingshausen geschah schon zum 1. Juli 1972 durch Eingliederung der Gemeinde in die Stadt Marbach.

Um 1970 hatten die Rielingshäuser jedoch durchaus noch gehofft, ihre Selbständigkeit bewahren zu können – und sie sahen ihre Zukunft eindeutig im Kreis Ludwigsburg. Auch im Denkmodell der Landesregierung zur Kreisreform, das Innenminister Walter Krause Anfang Dezember 1969 der Öffentlichkeit vorgestellt hatte, war dies so vorgesehen. Als Ende Februar 1970 das Landratsamt Backnang alternative Überlegungen vorlegte, die den Zusammenschluss von Rielingshausen mit Kirchberg an der Murr und die Zuordnung zum neuen Kreis Waiblingen-Backnang vorsahen, stieß

---

\* Gekürzte Fassung des am 10. Oktober 2013 vor dem Historischen Verein gehaltenen Vortrags.

dies in Rielingshausen sofort auf einhellige Ablehnung. Das Bürgermeisteramt verwies zum Beispiel darauf, dass schon jetzt über 60 Prozent der Auspendler im Landkreis Ludwigsburg beschäftigt seien, hingegen lediglich acht Prozent in Backnang. Auch was die weiterführenden Schulen und das Krankenhaus betreffe, sei man eher nach Marbach bzw. Ludwigsburg orientiert als nach Backnang. Noch weniger Kontakte gäbe es nach Waiblingen.

Bürgermeister Reinhold Kreßmann und die Gemeinderäte wussten sich in der Ablehnung der Backnanger Pläne einig mit der großen Mehrheit der Bürgerschaft. Am 22. März hatte eine Bürgerversammlung klar für Ludwigsburg votiert. Von den rund 200 anwesenden Bürgern hatte sich – wie Bürgermeister Kreßmann an das Innenministerium berichtete – »nur eine Hausfrau gegen einen Anschluss an den Kreis Ludwigsburg ausgesprochen«. Und diese Gegenstimme sei »wahrscheinlich in Verkennung der zur Debatte gestellten Probleme« abgegeben worden. Kurzum: Der Bürgerwille sei eindeutig, Rielingshausen bitte daher um Zuteilung zum Kreis Ludwigsburg. »Damit wäre«, so schloss Bürgermeister Kreßmann etwas pathetisch sein Schreiben, »in wirklich demokratischer Weise den Interessen der Bevölkerung Rechnung getragen und hätte unsere Demokratie eine neue Bewährungsprobe bestanden«.

Die Enttäuschung war daher riesengroß, als Mitte Oktober Innenminister Krause den ersten Gesetzentwurf zur Kreisreform vorlegte. Denn darin war jetzt die Zuordnung von Rielingshausen zum neuen Kreis Waiblingen vorgesehen. Im Protokoll der Gemeinderatssitzung vom 26. Oktober 1970 ist hierzu festgehalten: »Die einzelnen Gemeinderatsmitglieder reagierten teilweise mit Empörung auf diese unverständliche Änderung gegenüber dem Denkmodell der Landesregierung. Es wird darauf hingewiesen, dass doch auch die staatlichen Stellen das Wohl ihrer Bürger nicht ganz außer Acht lassen sollten. Eine vernünftige Lösung für die Gemeinde Rielingshausen kann nur in einer Zuteilung zum Kreis Ludwigsburg liegen.«

Nicht zuletzt vor diesem Hintergrund gewannen Pläne plötzlich an Attraktivität, die auf ein Ende der Selbständigkeit der Gemeinde Rielingshausen hinausliefen. Neben Marbach hatte auch die Stadt Steinheim ein Eingemeindungsangebot gemacht. Am 17. Februar 1972 wurden in einer Bürgerversammlung beide Alternativen erläutert und drei Tage später stimmten bei einer Bürgerbefragung 447 Personen für Marbach und 221 Personen für Steinheim.

Die im Jahr 1970 knapp über 3000 Einwohner zählende Gemeinde Affalterbach konnte hingegen ihre Selbständigkeit auch im Kreis Ludwigsburg behaupten. Eine Grundvoraussetzung hierfür war ihr relativ starkes Wachstum in den 60er Jahren gewesen, im Wesentlichen bedingt durch den Bau der Gartensiedlung Birkhau.

Dass Affalterbach im Zuge der Kreisreform zum Kreis Ludwigsburg kommen sollte, war von Anfang an klar. Dies wurde dort auch grundsätzlich begrüßt, da die historischen und aktuellen Verbindungen deutlich mehr nach Marbach und Ludwigsburg als nach Backnang zeigten. Dennoch gab es Vorbehalte. Weniger, weil sich Ludwigsburg, wie es im Gemeinderatsprotokoll vom 27. Oktober 1970 heißt, »manche Sympathien in Affalterbach verscherzt« hatte. Dies war ein Hinweis auf den Bau der Mülldeponie am Lemberg, wegen der es zu Differenzen zwischen der Gemeinde und dem Kreis Ludwigsburg gekommen war. Vorbehalte gab es vielmehr vor allem deshalb, weil man die Zuordnung zum Kreis Ludwigsburg nur dann als wirklich sinnvoll erachtete, wenn gleichzeitig auch die Nachbargemeinden Rielingshausen, Kirchberg und Kleinaspach zu Ludwigsburg kämen. Denn sonst sei die Gemeindegrenze im

Norden, Osten und Süden zugleich Kreisgrenze und dadurch würde Affalterbach noch mehr in die Rolle einer Randgemeinde abgedrängt, als dies bisher schon der Fall gewesen war. Wenn schon eine Kreisreform durchgeführt werde, dann sollte diese auch zu einer echten Grenzberichtigung führen.

Im April 1971 sprach sich eine Bürgerversammlung bei nur drei Gegenstimmen für die Zugehörigkeit zum Landkreis Ludwigsburg aus. Das Ziel von Bürgermeister Herbert Müller und seinen Gemeinderäten, dass die westlichen Gemeinden des Landkreises Backnang als Einheit behandelt werden sollten, ließ sich jedoch nicht verwirklichen: Kleinaspach und Kirchberg wurden dem Rems-Murr-Kreis zugeordnet.

### *Kleinaspach und Kirchberg*

Zumindest bei Kleinaspach geschah die Zuordnung zum Rems-Murr-Kreis gegen den erklärten Bürgerwillen. Bei einer Versammlung Anfang Oktober 1970 hatten sich 130 von 135 Bürgern für den Landkreis Ludwigsburg ausgesprochen – und zwar für den Fall, dass der Kreis Backnang aufgelöst und der Sitz der Kreisverwaltung nach Waiblingen verlegt würde. Auch Bürgermeister und Gemeinderat führten verschiedene Gründe an, die eindeutig für Ludwigsburg sprachen. Man verwies auf die historischen Beziehungen zu Großbottwar und ins alte Oberamt Marbach, aber auch darauf, dass der Bevölkerungszuwachs der letzten vier Jahre von 1200 Einwohnern auf über 1500 Einwohner zu 80 Prozent durch Bautätigkeit und Zuzug von Personen aus den Räumen Ludwigsburg, Bietigheim und Kornwestheim bedingt sei. Wegen der relativ niedrigen Baulandpreise und der bereits zahlreich vorliegenden Bauplatzgesuche könne man damit rechnen, dass sich diese Entwicklung in den nächsten Jahren verstärkt fortsetzen werde. Auch als Naherholungsgebiet habe Kleinaspach für Ludwigsburg weitaus größere Bedeutung als für Waiblingen. Die sonntäglichen Ausflüglerströme mit LB-Kennzeichen würden zu Genüge belegen, für welche Räume Kleinaspach Naherholungsfunktionen hat und woher eine eventuelle Förderung in dieser Richtung erwartet werden könne.

Um die Zuordnung zum Landkreis Ludwigsburg zu erreichen, war man wie in Rielingshausen auch in Kleinaspach bereit, die kommunale Selbständigkeit aufzugeben. Im Herbst 1970 wurden intensive Verhandlungen über eine Eingemeindung nach Großbottwar geführt, und Anfang November 1970 gab es in beiden Gemeinderäten eine große Mehrheit für einen Zusammenschluss. Letztlich ist es dann aber doch anders gekommen und wurde Kleinaspach am 1. Februar 1972 ein Teil der neuen Gemeinde Aspach.

Nicht ganz so eindeutig wie in Kleinaspach war die Bürgermeinung in Kirchberg. Allerdings war man sich auch dort zunächst weitgehend einig in der Ablehnung der Pläne der Landesregierung. Man forderte den Erhalt des Landkreises Backnang. Sollte dies nicht erreicht werden können, wollte man lieber zu Ludwigsburg und auf keinen Fall zu Waiblingen. So ist in einem Bericht der »Stuttgarter Zeitung« über eine Bürgerversammlung Mitte Oktober 1970 zu lesen: »Selbst bei wertfreien Aussagen über Waiblingen erhebt sich lautstarker Protest. Waiblingen, in welchem Zusammenhang auch immer, wirkt auf Kirchbergs Bürger wie ein rotes Tuch: Sie reagieren gereizt und sind bereit, auf die Barrikaden zu gehen. Namen wie Ludwigsburg und Marbach dagegen sind wie Honig auf den Bürgerzungen und werden mit schierem Jubel aufgenommen. Aus dem Nebel der Vergangenheit sehen die Kirchberger die alte

Oberamtsherrlichkeit mit der Schillerstadt heraufdämmern. Selbst die zwar noch hypothetische, aber doch gewichtige Frage, ob Marbach im Zuge einer Neuverteilung der Verwaltungsaufgaben die Funktionen einer Großen Kreisstadt erfüllen und damit den Kirchbergern weite Wege ersparen könne, schreckt die Versammlung nicht auf – wenn sie nur in den Kreis Ludwigsburg kommen.« Eine spontane Abstimmung ergab 270 Stimmen für Ludwigsburg und nur neun für Waiblingen.

Der Gemeinderat forderte in seiner offiziellen Stellungnahme ebenfalls die Zuordnung zu Ludwigsburg. Als die Regierungskoalition dann im Januar 1971 beschloss, Kirchberg in den Kreis Waiblingen einzugliedern, hagelte es geharnischte Proteste. In einer Resolution an den Landtag, die alle Gemeinderäte und rund 200 Bürger unterzeichnet hatten, zeigte man sich »in höchstem Maß enttäuscht, dass das Votum der Bürgerschaft und die EntschlieÙung des Gemeinderats übergangen« worden sind. Auf fünf Seiten zählte man auf, welche Gründe für Ludwigsburg und gegen Waiblingen sprachen. Unabhängig von allen sachlichen Erwägungen sei es schlicht großes Unrecht, den Bürgern Kirchbergs zu verweigern, was den Gemeinden Affalterbach und Rielingshausen zugebilligt wurde, da in allen drei Gemeinden in etwa die gleichen Verhältnisse gegeben seien. In einem Bürgerentscheid am 7. März sollte nochmals über die Frage der künftigen Kreiszugehörigkeit abgestimmt werden.

Der Backnanger Landtagsabgeordnete Erich Schneider (CDU), im Hauptberuf Bürgermeister der Nachbargemeinde Burgstall und später lange Jahre Landtagspräsident, zeigte Verständnis für den Ärger der Kirchberger. Im Hinblick auf den Bürgerentscheid appellierte er jedoch zugleich an die Bürger, ihre Entscheidung gut zu überlegen. Zwar gäbe es durchaus gute Gründe für Ludwigsburg. Auf der anderen Seite würden jedoch durch eine Eingliederung in den Kreis Ludwigsburg »zweifelloso die vielen wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und schulischen Verflechtungen von Kirchberg nach Backnang im Laufe der Zeit verkümmern«. Er habe deshalb einige Zweifel, ob die stürmisch geforderte Zuordnung Kirchbergs nach Ludwigsburg wirklich gut durchdacht sei und auf lange Sicht dem Interesse der Bürgerschaft entspreche.

Backnangs Oberbürgermeister Martin Dietrich stieß ins gleiche Horn. Von der »Backnanger Kreiszeitung« ließ er sich am 20. Februar 1971 wie folgt zitieren: »Das den Kirchbergern die Kreisstadt Waiblingen nicht gefällt, ist verständlich. Sie gefällt uns allen nicht. Die Frage ist nur, ob man mit der Schwenkung nach Ludwigsburg nicht vom Regen in die Traufe kommt.«

Die öffentlich geäußerten Bedenken gegen Ludwigsburg verfehlten nicht ihre Wirkung. Im Vorfeld des Bürgerentscheids etablierte sich neben einem »Bürgerkomitee für Ludwigsburg« auch eine »Aktionsgruppe für Backnang«, und die Auseinandersetzung zwischen den beiden Gruppierungen beschränkte sich keineswegs auf einen kultivierten Austausch der Argumente. In der »Stuttgarter Zeitung« war hierzu zu lesen: »Was sich in den Tagen und Wochen vor dem Bürgerentscheid in der Ortschaft abspielte, grenzte hart an Meinungsterror. Die beiden feindlichen Parteien mobilisierten alles, was zu einem zünftigen kommunalpolitischen Westentaschenkrimi gehört. Es entbrannte eine wütende Propagandaschlacht mit Flugblättern und Plakaten, die von gegnerischen Rollkommandos bei Nacht und Nebel zerfetzt wurden – und mit verbalen Frontalangriffen in der Lokalpresse und aus Lautsprecherwagen versuchten die Kontrahenten, Andersgläubige auf ihre Seite zu ziehen.«

Nach Einschätzung des eben zitierten Journalisten hatten sich vor allem die Ludwigsburg-Befürworter als »besonders rührige und lautstarke Kämpfer« gezeigt. Ihre Enttäuschung muss daher umso größer gewesen sein, als am Abend des 7. März die Stimmen

ausgezählt waren. Das Ergebnis fiel bei weitem nicht so eindeutig wie erwartet aus. Bei einer Wahlbeteiligung von 74 Prozent sprachen sich 58,2 Prozent für eine Zuordnung zum Kreis Ludwigsburg aus, 41,8 Prozent stimmten dagegen. Dies war zwar eine klare Mehrheit für die Pro-Ludwigsburg-Partei, aber keineswegs die erhoffte überwältigende Mehrheit. Aus dem Lager ihrer Gegner war sofort zu hören, dass hochgerechnet auf alle Wahlberechtigten sich lediglich 43 Prozent aktiv zu Ludwigsburg bekannt hätten. Es lag nun beim Gemeinderat, dieses Abstimmungsresultat zu deuten.

Um Entscheidungshilfe zu erhalten, begaben sich die Gemeinderäte auf Informationstour. Bei Besuchen der Kreisgremien in Ludwigsburg und Waiblingen wurde versucht herauszufinden, in welchem Kreis die Gemeinde besser aufgehoben wäre. Dabei spielte ganz wesentlich die Frage nach der Einrichtung von Außenstellen der Landratsämter eine Rolle. Während in Ludwigsburg keine Zusagen für eine Außenstelle in Marbach gemacht werden konnten, versicherte man in Waiblingen, dass es selbstverständlich künftig Außenstellen in Backnang geben werde. Für die Kirchberger Bürger würde sich somit bei einem erforderlichen Gang aufs Landratsamt eigentlich kaum etwas ändern. Der Gemeinderat beschloss daraufhin Mitte April 1971 mit Stimmenmehrheit, das Regierungskonzept zu akzeptieren und auf weitere Aktivitäten zu Gunsten eines Anschlusses an den Landkreis Ludwigsburg zu verzichten.

### *Der »Kampf« ums obere Bottwartal*

Im Regierungsentwurf war vorgesehen, die Kreisgrenze zwischen den Kreisen Ludwigsburg und Heilbronn unverändert zu lassen. Für die Gemeinden im oberen Bottwartal hieß dies, dass sie wie seit 1938 auch künftig zu zwei verschiedenen Kreisen gehören sollten: Beilstein und Schmidhausen sowie Gronau mit Prevorst zum Kreis Heilbronn und Oberstenfeld zum Kreis Ludwigsburg. Dies wurde von vielen Seiten als unbefriedigend empfunden. Die bessere Lösung sei, die vier Gemeinden als Einheit zu betrachten und das ganze obere Bottwartal einem Landkreis zuzuordnen. Umstritten war allerdings, welcher Kreis dies sein sollte – und über diese Frage entzündeten sich monatelang heftige Diskussionen und Kontroversen.

Ausgelöst hatte sie zunächst der Bietigheimer Landtagsabgeordnete Claus Weyrosta, der schon im April 1970, als noch über das ursprüngliche Denkmodell der Landesregierung diskutiert wurde, nachdrücklich für eine Einbeziehung von Beilstein und Gronau in den künftigen Großkreis Ludwigsburg plädiert hatte – und zwar, so seine Begründung, weil diese Orte »heute bereits mehr nach Ludwigsburg als nach Heilbronn tendieren«. In Beilstein stieß diese Darstellung freilich umgehend auf energischen Widerspruch. Richtig sei vielmehr, so die wenige Tage später im städtischen Amtsblatt veröffentlichte Erklärung des Gemeinderats, dass sowohl die Stadt Beilstein selbst als auch die Gemeinden Gronau und Schmidhausen »zum Oberzentrum Heilbronn tendieren und nicht zum Unterzentrum Marbach oder Mittelzentrum Ludwigsburg«.

Neu entfacht wurde die Diskussion dann Anfang Oktober 1970 durch eine offizielle Stellungnahme des Landratsamts Heilbronn zum Landesentwicklungsplan. Die Zuordnung von Gronau und Schmidhausen zum Kleinzentrum Beilstein sei »richtig«, hieß es aus Heilbronn. Doch nicht nur dies: Auch eine Zuordnung von Oberstenfeld zum Verwaltungsraum Beilstein wäre »für die künftige Entwicklung vorteilhaft«. Es sei ohnehin zu erwarten, dass die Gemeinde Oberstenfeld sich »in Zukunft in ihren



sozialökonomischen Verflechtungen mehr als bisher auf das Oberzentrum Heilbronn ausrichten« werde. Daher müsse sie in den Kreis Heilbronn eingegliedert werden, wenn ein gemeinsamer Verwaltungsraum mit Beilstein, Gronau und Schmidhausen gebildet werden sollte.

Für Oberstenfeld waren diese Vorstellungen völlig indiskutabel. Sie seien, so Bürgermeister Manfred Läßle, reine Utopie und »ein Wunschtraum des Herrn Landrats von Heilbronn, der nie in Erfüllung gehen wird«. Denn es sei Tatsache, dass Oberstenfeld fast ausschließlich in Richtung Ludwigsburg-Stuttgart »orientiert ist und bleibt«. Dies ergebe sich schon aus der Topographie. Aber auch alle anderen Fakten, die für die Zuordnung einer Gemeinde zu einem Landkreis von Bedeutung seien, würden eindeutig für Ludwigsburg sprechen, und überdies sei Oberstenfeld wirtschaftlich eindeutig mit dem Mittleren Neckarraum und nicht mit der Region Franken verflochten. Bürgermeister Läßle befürwortete zwar auch im Prinzip den Vorschlag, die vier Orte zu einem gemeinsamen Verwaltungsraum zusammenzufassen. Dies wäre ohne Zweifel, wie er am 19. Oktober in einer Sitzung des Ludwigsburger Kreisrats meinte, eine Ideallösung. Doch diese Verwaltungseinheit sei kaum durchführbar, weil Beilstein bei Heilbronn bleiben wolle. Dringend notwendig sei jedoch, Gronau dem Raum Ludwigsburg zuzuordnen. Denn Oberstenfeld wachse mit Gronau zusammen, und es sei undenkbar, dass nicht nur eine Kreisgrenze, sondern auch eine Grenze der neu zu bildenden Regionalverbände die beiden Orte trennen soll.

Sowohl Oberstenfeld als auch die Stadt Beilstein – und in ihrem Schlepptau auch Schmidhausen – hatten sich also eindeutig festgelegt. Für die angestrebte »große Lösung« gab es somit ganz offensichtlich keine Chance. Umso heftiger wurde aber um Gronau geworben, wobei man die unterschiedlichsten Argumente ins Feld führte. Die Stadt Beilstein verwies auf ihre Schulen, die auch von Schülern aus Gronau und Prevorst besucht wurden, und auf die Bedeutung der Gemeinden für den Fremdenverkehr. Ihr Bürgermeister Otto Rohn führte des Weiteren noch an, dass Heilbronn doch »wesentlich mehr zu bieten« hätte als die Kreisstadt Ludwigsburg. Oberstenfeld hob hingegen vor allem das Wirtschaftspotential der Region Mittlerer Neckar hervor und betonte die Gemeinsamkeiten zwischen beiden Gemeinden. Bürgermeister Läßle wies Mitte Oktober 1970 in einem Schreiben an seinen Gronauer Kollegen Heinz Heeger außerdem darauf hin, dass auch künftig die Stadt Heilbronn nicht zum Kreis Heilbronn gehöre. Der Kreis Heilbronn werde weiterhin lediglich aus kleineren Städten und Gemeinden bestehen und somit auch weiterhin erheblich geschwächt bleiben. Er werde niemals so finanzkräftig sein wie der Kreis Ludwigsburg.

Im gleichen Schreiben verdeutlichte Bürgermeister Läßle an einem ganz konkreten Beispiel, welche negative Folgen es haben könnte, wenn Oberstenfeld und Gronau zu unterschiedlichen Planungseinheiten gehören würden. Er hatte wenige Wochen zuvor beantragt, den Ausbau der Bottwartalstraße von Marbach bis Gronau in den Gebietsentwicklungsplan Mittlerer Neckarraum aufzunehmen. Da Gronau jedoch außerhalb des Planungsgebiets lag, hatte das Innenministerium nur die Aufnahme bis Oberstenfeld genehmigt. Bürgermeister Läßle schrieb dazu wörtlich: »Gronau müsste sich also beim Gebietsentwicklungsplan Franken um die Aufnahme der restlichen Bottwartalstraße bemühen, was sehr schwer sein wird, weil dort der kleine Rest des Bottwartals kaum Bedeutung erlangt. Der Ausbau der Bottwartalstraße von Oberstenfeld bis Gronau ist aber viel wichtiger als der vorgesehene Ausbau der Kreisstraße von Beilstein nach Gronau, da die Bottwartalstraße eine wesentlich stärkere Verkehrsdichte hat. Der Landrat von Heilbronn hat jedoch keinerlei Interesse am

Ausbau dieser Straße, da er befürchtet, dass dadurch Gronau noch stärker als bisher mit Oberstenfeld und dem Kreis Ludwigsburg verbunden wird. Nur beim Anschluss von Gronau an den Kreis Ludwigsburg kann erreicht werden, dass die Bottwartalstraße bis Gronau bald großzügig ausgebaut und mit Gehwegen versehen wird. Der Ausbau dieser Straße hat für die Entwicklung von Gronau große Bedeutung.«

Insgesamt gesehen waren die Oberstenfelder Argumente ohne Zweifel überzeugender, und eine Bürgerversammlung am 7. November in Gronau sprach sich daher einmütig gegen das Konzept der Landesregierung und für einen Anschluss an den Kreis Ludwigsburg aus. Bürgermeister Heeger hatte aktiv für dieses Votum geworben und dabei unter anderem betont, dass Gronau und Oberstenfeld vom Regionalverband Mittlerer Neckar mehr zu erwarten hätten als vom Regionalverband Franken. Wörtlich erklärte er noch: »Wir haben bisher immer die volle Unterstützung des Landkreises Heilbronn gehabt und müssen das dankbar anerkennen. Doch die Dankbarkeit darf jetzt nicht so weit gehen, dass wir uns jetzt in dieser für uns lebensnotwendigen Frage vielleicht falsch entscheiden.« Im Übrigen habe Beilstein in der Vergangenheit wenig Neigung gezeigt, sich enger mit den Nachbargemeinden zu arrangieren.

Nicht ganz so eindeutig wie in Gronau selbst war allerdings das Meinungsbild im Teilort Prevorst, wo am Tag zuvor ebenfalls eine Bürgerversammlung stattgefunden hatte: Man wollte zwar weiterhin zu Gronau gehören, aber auch im Kreis Heilbronn bleiben. Der Vorbehalt der Prevorster fiel jedoch unter den Tisch. Am 24. November 1970 beschloss der Gronauer Gemeinderat einstimmig, bei einem Scheitern der »Viererlösung« eine Verwaltungsgemeinschaft mit Oberstenfeld anzustreben und die Zuordnung zum Kreis Ludwigsburg zu beantragen.

In Heilbronn war man ob dieser Entwicklung stark beunruhigt. Landrat Otto Widmaier sprach von einer »von Oberstenfeld her und einigen Parteigängern inszenierten massiven Werbekampagne und Stimmungsmache«. Mit einseitigen Argumenten werde versucht, der Bürgerschaft eine Umkreisung schmackhaft zu machen. Die bisherige Kreisgrenze sei richtig, der Landkreis Heilbronn werde sich gegen alle Versuche wenden, sie zu ändern. Insbesondere werde er diesen Bestrebungen energisch entgegenzutreten, wenn sie auf Prevorst »im Herzen des für Heilbronn wichtigen Erholungsgebiets« abzielen. Geradezu provokativ fügte Landrat Widmaier noch an, er bezweifle, ob der Kreis Ludwigsburg »gleiche Entwicklungsleistungen für das Gebiet Gronau-Beilstein bieten will oder kann, wie sie die Zentrale Heilbronn erbringt«.

Diese Aussage kam natürlich im Ludwigsburger Landratsamt alles andere als gut an. Hatte man sich dort bisher an die Maxime gehalten, nicht in Diskussionen um die sogenannte Feinabgrenzung, d. h. um die Zuordnung einzelner Gemeinden einzugreifen, so wurde jetzt unmissverständlich Stellung bezogen: Die topographische Zuordnung von Gronau und Oberstenfeld sei eindeutig, beide Gemeinden würden eine Verwaltungsgemeinschaft erwägen, eine Kreis- oder sogar Regionalgrenze würde hier, ließ Landrat Dr. Ulrich Hartmann seinen Heilbronner Kollegen wissen, »ernsten kommunalpolitischen Flurschaden anrichten«. Zudem gebe es keinen Grund, an der Leistungsfähigkeit des Landkreises Ludwigsburg zu zweifeln, der willens und in der Lage sei, »ihm eventuell neu zugeordnete Gemeinden gut zu versorgen«. Die Gronauer Bürger wüssten, dass solche Zweifel unberechtigt seien, denn sonst hätten sie sich in ihrer Bürgerversammlung wohl kaum für eine Zuordnung zum Kreis Ludwigsburg ausgesprochen. Und im Übrigen seien sich Gemeinderäte und Bürgermeister durchaus und »ohne Nachhilfeunterricht« darüber klar, mit welcher Nachbargemeinde sie zum Nutzen ihrer Einwohner am besten zusammenarbeiten könnten.

Trotz aller grundsätzlichen Differenzen in der Frage der Kreiszugehörigkeit gab es aber auch durchaus Zeichen gutnachbarlicher Beziehungen zwischen Beilstein und Oberstenfeld. Zwar hatte Beilstein damals gerade erst ein gemeinsames Schulzentrum mit Oberstenfeld abgelehnt, doch der Bau eines gemeinsamen Freibads war beschlossene Sache und die Möglichkeiten für den Bau einer gemeinsamen Sporthalle neben dem Freibad wurden zumindest ernsthaft untersucht. Oberstenfeld, so betonte Bürgermeister Läßle Anfang 1971, sei auf jeden Fall an solchen Gemeinschaftseinrichtungen sehr interessiert, nicht zuletzt auch deshalb, weil man sie aus der eigenen Tasche kaum finanzieren könne. Kommunale Zusammenarbeit sei mehr denn je eine unumgängliche Notwendigkeit. Mit Gronau habe man deshalb bereits einen Nachbarschaftsausschuss zur Beratung gemeinsamer Angelegenheiten gegründet.

Eine völlig neue Situation ergab sich, als die Landesregierung am 21. Januar 1971 ihren auf der Grundlage des Anhörungsverfahrens formulierten endgültigen Gesetzentwurf vorstellte. Denn dieser ordnete nicht nur erwartungsgemäß und dem Antrag der Gemeinde entsprechend Gronau samt Prevorst jetzt dem Kreis Ludwigsburg zu, sondern darüber hinaus auch überraschenderweise Beilstein und Schmidhausen. Mit dieser Entscheidung hatte nach Lage der Dinge eigentlich niemand rechnen können. Landrat Dr. Hartmann feierte sie als eine »sachgerechte Lösung«, während sein Heilbronner Kollege es im Blick auf Beilstein, Schmidhausen und Prevorst bedauerte, dass dem Willen der Bevölkerung nicht stattgegeben worden sei. In Oberstenfeld und Gronau wurde die Entscheidung natürlich einhellig begrüßt, zumal sich dadurch wieder eine Chance zur Realisierung der angestrebten »Viererlösung« eröffnete. Bürgermeister Heeger zeigt sich fest davon überzeugt, dass die Entscheidung von allen Partnern akzeptierte werde, denn jetzt sei der Weg frei »für eine optimale Entwicklung unseres Raumes, welche letzten Endes dem Wohle aller Gemeinden und deren Einwohner dient«.

Doch mit dieser Einschätzung hatte er sich gewaltig getäuscht. Denn in Beilstein und Schmidhausen wollte man von einer Zuordnung nach Ludwigsburg keinesfalls etwas wissen. Sofort nach Bekanntwerden des neuen Entwurfs ging eine Welle der Entrüstung durch beide Orte und kam es mehrfach zu Aktionen des Zorns in verschiedenen Bevölkerungskreisen. Eine umgehend gegründete Bürgerinitiative kündigte massive Proteste an, und in eiligst einberufenen Bürgerversammlungen kam es zu hitzigen Diskussionen, die teilweise von falschen Behauptungen, Diffamierungen und persönlichen Angriffen geprägt waren. Selbstgefertigte Plakate, die hier wie dort zu sehen waren, brachten die unterschiedlichen Standpunkte auf einen einfachen Nenner: Während in Beilstein gefragt wurde: »Warum darf Beilstein nicht im Kreis Heilbronn bleiben?« und »Wer hat Beilstein verschaukelt?«, hieß es in Oberstenfeld: »Das Bottwartal den Bottwartälern« oder »Bottwartal nicht ins Unterländer Armenhaus«.

Der Landkreis Heilbronn unterstützte den Protest der Beilsteiner. Landrat Widmaier ließ die auf den 2. Februar terminierte Sitzung des Kreistags demonstrativ in Beilstein abhalten. Die Gegner des Regierungsentwurfs begründeten ihre Ablehnung unter anderem mit dem Hinweis, dass die Entscheidung der Regierung auf eklatante Weise den Willen der Bevölkerung missachte. Um dies zu untermauern, sollten in Beilstein, Schmidhausen und Gronau nochmals Bürgerbefragungen durchgeführt werden. Ob Zufall oder nicht: Ausgerechnet in der Sitzung am 2. Februar in Beilstein hat der Heilbronner Kreistag beschlossen, noch im laufenden Jahr die Kreisstraße zwischen Beilstein und Gronau für 1,8 Millionen Mark auszubauen.

Der Ludwigsburger Landrat Dr. Hartmann nahm die Herausforderung an und warb nunmehr seinerseits aktiv um Beilstein. Er zeigte Verständnis für die Sorge der Beilsteiner, im neuen Kreis Ludwigsburg etwas an den Rand gedrückt zu werden. Doch im gleichen Atemzug wies er solche Befürchtungen schon im Hinblick auf die schulischen Verhältnisse und die gegebenen Verkehrsbeziehungen als völlig unbegründet zurück. In den nächsten 20 Jahren, so meinte der Landrat weiter, werde man wohl kaum noch von den Ortseinheiten Beilstein oder Oberstenfeld sprechen, sondern nur noch das Bottwartal als neues Zentrum sehen. Das Bottwartal werde in den kommenden Jahren auch stark aufgewertet werden und als erstes eine belastungsfähige Straßenverbindung erhalten. Dazu gehöre letztlich auch die Querverbindung der Autobahn, wobei man Sorge tragen müsse, dass hier die richtigen Anschlüsse gesetzt werden.

Landrat Dr. Hartmann wies auch nachdrücklich auf die hohe Wirtschafts- und Finanzkraft der Region Mittlerer Neckar hin und auf die Vorteile, die eine Zugehörigkeit zu dieser Region zu bieten habe. Namentlich hob er hervor, dass diese Region schon heute an einem erheblichen Mangel von Arbeits-, Wohn- und Erholungsplätzen leide und Aussiedlungsmöglichkeiten für Gewerbe und Industrie suche. Das gesamte Bottwartal stelle topographisch einen natürlichen Auslauf für die Wachstumsbestrebungen dieses Wirtschaftsraumes dar. Dementsprechend würden dann auch zwangsläufig die erheblichen Finanzreserven dieses Raumes für die begleitenden Infrastrukturmaßnahmen wie Verkehrserschließung oder Naherholungseinrichtungen eingesetzt werden. Demgegenüber werde sich der künftige Landkreis Heilbronn und die Region Franken mit voller Kraft ausgesprochen strukturschwachen Gebieten – zum Beispiel Hohenlohe – widmen müssen. Geographisch und topographisch würde das obere Bottwartal in dieser Region im Schattenwinkel liegen. In Beilstein und Schmidhausen müsse man sich einfach mal die Konsequenzen klar machen, die sich aus einer Zugehörigkeit zur Region Mittlerer Neckar oder zur Region Franken ergeben.

Aus Beilstein war gefordert worden, auch in Oberstenfeld die Bürger nach ihrer Meinung zu befragen. Nach Aussage von Bürgermeister Läßle war dies jedoch völlig überflüssig, da die Kreiszugehörigkeit von Oberstenfeld ja niemals zur Debatte gestanden hatte. Den Sinn einer Bürgerbefragung würde daher niemand im Ort begreifen. Kritisiert wurde von Oberstenfelder Seite auch ausdrücklich der Wortlaut der Fragestellung, mit der man die Bürger bei der Abstimmung in Beilstein und Schmidhausen konfrontierte: »Sind Sie für eine Zusammenarbeit der Gemeinden Beilstein, Gronau, Oberstenfeld und Schmidhausen a) im Kreis Heilbronn oder b) im Kreis Ludwigsburg?« Dieser Wortlaut suggeriere, dass die Viererlösung – also die Zusammenfassung der vier Orte in einem Verwaltungsraum – auch im Kreis Heilbronn möglich sei. Dies gehe aber völlig an der Realität vorbei. Denn, so wurde Bürgermeister Läßle in der »Ludwigsburger Kreiszeitung« zitiert, »eine Kreisgrenze zwischen Großbottwar und Hof und Lembach einerseits und Oberstenfeld andererseits wäre Unsinn sowie noch viel schwerwiegender und kommunalpolitisch schädlicher als die bestehende Kreisgrenze zwischen Beilstein und Oberstenfeld«. Zu einer großen Lösung im Bottwartal sei unbedingt eine enge Zusammenarbeit der Gemeinden von Beilstein bis Großbottwar erforderlich. Sie sei deshalb nur erreichbar, wenn alle Gemeinden im Bottwartal zum Kreis Ludwigsburg und zur Region Mittlerer Neckar gehören. Eine Abstimmung für eine Viererlösung im Kreis Heilbronn sei daher zwangsläufig eine Absage an die große Lösung einer Zusammenarbeit aller Gemeinden im Bottwartal.

In Gronau wurde dieser Einwand prompt aufgegriffen. Auf Vorschlag von Bürgermeister Heeger beschloss der Gemeinderat einstimmig, die in Beilstein und Schmidhausen vorgesehene Fragestellung nicht zu verwenden. Stattdessen wurden die Gronauer Bürger ganz einfach gefragt: »Sind Sie mit der Entscheidung der Landesregierung einverstanden?«, wobei sie auf dem Stimmzettel die Entscheidung der Regierung vom 21. Januar nochmals nachlesen konnten.

Die Einmütigkeit des Gemeinderats spiegelte sich freilich nicht im gleichen Maße im Meinungsbild der Bürgerschaft wider. Auch in Gronau mehrten sich die Stimmen gegen eine Zuordnung zum Kreis Ludwigsburg. So berichtete die »Ludwigsburger Kreiszeitung« wenige Tage vor der Bürgerbefragung, dass »eine Gruppe von Gronauer und Prevorster Aktivisten« schon seit Wochen die Bevölkerung dahingehend zu beeinflussen suche, für die weitere Zugehörigkeit Gronaus und des gesamten oberen Bottwartals zum Kreis Heilbronn zu plädieren. Laut dem Bericht der Zeitung verteilte die Gruppe Flugblätter, auf denen unter anderem zu lesen war: »1.) Bei einer Zuordnung zum Kreis Ludwigsburg müssen die Autonummern geändert werden. 2.) Die Haftpflichtversicherung wird teurer. 3.) Der größte Teil der Bevölkerung hat die »Heilbronner Stimme« abonniert. 4.) Heilbronn ist als Einkaufszentrum attraktiver. 5.) Die Behördenstellen sind in Heilbronn konzentriert, während sie in Ludwigsburg weit verstreut sind – so beispielsweise die AOK in Bietigheim, die Handwerkskammer in Stuttgart, das Wasserwirtschaftsamt in Besigheim. 6.) Bei Baugesuchen muss man bis nach Ludwigsburg fahren.«

Bürgermeister Heeger erklärte zu diesen Punkten: 1.) Nach Auskunft des Innenministeriums würden die Autonummern noch mindestens zwei Jahre so belassen. 2.) Die Haftpflichtversicherung erhöhe sich minimal, bei landwirtschaftlichen Fahrzeugen überhaupt nicht. 3.) Das Abonnement einer Zeitung könne wohl kaum ein Hinderungsgrund für die Verwirklichung einer Kreisreform sein. 4.) Auch nach einer Umkreisung nach Ludwigsburg stehe es jedem Gronauer frei, zum Einkaufen nach Heilbronn zu fahren. 5.) Müsse sich jeder Bürger einmal fragen, wie oft er persönlich im Jahr das Landratsamt besuchen müsse, wie oft er in seinem Leben überhaupt im Wasserwirtschaftsamt gewesen sei oder wie oft er die Handwerkskammer konsultieren müsse. 6.) Bei Baugesuchen könne man einem Bürger durchaus zumuten, statt der 22 Kilometer nach Heilbronn auch die 24 Kilometer nach Ludwigsburg zu fahren.

Im Vorfeld der Bürgerbefragungen wurden die Diskussionen immer hitziger und auch immer emotionaler. Im Für und Wider fehlte kaum ein Argument. So war etwa einem Leserbrief aus Beilstein zu entnehmen, dass man die enge Verflechtung mit Heilbronn allein schon an der Telefonrechnung ablesen könne: Aus dem Ortsnetz Beilstein, zu dem ja auch Oberstenfeld gehöre, koste ein Ferngespräch nach Ludwigsburg das Dreifache eines Gesprächs nach Heilbronn. In einem Artikel in den sonst eher zurückhaltenden »Stuttgarter Nachrichten« war sogar von einem »Sturm im Bottwartal« die Rede.

Die unterschiedlichen Auffassungen prallten nochmals hart aufeinander bei einer kommunalpolitischen Versammlung am 4. Februar, zu der der Oberstenfelder Gemeinderat in die Gemeindehalle eingeladen hatte. Nach einem zwei Tage später in der »Stuttgarter Zeitung« veröffentlichten Bericht war es eine Veranstaltung in einer von Anfang an spannungsgeladenen Atmosphäre, bei der dreieinhalb Stunden lang Emotionen und Polemik die Szene beherrschten. Beide Parteien schenkten sich nichts. Landrat Dr. Hartmann kritisierte in scharfer Form die unsachlichen Angriffe aus Heilbronn, die allmählich den Eindruck erwecken würden, als drohe den drei Orten bei einer Zuordnung

zum Kreis Ludwigsburg eine »Umgemeindung ins Land der Hottentotten«. Und Bürgermeister Läßple rief den rund 700 Versammlungsteilnehmern zu: »Wer die jetzt gebotene Chance nützt, dient dem Fortschritt und der Aufwärtsentwicklung unserer Gemeinden – wer sie versäumt, ist und bleibt ein Hinterwäldler.«

Ein Journalist der »Ludwigsburger Kreiszeitung« kommentierte das Ganze schließlich wie folgt: »Bei soviel einleuchtenden Argumenten muss es der Bevölkerung langsam klar werden, dass Kreisgrenzen keine normalen Verwaltungsgrenzen sind und regionale Verwaltungsgrenzen schon gar nicht. Es ist, als würde in Kürze zwischen dem Kreis Heilbronn und dem Kreis Ludwigsburg eine Chinesische Mauer gezogen.«

Das Ergebnis der Bürgerbefragungen, die in allen drei Orten zeitgleich am 7. März durchgeführt wurden, brachte keine Überraschungen. Bei jeweils sehr hoher Wahlbeteiligung haben in Beilstein und Schmidhausen 93 bzw. 88 Prozent für einen Verbleib im Kreis Heilbronn votiert, während in Gronau 71 Prozent und in Prevorst 29 Prozent und somit in der Gesamtgemeinde Gronau 57 Prozent für den Regierungsentwurf stimmten.

Gestützt auf diese Ergebnisse des Plebiszits stellte der Heilbronner Landtagsabgeordnete Günter Erlewein in dem zur Vorberatung des Kreisreformgesetzes eingesetzten Sonderausschuss des Landtags den Antrag, Beilstein, Schmidhausen und Prevorst im Kreis Heilbronn zu belassen, was aber der Ausschuss Mitte März mit knapper Mehrheit ablehnte. Doch der Heilbronner Abgeordnete – zugleich auch Sprecher der SPD-Fraktion im Sonderausschuss – gab nicht auf und wollte wenigstens Prevorst für den Kreis Heilbronn retten. Sein neuer Vorschlag lautete, Prevorst mit dem benachbarten Beilsteiner Teilort Stocksberg in die Stadt Löwenstein einzugliedern. Bei den Prevorster Bürgern stieß er damit allerdings auf wenig Gegenliebe: In einer erneuten Bürgerbefragung stimmten lediglich fünf Prozent diesem Vorschlag zu, 95 Prozent sprachen sich hingegen für die Alternative aus, und die hieß: Verbleib Prevorsts bei Gronau und damit Zuordnung zum Kreis Ludwigsburg.

Die Würfel schienen endgültig gefallen zu sein, auch wenn der Heilbronner Kreistag in einer Petition an den Landtag nochmals mit Nachdruck forderte, Beilstein und Schmidhausen im Kreis Heilbronn zu belassen. In seiner Begründung führte der Kreistag unter anderem an, beide Gemeinden würden nicht nur »aus raumordnerischer Sicht«, sondern auch »ihrer geschichtlichen Entwicklung nach« zum Landkreis Heilbronn gehören. Zum letzteren Argument war aus Ludwigsburg zu hören, die Heilbronner Kollegen würden offenbar nicht einmal mehr vor dem Mittel der Geschichtsklitterung zurückschrecken. Denn historische Tatsache sei, dass beide Orte bis 1938 zum Oberamt Marbach gehörten und Beilstein sich seinerzeit gegen die Zuordnung nach Heilbronn heftig zur Wehr gesetzt habe.

Unterstützung gab es für die Ludwigsburg-Gegner von unerwarteter Seite – und ausgerechnet aus dem Kreis Ludwigsburg, konkret: in der Person des Bietigheimer Landtagsabgeordneten Lothar Späth. Wie Erlewein gehörte auch Späth zu den insgesamt 25 Mitgliedern des Sonderausschusses, und er hatte einst als Schüler eine Zeit lang die Oberschule in Beilstein besucht und als junger Verwaltungskandidat erste berufliche Erfahrungen auf dem Rathaus von Schmidhausen gesammelt. Späth war auf Einladung von Amtsverweser Paul Stadel Mitte April nach Schmidhausen gekommen und konnte sich dabei unmittelbar vor Ort selbst ein Bild machen. Nach seinem Besuch erklärte er: »Ich halte eine Zuordnung Beilsteins und Schmidhausens zum Kreis Heilbronn nach wie vor für sachlich nicht richtig. Aber einem so starken Willen der betroffenen Bürgerschaft werde ich mich als Demokrat nicht widersetzen.«

Die Entscheidung über die künftige Kreiszugehörigkeit der Orte im oberen Bottwartal hatte letztlich der Landtag zu treffen, der das Thema am 8. Juli 1971 im Rahmen der zweiten Lesung des Kreisreformgesetzes beriet. Heraus kam gewissermaßen ein Kompromiss: Beilstein und Schmidhausen wurden beim Kreis Heilbronn belassen, Gronau mit Prevorst dem Kreis Ludwigsburg zugeordnet. Damit hatte sich der Landtag für eine Lösung entschieden, die zwar in den Augen der »Planer« und Befürworter der »Viererlösung« zu bedauern war, aber doch dem erklärten Willen der jeweiligen Einwohnerschaft entsprach.

### Quellen und Literatur

Kreisarchiv Ludwigsburg

Az. 006.3 (Kreisreform)

L 70 (Kreistagsprotokolle des Landkreises Ludwigsburg)

Thomas Bauser und Paul Hild: Das Ortsbuch von Rielingshausen, Ludwigsburg 1973.

Rielingshausen. Vom fränkischen Adelssitz zum Marbacher Stadtteil, Marbach 1996.

Paul Sauer: Affalterbach 972–1997. Weg und Schicksal einer Gemeinde in 1025 Jahren, Stuttgart 1997.

# Berichte und Notizen

## Die Veranstaltungen des Historischen Vereins 2012/2013

### I. Die Sommerfahrten 2012

**1. Samstag, 23. Juni 2012:** Mosbach und die Kleine Pfalz. Fachwerk, Schlösser, Kirchen zwischen Neckartal und Odenwald (Ganztagesfahrt).

Als der deutsche König Ruprecht 1410 starb, hinterließ er vier Söhne, die das pfälzische Territorium unter sich teilten. Der jüngste, Pfalzgraf Otto, wählte Mosbach zu seiner Residenz. Die einst staufische Burg ließ er zu einem fürstlichen Schloss ausbauen und förderte die Stadt, die später den Mittelpunkt eines kurpfälzischen Oberamtes bildete.

Als erste Station der von Dr. Albrecht Ernst vom Hauptstaatsarchiv Stuttgart geleiteten Fahrt stand das Tempelhaus in Neckarelz auf dem Programm, eine in dieser Form einzigartige Johanniterburg aus der Zeit um 1300. Es schloss sich ein ausführlicher Rundgang durch Mosbachs Altstadt an. Am Marktplatz faszinierte der reich ornamentierte Renaissancebau des Palmschen Hauses, eines der schönsten Fachwerkgebäude Deutschlands. Eine Besonderheit birgt auch die mittelalterliche Stiftskirche St. Juliana. Seit 1708 feiern Evangelische und Katholiken ihre Gottesdienste unter einem Dach, doch durch eine Mauer getrennt. Durch frühere Handwerkerassen führte der Weg – vorbei an Brunnen, am Salzhaus und am Synagogenplatz – zum ehemaligen Schloss und zum alten Spital. Um einen herrlichen Blick über die giebelreiche Altstadt aus der Vogelschau zu genießen, lohnte sich der Aufstieg auf den 34 Meter hohen Rathausturm.

Nachmittags war die etwas außerhalb gelegene Gutleuthausanlage einen Halt wert. In einem seltenen Ensemble haben sich die einstige Behausung für Leprakranke, die Herberge für Fremde und die spätgotische Kapelle mit wertvollen Wandmalereien erhalten. Auf den Vorstufen des Odenwalds liegt das Dorf Lohrbach. Flankiert von einem mächtigen Torturm zieht das dortige Wasserschloss, das die Kurfürsten von der Pfalz im 16. Jahrhundert errichten ließen, die Aufmerksamkeit auf sich. Von der Hochfläche ging es ins nahe Neckartal zurück, wo Schloss Zwingenberg steht, das auf schmalen Bergsporn den Fluss beherrscht. Die imposante Burg, die seit dem 13. Jahrhundert nachweisbar ist, besticht durch ihr geschlossenes wehrhaftes Gesamtbild, durch den wuchtigen Bergfried, durch Befestigungsmauern und Rundtürme. Baulich geht sie in weiten Teilen noch auf die 1632 ausgestorbenen Herren von Hirschhorn zurück, denen auch die kunstgeschichtlich bemerkenswerten Kapellen zu verdanken sind. Nach einem kurzen Gang zur wildromantischen Wolfsschlucht, die Carl Maria von Weber zu seinem »Freischütz« inspiriert haben soll, begaben wir uns auf die Rückfahrt nach Ludwigsburg. *ag*

**2. Samstag, 6. Oktober 2012:** Auf den Spuren von Tobias Mayer in Marbach am Neckar (Halbtagesfahrt).

Vor 250 Jahren starb der berühmte Mathematiker, Astronom, Geograph, Kartograph und Erfinder Tobias Mayer (\*1723) in Göttingen. Sein Geburtshaus in Marbach ist inzwischen ein interessantes Museum. Zum Jubiläumsjahr führte uns Professor



Dr. Armin Hüttermann, der Vorsitzende des Tobias-Mayer-Vereins, durch das Haus und seine Sammlungen. Dort holte uns anschließend der Marbacher Stadtarchivar Albrecht Gühling, gewandelt als schwäbischer Wengerter Joseph Dickkopf, zu einem launigen Stadtpaziergang auf Mayers Spuren ab. Ein Zwischenstopp im Marbacher Rathaus bei Wein und Snack frischte die Teilnehmer gehörig auf. Dann präsentierte der Archivar eine Reihe Originaldokumente aus Tobias Mayers Zeit, so beispielsweise das Taufbuch mit dem Taufeintrag des berühmten Marbachers und die Erbteilung seines Großvaters. Zum Abschluss kehrte die stattliche Gruppe gut schwäbisch im Gasthaus Ochsen ein, wo Dr. Bollacher in gewohnter Weise den Tag lyrisch Revue passieren ließ. *ag*

## II. Die Vorträge im Winterhalbjahr 2012/13 im Staatsarchiv Ludwigsburg und die Sonderveranstaltung zum Landesjubiläum in der Musikhalle

**1. Donnerstag, 11. Oktober 2012:** Staatsminister a.D. Professor Karl Moersch sprach zum Landesjubiläum über einheimische Mitwirkende bei der Gründung des Südweststaates. Dieser Vortrag ist im vorliegenden Heft der Geschichtsblätter unter dem Titel »60 Jahre Baden-Württemberg. Bemerkungen zur Gründung unseres Bundeslandes« abgedruckt.

**2. Donnerstag, 8. November 2012:** Liselotte Geib begab sich in ihrem Vortrag auf die Spuren des fränkischen Adelsgeschlechts Thüngen und dessen Beziehungen zu Ludwigsburg und zum früheren Württemberg. Dieser Vortrag ist im vorliegenden Heft der Geschichtsblätter abgedruckt.

**3. Donnerstag, 13. Dezember 2012:** Die Ludwigsburger Ärztin Dr. Beate Hirt sprach über die medizinische Fakultät der Hohen Karlsschule zu Stuttgart und Schillers dort verfasste medizinische Schriften. Dieser Vortrag ist im vorliegenden Heft der Geschichtsblätter abgedruckt.

**4. Donnerstag, 10. Januar 2013:** Nach der von der Vorsitzenden Elfriede Krüger geleiteten Mitgliederversammlung hielt die Leiterin des Hauptstaatsarchivs Stuttgart, Dr. Nicole Bickhoff, den ersten Vortrag im neuen Jahr. Ihr Thema lautete: »Denn was ich schon habe ausstehen müssen, kann ich nicht genug beschreiben.« Württemberger im Feldzug Napoleons I. gegen Russland.

Die Vorgeschichte des Russlandfeldzugs von Kaiser Napoleon begann mit dem Vertrag von Tilsit 1807, als Europa zwischen Frankreich und Russland aufgeteilt wurde. Diese Allianz zwischen Napoleon und Zar Alexander zerbrach letztlich an der Kontinentalperre gegen England. Im Februar 1812 erhielt König Friedrich den Befehl Napoleons zu sofortiger Mobilmachung. Württemberg gehörte dem Rheinbund an und war daher verpflichtet, Truppen für den Russlandfeldzug Napoleons zur Verfügung zu stellen. Das Kontingent zählte 10 000 Mann Infanterie, 2300 Mann Kavallerie und 1000 Mann Artillerie. Durch weitere Verstärkungen wuchs es auf insgesamt 15 800 Mann an. Den Oberbefehl hatte Kronprinz Wilhelm.

Der Abmarsch erfolgte am 11. März 1812 von Heilbronn aus. Der erwartungsfrohe Aufbruch wurde bald schon gedämpft durch Versorgungsschwierigkeiten. Der Mangel an Lebensmitteln wurde auf russischem Boden noch prekärer. Schon Ende Juni brach die Lebensmittelversorgung zusammen. Aufgrund der Zensur gelangten keine kritischen Nachrichten nach Württemberg. Kronprinz Wilhelm erkrankte an Ruhr, musste das Oberkommando abgeben und kehrte im Oktober nach Stuttgart zurück.

Die verlustreichen Kämpfe bei Smolensk und Moskau brachten keine militärische Entscheidung. Die französischen Vorbereitungen für den russischen Winter waren schleppend und unzureichend. Beim Abmarsch aus Moskau waren von 15 000 württembergischen Soldaten nur noch 2300 übrig geblieben. Hunger und Kälte setzten den entkräfteten Soldaten auf dem Rückzug zu. Nur unter großen Verlusten gelang der Übergang über die Beresina auf dem Weg ins litauische Wilna. Dort gerieten hunderte Württemberger in russische Kriegsgefangenschaft. Nur knapp 1000 Soldaten kehrten nach Württemberg zurück.

Die vernichtende Niederlage Napoleons im Russlandfeldzug war der Anfang vom Ende der napoleonischen Ära. Württemberg wechselte die Fronten und kämpfte auf Seiten der Alliierten gegen Napoleon. Die soziale Absicherung der Kriegsinvaliden blieb rudimentär. Seit den 1830er Jahren schlossen sich Russland-Veteranen zu Vereinen zusammen. Überliefert sind 23 Erinnerungswerke, meist von Offizieren. Auch zwei Ludwigsburger finden sich unter den Schreibern. Aus Württemberg stammte der Artillerieoffizier von Faber du Faur. Seine Bilder sind die wichtigste bildliche Primärquelle einer gigantischen Katastrophe, die zum damaligen Zeitpunkt ohne Beispiel war. *ev*

**5. Donnerstag, 15. Februar 2013:** Der Metzinger Stadtarchivar Rolf Bidlingmaier referierte über das Rokoko im Herzogtum Württemberg.

In Frankreich entstand der zwischen Barock und Klassizismus beheimatete Stil des Rokoko. Das ornamentale Leitmotiv ist die Rocaille, ein muschelartiges, asymmetrisches Ornament. In Deutschland bildete sich das Rokoko in zwei unterschiedlichen Formen aus. Zum einen ist das höfische Rokoko zu nennen, das den Schlössern der zahlreichen deutschen Fürsten besonderen Glanz verlieh. Eine spezielle Ausprägung stellt das kirchliche Rokoko dar, das in den katholischen Kirchen Süddeutschlands zu höchster Blüte gelangte, aber auch in abgeschwächter Form den protestantischen Kirchenbau prägte. Beide Formen lassen sich in Württemberg nachweisen.

Herausragende Beispiele des höfischen Rokoko finden wir im Neuen Corps de Logis des Ludwigsburger Schlosses, im Neuen Schloss in Stuttgart und im Lustschloss Solitude. Aber auch außerhalb der Residenzstadt gab es Bürger, die die neuen Stilformen in ihren Bauten aufnahmen. Vor allem in der bürgerlichen Mittel- und Oberschicht, so beispielsweise die von Landbaumeister Johann Adam Groß in Winnenden errichteten Wohngebäude oder das nach seinen Entwürfen erbaute Spital in Nürtingen.

Die einzige in der Zeit des Rokoko neu errichtete Stadtkirche im Herzogtum Württemberg war die Stadtkirche in Wildbad. Als herrschaftliche Kirche hatte sie während des Aufenthalts der württembergischen Herzöge im Wildbad zugleich die Funktion einer Hofkirche. Die anderen Beispiele sind keine Neu-, sondern Umbauten. Bei der Herrenberger Stadtkirche veränderte der neue Kirchturm mit der bis heute stadtbildprägenden Turmhaube den äußeren Eindruck entscheidend. In Ottmarsheim wurde um 1750 das Kirchenschiff einem durchgreifenden Umbau unterzogen. Sowohl das Tonnengewölbe als auch die Empore zeigen reiche Stuckverzierungen. Ein weiteres Beispiel für eine Kirche im Kleid des Rokoko stellt die Remigiuskirche in Bondorf dar. Das Besondere an dieser Kirche sind die Rokokostuckaturen, mit denen der Plafond des Langhauses und die gotischen Chorgewölbe überzogen wurden. In der Nürtinger Stadtkirche schuf der Bildhauer und Schreiner Daniel Hammerbacher aus Rottenburg eine neue Kanzel in den Formen des kirchlichen Rokokos. Im 19. Jahrhundert hatte sich der Geschmack, aber auch die Mentalität gewandelt. Festliches Rokoko passte nicht mehr in eine evangelische Stadtkirche Württembergs. 1896 wurde die Kanzel durch eine andere in neugotischen Formen ersetzt. *ev*

**6. Donnerstag, 14. März 2013:** Sonderveranstaltung zum Landesjubiläum »60 Jahre Baden-Württemberg«. Die Entwicklung der Stadt Ludwigsburg in dieser Zeit.

Wie steht es um Ludwigsburg und seine Entwicklung in den vergangenen 60 Jahren? Das war die Frage bei der vom Historischen Verein organisierten Talkrunde in der Musikhalle. Die Moderatorin und Chefredakteurin der Ludwigsburger Kreiszeitung, Ulrike Trampus, kam kaum dazu, Fragen zu stellen. So groß war das Lob auf die Stadt und ihre Bürger.

Kein Vergleich zur Nachkriegszeit bietet das heutige Ludwigsburg. »Die Stadt hat sich entwickelt, ist immer schöner geworden«, so das Urteil von Volker Gantner, der seine Kindheit in Ludwigsburg verbracht hat und später Oberbürgermeister von Herrenberg war. Er spricht sogar von einer ganz speziellen Leichtigkeit dieser Stadt mit ihrem Schloss und ihrem Marktplatz. »So etwas gibt es in Württemberg kein zweites Mal.« Normalerweise erwarte einen im Land nur schweres Fachwerk. Auch Wiebke Richert, bei der Stadt für die Kultur verantwortlich, sieht die kurze Geschichte als Vorteil. 700 Jahre, 1000 Jahre, solche Zeitspannen lassen Städte mitunter wie einbetoniert wirken. Was sie zudem als Vorteil sieht: »Die Stadt ist überschaubar, alle können mitmischen.«

Alle sind sich einig: Ludwigsburg ist eigentlich immer schöner geworden. Freie-Wähler-Stadtrat und Vorsitzender des Stadtverbands für Sport, Reinhardt Weiss, beobachtet die Entwicklung Ludwigsburgs seit Jahrzehnten. Auf den Punkt gebracht könne man nur sagen: »Mein lieber Scholli, da ist was draus geworden.« Kulturelle Vielfalt, ein breites Vereinsleben und eine große Integrationskraft, das zeichne Ludwigsburgs Innenleben im Besonderen aus – auch darin waren sich alle einig.

Und es geht weiter aufwärts, in vielerlei Hinsicht. Jochen Haller, Geschäftsführer der IHK Ludwigsburg, hört immer wieder den Respekt durchklingen, den viele seiner Gesprächspartner vor der Entwicklung in Ludwigsburg haben. Starke Firmen, ein einmaliges Stadtbild, gut funktionierende städtische Strukturen, »man hat in der Region sehr deutlich registriert, welch unheimlichen Schub Ludwigsburg gemacht hat«, sagt Haller. Etwas Glück gehört zu erfolgreichem Handel aber natürlich auch dazu. Für Ludwigsburg seien das die Nähe zur A 81 und die B 27.

Der Erste Bürgermeister Konrad Seigfried kam erst vor sechs Jahren hierher und schafft es daher noch zuweilen, mit Distanz auf Ludwigsburg zu blicken. Einer seiner Eindrücke: »Man trifft hier auf einen sehr zurückhaltenden Stolz auf die Stadt.« Im Rheinland zum Beispiel sei das ganz anders. Diesen verhaltenen Stolz macht er auch dafür verantwortlich, dass Ludwigsburg in Deutschland bis heute eher unbekannt sei, obwohl ihm eigentlich ein ganz anderer Platz gebühre. Was Seigfried bemängelt ist, dass Ludwigsburg trotz seiner 9000 Studenten nicht als Hochschulstandort wahrgenommen wird. »Ludwigsburg ist längst Wissensstadt.«

Der Spannungsbogen vom Barock zum schwäbischen Pietismus, das ist ein Punkt, der Oberbürgermeister Werner Spec besonders an der Stadt fasziniert. Dazu die Vitalität und die Durchmischung. Tausende Flüchtlinge nach dem Krieg, dann Tausende Gastarbeiter, dazu die höfische Geschichte – für Spec ein einmaliger Mix. Einig waren sich alle Gesprächsteilnehmer darin, dass gerade diese permanente Zuwanderung dafür gesorgt habe, dass es *den* Ludwigsburger nicht mehr gebe.

Wo liegt das Geheimnis dieses Erfolgs? »Es ist der große Mut hier«, meint Spec. Erst der Mut, das Schloss zu bauen. Dann die Kühnheit, eine Stadt auf dem Reißbrett zu planen und in die Landschaft zu stellen. »Was hier entstanden ist, war immer überdurchschnittlich«, sagt der OB. »In dieser Stadt steckt so unglaublich viel Kraft.« Ach – wohl dem, der ein Ludwigsburger sein darf.

Zum Einstieg in den Abend gab's einen Vortrag des ehemaligen Stadtplaners Dieter Hornig zur baulichen Entwicklung. Der Ausklang gehörte der Band Experience. *cw*

### III. Die Sommerfahrten 2013

**1. Samstag, 20. Juli 2013:** KZ-Gedenkstätte und bürgerliches Leben in der Stadt Vaihingen an der Enz (Halbtagesfahrt).

Das KZ Vaihingen/Enz wurde im Sommer 1944 als Außenlager des KZ Natzweiler im Elsass eingerichtet. Ab August wurden die im Lager untergebrachten 2187 jüdischen Häftlinge aus Radom/Polen neben rund 800 Zwangsarbeitern beim Bau einer unterirdischen Fabrik für Jagdflugzeuge eingesetzt. Im November erfolgte die Umwandlung zum zentralen Krankenlager, das Häftlinge aus weiteren 18 KZ-Außenlagern aufnahm – es wurde zum Sterbelager für ca. 1600 Häftlinge aus 20 Nationen. Am 7. April 1945 wurde das Lager von der französischen Armee befreit. Aus beiden Lagerabschnitten haben sich Dokumente und Spuren erhalten, die im Informationsgebäude präsentiert werden. Über den Fundamenten der einstigen Dusch- und Entlausungsbaracke wurde eine Halle errichtet, in der durch eine Medieninstallation die Geschichte des Lagers vermittelt wird. Der KZ-Friedhof liegt ca. 200 Meter entfernt.

Dr. Manfred Scheck führte sachkundig durch die KZ-Gedenkstätte und lud anschließend zum Stadtrundgang auf den Spuren der Vaihinger Geschichte ein. Der Historiker führte profund durch die Stadt unterhalb von Schloss Kaltenstein mit ihren schmucken Fachwerkhäusern und dem mittelalterlichen Grundriss. *ag*

**2. Samstag, 21. September 2013:** Maulbronn, Lienzingen, Schwieberdingen, Markgröningen und Stammheim. Kirche und Geistlichkeit im Leben des spätmittelalterlichen Adels und Bürgertums (Ganztagesfahrt).

In der vorreformatorischen Zeit des Spätmittelalters spielte das Seelenheil der Menschen schon zu Lebzeiten eine wichtige Rolle. Wohlhabende konnten Altarpfründen stiften, aus denen Geistliche bezahlt wurden, die sich um das Seelenheil des Stifters kümmerten. Zugleich konnten Familien dadurch ihr soziales Ansehen stärken und Verwandte mit Priesterstellen versorgen. Zu den alten Eliten des Adels kamen vermehrt auch Vertreter des Bürgertums und sogar wohlhabende Bauern.

Unter Leitung des Marbacher Stadtarchivars Albrecht Gühring zeigte die Exkursion an ausgewählten Zeugnissen der Bau- und Kunstgeschichte das Ergebnis der frommen Stiftungen, aber auch die daraus resultierenden Probleme. Vom Kloster Maulbronn als geistlichem Zentrum begab man sich nach Lienzingen, wo die von Maulbronn aus gegründete Kirche mit reichhaltigem Bildschmuck besichtigt wurde. Es folgte nachmittags Schwieberdingen mit der Georgskirche und prächtigen Grabdenkmälern der Familie von Nippenburg, und im Anschluss Markgröningen als ehemalige freie Reichsstadt und württembergische Amtsstadt mit wohlhabendem Bürgertum. Den Abschluss bildete Stammheim als Adelssitz der Familien von Stammheim und Schertlin von Burtenbach mit seinen schönen Grabmälern in der Johanneskirche sowie dem Stammheimer Schloss, übrigens das Erstlingswerk von Heinrich Schickhardt. *ag*

Der Jahresbericht fußt auf den (Zeitungs-) Berichten von Albrecht Gühring (*ag*), Dr. Erich Viehöfer (*ev*) und Christian Walf (*cw*). Abdruck des am 16. März 2013 in der Ludwigsburger Kreiszeitung erschienenen Artikels mit freundlicher Genehmigung des Verlags Ungeheuer + Ulmer.

*Wolfgang Läßle*

## Rückblick auf das Jahr 2012

- 01.01. Der Landkreis übernimmt mit Jahresbeginn das Jobcenter für Langzeitarbeitslose in eigene Regie. Die Konzentration der Zuständigkeiten auf eine Stelle soll dazu beitragen, den Betroffenen effizienter und noch besser helfen zu können.
- 14.01. Bei einem Brand in der Markgröninger Altstadt wird ein 400 Jahre altes Wohnhaus so schwer beschädigt, dass es aus Sicherheitsgründen komplett abgerissen werden muss. Die Feuerwehr kann glücklicherweise ein Übergreifen der Flammen auf Nachbargebäude verhindern.
- 02.02. Mit der Flutung des künstlich angelegten Seitenarms in den sogenannten Zugwiesen bei der Staustufe Poppenweiler ist ein wichtiges Etappenziel hin zum Landschaftspark Neckartal erreicht. Das Öko-Projekt mit der Umgestaltung des Neckarufers und der 1,7 Kilometer langen Flussabzweigung kostet rund acht Millionen Euro und gilt europaweit als Modell für eine zukunftsweisende Renaturierung.
- 05.02. In Freudental wird Alexander Fleig zum neuen Bürgermeister gewählt. Er erhält fast 62 Prozent der Stimmen und setzt sich damit bereits im ersten Wahlgang deutlich gegen seine drei Mitbewerber durch. Der 39 Jahre alte Verwaltungsfachmann, bisher Kämmerer in Großbottwar, tritt im April die Nachfolge von Dorothea Bachmann an, die im Oktober 2011 zur Bürgermeisterin in Hechingen gewählt worden war.
- 07.02. Die seit Tagen anhaltende extreme Kälte bereitet den Menschen zunehmend Probleme im Alltag. Selbst auf dem Neckar hat sich eine mehrere Zentimeter dicke Eisschicht gebildet. Die Schifffahrt muss eingestellt werden.
- 12.02. Bei der Bürgermeisterwahl in Ingersheim wird Volker Godel mit 94 Prozent der Stimmen für weitere acht Jahre im Amt bestätigt.
- 25.02. Die Vaihinger Feuerwehr bezieht ihren Neubau in der Nähe des Bahnhofs. Die neue Feuerwache hat rund 6,1 Millionen Euro gekostet.
- 04.03. Bietigheim-Bissingens Oberbürgermeister Jürgen Kessing wird mit rund 96 Prozent der Stimmen für weitere acht Jahre im Amt bestätigt.
- 08.03. Nach über zweijähriger Schließung kann das Kronenzentrum in der Bietigheimer Stadtmitte mit neuen Läden wieder eröffnet werden. Der Umbau und die Sanierung des über 40 Jahre alten Gebäudekomplexes haben rund 14 Millionen Euro gekostet.
- 11.03. Bei der Bürgermeisterwahl in Erdmannhausen setzt sich die Herausforderin Birgit Flaig knapp gegen den Amtsinhaber Lutz Schwaigert durch. Die 32-jährige Wirtschaftspädagogin erhält bei einer sehr hohen Wahlbeteiligung von 69 Prozent 51,1 Prozent der Stimmen.
- 14.03. Alarm in Asperg: Bei Bauarbeiten legt ein Bagger eine Fünf-Zentner-Fliegerbombe aus dem Zweiten Weltkrieg frei. 1200 Menschen müssen vorübergehend ihre Wohnungen verlassen, bis die Zünder der Bombe entschärft sind.

- 21.03. Landesjustizminister Rainer Stickelberger weihet das neue Grundbuchzentralarchiv auf dem Salamander-Areal in Kornwestheim ein. In den nächsten sechs Jahren werden in dem Zentralarchiv die Papierakten aus sämtlichen Grundbuchämtern Baden-Württembergs untergebracht.
- 04.04. Nach gut zwei Jahren Bauzeit kann der neue Betten- und Funktionstrakt der Orthopädischen Klinik Markgröningen eingeweiht werden. Der 18,5 Millionen Euro teure Neubau dient zunächst als Ausweichquartier für zwei Stationsgebäude der Klinik, die bis Anfang 2014 saniert werden.
- 07.04. Die rund 200 Meter hohe und weithin sichtbare Windkraftanlage bei Großingersheim nimmt ihren Probetrieb auf. Das 3,6 Millionen Euro teure Windrad im Besitz einer Genossenschaft kann Strom für etwa 1200 Haushalte erzeugen. Sein Bau war auf erheblichen Widerstand in der Nachbarschaft gestoßen.
- 20.04. In Markgröningen wird der erste Bauabschnitt der neuen Sportanlagen an der Schwieberdinger Straße offiziell eingeweiht. Die Stadt hat rund 3,4 Millionen Euro in neue Sportplätze und ein neues Vereinsheim investiert. – In Neckarweihingen wird das neue Feuerwehrgerätehaus eingeweiht. Die Fertigstellung des rund 1,2 Millionen Euro teuren Neubaus gilt als Startsignal für eine umfassende Sanierung im Ortskern des Ludwigsburger Stadtteils.
- 21.04. Bei der Bartholomäuskirche in Markgröningen wird eine sogenannte Stauerstele aufgestellt, die an die historischen Wurzeln der Stadt in der Stauerzeit erinnert. Sie wurde von der im Februar verstorbenen Ministerin a. D. Annemarie Griesinger und ihrem Mann Heinz Griesinger gestiftet.
- 22.04. Bei der Bürgermeisterwahl in Murr erhält der 34-jährige Verwaltungswirt Torsten Bartzsch 72 Prozent der Stimmen. Er tritt im Juli die Nachfolge von Manfred Hollenbach an, der nach 40 Amtsjahren in den Ruhestand geht.
- 11.05. In Oberriexingen wird eine der größten und innovativsten Biogasanlagen des Landes eingeweiht. Die in der acht Millionen Euro teuren Anlage erzeugte Energie kann den Strom- und Gasbedarf von rund 3000 Einwohnern decken.
- 19.05. Bei einem Festakt besiegeln Oberbürgermeister Werner Spec und sein Amtskollege Jaroslav Dvorak die Städtepartnerschaft zwischen Ludwigsburg und der tschechischen Stadt Novy Jicin. Die neue freundschaftliche Verbindung mit dem einstigen Neutitschein im Kuhländchen ist für Ludwigsburg die fünfte Städtepartnerschaft.
- 22.05. Die Mitglieder der Strombergkellerei in Bönningheim stimmen mit großer Mehrheit für eine Fusion mit den Brackeneheimer Weingärtnern. Die neue Genossenschaft Stromberg-Zabergäu wird die zweitgrößte in Württemberg sein.
- 31.05. In Ditzingen brennt die Turnhalle der Wilhelmschule innerhalb kurzer Zeit komplett aus. Bei Bauarbeiten hat Funkenflug das Dämmmaterial entzündet. Glück im Unglück: Wegen der Schulferien war die Halle ungenutzt.
- 30.06. Wegen eines heftigen Gewittersturms mit Starkregen muss das Ludwigsburger Marktplatzfest vorzeitig abgebrochen werden. Die Schäden im Kreisgebiet halten sich glücklicherweise in Grenzen.
- 01.07. Die Kirchengemeinde der Friedenskirche Ludwigsburg feiert mit einem Festgottesdienst und einem Festakt das Ende der Turmsanierung. Die Beseitigung der schweren Schäden an Turm und Glockenstuhl hat rund 1,3 Millionen Euro gekostet.

- 13.07. Der Tagesmütterverein Kreis Ludwigsburg sorgt wegen interner Streitigkeiten schon seit Wochen für negative Schlagzeilen. Nun muss er Insolvenz anmelden. Das Landratsamt übernimmt die Aufgaben der Kindertagesbetreuung.
- 22.09. Mit einem Festakt und einem großen Bürgerfest im Ludwigsburger Schlosshof wird der Rede Charles de Gaulles vor 50 Jahren gedacht. Bundeskanzlerin Angela Merkel und Frankreichs Staatspräsident Francois Hollande betonen die Bedeutung der deutsch-französischen Freundschaft.
- 29.09. Die Stadt Remseck feiert die Einweihung des neuen Feuerwehrhauses in Neckarrems. In dem 3,7 Millionen Euro teuren Bau haben künftig die bisher selbständigen Feuerwehren aus Neckarrems, Hochberg und Hochdorf eine gemeinsame Wache.
- 09.10. Zum ersten Mal werden in einem Ludwigsburger Stadtteil die Bürger bei einem Bürgervotum nach ihrer Meinung gefragt. Es geht um den Standort eines künftigen Supermarkts in Neckarweihingen. Eine klare Mehrheit spricht sich für das Neubaugebiet Neckarterrasse aus. Der Gemeinderat schließt sich zwei Wochen später dem eindeutigen Bürgerwillen an und lehnt den von der Stadtverwaltung favorisierten Kombibau aus Schule und Supermarkt in der Ortsmitte ab.
- 16.10. Nach einer anonymen Bombendrohung lässt die Polizei den Ludwigsburger Bahnhof räumen. Der Bus- und Bahnverkehr wird für rund eine Stunde massiv beeinträchtigt. Die Bombensuche bleibt ohne Ergebnis.
- 09.11. Bei der DRK-Kreisversammlung wird die dramatische Lage des Verbands deutlich. Der alten Führung werden schwerwiegende Fehler und Versäumnisse vorgeworfen, die Entlastung wird versagt. Ein hohes finanzielles Defizit erschwert die Arbeit des neuen Vorstands unter der Leitung des Vizelandrats Dr. Utz Remlinger.
- 13.11. Der Kreisjägersverein Hubertus beantragt trotz aktuell solider Finanzlage die Insolvenz und wird wenig später aufgelöst. Er will sich dadurch seiner Verantwortung für die rund 1,5 Millionen Euro teure Sanierung des verseuchten Bodens auf der Schießanlage Neckarweihingen entziehen.
- 22.11. Nach einem halben Jahr Bauzeit kann die Kreisstraße zwischen Hemmingen und Münchingen wieder für den Verkehr freigegeben werden. In die Erneuerung der fast drei Kilometer langen Strecke, die vor allem wegen des zunehmenden Schwerverkehrs im Glemstal gravierende Schäden aufwies, hat der Landkreis rund zwei Millionen Euro investiert.
- 29.11. Ministerpräsident Winfried Kretschmann kommt zur traditionellen »Kreisbereisung« in den Landkreis Ludwigsburg. Auf dem Programm stehen ein kommunalpolitisches Gespräch mit Landrat, Bürgermeistern und Kreisräten, ein Besuch im Literaturmuseum in Marbach und am Abend ein großer Bürgerempfang.
- 30.11. Auf dem Kornwestheimer Rangierbahnhof machen sich drei schwer beladene Güterwaggons selbständig. Sie prallen im Bahnhof Feuerbach ungebremst auf den Prellbock eines Abstellgleises und richten dort großen Schaden an. Als Folge des Unfalls gibt es im S-Bahn-Verkehr tagelang erhebliche Beeinträchtigungen.
- 02.12. In Löchgau wird Robert Feil zum neuen Bürgermeister gewählt. Er erhält bei guter Wahlbeteiligung 91 Prozent der Stimmen und setzt sich damit bereits

im ersten Wahlgang deutlich gegen seine zwei Mitbewerber durch. Der 27 Jahre alte Verwaltungsfachmann, bisher Kämmerer in Billigheim, tritt im März die Nachfolge von Werner Möhrer an, der nach 24 Jahren nicht mehr zur Wahl angetreten war.

- 08.12. Rechtzeitig zum turnusmäßigen Fahrplanwechsel kann ein großes Bahnprojekt im Landkreis abgeschlossen werden: die Verlängerung der S-Bahn-Linie 4 vom bisherigen Endpunkt Marbach bis nach Backnang. Der sogenannte Ringchluss der S-Bahn kostet rund elf Millionen Euro. Auch im südlichen Kreisgebiet gibt es Verbesserungen im Bahnverkehr: Die Strohgäubahn erhält neue Wagen und bietet ihren Kunden zunächst auf der Strecke zwischen Korntal und Hemmingen deutlich mehr Fahrten an.
- 18.12. In Asperg wird die neue Osttangente für den Verkehr freigegeben. Die Teilumfahrung hat rund 3,5 Millionen Euro gekostet.
- 21.12. In Bietigheim wird nach einjähriger Bauzeit die neue Eishalle im Ellental eingeweiht. Die 18 Millionen Euro teure Arena bietet 4500 Zuschauern Platz.
- 31.12. Im Landkreis sind 10 528 Menschen ohne Arbeitsplatz. Die Arbeitslosenquote beträgt 3,8 Prozent. Im Landesdurchschnitt sind es 3,9 Prozent, im Bundesdurchschnitt 6,7 Prozent.

*Thomas Schulz*



## Buchbesprechungen

**Thomas Müller, Wolf-Dieter Retzbach: Wetterfahne, Kreuz und Hahn.** Gotteshäuser in der Region Ludwigsburg. Ludwigsburg 2012, 163 S., Abb., 1 Karte.

Wer als Freund der strengen romanischen Kirchenbaukunst gerne in die mystische Atmosphäre einer Krypta abtauchen oder einen majestätischen Chorbogen-Kruzifixus bestaunen möchte, muss nicht unbedingt nach Frankreich oder Italien fahren. Schon beim flüchtigen Durchblättern des 2012 bei Ungeheuer + Ulmer erschienenen Bildbandes »Wetterfahne, Kreuz und Hahn« wird man eines Besseren belehrt und erstaunt feststellen, was die Region um Ludwigsburg an sakraler Baukunst alles zu bieten hat. Die romanische Krypta findet der Leser in der Stiftskirche von Oberstenfeld und den Kruzifixus in der Unterriexinger Frauenkirche. Es sind dies nicht die einzigen Überraschungen, die der Bildband bereit hält. Wer weiter blättert, entdeckt u. a. gotische Schnitzaltäre in Besigheim, Kleinbottwar und Bönnigheim, eine spätgotische Hallenkirche in Marbach, frühgotische Wandmalereien in der Kapelle der Burg Lichtenberg oder einen Flügelaltar aus der Dürer-Zeit ebenfalls in der Stiftskirche von Oberstenfeld. Der Bogen der Abbildungen spannt sich von der ältesten Kirche, der Peterskirche bei Oberstenfeld aus dem 11. Jahrhundert, bis zur Jugendstilkirche von Metterzimmern aus dem Jahr 1906. Äußerlich unscheinbare Dorfkirchen, z.B. in Hohenhaslach oder in Hofen bei Bönnigheim, bergen in ihrem Innern frühgotische Chorfresken. Romanik und vor allem Gotik dominieren in der Region. Kirchlicher Barock dagegen ist im evangelischen Kernland Württembergs Mangelware. Die Schloss- bzw. Ordenskapelle und die Stadtkirche von Ludwigsburg sind die einzigen eigenständigen Vertreter dieser Stilrichtung.

»Dieser farbige Bildtextband besticht durch seine einzigartigen Fotografien von Thomas Müller in oft ungewöhnlicher Perspektive. Schlaglichtartig beschreiben die kurzen, prägnanten Texte von Wolf-Dieter Retzbach die einzelnen Objekte.« Soweit der Herausgeber, nicht gerade unbescheiden, im Vorwort, dem eigentlich nichts mehr hinzuzufügen wäre. Nur soviel als Ergänzung: Als Fortsetzung des im Jahr 2011 ebenfalls bei Ungeheuer + Ulmer erschienenen Bildbandes über die Burgen und Schlösser der Region hat Thomas Müller als Fotograf zusammen mit Wolf-Dieter Retzbach in bewährter Art einen weiteren Band zusammengestellt, der Appetit macht, die Region wieder einmal näher zu erkunden. 110 Gotteshäuser in 87 Ortschaften werden dem Leser vorgestellt, von der Kapelle bis zur Stadtkirche, von der früh- bis zur neugotischen Kirche, von der Synagoge bis zum Betsaal, von der Ruine bis zur profanisierten Kirche.

Thomas Müller setzt jedes Gotteshaus mit mindestens einer Außenaufnahme repräsentativ von seiner schönsten Seite in Szene. Je nach kunsthistorischer Bedeutung erweitern Detail- und Innenaufnahmen den Gesamteindruck des Gotteshauses und machen so auf interessante Details aufmerksam. Ein Hinweis: Freunde der Vaihinger Stadtkirche brauchen nicht zu erschrecken, ihre Kirche ist nicht zur Rundkirche mutiert, das Objektiv des Fotografen hat die ungewöhnliche Perspektive produziert. Die begleitenden Texte von Wolf-Dieter Retzbach ordnen sich den Abbildungen unter und weisen auf die Baugeschichte und die kunsthistorischen

Besonderheiten der einzelnen Kirchen hin. Mit der Qualität der Abbildungen können sie allerdings nicht konkurrieren. Der Wunsch, sich kurz und prägnant auszudrücken, führt dann mitunter zu Stillblüten wie »Die spätgotische Madonna im Innenraum vor früher protestantisch« im Zusammenhang mit der Beschreibung der katholischen Dreieinigkeitskirche in Ludwigsburg. Als ergänzende Information sind die Öffnungszeiten einiger Kirchen am Ende des jeweiligen Textes angegeben. *Günther Bergan*

**Steffen Pross: Eines Tages ist Frau Stein plötzlich nicht mehr da gewesen.** Freudentaler Adressbuch 1935, Band II (Freudentaler Blätter 7). Freudental 2013, 348 S., Abb., 1 Ortsplan.

Steffen Pross hat mit dem Erscheinen des zweiten Bandes seines »Freudentaler Adressbuches 1935« die vom Pädagogisch-Kulturellen Centrum Freudental herausgegebene Dokumentation über die Geschichte und das Schicksal der letzten Freudentaler Juden abgeschlossen. Nahtlos schließt sich der jetzt vorliegende Band ohne größere Vorreden an den 2011 erschienenen ersten Band an (ausführliche Rezension in den Ludwigsburger Geschichtsblättern 66/2012, S. 227). Steffen Pross widmet sich in zwölf Kapiteln insgesamt dreizehn Freudentaler Häusern und ihren jüdischen Bewohnern. Gestützt auf seine umfangreichen Recherchen schildert und dokumentiert er rund 50 dramatische Lebenslinien, die meist in Vernichtungslagern, manchmal aber auch im Exil endeten. Die Lektüre macht betroffen, egal ob die Geschichte »glücklich« in Südamerika wie bei den Familien Blum und Rothschild aus der Gartenstraße 2 oder tödlich in Theresienstadt und Majdanek wie bei der Familie Levi aus der Pforzheimer Straße 3 ihren Abschluss fand.

Ein Hinweis: Wer den ersten Band noch nicht kennt, sollte vor der Lektüre des zweiten Bandes unbedingt das einführende umfangreiche Vorwort sowie den Anhang des ersten Bandes kennen. Eine Bibliografie und ein beigelegter Ortsplan von Freudental beschließen den vorliegenden Band und damit auch die fast 600 Seiten umfassende Dokumentation. *Günther Bergan*

**Volker Gantner: Ludwigsburger Welt der 50er und 60er Jahre.** Ludwigsburg 2012, 144 S., Abb.

Kindheitserinnerungen an Ludwigsburg! Volker Gantner reiht sich mit seinem Buch als Autor würdevoll ein in eine Reihe prominenter Vorgänger: Justinus Kerner beschrieb in dem Bilderbuch aus seiner Knabenzeit seine Erinnerungen aus der Zeit der Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert. Für Tony Schumacher war ihre Vaterstadt in der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts ihr Kindheitsparadies. Albert Sting, aufgewachsen in Ludwigsburg, erlebte den Marktplatz Ende der 1920er Jahre als idealen Spielraum, und Heinrich Kling empfand seine Ludwigsburger Jugend während des Dritten Reiches als eine »Zeit mit Wunden«.

Volker Gantner, der »Tälesbandit« aus der Unteren Stadt, langjähriger Oberbürgermeister von Herrenberg und jetzt im Ruhestand, wurde in der Wirtschaftswunderzeit groß, in einer Zeit, die gewaltige Umbrüche und auch schmerzliche Veränderungen mit sich brachte. Kleine Läden, traditionelle Handwerksbetriebe und viele Gaststätten verschwanden aus dem Stadtbild. Bald reichte die einzige Verkehrsampel am »Stern« nicht mehr aus, um den wachsenden Autoverkehr auf der B 27 zu bändigen. Große Teile der großen Alleen, der Salonturm und das »Schwätzbänkle« mussten

dem Verkehrsfluss geopfert werden. Die Anlagen um das Schloss verwandelten sich von einer für Kinder spannenden Wildnis in die Gartenschau »Blühendes Barock«. Gaswerk und »Lochkaserne« verschwanden aus dem unteren Stadtbild. Die Traber vom »Päule des Königs« verließen die Marienwahl und die Walckerschen Orgelpfeifen verstummten für immer in der Unteren Kasernenstraße.

Der Autor nimmt den Leser in seiner Erinnerung mit auf seine Sonntagsspaziergänge mit den Eltern in den Badgarten oder zum »Salon«, auf seinen Weg zur Schule am Marktplatz, aber auch auf seine Entdeckungstouren durch die Stadt, zum Bahnhof oder zum Holzmarkt, ins Schloss mit seinen Anlagen, durch die üppigen Alleen und den Favoritepark, zu den Reitturnieren im Stadion genauso wie zum großen Auftritt von Charles de Gaulle im Schlosshof. Verständlich, dass Marienwahl und Untere Stadt auf das Kind aus dem »Täle« eine besondere Faszination ausübten, was seitemäßig im Buch auch klar zum Ausdruck kommt. Volker Gantner versteht es dabei hervorragend, von den kleinen Geschichten des eigenen Erlebens zu der großen Geschichte der Stadt überzuleiten und so aus dem persönlichen Erinnerungsbuch ein unterhaltsames Geschichtsbuch zu machen. Ludwigsburger, die die Stadt in den 1950er und 1960er Jahren erlebt haben, werden das Buch mit Genuss lesen und sich sicher an vieles, schon lang Vergessenes mit Freude oder auch mit Wehmut erinnern. Fremde aber, die mit dem »Schwätzbänke« oder des »Königs Päule« nichts anfangen können, werden mit Sicherheit von der Geschichte hinter den Geschichten profitieren und manches Neue erfahren.

*Günther Bergan*

**Tobias Arand: Gestorben für »Vaterland« und »Patrie« – die toten Krieger aus dem Feldzug von 1870/71 auf dem »Alten Friedhof« in Ludwigsburg.** Hrsg. von der Militärgeschichtlichen Gesellschaft Ludwigsburg, 2012, 54 S., Abb.

Gleich drei Denkmäler erinnern auf dem Alten Friedhof von Ludwigsburg an die deutschen und französischen Toten des Krieges von 1870/71, des ersten »modernen« Krieges. Tobias Arand, Professor für Geschichte und Didaktik an der Pädagogischen Hochschule Ludwigsburg, versucht sowohl die Einordnung dieser Denkmäler in den größeren Zusammenhang der Erinnerungs- und Gedenkkultur, als auch den aufgeführten Männern ihre biographische Dimension wieder zu geben. Zunächst untersucht er das bereits 1872 eingeweihte deutsche Kriegerdenkmal des Ludwigsburger Sanitätsvereins, seine Entstehungsgeschichte und Ikonographie. In unmittelbarer Nachbarschaft steht das wesentlich bescheidenere französische Denkmal. Eine Erinnerungstafel an der Friedhofskapelle erinnert an sieben gefallene Ludwigsburger, die (überwiegend) in Frankreich begraben worden waren.

Ludwigsburg war als Garnisonsstadt zugleich Lazarettstandort, wo mehr als 600 im Deutsch-Französischen Krieg verwundete und erkrankte Soldaten behandelt wurden. Das provisorische Baracken- und Zeltlazarett am Salonwald galt als mustergültig. Die medizinische Versorgung machte durch die Erfahrungen, die bei der Behandlung der vielen leicht und schwer verletzten Soldaten gemacht wurden, große Fortschritte.

40 Soldaten sind auf dem deutschen Denkmal namentlich erfasst. Arand gelingt es durch Heranziehung zahlreicher Quellen, ihre geographische Herkunft, Alter, Beruf sowie Art und Ort ihrer letztlich tödlichen Verletzungen zu ermitteln. Die Angaben zu den 90 französischen Toten sind sehr viel spärlicher, oft ist es nur der Name und das Todesdatum. Die Quellenlage auf französischer Seite lässt keine detaillierten Angaben zu.

Dem Resümee von Arand ist nur zuzustimmen: Diese Denkmäler seien »wertvolle Zeugnisse vergangener Mentalitäten und historischer Sinnzuweisungen. Sie helfen den Geist der Zeit zu rekonstruieren und zugleich die folgenden Ereignisse des 20. Jahrhunderts besser zu verstehen.«

*Erich Viehöfer*

**Hans Dieter Flach: Aufgemalt und Eingepägt** Zu Malern und Zeichen des Ludwigsburger Porzellans. Wenzbach 2013, 128 S., Abb.

Was wäre das Ludwigsburger Porzellan ohne Hans Dieter Flach bzw. was wäre Hans Dieter Flach ohne das Ludwigsburger Porzellan? Seit über 30 Jahren erschließt der Autor mit unermüdlichem Forscherdrang immer wieder neue Themengebiete, über die zu schreiben es sich lohnt. Oftmals mit der Lupe, regelmäßig aber mit dem ihm eigenen kriminalistischen Scharfsinn nähert sich Flach seinen Objekten. Fast nicht mehr überschaubar ist deshalb die Zahl seiner Veröffentlichungen und die Vielfalt seiner Entdeckungen. Jetzt hat Hans Dieter Flach für einen kleinen Kreis von Kennern und Liebhabern sieben thematisch sehr unterschiedliche Aufsätze hoher Informationsdichte in einem handlichen Band mit zahlreichen Textabbildungen zusammengefasst und im Selbstverlag (200 Ex.) zum Preis von 15,- Euro veröffentlicht.

Die beiden ersten Aufsätze sind den Malern Andreas Philipp Oettner (Herausarbeitung von aussagekräftigen Beurteilungskriterien seiner Blumenmalereien anhand von Arbeiten für die Manufakturen in Frankenthal, Ludwigsburg und Höchst) und Martin Friedrich Kirschner (Qualitätsschwankungen in den Arbeiten des hochgeschätzten Ludwigsburger Malers) gewidmet. In zwei weiteren Aufsätzen greift der Autor eines seiner bevorzugten Themen auf: Kryptogramme oder versteckte Signaturen. Zum einen stellt er seine neuesten »Fundstücke« vor, zum anderen beschäftigt er sich nach 1992 erneut mit dem jungen Maler Johann Wilhelm Stoll, der alle seine Malereien auf Ludwigsburger Porzellan versteckt signierte. Erstaunlich die Vielfalt und Raffinesse seiner Verstecke, genauso erstaunlich aber auch der Spürsinn und die Phantasie des Autors beim Lösen dieser »Suchrätsel«. Zwischen diese vier Beiträge eingestreut ein Vergleich von sieben Portraits – drei davon auf Porzellan gemalt – von Charlotte Auguste von Bayern, der ersten Frau von Kronprinz Wilhelm, dem späteren König Wilhelm I. von Württemberg. Die Arbeit über die Präge-, Schnitt- und Ritzzeichen in Ludwigsburger Figuren und Gruppen und deren systematische Erfassung in Tabellen werden Fachleute sicher mit Interesse zur Kenntnis nehmen. Gleiches dürfte auch für den Beitrag zur Datierung von Ludwigsburger Porzellan mit Hilfe der erstmals vom Autor systematisch untersuchten Marken der Manufaktur gelten.

*Günther Bergan*

**Landeswasserversorgung Stuttgart (Hrsg.): 100 Jahre Trinkwasser für Baden-Württemberg 1912–2012.** Stuttgart 2012, 322 S., Abb., Tabellen, Diagramme, Grafiken, 1 Beilage.

Am 8. Juli 1912 unterzeichnete König Wilhelm II. in Friedrichshafen die Gründungsurkunde der württembergischen Landeswasserversorgung. Ein zentral organisierter und betriebener Verband einzelner Städte und Gemeinden des Landes sollte die bisherigen, oft kleinen Wasserwerke ablösen und nach der Erschließung neuer Quellgebiete dem chronischen Wassermangel ein Ende setzen. Fünf Jahre nach der Gründung hatten sich zehn Städte, darunter auch Ludwigsburg, und 41 Gemeinden der Landes-

wasserversorgung angeschlossen. Im Juli 1917 floss zum ersten Mal Trinkwasser, das durch eine rund 100 Kilometer lange Fernleitung aus dem Donauried bei Langenau/Niederstotzingen gepumpt wurde, aus Stuttgarter Wasserhähnen.

Die Landeswasserversorgung erinnert jetzt mit einem prächtigen Jubiläumsband an dieses denkwürdige Jahrhundertereignis, das neben der Einführung der Elektrizität entscheidend zur Hebung des Wohlstands und zum wirtschaftlichen Aufschwung des Landes beigetragen hat. Eine rundum gelungene, informative Hommage an das Wasser, der Grundlage allen Lebens. Der Band ist mit eindrucksvollen historischen und aktuellen Aufnahmen üppig bebildert. Kartenmaterial, klar verständliche Grafiken und übersichtliche Tabellen bzw. Diagramme ergänzen sinnvoll die Texte der verschiedenen Autoren.

In dem Jubiläumsband erfährt der Leser alles rund ums Wasser und er wird, ohne mahnenden Zeigefinger, daran erinnert, welcher Aufwand an Personal und Technik dahintersteckt, bis aus unseren Wasserhähnen sauberes Trinkwasser fließen kann. Den Schwerpunkt bilden natürlich die Kapitel, die sich generell mit der Geschichte der Wasserversorgung von der Antike bis zum Ende des 19. Jahrhunderts und speziell mit der Geschichte der württembergischen Landeswasserversorgung beschäftigen. Daneben erfährt der Leser Wissenswertes über den Wasserkreislauf in der Natur, die Karstquellen der Schwäbischen Alb und das Grundwasser im Donauried, über Brunnenschächte, Pumptechnik und Druckleitungen, Trinkwasseraufbereitung und Qualitätssicherung, Wasserhärte und Mineralstoffe, über Gewässerschutz, den Einfluss des Klimawandels auf die Wasserreserven oder den Höhlenkrebs als natürlichen Indikator der Wassergüte. Das leidige Thema des Wasserpreises wird angesprochen, genauso wie die Wasserverschwendung oder die günstige Umweltbilanz des Trinkwassers, aber auch die Aufgaben der Betriebs- und Forschungslabors, die Investitionen in das Sicherheitsmanagement und die Ausnutzung der Gefällstrecken innerhalb der Fernleitungen zur Stromgewinnung. Den Menschen, die mit ihren Visionen und ihrer Bereitschaft zum Risiko die Landeswasserversorgung aufbauten und auch heute noch erfolgreich betreiben, ist ein eigenes Kapitel gewidmet, beginnend mit dem Pionier der schwäbischen Wasserversorgung, dem Baurat Karl von Ehmann, über die Verbandsvorsitzenden, die Betriebsleiter, Vermessungstechniker, Rohrmeister bis hin zu den Streckenwärtern. Betrachtungen über das Wasser als Löschmittel der Feuerwehr, als Erfrischung im Freibad, als Heilmittel in den Bädern, als Werkstoff der Färber, Gerber und der Bierbrauer runden das Thema ab.

*Günther Bergan*

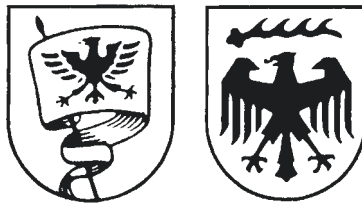
## Bildnachweis

- Archiv der Karlshöhe Ludwigsburg: S. 43  
Archiv des Hauses Württemberg: S. 83, 85  
Bergan, Günther (Ludwigsburg): S. 100, 104, 106, 108, 109 (re.)  
Bollacher, Wolfgang (Ludwigsburg): S. 156–159, 161, 164, 167  
Deutsches Literaturarchiv Marbach: S. 63  
Geib, Liselotte (Ludwigsburg): S. 35 f., 40, 44  
Hauptstaatsarchiv Stuttgart: S. 11, 16, 55 (o.), 69, Umschlagbild  
Kreisarchiv Ludwigsburg: S. 48, 152  
Museen Burg Abenberg: S. 163  
Sammlung Mössner: S. 174  
Sammlung Zwink: S. 185  
Schiller-Nationalmuseum Marbach: S. 59  
Schlossverwaltung Ludwigsburg: S. 99, 132 (re.)  
Stadtarchiv Besigheim: S. 146  
Stadtarchiv Heilbronn: S. 148  
Stadtarchiv Ludwigsburg: S. 49, 96 f., 103, 109 (li.), 112–114, 118, 121, 125 f., 130 (u.),  
132 (li.), 138, 154  
Stadtarchiv Marbach: S. 18, 23, 26, 28, 172, 175, 178, 180 f., 184, 186  
Städtisches Museum Ludwigsburg: S. 37, 55 (u.)  
Strafvollzugsmuseum Ludwigsburg: S. 130 (o.)  
Württembergische Landesbibliothek Stuttgart: S. 8, 10, 61, 72

## »Ludwigsburger Geschichtsblätter« 1900–2013

Heft	Jahr	Seiten	Heft	Jahr	Seiten
<b>Redaktion Christian Belschner:</b>			<b>Redaktion Dr. Wolfgang Schmierer:</b>		
1	1900	87	35	1983	180
2	1901	100	36	1984	242
3	1903	106	37	1985	245
4	1905	186	38	1985	196
5	1909	115	39	1986	224
6	1911	88	40	1987	252
7	1913	57	41	1988	200
8	1916	48	42	1988	224
9	1923	119	43	1989	188
10	1926	107	44	1990	232
11	1930	133	45	1991	236
12	1939	46	46	1992	232
			47	1993	168
			48	1994	196
<b>Redaktion Dr. Oscar Paret:</b>			49	1995	264
13	1957	140	50	1996	200
14	1960	66	51	1997	244
<b>Redaktion Heinrich Gaese:</b>			<b>Redaktion Dr. Thomas Schulz:</b>		
15	1963	162	52	1998	240
16	1964	203	53	1999	228
17	1965	207	54	2000	220
18	1966	192	55	2001	256
19	1967	164	56	2002	204
20	1968	196	57	2003	200
<b>Redaktion Dr. Willi Müller:</b>			58	2004	296
21	1969	92	59	2005	216
22	1970	116	60	2006	224
23	1971	195	61	2007	216
24	1972	272	62	2008	220
25	1973	141	63	2009	204
26	1974	141	64	2010	248
27	1975	199	65	2011	232
28	1976	161	66	2012	240
29	1977	179	67	2013	228
<b>Redaktion Dr. Paul Sauer:</b>			Hefte 1–4, 11, 13, 26 und 28 vergriffen, alle anderen lieferbar.		
30	1978	128			
<b>Redaktion Dr. Wolfgang Schmierer:</b>			Ebenfalls noch lieferbar ist der 1997 vom Historischen Verein zu seinem 100-jährigen Jubiläum herausgegebene Sammel- band »Ludwigsburg. Erinnerungen aus Stadt und Kreis 1897–1997«.		
31	1979	148			
32	1980	188			
33	1981	256			
34	1982	176			

Bestellungen: Buchhandlung Aigner, Arsenalstraße 8, 71638 Ludwigsburg



Stadt und Kreis Ludwigsburg